

Wie hoch darf Staatsverschuldung sein? (Teil 1)

26. April 2016 von [Gerald Braunberger](#) | [2 Lesermeinungen](#)

Manche Ökonomen fordern eine expansive Finanzpolitik für die Eurozone, um die Konjunktur anzukurbeln. Andere Ökonomen halten die Staatsschulden schon jetzt für zu hoch und fordern ihre Reduzierung. Lässt sich der optimale Schuldenstand eines Landes berechnen? Wir stellen einen Ansatz vor, der zeigt, wie moderne Ökonomen arbeiten.

Wir wollen diese Frage mit einem Modell angehen, allerdings nicht mathematisch formuliert und so simpel wie möglich. Dieses Modell ist in der Fachwelt sehr bekannt, aber es funktioniert nach ganz anderen Kriterien als viele öffentliche Debatten über Staatsverschuldung.

Ein berühmtes Modell

Nehmen wir an, eine Wirtschaft bestehe aus Unternehmen und Privathaushalten und Staat. Die Privathaushalte arbeiten in den Unternehmen, aber sie können sich nicht gegen das Risiko eines unvorhersehbaren Einnahmeausfalls versichern. Ebenso sind sie nicht in der Lage, sich im Falle eines unvorhersehbaren Einnahmeausfalls nach Bedarf zu verschulden. Vorsorge für schlechte Zeiten können sie nur betreiben, indem sie sparen, aber da wir aus Gründen der Vereinfachung in unserem Modell keine Banken haben, können die Haushalte in unserer simplen Modellwelt anfangs nur in Gestalt von Beteiligungen am Kapital der Unternehmen sparen. Der Staat erhebt proportionale Steuern auf Einkommen.

Nun nehmen wir an, der Staat verschulde sich, indem er Anleihen zur Finanzierung von Ausgaben begibt. Welche ökonomischen Folgen ergeben sich aus der Staatsverschuldung?

Sie sind für die Privathaushalte gegenläufig, wie die folgenden zwei Effekte zeigen:

1. Die Staatsverschuldung wirkt negativ, weil sie zu höheren Zinsen führt und private Investitionen verdrängt („crowding out“).¹⁾ Außerdem muss der Staat seine Steuern erhöhen, um die Verschuldung zu tilgen. Das belastet die Privathaushalte, weil ihre Reallöhne nach Steuern sinken.
2. Andererseits sorgen die höheren Zinsen dafür, dass die Privathaushalte weniger Geld zurücklegen müssen, um ihre gewünschte Vorsorge zu bilden, denn ihre Zinserträge steigen – annahmegemäß ist der Anstieg der Zinserträge höher als die Belastung durch höhere Steuern. Somit werden die Privathaushalte entlastet. Vorteilhaft ist auch, dass durch die Staatsanleihen mehr Liquidität im Markt für Kapitalanlagen entsteht: Indem die Kapitalmärkte durch die Staatsanleihen effizienter werden, entstehen positive Folgen für die Gesamtwirtschaft.

Auf der Basis dieser beiden gegenläufigen Effekte lässt sich im Prinzip eine optimale Verschuldung ermitteln, gemessen am Verhältnis von Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Diese Art der Analyse optimaler Staatsverschuldung, die in der Fachwelt als bahnbrechend bezeichnet wird, [stammt von den Ökonomen S. Rao Aiyagari und Ellen McGrattan](#) und sie wurde im Jahre 1998 veröffentlicht. Auf der Basis von Simulationen für die Nachkriegszeit kamen die beiden Autoren für die Vereinigten

Staaten damals zu zwei Schlussfolgerungen:

1. Die optimale Staatsverschuldung für die Vereinigten Staaten beträgt rund 67 Prozent des BIP.²⁾
2. Die Wohlfahrtsverluste aus Abweichungen vom Optimalwert sind eher gering. Daraus folgt: Man kann eine optimale Staatsverschuldung zwar berechnen, aber die Politik muss sich daran nicht sklavisch ausrichten.

Zwei wichtige Fragen

Wir haben den Nukleus eines Modells skizziert, aus dem sich viele theoretische und empirische Fragen ableiten lassen – zum Beispiel die beiden nachfolgenden:

1. Wir haben bisher allgemein von Privathaushalten gesprochen. In der Praxis ist die Sparneigung und Verschuldungsfähigkeit von Privathaushalten aber sehr verschieden. Das heißt, von den Vorteilen steigender Zinsen beim Vorsorgesparen profitieren nur Haushalte, die auch sparen, während Haushalte, die nicht sparen, davon nicht profitieren. Mit anderen Worten: Die Staatsverschuldung vergrößert in diesem Modell die Ungleichheit der Einkommen. Was aber folgt aus der Annahme einer ungleichen Einkommensverteilung für die Berechnung optimaler Staatsverschuldung?
2. Was geschieht eigentlich konkret, wenn ein Staat versucht, seine Verschuldung zu reduzieren?

Im nächsten Beitrag werden wir uns an Antworten auf diese beiden Fragen versuchen. Denn die Arbeit von Aiyagari/McGrattan war nur ein Anfang.

Nachwort: Das Modell von Aiyagari/McGrattan ist nicht alleine in der Fachwelt bekannt, weil dort optimale Staatsschuldenquoten simuliert werden. Wie wir im nächsten Beitrag sehen werden, ist dies gar nicht so einfach. Die Bedeutung des Modells liegt auch darin, dass hier nicht-perfekte Kapitalmärkte modelliert werden: Die Haushalte können sich nicht gegen alle Risiken versichern und in der Ausgangssituation sind ihre Anlagemöglichkeiten sehr limitiert. Solche „finanziellen Friktionen“ waren in vielen Standardmodellen bis 2008 nicht enthalten; heute sind sie ein sehr beliebtes Tätigkeitsfeld für Ökonomen. Zwei aktuelle Aspekte mit erheblicher praktischer Bedeutung sind eingeschränkte Verschuldungsmöglichkeiten als Folge schlechter oder fehlender Sicherheiten („collateral“) und ein möglicherweise zu geringes Angebot an sicheren Kapitalanlagen („safe assets“).

1. Das Ausmaß der Verdrängung hängt unter anderem von der Zinselastizität privater Investitionen ab. Für viele private Investitionen spielt der Zins aber nicht die alleinentscheidende Rolle – ansonsten müssten in unserer aktuellen Niedrigzinzwelt die Investitionen boomen. Insofern wäre die Annahme einer vollständigen Verdrängung privater durch staatliche Investitionen ziemlich extrem.
2. [Eine recht aktuelle Untersuchung für Japan](#) kommt auf der Basis eines leicht modifizierten Modells auf eine optimale Staatsverschuldung von 40 Prozent des BIP.

145,2

Schulden senken ist schwierig. Wie hoch darf Staatsverschuldung sein? (Teil 2)

28. April 2016 von [Gerald Braunberger](#) | [0 Lesermeinungen](#)

Für viele Länder wäre eine deutlich niedrigere Staatsverschuldung vermutlich vorteilhaft. Aber Staatsschulden zu senken ist schmerzlich – vor allem, wenn die Einkommen in einem Land sehr ungleich verteilt sind. Politiker mögen es vorziehen, lieber den Ausweg über den Staatsbankrott zu suchen. Aber der ist auch nicht kostenlos.

Chinesische Philosophen wissen schlaue Dinge. „Der Weg ist das Ziel“, sagte Konfuzius. „Nur wer sein Ziel kennt, findet den Weg“, meinte Laozi. Ein moderner Finanzpolitiker mag hingegen denken: „Was nützt mir das schönste Ziel, wenn der Weg dahin so steinig ist, dass mir die Mehrheit der Wähler die Gefolgschaft verweigert?“

Auf 67 Prozent hatten Ende der neunziger Jahre die Ökonomen Rao Aiyagari und Ellen McGratten das optimale Verhältnis von Staatsschuld und Bruttoinlandsprodukt für die Vereinigten Staaten geschätzt. Das war eine der wichtigsten Erkenntnisse [aus unserem ersten Serienbeitrag](#) über optimale Staatsverschuldung. Nun haben [die Ökonomen Sigrid Röhrs und Christoph Winter](#) sich das Thema noch einmal angeschaut, und sie kommen mit einem an Aiyagari/McGratten angelehnten Modell zu einem ganz anderen Ergebnis: Optimal wäre für die Vereinigten Staaten eine Situation, in der es gar keine Staatsverschuldung gibt, sondern der Staat umgekehrt sogar Nettovermögen hält! Dieses nun wirklich ganz andere Resultat kommt zustande, weil die ökonomischen Folgen, die sich aus der Einkommensungleichheit in den Vereinigten Staaten ergeben, präziser berechnet sind. Blicken wir kurz zurück. In der Arbeit von Aiyagari/McGratten hatte die Einführung der Staatsverschuldung in ein Modell, in dem sich Haushalte nicht gegen ökonomische Risiken versichern können und in dem ihre Verschuldungsmöglichkeiten eingeschränkt sind, gegenläufige Effekte. Die Staatsverschuldung wirkte negativ, weil sie private Investitionen verdrängte und damit negativ auf den Reallohn wirkte. Andererseits sorgte die Staatsverschuldung für liquidere Kapitalmärkte und für einen höheren Zins, der es den privaten Haushalten erleichtert, eine als Vorsorge geplante Ersparnis zu generieren.

Das Problem ist nun, dass viele Haushalte in den Vereinigten Staaten vom Vorteil der höheren Verzinsung für ihr Vorsorgesparen gar nicht profitieren. Denn wegen der hohen Ungleichheit der Einkommen sparen sehr viele Haushalte nicht oder nur wenig. Für sie zählt der positive Zinseffekt auf die Ersparnis gar nicht; statt dessen leiden sie unter der Verdrängung privater Investitionen. Im Rahmen des Modells ist daher jede Staatsverschuldung schädlich.

Röhrs/Winter haben aber noch eine zweite Botschaft parat: Mag die Reduzierung existierender Staatsverschuldung im Prinzip ein lohnenswertes Ziel sein, so sind die konkreten Mechanismen, die während eines solchen Prozesses ablaufen, auch für die ärmeren Haushalte belastend. Dann hat man aber das Problem, dass es schwierig sein wird, politische Mehrheiten für eine im Prinzip wünschenswerte Reduzierung der Staatsverschuldung zu erreichen. „Austerität“ ist kein Wahlkampfslogan, dem die Wählermassen mit Begeisterung applaudieren, auch wenn sie bei langfristiger Betrachtung positive Ergebnisse zeitigen mag. Röhrs/Winter geben zu bedenken, ob aus politischer Sicht nicht am ehesten kurzfristig implementierte Erhöhungen der Vermögensteuer funktionieren dürften – allerdings wird man alleine mit der Vermögensteuer kaum eine sehr hohe Staatsverschuldung wirksam reduzieren können.

Deshalb ist es aus politischer Sicht vielleicht nicht erstaunlich, dass in der Vergangenheit Regierung lieber in einen Staatsbankrott gegangen sind, als ernsthafte Maßnahmen zur Reduzierung hoher Staatsschulden zu betreiben. Zu diesem Komplex haben die Modelle à la Aiyagari/McGratten allerdings nichts zu sagen, da in ihnen annahmegemäß die Staatsschuld immer bedient wird und sich die Frage nach der langfristigen Tragfähigkeit der Staatsverschuldung bei ihnen nicht – aus der Perspektive einer in den neunziger Jahren für die Vereinigten Staaten angefertigten Arbeit vielleicht verständlich. Heute stellt sich aber für nicht wenige Länder die Frage nach der Tragfähigkeit der Staatsverschuldung vor allem unter der Annahme, dass die Zinsen vielleicht einmal wieder steigen werden und die Steuerbasis eines Landes als Folge einer schwachen Wirtschaft erodieren kann. Insofern ist der Analyserahmen von Aiyagari/McGratten vermutlich zu eng. Wer eine weiter ausgreifende Analyse der Staatsverschuldung studieren will, sei auf [eine Arbeit von Klaus Adam](#) verwiesen. ¹⁾

Für uns bleibt als vorläufige Botschaft: Die Berechnung einer optimalen Staatsverschuldung ist offenbar ziemlich kompliziert.

Daher werden wir in den kommenden Beiträgen einen Schritt zurück gehen und uns mit einer klassischen makroökonomischen Fragestellung befassen: Was sind die Folgen einer Erhöhung der Staatsverschuldung zur Belebung der Konjunktur? Für „Makros“ mit Langzeitgedächtnis und/oder guten theoriegeschichtlichen Kenntnissen folgt noch ein Cliffhanger. Wir werden für die nächste Folge unserer Serie einen leicht verstaubten Band aus dem Bücherschrank holen, der von einer Konferenz berichtet, die im Herbst 1974 an der Brown University stattfand und auf der es hoch her ging.

1. Das Thema Schuldentragfähigkeit spielt auch eine wichtige Rolle in der sogenannten Fiskaltheorie des Preisniveaus, die wir [in einem früheren Beitrag behandelt haben](#) und die in der Fachwelt auch heute noch diskutiert wird.

145,3

Islam : une image dégradée en France et en Allemagne

Par [Jean-Marie Guénois](#)

Publié le 28/04/2016 à 20:00



Selon un sondage Ifop pour *Le Figaro*, la défiance vis-à-vis de l'islam s'installe des deux côtés du Rhin. Un sentiment qui progresse fortement chez l'électorat de gauche. PUBLICITÉ

La défiance face à la place de l'islam en France, jusque-là perçue comme l'apanage de l'extrême droite et d'une partie de la droite, ou plus récemment comme un marqueur «réactionnaire» dans le débat culturel, est désormais largement et profondément partagée... à gauche. C'est le principal enseignement du sondage Figaro-Ifop qui vient d'être réalisé du 14 au 18 avril 2016. Ainsi, en 2010, **39 % des électeurs du Parti socialiste pensaient que la place de l'islam était «trop importante».** Ils sont désormais **52 %**.

Ce sondage confirme, après la violente et dramatique année 2015, un rejet global de cette religion en France. Mais cette vague vient de loin car elle apparaissait déjà dans les précédentes enquêtes du même institut qui remontent à **1989**. Cette année-là, 33 % des Français étaient par exemple «favorables» à la construction des mosquées, ils sont 13 % aujourd'hui. **De même 31 % étaient opposés au port du voile en général, ils sont 63 % en 2016...**

Moins puissant en Allemagne, ce phénomène de rejet apparaît toutefois marqué dans un pays traumatisé par les événements du 31 décembre à Cologne. «Alors que ces deux pays ont des histoires de l'immigration très différentes, analyse Jérôme Fourquet, le Directeur du Département Opinion de l'Ifop, cette convergence montre que les défis de ces questions majeures sont posés de manière similaire à toute la société occidentale.»

Pour Anouar Kbibeche, président du Conseil français du culte musulman (CFCM), «ce sondage conforte le sentiment que l'image de l'islam représente un défi majeur pour les citoyens français de confession musulmane.» «Nos concitoyens doivent considérer les Français de confession musulmane comme des citoyens à part entière et non comme des citoyens entièrement à part!, déclare-t-il. Il fut un temps où les musulmans réclamaient peut-être un droit à «la différence». Désormais, les musulmans de France ne réclament qu'un droit à «l'indifférence»!

145,4

• [OPINION](#)

• [REVIEW & OUTLOOK](#)

Eurozone Crises for Everyone

Portugal could become Europe's latest victim of antireform politics.



ENLARGE

Portuguese Prime Minister Antonio Costa in Athens, Greece on April 11. PHOTO: AGENCE FRANCE-PRESSE/GETTY IMAGES

April 28, 2016 7:14 p.m. ET

[2 COMMENTS](#)

A new crisis is brewing in the eurozone, and for once Greece isn't in the middle of it. Portugal on Friday faces a credit review from the only major credit-rating company to give the country an investment-grade score. A downgrade would push Lisbon out of the European Central Bank's bond-purchase program, with potentially dire consequences.

After an indecisive election in October, the second-place Socialist Party formed a coalition government with several smaller far-left parties dedicated to rolling back bailout reforms. The latest budget, featuring higher pension payments and pay raises for civil servants, delivers a fiscal deficit as high as 3.4% of GDP, according to EU estimates. Even after accounting for modest tax hikes on fuel and tobacco that Lisbon belatedly added to the budget at Brussels's behest, Portugal could still come in above the EU's legal 3% deficit limit.

The spending increases pushed by Prime Minister António Costa explain only part of this shortfall. The bigger culprit is economic growth, which Lisbon expects to be 2.1% this year while Brussels predicts 1.6%; both are optimistic. Portugal's 2011 bailout program followed the eurozone's preferred pattern, prioritizing fiscal balance via tax hikes and, to a lesser extent, spending cuts, while allowing Lisbon to fudge on supply-side reforms that would boost long-term growth.

Mr. Costa's predecessor, the center-right Pedro Passos Coelho, only partially liberalized the heavily regulated labor market. And now the reforms he did push through are in jeopardy from a left-wing coalition government that ran against "austerity."

No wonder the other three main credit firms—Standard & Poor's, [Moody's](#) and Fitch—have given Portugal's government a junk rating. A downgrade by rating firm DBRS now would bar the ECB from buying Portuguese government bonds under its quantitative-easing program. Borrowing costs would skyrocket, making it harder to finance that large deficit, while investor confidence would take a hefty blow.

This doomsday scenario may not materialize, since DBRS analysts have hinted they could be inclined to overlook Lisbon's shortcomings a little longer. Even so, this week's moment of worry is a reminder that two years after Portugal completed its formal bailout program, it's still struggling to get on a pro-growth track.

On the other end of Europe, Athens is headed for another meltdown this summer as negotiations with creditors over an incomplete fiscal- and supply-side reform plan grind fruitlessly on. It's been clear since they elected the far-left, antireform Syriza party last year that Greek voters aren't ready to embrace the overhauls their economy needs. Those include product-market reforms, cuts to excessive pensions for politically favored retirees, privatizations and the like. Instead, creditors have forced Athens to impose growth-crushing tax increases on incomes, corporate profits and consumption in a vain attempt to balance the budget while growth fluctuates around zero.

As Portugal and Greece both show, the legacy of bailouts that put fiscal balance above economic reform is a collection of countries that still can't balance their budgets precisely because they're not growing.

Folgen der Arbeitslosigkeit

Frank Oschmiansky, Bundeszentrale für politische Bildung

1.6.2015

Die Wirkung der Arbeitslosigkeit auf die Betroffenen wird in den ökonomischen Lehrbüchern überwiegend ausgeblendet. Ökonomen interessieren sich primär für die ökonomischen Ursachen, gesamtfiskalischen Kosten und makroökonomischen Folgen der Arbeitslosigkeit, weniger für ihre individuellen Folgen. Viele Zweige der Arbeitsmarktforschung befassen sich seit Jahrzehnten mit den Folgen für Menschen.

Die individuellen und gesellschaftlichen Folgen von Arbeitslosigkeit werden in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Forschungszweigen beleuchtet, auch wenn festzustellen ist, dass es hier noch viele Forschungslücken gibt. Die Mehrzahl der Studien kommt aus den Bereichen der gesundheitspsychologischen und sozialmedizinischen Forschung.

Mögliche individuelle Folgen der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit, sind u.a. psychologische und gesundheitliche Probleme, Entqualifizierung, gesellschaftlich-kulturelle und soziale Isolation, familiäre Spannungen und Konflikte, Schuldgefühle, Aggressivität und - trotz Grundsicherung – relative Verarmung. Zwischen den meisten genannten Folgen besteht dabei ein sehr enger Zusammenhang.

Die Folgen von Arbeitslosigkeit beschränken sich nicht auf die Arbeitslosen selbst. Auch für die nahen Familienangehörigen kann Arbeitslosigkeit gravierende Folgen für Wohlstand, Selbstachtung, soziales Ansehen und Lebenschancen bedeuten. Selbst bei Beschäftigten werden Arbeitsfähigkeit, Leistung, Solidarität und Krankenstand beeinflusst.

Daneben ist Arbeitslosigkeit auch ein Problem für die gesamte Gesellschaft. Gesamtgesellschaftliche Folgen der Arbeitslosigkeit sind u.a. Verlust von Steuern und Sozialabgaben, hohe Kosten für Arbeitslosengeld, Verlust der Kaufkraft des Einzelnen und damit Reduzierung der Binnennachfrage, Anstieg der Kriminalität sowie politische Instabilität.

Die Arbeitslosen von Marienthal

Das Thema "Folgen der Arbeitslosigkeit" ist nach wie vor untrennbar mit einer der bekanntesten "klassischen" soziologischen Untersuchungen verknüpft: "Die Arbeitslosen von Marienthal." In Folge der Weltwirtschaftskrise 1929/1930 hatten fast alle Bewohner eines Dorfes in der Nähe von Wien durch den Bankrott des einzigen Industriebetriebes ihren Arbeitsplatz verloren. Eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern führte vor Ort umfangreiche Untersuchungen durch. Der Forschungsbericht zählt nach wie vor zu den Klassikern der empirischen Sozialforschung. Er war zugleich die erste moderne empirische Untersuchung der psychosozialen Auswirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit.

Die zentralen Ergebnisse der Studie lauteten: Arbeitslosigkeit führt zu Mutlosigkeit und Hilflosigkeit und reduziert deshalb eine aktive Herangehensweise an Probleme. Das Nichtstun beherrschte den Tag, insbesondere unter den Männern. Armut war stark verbreitet. Der Gesundheitszustand der Kinder von arbeitslosen Eltern war im Durchschnitt deutlich schlechter als der Gesundheitszustand der Kinder von Eltern, die noch Arbeit hatten. Der Rhythmus des Lebens wurde bestimmt vom 14-tägigen Auszahlungstermin der Arbeitslosenunterstützung. Die Forscher haben die arbeitslose Gemeinschaft daher als "müde Gemeinschaft" beschrieben.

Arbeitslosigkeit und Gesundheit

Heutzutage befassen sich die häufigsten Untersuchungen zu Folgen der Arbeitslosigkeit mit der Thematik "Gesundheitliche Folgen von Arbeitslosigkeit". Dass Gesundheitsrisiken und Gesundheitsprobleme bei Arbeitslosen vermehrt auftreten, wird dabei durch zahlreiche nationale wie internationale Forschungsarbeiten belegt. Unklar bleibt dabei aber zunächst die Richtung des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Diesbezüglich gibt es zwei grundlegende Thesen: Arbeitslosigkeit führt zu erhöhtem Krankheitsrisiko (Kausalitätshypothese), Krankheit führt zu einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko (Selektionshypothese). Durch die Komplexität des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und Gesundheit lassen sich die jeweiligen Wirkungsrichtungen nur selten klar voneinander trennen. Es gibt aber viele Hinweise darauf, dass beide Thesen richtig sind: Einerseits sind die Wettbewerbschancen kranker Arbeitnehmer schlechter als die gesunder, womit sich das Risiko des Arbeitsplatzverlustes erhöht; andererseits verschlechtert anhaltende Arbeitslosigkeit den Gesundheitszustand.

In einer jüngeren Studie gab von kurzzeitarbeitslosen Männern jeder fünfte und von langzeitarbeitslosen Männern jeder Dritte an, dass Einschränkungen der Gesundheit mit ein Grund für die Arbeitslosigkeit sind. Bei den Frauen sind diese Anteile geringer (16 und 12 Prozent). Gleichzeitig gab ein Fünftel der langzeitarbeitslosen Frauen und Männer an, ihr Gesundheitszustand habe sich während der Arbeitslosigkeit verschlechtert. Allerdings sehen 10 % ihre Gesundheit durch die Arbeitslosigkeit als verbessert an. Letzteres lässt darauf schließen, dass vorher gesundheitsbelastende Berufe ausgeübt wurden.

145,7

Migrationsforscher im Gespräch

„Die meisten Menschen wollen unbequeme Fakten nicht hören“

Der Soziologe Ruud Koopmans kritisiert, dass sich muslimische Migranten zu wenig anpassen würden. Multikulti hält er für fatal, Merksels Türkei-Politik ebenso. In Deutschland wird er bislang kaum gehört – und er ahnt, warum.

29.04.2016, von SVEN ASTHEIMER



Keine Spur von Multikulti: Der türkische Präsident Recep Tayip Erdogan wird 2014 von seinen Anhängern im Kölner Stadion gefeiert.

Herr Koopmans, Sie forschen seit rund 20 Jahren zu den Themen Migration und Integration. Sie müssten derzeit ein gefragter Mann sein. Wie oft hat das Kanzleramt schon bei Ihnen angerufen?



Autor: Sven Astheimer, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Beruf und Chance“.

Die Kanzlerin hat noch nicht angerufen. Aber ich komme gerade aus dem Innenministerium, wo wir über die Gründe von Migration gesprochen haben. Wir haben auch sehr kontrovers über den jüngsten Deal mit der Türkei diskutiert.

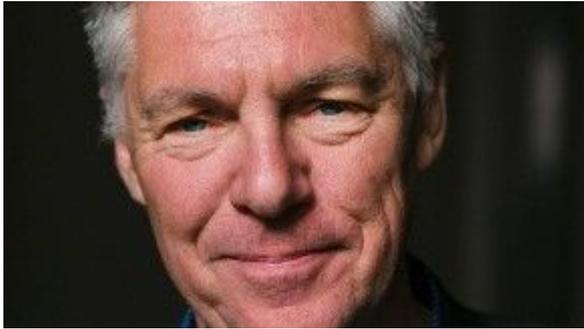
Dennoch tauchen Sie in der öffentlichen Debatte recht wenig auf. Was glauben Sie, woran das liegt?

Es ist schon so, dass die meisten Politiker und Journalisten nur die Bestätigung ihrer eigenen Meinung hören wollen. Und da ist vielleicht die Position, die ich vertrete, in Deutschland zurzeit nicht so populär. Insgesamt ziehen meine Forschungsergebnisse schon Aufmerksamkeit auf sich. Anfang 2015 habe ich eine Studie veröffentlicht über islamischen Fundamentalismus und Feindbilder von Muslimen in Europa. Diese Ergebnisse wurden in vielen Ländern auf der ganzen Welt von Pakistan über Israel bis in die Vereinigten Staaten heftig diskutiert, auch in Europa – aber eben nicht in Deutschland. Die F.A.Z. hat als einziges Leitmedium darüber berichtet, wenn auch sehr kritisch. Aber immerhin hat sie berichtet. In den anderen Medien war komplette Funkstille.

Zufällig am Tag der Anschläge in Brüssel haben Sie die Ergebnisse Ihrer jüngsten Studie veröffentlicht. Muslimische Zuwanderer sind demnach so schlecht in die Arbeitsmärkte der Zielländer eingebunden, weil sie sich nicht genügend anpassen. Ist das wirklich revolutionär gegen den Mainstream?

O, ja. Das bedeutet nämlich, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen kultureller Assimilation und struktureller Integration in den Arbeitsmarkt. Das ist hierzulande ein Tabu-Thema, das darf nicht sein. Eigentlich sollte die Kultur keinen Einfluss auf die Integration haben.

Aber Sie sind ja nicht der Erste, der sich mit dem Thema beschäftigt...



© JENS GYARMATY  Ruud Koopmans

Das stimmt. Aber die meisten Studien gehen so vor, dass sie sich die Situation von Migranten und Nichtmigranten anschauen und die soziodemographischen Faktoren abgleichen. Wenn es dann bei gleichem Alter, gleichem Bildungsniveau und gleichem Wohnort immer noch Unterschiede gibt, wird das mit Diskriminierung durch die Arbeitgeber erklärt. In der Fachliteratur nennt man das „ethnic penalty“, also ethnische Bestrafung. Solche Studien basieren meistens auf allgemeinen Daten und es fehlen spezifische Faktoren, die für Migranten eine Rolle spielen. Das können Sprachkenntnisse sein oder spezielle Vorstellungen über die Rolle der Frau.

In Ihren Befunden spielt Diskriminierung also keine Rolle mehr?

Wenn man die genannten kulturellen Aspekte berücksichtigt, bleiben jedenfalls keine signifikanten statistischen Unterschiede mehr. Es gibt sicherlich Diskriminierung, diese fällt nur viel geringer aus als bislang angenommen.

Bestreiten Sie wirklich, dass Bewerber mit Namen wie Ali oder Aische benachteiligt werden?

Nein. Aber ein Problem dieser experimentellen Ansätze ist, dass sie zwar zeigen, dass es einen Zusammenhang gibt, aber nicht, wie groß das Phänomen ist. Es wird unterstellt, dass in jeder Situation, in der Ali sich bewirbt, auch ein Stefan in Konkurrenz tritt, der genau die gleichen Merkmale hat. Das kommt aber am wirklichen Arbeitsmarkt gar nicht so oft vor, weil Stefan wahrscheinlich eine bessere Ausbildung hat und gar nicht mit Ali um dieselbe Stelle konkurriert.

Woran liegt es dann, dass Muslime in nahezu allen Industriestaaten häufiger arbeitslos sind als andere Gruppen?

Erstens haben die Sprachkenntnisse einen starken Einfluss. Unsere Studie zeigt: Wer über gute Sprachkenntnisse verfügt und überwiegend deutsche Medien konsumiert, hat bessere Chancen am Arbeitsmarkt. Das ist eine Sache, die liegt ganz klar bei den Migranten. Der zweite Faktor sind interethnische Kontakte. Migranten der ersten, aber teilweise auch noch der zweiten Generation sind im Zielland fremd. Die besten Kenntnisse über den Arbeitsmarkt – wo gibt es die besten Jobs, wie bewirbt man sich? – haben die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft. Deshalb haben übergreifende Kontakte entscheidenden Einfluss auf die Arbeitsmarktchancen.

Und Muslime bleiben eher unter sich?

Ja, diese soziale Segregation unter Muslimen ist hoch, auch im Vergleich zu allen anderen Migrantengruppen. Da brauchen Sie sich häufig nur die Wohnsituation anzuschauen.

Sie führen das auf kulturelle und religiöse Unterschiede zurück?

Für einen konservativen Muslim sind schon zwischengeschlechtliche Kontakte außerhalb der Familie ein Problem. Am Beispiel von Holland kann man auch sehen, dass interethnische Beziehungen keine Frage von Rasse und Herkunft sind. Es gibt viele Paare, von denen ein Teil aus Surinam oder von den Antillen kommt. Aber unter Muslimen sind solche Mischehen, wie in allen anderen europäischen Ländern, eher selten. Wobei man aber dazusagen muss, dass es auch umgekehrt eine Art sozialer Diskriminierung geben dürfte, da nicht jeder auch den Kontakt zu Muslimen haben will.

Seit den Anschlägen in Paris und Brüssel stellt sich die Frage, wie die Parallelgesellschaft im Brüsseler Viertel Molenbeek als Brutstätte des Terrorismus entstehen konnte. Wie erklären Sie das?

Meine vorherige Untersuchung hat gezeigt, dass das Niveau von Fanatismus unter Muslimen in Belgien deutlich höher ist als etwa in Deutschland. Auch bei fremdenfeindlichen Einstellungen gegenüber Juden und dem Westen hatte Belgien den höchsten Wert aller sechs untersuchten Länder. Dass da etwas richtig schiefgelaufen ist, ging aus der Studie schon hervor. Das wurde von ein paar Politikern in Belgien auch aufgegriffen, allerdings nur vom rechten Rand des politischen Spektrums, und damit sind die Argumente in den Augen vieler gleich wieder delegitimiert. Das ist leider mein Los.

Dabei waren sie früher bei den niederländischen Grünen.

Ich halte mich immer noch für einen Linken, der seine Forschungsergebnisse präsentiert. Aber die meisten Menschen wollen unbequeme Fakten nicht hören.

Wird das Thema unter Kollegen totgeschwiegen?

Das wäre vielleicht zu viel gesagt, aber man erfährt schon eine gewisse Ablehnung. Das ist aber in Deutschland weniger der Fall als in Belgien, Großbritannien oder den Niederlanden. Ich bekomme dann über Dritte zu hören, dass meine Arbeit Wasser auf die Mühlen von Rassisten und Rechtspopulisten sei.

Der englische Titel Ihrer Studie lautet „Does Assimilation Work?“ Wie lautet Ihre Antwort?

Aus den genannten Gründen ganz eindeutig ja. Wer assimiliert ist, ist seltener arbeitslos und nimmt häufiger am Arbeitsmarkt teil. Wobei es da auch noch einiger Forschung bedarf. Es kann zum Beispiel sein, dass assimilierte Muslime zwar genauso oft arbeiten wie Personen aus der Mehrheitsgesellschaft, aber in schlechteren Jobs unterhalb ihrer Qualifikation. Das würde auch die Diskriminierung bei den Bewerbungen erklären.

Was verstehen Sie unter dem Begriff Assimilierung?

In der Soziologie versteht man darunter den Prozess der Annäherung der Migranten an die Mehrheitsgesellschaft. Das kann man sowohl strukturell sehen mit Bezug auf Arbeitsmarkt und Bildung als auch kulturell, wozu Sprache und soziale Kontakte gehören. Durch den Aufstieg des Multikulti-Begriffs seit den siebziger Jahren wurde Assimilation immer mehr zum Tabu. Dabei geht es nicht darum, dass die Migranten ihre eigene Sprache und Kultur aufgeben.

Sondern warum?

Es geht darum, dass man in der Lage ist, die Sprache des neuen Wohnlandes zu sprechen, und nicht nur Kontakt innerhalb der eigenen Gruppe hat. Multikulti basiert auf dem Gedanken der Bilingualität. Aber das hat bei vielen Muslimen nicht funktioniert. Fragen Sie mal in der türkischstämmigen Bevölkerung nach, was sie von Erdogans Bestrebungen halten, die freien Medien nun auch in Westeuropa mundtot zu machen. Die

Identifikation mit der Türkei ist bei vielen weitaus stärker als mit Deutschland oder den Niederlanden. Das Problem der Multikulti-Debatte ist, dass die Schuld für diese Umstände immer bei der aufnehmenden Gesellschaft gesucht wird.

Halten Sie Multikulti für gescheitert?

Nein, ich glaube, es ist in vielen Köpfen noch sehr lebendig – gerade in Deutschland. Deutschland ist ja durch die Geschichte bedingt ein Nachzügler. Wir machen Prozesse durch, die Nachbarländer schon lange hinter sich haben. Die Niederlande oder Großbritannien haben sich viel früher auf den Gedanken eingelassen, dass sie Einwanderungsländer sind.

Was lässt sich von den anderen lernen?

Dass Multikulti eine schlechte Idee ist, weil sie das Nebeneinander von verschiedenen Kulturen legitimiert. Niemand soll seine Identität aufgeben. Aber wenn man in die Öffentlichkeit geht, dann ist man nur erfolgreich, wenn man die lokalen Regeln kennt. In Deutschland gibt es jedoch einen starken Willen zu politischer Korrektheit, und es fehlt der Wille, die Bedeutung von kultureller Anpassung zu akzeptieren. Wenn ich in Vorträgen die Bedeutung der deutschen Sprache in den Migrantenfamilien betone, setzt es häufig Buhrufe. Die Leute glauben, man lerne erst richtig Deutsch, wenn man auch gut Türkisch könne. Aber das ist falsch. Wenn ein Kind in einer Familie aufwächst, in der nur Türkisch gesprochen wird, es vor allem mit türkischsprechenden Kindern spielt und die ganze Zeit türkisches Fernsehen läuft, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Kind auf einer deutschen Schule Probleme bekommt.

Die Bundesregierung hat ins Integrationsgesetz verpflichtende Sprachkurse aufgenommen und eine Residenzpflicht. Zwei Aspekte, die Sie auch gefordert haben. Aber wie will der Staat Einfluss nehmen auf das Fernsehprogramm? Das ist eine private Entscheidung.

Eltern wollen nur das Beste für ihre Kinder. Deshalb kommt es auf die Botschaft an. Statt ihnen ständig zu sagen, dass es richtig sei, wenn sie die Sprache und Kultur ihrer Heimat pflegen, muss man ihnen klarmachen, wie wichtig eine Anpassung an das Wohnland ist.

Was schlagen Sie für Flüchtlinge vor?

Bei Anerkennung bekommen Flüchtlinge eine dreijährige Aufenthaltsgenehmigung. Wer in dieser Zeit den Integrationskurs erfolgreich abschließt, die Sprache lernt und einen Arbeitsplatz findet, der sollte die Aussicht auf ein permanentes Bleiberecht bekommen, unabhängig von der Situation in der Heimat.

Und wer das nicht erfüllt?

Dann stellt sich die ganz normale und legitime Frage in jeder Einwanderungsgesellschaft, ob hier die humanitäre Pflicht Deutschlands endet und die Person wieder gehen muss.

Wie wirkt sich die Höhe von Sozialleistungen auf die Integrationschancen aus?

Wenn es nur darum ginge, Migranten in den Arbeitsmarkt zu integrieren, müssten alle das angelsächsische Modell mit niedrigen Sozialleistungen kopieren. Das baut einen so hohen Druck auf, da braucht der Staat gar keine Integrationspolitik. Aber es wäre ein Fehler, deshalb den Sozialstaat über Bord zu werfen.

Schweden hat unter Tränen von Politikern seine Grenzen geschlossen...

Weil dort vieles schiefgelaufen ist. Die Arbeitslosenzahlen unter Flüchtlingen sind auch nach Jahren noch sehr hoch. Schweden hat ein noch höheres Versorgungsniveau als Deutschland, gepaart mit einem sehr liberalen Ausländerrecht – eine fatale Kombination.

In Deutschland sind die Flüchtlingszahlen seit der Schließung der Balkan-Route und dem Türkei-Abkommen stark gesunken. Ist das Problem dauerhaft gelöst?

Nein, es zeigt sich ja schon, dass sich Flüchtlingsrouten verlagern. Aber vor allem glaube ich, dass der Türkei-Deal nicht halten wird. Man hat in den letzten Wochen gesehen, dass dieser Deal zu einem moralischen Spagat wird für die deutsche und europäische Politik, weil Erdogan seine Machtposition gnadenlos ausnutzt, um gegen die interne Opposition in seinem Land vorzugehen. Das Vorgehen der Bundeskanzlerin im Fall Böhmermann ist aus meiner Sicht nicht zu rechtfertigen. Da muss ein deutscher Satiriker seine Sendung einstellen, weil er Morddrohungen bekommt.

Sie hat ja mittlerweile Fehler eingeräumt...

Aber es geht doch weiter. In den Niederlanden wurden türkische Organisationen aufgerufen, Präsidentenbeleidigung zu melden. Eine niederländisch-türkische Journalistin wird im Türkei-Urlaub verhaftet und ihre Wohnung in Amsterdam aufgebrochen. Deutschen Journalisten wird die Einreise verweigert. Und die Bundesregierung schweigt dazu – das ist eine Schande. Dabei hat die Bundeskanzlerin mit einer großen Geste das Dublin-System im Alleingang aufgehoben. Und als es mit einer europäischen Lösung nichts wurde, weil andere Staaten zu Recht die Sozialisierung der Kosten verweigerten, wurde Erdogan zum Türsteher gemacht.

Was lässt sich aus den vergangenen Monaten lernen?

Dass Migration sehr wohl steuerbar ist. Als man die Grenzen öffnete, kamen die Leute. Und als die Balkan-Route zugemacht wurde und Erdogan endlich seine Schlepperbanden kontrollierte, hatte das auch spürbare Effekte. Natürlich gibt es eine humanitäre Pflicht. Aber die muss man anders erfüllen. Denn bislang können nur Menschen kommen, die sich Tausende Euro für Schlepperbanden leisten können. Und vor allem junge Männer, die diese Tour auf sich nehmen können.

Sind Sie also für deutsche Entscheidungszentren in der Region? Bamf-Außenstellen in Jordanien und Libanon?

Nein, keine individuellen Prüfungen vor Ort. Ich bin für Kontingentlösungen. Dann könnte man etwa Familien oder verfolgte Minderheiten bevorzugen und den Prozess steuern. Außerdem Unterstützung für Jordanien, Libanon und die Balkan-Länder, die viel Last tragen. Ich würde die 6 Milliarden Euro lieber dort ausgeben als nur für Erdogan.

Quelle: F.A.Z.

Yves Michaud : « La politique des bons sentiments et de la compassion mène à l'aveuglement »

LE MONDE IDEES | 28.04.2016 à 09h29 • Mis à jour le 29.04.2016 à 11h47 | Propos recueillis par [Michel Guerrin](#)



Le philosophe Yves Michaud, 71 ans, vient de publier *Contre la bienveillance* (Stock, 192 p., 18 €), dans lequel il prône un nouveau contrat social pour s'opposer à la montée du fondamentalisme religieux et des populismes.

Pourquoi s'en prendre à la bienveillance, qui est considérée comme une qualité ?

La bienveillance est un sentiment social, nécessaire à la sphère privée. Pour les philosophes du XVIII^e siècle, c'est un facilitateur de relations sociales, rien de plus. Mais si on en tient compte pour gouverner la collectivité, elle devient dangereuse, car elle conduit à se montrer bienveillant avec tous les droits catégoriels. C'est le cas quand nous concédons des droits spécifiques aux communautés religieuses, ethniques ou aux groupes de pression.

La politique des bons sentiments et de la compassion mène alors à l'aveuglement. On ne voit pas que ces droits émiétés font reculer la liberté collective. Je pense aux lois mémorielles, qui selon moi devraient être supprimées, ou aux attaques de collectifs se revendiquant Noirs contre les travaux de l'historien Olivier Genouilleau sur la traite négrière. Légitimer les droits catégoriels, c'est faire monter les partis populistes, de Podemos au FN, qui capitalisent sur toutes ces plaintes hétérogènes.

Est-on trop bienveillant avec l'islamisme ?

Cela fait des années que des intellectuels et des artistes arabes, comme les écrivains algériens [Boualem Sansal](#) et [Kamel Daoud](#), dont on imagine mal le courage, dénoncent une dérive fondamentaliste apparue chez eux, et qui gagne chez nous. Pour les écouter, il a fallu les attentats. Je donne souvent des conférences dans le Maghreb. Quand on ouvre les yeux, on est forcé de reconnaître que l'islam n'est pas compatible avec la démocratie.

Pour la plupart des musulmans, ne pas croire est un crime, la charia prime sur tout autre droit, et l'apostasie est absolument interdite. Les atteintes à la liberté d'expression ou l'inégalité entre les sexes viennent de ces dogmes, et je souligne que l'immense majorité des pays arabo-musulmans n'ont pas ratifié la Convention universelle des droits de l'homme de 1948. La bienveillance provoque des réflexes stupéfiants, comme refuser de voir la dimension culturelle des [agressions sexuelles à Cologne lors de la nuit du Nouvel An](#).

Cette incompatibilité avec la République ne vaut-elle pas pour toutes les religions ?

Oui, sauf que dans l'Europe chrétienne, la construction du théisme puis du déisme est allée dans le sens du rationalisme. Ce fut l'œuvre d'abord des théologiens, puis de philosophes qui ont pensé le contrat social à partir de la fin du XVI^e siècle. Je pense à tous ceux qui insistent sur la souveraineté du politique, à Spinoza, Hobbes, Althusius, Locke, Hume, et à Rousseau qui, à la fin, récapitule – à sa manière – cette pensée.

Ces philosophes ne sont pas d'accord sur tout, mais ils se posent les mêmes questions : comment constituer une communauté souveraine ? A qui devons-nous obéir ? Que faut-il mettre en commun et que faut-il sacrifier ? Qui détient la légitimité du pouvoir ? Tous se retrouvent sur une idée fondamentale : il faut renoncer au primat des croyances religieuses.

« L'IDENTITÉ NATIONALE NE VEUT RIEN DIRE, C'EST UN CONCEPT DE L'ORDRE DU FANTASME. POUR MOI, ON EST FRANÇAIS QUAND ON RESPECTE LES RÈGLES RÉPUBLICAINES. POINT »

Certains prônent une religion d'Etat mais tolérante et assez édulcorée. Le plus radical est Spinoza, pour qui la religion doit rester une affaire intérieure. Pour lui, l'écriture sainte ne veut rien dire, pour la simple raison qu'on n'a aucune raison de savoir ce qu'elle veut dire ! En d'autres termes, Dieu a certainement parlé aux prophètes, mais est-ce qu'ils l'ont compris ? Et est-ce que les humains ont compris les prophètes ? Spinoza laisse ainsi à chacun la possibilité d'avoir une religion, de l'interpréter – mais de la garder pour lui. C'est roublard et génial. Un peu comme Voltaire, qui ne dit jamais qu'il ne croit pas, mais que les principes du théisme doivent toujours l'emporter sur les délires de la superstition.

Tenir ces positions ne fut pas facile, il y eut des combats et des persécutions. Spinoza fut victime d'une tentative d'assassinat par un intégriste juif. Cette philosophie, d'abord cantonnée à la sphère du monde intellectuel, a ensuite cherché à penser l'époque de façon concrète. On n'imagine pas à quel point toutes ces idées ont irradié le XVIII^e siècle, constituant le terreau de 1789, comme l'a montré Daniel Mornet dans son superbe livre *Les Origines intellectuelles de la Révolution française*, en... 1933.

Le monde musulman n'a pas connu la même évolution ?

C'est le problème. L'islam refuse toute interprétation du dogme depuis le XI^e siècle. La loi divine l'emporte toujours, comme le combat pour étendre l'islam (le « jihad ») l'emporte sur l'interprétation (l'« ijtihad »). La structure non centralisée de cette Eglise ne facilite pas une évolution. Et les voix contraires sont détruites. Le Gandhi soudanais, Mahmoud Mohamed Taha, héros de l'indépendance, qui appelait à une interprétation théologique du Coran, a été pendu pour apostasie en 1985. Une des voix les plus brillantes du monde musulman actuellement est celle de l'universitaire tunisien Abdelmajid Charfi, qui a parfaitement analysé le « retard » historique de l'islam.

Qu'avons-nous à apprendre des Lumières ?

Notre époque ressemble à celle d'avant les Lumières. Nous devons à notre tour reconstituer une communauté souveraine, redéfinir notre contrat social. De nombreux intellectuels rejoignent cette position, comme l'historien Jonathan Israel, qui met en avant la notion de Lumières radicales. Nos concepts forgés au cours des « trente glorieuses », quand l'Etat-providence se développait sereinement, ne sont plus adaptés. J'ai longtemps partagé les idées de Claude Lefort, pour qui la démocratie se définit par l'affrontement pacifique des différences. Mais quand des communautés ne veulent renoncer à aucune de leurs valeurs, cette position devient intenable.

Vous renoncez à la démocratie ?

Non, je prône le retour à une autorité juste et républicaine. Je suis par exemple favorable à la déchéance de nationalité pour ceux qui ne respectent pas le contrat social : non seulement les terroristes, mais aussi les fraudeurs massifs du fisc, les expatriés fiscaux, les auteurs d'actes barbares. Etre déchu de sa nationalité, c'est

devenir un apatride. Or il y a un statut défini et protecteur de l'apatride : c'est un étranger correctement traité, mais sans possibilité de bénéficier de l'Etat-providence.

Vous ne prononcez pas le mot laïcité.

Ce mot n'a pas de place dans mon livre. C'est une notion marquée historiquement, et un débat réglé, que certains veulent remettre sur le tapis en faisant de la laïcité une religion. Le débat, il faut l'ouvrir sur les principes républicains. L'identité nationale non plus ne veut rien dire, c'est un concept de l'ordre du fantasme. Pour moi, on est français quand on respecte les règles républicaines. Point.

QUAND ON OUVRE LES YEUX, ON EST FORCÉ DE RECONNAÎTRE QUE L'ISLAM N'EST PAS COMPATIBLE AVEC LA DÉMOCRATIE

Je ne suis pas contre le voile à l'école ou à l'université, mais contre le prosélytisme religieux. Dans certaines classes, on n'enseigne plus la théorie de l'évolution pour ne pas heurter les convictions créationnistes de musulmans. Dans certains amphis, des étudiants stoppent le cours pour aller prier et interpellent le professeur quand le savoir heurte leurs convictions religieuses. Tout le monde sait que les incidents se multiplient, mais on les minimise au nom de la bienveillance.

Vous allez être taxé de réactionnaire...

J'ai beaucoup hésité à écrire ce livre. J'ai même été perturbé par les thèses que je développais. Mais je ne crois pas avoir écrit un livre réactionnaire. Cela fait plus de quarante ans que face aux certitudes des communistes, maoïstes, trotskistes, gauchistes, j'assume mon étiquette de libéral de gauche, au sens du XIX^e siècle, de partisan de la liberté. Or, il faut consolider cette liberté. Si être réactionnaire, c'est vouloir revenir à la philosophie des Lumières radicales, j'assume totalement.

ECB Chief Mario Draghi Fires Back at German Critics

Low rates aren't the problem, he says, but 'the symptom of an underlying problem' on the fiscal side



ENLARGE

European Central Bank President Mario Draghi says "savers can still earn satisfactory rates of return from diversifying their assets, even when interest rates on deposit and savings accounts are very low." PHOTO: REUTERS

By [TOM FAIRLESS](#)

Updated May 2, 2016 4:33 p.m. ET

FRANKFURT—Top European Central Bank officials escalated a dispute with Berlin over the ECB's easy-money policies on Monday, warning that Germany itself is partly to blame for the ultralow interest rates that are harming savers and pensioners.

In a speech to Asian government officials and business leaders, ECB President [Mario Draghi](#) said low interest rates were merely a symptom of an underlying economic problem—the compression of investment returns globally due to an excess of savings.

"There is a temptation to conclude that...very low rates...are the problem," Mr. Draghi said. "But they are not the problem. They are the symptom of an underlying problem."

The global savings glut, Mr. Draghi said, is being perpetuated by economies in Asia and in the eurozone, notably Germany. "Our largest economy, Germany, has had a [current account] surplus above 5% of GDP for almost a decade," Mr. Draghi said.

The comments are Mr. Draghi's latest response to a political backlash in Germany over the ECB's policies. Senior German politicians have been openly voicing their frustration with Frankfurt in recent weeks, particularly since the central bank [ramped up](#) its €1.5 trillion (\$1.7 trillion) stimulus in March.

In [unusually blunt criticism](#) last month, German Finance Minister Wolfgang Schäuble called for an end to easy-money policies and warned that the ECB was partly to blame for the rise of a new populist party, the Alternative for Germany, suggesting its low interest rates had hurt savers.

Mr. Draghi directed criticism directly back at Berlin. "Those advocating a lesser role for monetary policy or a shorter period of monetary expansion necessarily imply a larger role for fiscal policy," he said, in an apparent reference to Germany's insistence on reining in government spending while policy makers elsewhere are focusing more on the need for fresh economic stimulus.

Amid the recent political attacks, Germany's central bankers have rushed to defend the ECB and its independence. Bundesbank President Jens Weidmann has argued that the ECB's expansionary policies are appropriate.

Speaking in Switzerland on Monday, Sabine Lautenschläger, the only German on the ECB's six-member executive board, warned that political attacks endangered the ECB's independence and undermined trust. She stressed that central banks couldn't solve Europe's institutional failures or structural problems.

"It seems very odd to me that politicians are now criticizing the European Central Bank," Ms. Lautenschläger said. "I would like to see a political class that has the courage to lead public opinion."

Mr. Draghi stressed that the ECB's policies are helping savers, and said governments, not central banks, should address the underlying economic causes of low rates. He also urged savers in Germany to boost their returns by diversifying their investments, mimicking their counterparts across the Atlantic.

"U.S. households allocate about a third of their financial assets to equities, whereas the equivalent figure for French and Italian households is about one-fifth, and for German households only one-tenth," Mr. Draghi said.

—*Todd Buell contributed to this article.*

145,16

May 2, 2016 6:22 pm

Germany to push for progress towards European army

Alex Barker in Brussels and Stefan Wagstyl in Berlin

[Germany](#) is to push for progress towards a European army by advocating a joint headquarters and shared military assets, according to defence plans that could ricochet into [Britain's EU referendum campaign](#).

Although Berlin has long paid lip-service to forming a “European defence union”, the white paper is one of the most significant for Germany in recent years and may be seized by anti-integration Brexit campaigners as a sign where the bloc is heading.

Initially scheduled to emerge shortly before the June 23 referendum vote but now probably delayed to July, the draft paper seen by the Financial Times outlines steps to gradually co-ordinate Europe’s patchwork of national militaries and embark on permanent co-operation under common structures.

In this and other areas, its tone reflects Germany’s [growing clout and confidence](#) in pursuing a foreign policy backed by elements of [hard power](#). Initiatives range from strengthening cyberwarfare abilities to contentious proposals to relax the postwar restrictions on army operations within Germany.

“German security policy has relevance — also far beyond our country,” the paper states. “Germany is willing to join early, decisively and substantially as a driving force in international debates . . . to take responsibility and assume leadership”.

Jan Techau, a former defence official at Carnegie Europe, said: “This is the time of a new Germany. This is probably the first time a German defence white paper is something like important.”

At the European level, the paper calls for “the use of all possibilities” available under EU treaties to establish deep co-operation between willing member states, create a joint civil-military headquarters for EU operations, a council of defence ministers, and better co-ordinate the production and sharing of military equipment.

“The more we Europeans are ready to take on a greater share of the common burden and the more our American partner is prepared to go along the road of common decision-making, the further the transatlantic security partnership will develop greater intensity and richer results,” the paper states.

The creation of a European army is a long way off, but it is a strategic necessity to implement important steps to pave the way towards it now

Resistance to serious defence integration is well entrenched in many EU states and has hobbled efforts to make meaningful progress in common defence. Co-ordinated hard military power in Europe remains largely the preserve of Nato.

However, about 37 EU security missions have been launched since 2003, including recent operations in Mali and against piracy. If vigorously pursued in Brussels, Germany’s call for joint civil military headquarters would be an important step in enhancing the bloc’s capabilities and ambitions.

“The creation of a European army is a long way off, but it is a strategic necessity to implement important steps to pave the way towards it now,” wrote Roderich Kiesewetter, a Bundestag foreign affairs committee member, in a recent paper.

Berlin is aware that its call for more European defence — long a bugbear of British Eurosceptics — could inadvertently resonate in the UK referendum campaign. Although publication was first expected in early June, this has been delayed to July, according to people familiar with the process.

Their every instinct is to move towards European defence co-operation. The problem is that while they are unwilling to spend money, it is a dangerous fantasy that diverts money away from Nato

Liam Fox, former UK defence secretary and Brexit supporter, said that “many in the European project see Nato as an impediment to ever closer union”.

Mr Fox added: “Their every instinct is to move towards European defence co-operation. The problem is that while they are unwilling to spend money, it is a dangerous fantasy that diverts money away from Nato.”

The paper says that the EU’s defence industry is “organised nationally and seriously fragmented”, raising costs, handicapping it in international competition and making it difficult for national militaries to operate together.

“It is therefore necessary that military capabilities are jointly planned, developed, managed, procured and deployed to raise the interoperability of Europe’s defence forces and to further improve Europe’s capacity to act,” the paper states.

However it adds this should not impinge Germany’s “own technological sovereignty” over crucial technologies. It comes against the backdrop of a series of [embarrassing equipment failures](#) in recent years when Germany deployed its military overseas.

The white paper also lands in the middle of the growing debate in Germany about whether the military should be deployed domestically in the event of terrorist attacks and other threats to law and order.

While German troops already assist in civil emergencies, such as floods, and have helped in the refugee crisis, deployments to deal with violence or threats of violence have long been banned for fear of evoking Nazi-era practices. The draft proposes ending that ban given “the character and dynamic of current and future security-political threats”.

145,18

May 2, 2016 5:17 pm

Draghi returns fire over Berlin's ECB attacks

Claire Jones in Frankfurt

Mario Draghi has hit back at [German criticism](#) of the European Central Bank's interest rate policy, saying low borrowing costs were symptomatic of a glut in global savings for which Germany was partly to blame.

The ECB president's argument on Monday is a new line of defence against strong objections from German politicians, bankers and the media over the ECB's decision to [lower its benchmark main refinancing rate](#) to zero.

The [ECB](#) also has a deposit rate of minus 0.4 per cent, which works as a tax on lenders' reserves held at the central bank.

The ECB has faced a barrage of criticism in [Germany](#), where it has been accused of fuelling the rise of the Eurosceptic right and even by one newspaper of creating a "social disaster".

Mr Draghi conceded that official interest rates were "not innocuous", saying they put pressure on financial companies' business models and pensioners' income.

However, ultra loose policy was "not the problem, but a symptom of an underlying problem" caused by a "global excess of savings" and a lack of appetite for investment.

This excess — dubbed as the "global savings glut" by Ben Bernanke, former US Federal Reserve chairman — lay behind a historical decline in interest rates in recent decades, the ECB president said.

"The right way is not to address the symptoms, but address the underlying cause," [Mr Draghi said](#), adding that ageing populations had led to increased competition for savings while declining productivity meant entrepreneurs were only willing to borrow at lower rates.

The only solution was for an increase in demand for capital.

While Mr Bernanke has focused on the role of Asian economies in exacerbating this trend, Mr Draghi highlighted the contribution of the eurozone — and notably, of Germany.

The single currency area was "also a protagonist", the ECB president said, pointing to its 3 per cent current account surplus. He then singled out Germany for maintaining a surplus above 5 per cent over the past decade.

Low interest rates globally meant such surpluses could no longer be maintained. "In a world where real returns are low everywhere, there is simply not enough demand for capital elsewhere in the world to absorb that excess saving without declining returns," Mr Draghi said.

In such an environment, low central bank interest rates were not the enemy, but exactly what was needed to boost demand for investment.

"If central banks did not do this, investing would be unattractive," Mr Draghi said. "So the economy would stay in recession."

He added that the interest rate on savings was ultimately the same as that of the growth of the economy as a whole. Without the ECB's aggressive response, the permanent damage to the eurozone's economy would have been much graver.

In an implicit criticism of Berlin's reluctance to spend to boost growth, Mr Draghi said those who have called for higher rates — such as German finance minister Wolfgang Schäuble — "necessarily imply a larger role for fiscal policy to raise demand".

In a swipe at the rightwing and Eurosceptic Alternative for Germany party, Mr Draghi said there was "little doubt" that question marks over the future of the eurozone and the EU were holding back investment and spending.

Institutional reform was an "essential part of the solution" to the economic conditions that lay behind low interest rates. The ECB president has been a vocal advocate of more eurozone integration.

Neue Rentendebatte

Alt gegen Jung

Mit falschen Zahlen und fragwürdigen Behauptungen heizen Politiker den Generationenkonflikt an. Kann der SPD-Vorsitzende mit einem Wahlkampf Alte gegen Junge den Niedergang der Sozialdemokraten stoppen?

03.05.2016, von **HOLGER STELTZNER**



© PLAINPICTURE/FRANKE + MANSMilchmädchenrechnung: Eine Anhebung des Rentenniveaus müsste Milliarden aus der Mitte der Gesellschaft ziehen.

Seitdem die Sozialdemokraten ihren letzten Bundeskanzler aus dem Amt gejagt haben, sind sie auf dem absteigenden Ast. Alle Nachfolger von Kanzler Gerhard Schröder und seinem Parteichef Franz Müntefering scheiterten mit dem Versuch, durch den Rückbau der ungeliebten Agenda 2010 der **SPD** neues Leben einzuhauchen. Obwohl der Erfolg von Schröders Reformpaket vom Anfang des Jahrhunderts unbestritten ist und Deutschland nicht nur in Europa für weitgehende Vollbeschäftigung trotz Banken-, Euro- und Flüchtlingskrise beneidet wird, will die Führung der SPD mit Schröders Erbe nichts zu tun haben. Dazu gehören übrigens nicht nur die ungeliebten Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt, sondern auch eine faire Aufteilung der Lasten einer schrumpfenden Bevölkerung zwischen älteren und jüngeren Generationen.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber.Folgen:

Statt die Früchte von Schröders Reformagenda (Rekordbeschäftigung mit vollen Steuer- und Sozialkassen) zu ernten, leugnet die SPD die Urheberschaft fast. Das erlaubt der Kanzlerinnenpartei CDU, so zu tun, als habe Deutschland seine gute Wirtschaftslage vor allem der Regierungskunst von Angela Merkel zu verdanken, etwa wenn auf den Krisengipfeln die Agenda 2010 als Vorbild für sklerotische Euroländer gepriesen wird. Vielleicht sollte **Sigmar Gabriel**, der (noch) amtierende SPD-Vorsitzende, mit Blick auf die desaströsen Wahl- und Umfrageergebnisse lieber eine Ursachenanalyse für den Niedergang vornehmen, anstatt stur am Umverteilungskurs festzuhalten, mit dem aus der Volks- eine Schrumpfpartei wurde.

Gabriel will Rente zum Wahlkampfthema machen

Denn auch die (ehemaligen) Wähler der SPD sind nicht nur Rentner oder Bedürftige, sondern zumeist Erwerbstätige, die mit ihren Steuern und Sozialbeiträgen das Geld erwirtschaften, das Politiker gerne mit vollen Händen ausgeben. Den meisten Wählern ist bewusst, dass sie selbst mit ihrer Arbeit für Wachstum und Wohlstand sorgen – nicht Politiker mit Umverteilung. Deshalb ist es offen, ob die große Koalition mit einer Kopie des Rentenwahlkampfs von 2013 auch die nächste Wahl gewinnen kann.

[Was wird aus unserer Rente? Zur FAZ.NET-Themenseite geht es hier entlang.](#)

Dennoch setzen SPD und Union darauf. Den Anfang machte der CSU-Vorsitzende **Horst Seehofer**, er will der 2001 eingeführten **Riester-Rente den Garaus machen**. Mit falschen Zahlen wettete der Populist aus Bayern gegen die vom Staat geförderte private Altersvorsorge: „Riester ist gescheitert“, behauptete Seehofer, die Kürzung des Rentenniveaus führe zu einem massenhaften Abdriften in die Altersarmut. Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) legte nach. Die „Propaganda von Ökonomen“ gegen die gesetzliche Rente und für die kapitalgedeckte Rente sei Quatsch gewesen. Er fordert ein höheres Rentenniveau für alle und kündigte in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung an, die Rente zum Wahlkampfthema zu machen.

Warum schüren die Parteichefs ohne Not einen Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt, den kein Mensch braucht? Wer Schröders Rentenreform zurückdrehen und das Rentenniveau anheben will, muss das Geld dafür besorgen. Das kann im gesetzlichen Umlageverfahren, das keine Reserven, sondern nur laufende Ausschüttungen kennt, nur aus den Beiträgen von Angestellten und Arbeitern kommen. Die Mittelschicht liefert aber schon heute etwa die Hälfte ihres Gehalts beim Staat ab. Nur zwei Länder auf der Welt belasten normale Arbeitnehmer noch höher als Deutschland, wo ein alleinstehender Durchschnittsverdiener 49,4 Prozent seiner Bezüge an den Fiskus und die Sozialversicherungen abführen muss, wie die **OECD** vor kurzem berechnet hat.

Aus der demographischen Falle gibt es kein Entkommen

Ein Märchen ist, man könne das Geld für höhere Renten einfach von den Reichen holen. Erstens zahlt das am besten verdienende Zehntel der Bevölkerung schon mehr als die Hälfte der Einkommensteuer. Zweitens braucht man für eine Anhebung des Rentenniveaus im rasch alternden Deutschland gigantische Summen, die nur in der Mitte der Gesellschaft zu holen sind. Drittens nimmt der deutsche Wohlfahrtsstaat seine Bürger bereits für Sozialleistungen in Höhe von 850 Milliarden Euro jährlich in die Pflicht. Das sind 100 Milliarden mehr als fünf Jahre zuvor, wie das Bundessozialministerium berechnet hat. So viel zur Behauptung, in Deutschland seien die Abgaben stabil geblieben.

Die Versorgung von Senioren ist der mit Abstand größte Kostenblock im Bundeshaushalt. Finanzminister Wolfgang Schäuble nimmt derzeit rund 317 Milliarden Euro ein, davon werden 111 Milliarden zur Altersversorgung eingesetzt, knapp 87 Milliarden gehen an die Rentenversicherung, der Rest an Versorgungsberechtigte, wie es im Amtsdeutsch heißt, also an Richter, Soldaten und Beamte, auch die ehemaligen von Post und Bahn. Kein Wunder, dass Schäuble vor den Rentenwünschen der Parteichefs warnt, weil zusätzliche Lasten bei einer alternden Bevölkerung die Staatsfinanzen in Gefahr brächten. Der Präsident des Rechnungshofs, Kay Scheller, springt ihm mit für seine Verhältnisse dramatischen Worten bei: „Immer weniger Mittel stehen für investive Zwecke zur Verfügung. Der Bundeshaushalt versteinert.“ Selbst mit noch mehr Zuwanderung gibt es keinen Ausweg aus der demographischen Falle. Deshalb sind gesunde Staatsfinanzen von zentraler Bedeutung, denn ohne sie gibt es keine Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Riester ist nicht gescheitert

Die von Schäuble ins Gespräch gebrachte Verschiebung des Renteneintritts aufgrund der allgemein steigenden Lebenserwartung hat aus verständlichen Gründen nur wenige Anhänger. Einen sich im Zeitablauf automatisch weiter nach hinten schiebenden Renteneintritt lehnen die meisten ab, erst recht die Rente mit 70. Viele können gar nicht so lange arbeiten, andere sterben früher – und niemand weiß vorher, wen es treffen wird. Besser wäre ein individueller Renteneintritt für alle. Dann könnte jeder für sich selbst entscheiden, wann er in Rente geht. Dafür muss die Rente auf drei Füßen stehen, neben der gesetzlichen Rente ist private und betriebliche Vorsorge unverzichtbar.

Das Schlechtreden der Riester-Rente ist verantwortungslos – und auch noch falsch dazu. Es stimmt einfach nicht, dass Riester gescheitert ist. Vielmehr wurden bislang 16,5 Millionen Riester-Verträge abgeschlossen. Wegen der staatlichen Zulagen ist das nicht nur für Familien mit Kindern, sondern auch für Geringverdiener besonders interessant. Seehofer mag noch so oft das Gegenteil behaupten. Riestern lohnt sich. Die Frankfurter Allgemeine Woche hat vom Institut für Vorsorge und Finanzplanung die Rendite von 1275 Riester-Verträgen berechnen lassen, die sich in der Auszahlung befinden. Die Durchschnittsrendite betrug nach Steuern 3,6 Prozent. Das kann sich sehen lassen. Der Namensgeber der vom Staat geförderten Privatvorsorge, der ehemalige Arbeitsminister Walter Riester, findet es übrigens „saudumm“, Millionen Menschen zu verunsichern.

Flächendeckende Altersarmut droht nicht

Natürlich werfen wegen der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank die laufenden Riester-Verträge weniger ab, so wie Lebensversicherungen auch. Aber man kann auch mit kleinen Beträgen Aktien kaufen, um mit Dividenden und Kursgewinnen für sein Alter vorzusorgen, muss dann allerdings schwankende Börsenkurse aushalten können.

Völlig falsch ist die Behauptung, einem großen Teil der Bevölkerung drohe Armut im Alter oder dass bald „die Hälfte der Bürger“ auf Grundsicherung angewiesen sei, wie Seehofer fabulierte. Für Jens Spahn, Staatssekretär im Finanzministerium und jüngstes Mitglied im CDU-Präsidium, ist die ganze Debatte befremdlich. Die Renten steigen derzeit so stark wie seit 23 Jahren nicht mehr, der heutigen Rentengeneration geht es so gut wie keiner zuvor, weniger als vier Prozent der Rentner sind auf die Grundsicherung im Alter angewiesen. „Altersarmut ist für die heutige Rentnergeneration nicht wirklich ein Thema“, meint Spahn. Schwierig werde es erst für die nachwachsenden Generationen, die zu einer Zeit in Rente gehen werden, in der auf einen Ruheständler nur noch zwei Beitragszahler kommen statt heute drei.

Politiker wollen die Stimmen der Älteren

Der amtliche Prognosebericht des Sozialministeriums geht davon aus, dass die Renten bis zum Jahr 2029 um rund 41 Prozent ansteigen werden. Führt so ein Anstieg zu Massenarmut? Geht es nach Gabriel und Seehofer, sollten die Renten um 50 bis 60 Prozent steigen. Als Preis dafür müssten die Rentenbeiträge nach Berechnungen des Sozialministeriums von derzeit 18,7 auf 24 Prozent steigen. Doch schon heute arbeitet der normale Arbeitnehmer sein halbes Leben für den Staat, wandelt der Sozialstaat bereits ein Drittel der kompletten Wirtschaftsleistung des ganzen Landes in Sozialausgaben um. Dieser Anteil kann nicht ewig weiter klettern, ohne dass sich die Leute gegen das Schröpfen wehren. Sonst werden irgendwann die Jungen mit den Füßen abstimmen und das Land verlassen.

Die Parteichefs schüren die Angst vor Altersarmut für einen durchsichtigen Zweck. In Deutschland werden Wahlen von den Älteren entschieden. Weil bei der letzten Bundestagswahl die Generation ab 60 Jahre mehr als doppelt so viele Wahlberechtigte wie die Gruppe der Jungen unter 30 Jahren stellte, gewannen die Union mit der „Mütterrente“ und die SPD mit der „Rente mit 63“ die Wahl. So etwas wollen die Parteichefs wiederholen. Die 68er sind schon im Ruhestand, bald folgen die Babyboomer. Zur Bundestagswahl im nächsten Jahr könnten mehr als 20 Millionen Rentner ihre Wünsche addieren, die Jüngere finanzieren sollen.

Riester-Rente sollte korrigiert werden

So wie der politische Slogan, man müsse doch von seiner Hände Arbeit leben können, den Mindestlohn brachte, so kann man das Argument, jeder müsse am Ende eines Arbeitslebens doch von seiner Rente leben können, nicht einfach wegwischen. Natürlich gibt es vom Staat die Grundsicherung als Mindestrente. Doch diese steht allen Bedürftigen zu, etwa auch Einwanderern, die nie ins Sozialsystem eingezahlt haben. Wer gearbeitet und Sozialbeiträge bezahlt hat und dann trotzdem nicht mehr bekommt, hält das nicht für fair.

Noch ungerechter finden es Rentner, die zuvor von ihrem mageren Lohn etwas für die Vorsorge abgezackt hatten, wenn im Alter die Riester-Rente noch von der Grundsicherung abgezogen wird. Es würde reichen, diesen und andere Konstruktionsfehler (Komplexität, Garantiekosten) der Riester-Rente zu korrigieren und die Betriebsrente, die der Staat schlecht behandelt, nicht mehr zu erschweren. Doch die Parteichefs wollen alle Rentner besserstellen. Davon hätte der Rentner an der Armutsgrenze zwar wenig, aber dafür müssten die Beiträge für alle kräftig steigen.

Jüngere Wähler lockt man so nicht

Ein Sozialsystem, das den Leistungsempfänger anregte, Eigenverantwortung zu übernehmen, wäre besser. Politischer im Sinne von manipulativer aber ist ein Rentensystem, das so komplex ist, dass es kaum jemand versteht. So kann die Politik immer wieder intervenieren, ohne dass Rentner oder Beitragszahler nachvollziehen können, was gerade passiert. Es ist kein Zufall, dass Sozialpolitiker ein aus Beiträgen finanziertes Rentensystem erst mit versicherungsfremden Leistungen überfrachtet haben, um danach einen guten Teil der gesetzlichen Rente aus Steuermitteln zu finanzieren. Politisch betrachtet haben sie damit so etwas wie ein Selbstbedienungssystem geschaffen, in dem sie nach Belieben Rente gegen Kita, Pflege gegen Bildung oder Alt gegen Jung ausspielen können.

Mit einer Rentenpolitik zu Lasten der Jungen hat die große Koalition zwar die letzte Wahl gewonnen. Aber ob die Regierungsparteien mit einer Politik gegen die Nachwachsenden die Zukunft gewinnen können, ist fraglich. Zu verschieden sind die Interessen der Alten. Viele Eltern und Großeltern werden die Jungen eher vor Ausbeutung schützen, als sich daran zu beteiligen. Wie ausgerechnet die SPD, die ohnehin als gestrig und ältlich wahrgenommen wird, mit einer Politik für Rentner jüngere Wähler locken will, bleibt Gabriels Geheimnis. Vielleicht hat er ja doch noch ein Einsehen. Sozialministerin Andrea Nahles soll ihn bremsen, wie zu hören ist.

Beamtenversorgung im Fokus

Wer so leichtfertig Missgunst zwischen den Generationen schürt wie Seehofer und Gabriel, den darf man fragen, welchen Beitrag er zur Rente leistet. Keinen, lautet die Antwort für die beiden Parteichefs. Als Minister beziehungsweise Ministerpräsident freuen sie sich wie die Beamten auf eine üppige Pension, für die der Steuerzahler aufkommen muss. Als Beitragszahler darf man sich seinerseits auf die Veröffentlichung des nächsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung freuen. Die Ergebnisse dürften in etwa der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2013 entsprechen. Danach haben Beamte mit einem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von 4723 Euro im Monat viel mehr als die Selbständigen (4125). Pensionäre verfügen mit 4404 Euro sogar über mehr als alle anderen Gruppen, die noch arbeiten. Von solchen Haushaltsnettoeinkommen können Angestellte und Arbeiter nur träumen, sie rangieren mit 3759 beziehungsweise 3283 Euro weit hinter Beamten und Pensionären. Auf den letzten Plätzen liegen die Rentner mit 2206 und Arbeitslose mit 1263 Euro.

Die Pensionen sind etwa doppelt so hoch wie die Renten. Diese Schieflage erklärt das schwelende Unbehagen über die Verteilung der Kosten einer alternden Gesellschaft in Deutschland. Schließlich müssen Beamte nicht mit eigenen Beiträgen für ihr Alter sparen, sie tragen auch nicht das Risiko, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, und sind obendrein privat krankenversichert. Zwar wird auch der Anstieg der Pensionen gedämpft. Aber geschieht das im selben Ausmaß wie bei der gesetzlichen Rente? Kein Politiker hat den Mut, das heiße Eisen Beamtenversorgung anzupacken. Doch das Thema wühlt die Wähler auf. Statt also Zwietracht zwischen Jung und Alt zu säen, sollten sich die Parteichefs besser fragen, wie sie die Pensionen in Richtung Rente anpassen können. Das wäre ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

Quelle: F.A.S.

Merkels neue Kleider

Es ist Wahnsinn. Aber hat es auch Methode? Angela Merkel stützt sich auf eine Öffentlichkeit, die Sprunghaftigkeit und Kitsch hinnimmt. Anmerkungen zu einem immer befremdlicher werdenden Regierungsstil. Ein Gastbeitrag.

03.05.2016, von WOLFGANG STREECK



© DPA

Staatstragend? Angela Merkels postideologische politische Wendemanöver erscheinen als persönliche Bekehrungserlebnisse.

Was geschieht, wenn es in Europa um „Europa“ geht? Wer lange genug hinsieht, weiß, dass jedes europäische Land sich unter „Europa“ und dem, was die Deutschen in ihrem Idealismus die „europäische Idee“ nennen, etwas anderes vorstellt, abhängig von seinen nationalen Erfahrungen und Interessen. Was vor einiger Zeit als „Sakralisierung Europas“ bezeichnet wurde, geht in Deutschland einher mit einer routinemäßigen Exkommunikation von Zweifeln an EWU und EU und ihrer Brandmarkung als „Euroskeptiker“ oder gar „Anti-Europäer“. Der hier zu grübende Geßlerhut ist das Wort „der Kanzlerin“: „Scheitert der Euro, so scheitert Europa“, mit dem die fehlkonstruierte (teil-)europäische Währung gewissermaßen nachsakralisiert wird. Wer zu salutieren zögert, riskiert den Ausschluss aus dem Verfassungsbogen, weil er „der Rechten Vorschub leistet“, sofern er dieser nicht der Einfachheit halber gleich selbst zugeschlagen wird - und nur im günstigeren Fall der AfD. So sorgen Regierung und Opposition, Verbände und Medien gemeinsam dafür, dass der nationale Europa-Diskurs keine Interessen kennt, schon gar keine deutschen, sondern nur Ideen und eigentlich nur eine Idee, die „europäische“, an die zu glauben auch für jene Mitgliedsländer eine moralische Pflicht ist, denen der Euro im Interesse der deutschen Handelsbilanz das ökonomische Blut aussaugt.

Wendemanöver der gelernten Physikerin

Hinter alledem steht ein politisches System von opaker Geschlossenheit, zusammengehalten durch eine Unzahl von Sprech-, Denk- und Frageverboten, verteidigt von „allen demokratischen Kräften“ und zu sich selbst gekommen in einem zehnjährigen Reifungsprozess als „System Merkel“. Sein Herzstück bildet die Herrschaftstechnik der „asymmetrischen Demobilisierung“ und die Transformation des Amtes des Bundeskanzlers in eine Art persönlicher Präsidentschaft. Während asymmetrische Demobilisierung die Wähler anderer Parteien durch Vermeidung einer öffentlichen Auseinandersetzung mit deren Zielen vom Wählen abhalten soll, stützt sich personalisierte Herrschaft auf die Darstellung postideologischer politischer Wendemanöver als persönlicher Bekehrungserlebnisse, die die Bürger unter Anleitung der regierungsamtlichen PR-Maschinerie und mit Hilfe der mehr oder weniger regierungsamtlichen Medien mitfühlend verfolgen und diskutieren dürfen.

Personalisierung füllt die von der pragmatischen Beliebigkeit perspektivloser Politik gerissenen Legitimationslücken, indem sie die aufeinanderfolgenden, machtpolitisch getriebenen Wechsel der Programme und Koalitionen als persönlichen Entwicklungsroman abbildet. Voraussetzung ist eine Öffentlichkeit mit kurzem Gedächtnis, geringen intellektuellen Konsistenzansprüchen und hohem Sentimentalitätspotential, enggeführt durch den institutionellen oder moralischen Ausschluss kritischer Fragen - etwa derart, wie eine seinerzeitige „Atomkanzlerin“ bis einen Tag vor Fukushima den Ausstieg aus dem harterkämpften rot-grünen Atomausstieg betreiben konnte, weil sie sich als „gelernte Physikerin“ davon überzeugt hatte, dass das schon damals in Tschernobyl längst zu besichtigende Restrisiko hinnehmbar sei, aber nur eine Woche nach Fukushima, immer noch als gelernte Physikerin, wegen dieses selben Restrisikos über Nacht zur Kanzlerin der „Energiewende“ wurde.

Erleichtert werden derartige Wendemanöver in Deutschland durch ein parlamentarisches Regelwerk, das es dem Kanzler erspart, wie dem britischen Premierminister viermal in der Woche dem Oppositionsführer gegenüberstehen zu müssen, um sich von ihm ins Kreuzverhör nehmen zu lassen; in Deutschland tritt an die Stelle der Prime Minister's Question Time die Plauderstunde mit Anne Will. Und am besten gelingen solche Manöver, wenn sie in die Fahrtrichtung der Opposition hinein stattfinden, die dann schon aus vorauseilender Koalitionsdisziplin auf alles verzichtet, was den wieder einmal gedemütigten glaubensfesten Fahnenträgern des Regierungslagers Auftrieb geben könnte.

Wer schloss die Balkanroute?

Jedes Land auf seine Weise, könnte man sagen. Aber die nationalen Eigentümlichkeiten deutscher Politik haben im eng zusammengedrängten Europa externe Effekte der denkbar destruktivsten Art. Kernstück der neudeutschen Ideologie ist nämlich ein Selbstverständnis deutscher Politik als europäische, als Politik aus europäischer Identität für europäische Interessen, schon deshalb, weil es deutsche Identität und deutsche Interessen nicht mehr geben kann. Damit aber verbindet sich ein moralischer Anspruch auf die Gefolgschaft aller anderen Europäer, der nur Widerstand hervorrufen kann, noch gesteigert durch die Unberechenbarkeit einer als „One-Woman-Show“ (Roman Herzog und sein „Konvent für Deutschland“) betriebenen deutschen Regierungspolitik, die den Imperativen einer innenpolitischen Macht- und Parteipolitik folgt, die mindestens so exzeptionell ist wie die jedes anderen Landes. So schlagen dann die dem System Merkel eigenen, schon in Deutschland verwirrenden Positionswechsel auf die verbündeten Länder durch, und die faktische Inanspruchnahme europäischer und mitgliedstaatlicher Politik für deutsche Zwecke - die Eingemeindung der nationalen Identitäten und Souveränität anderer europäischer Länder im Zuge der Umetikettierung der deutschen Politik und Identität als europäische - wird zur internationalen Gefahrenquelle.

Ebenso wie an der Euro-Rettung lässt sich auch an der Flüchtlingspolitik die zerstörerische Dynamik des neudeutschen Sonderwegs illustrieren. Das beginnt mit der Befremdlichkeit der deutschen „Willkommenskultur“ nahezu überall außerhalb Deutschlands, die weit über das Normalmaß internationalen Fremdels hinausgeht. Gesteigert wird sie durch eine von außen als unheimlich wahrgenommene nationale Konsenskultur, die die konformistische Hinnahme auch erstaunlichster Behauptungen kollektiv obligatorisch macht.

So ist in Deutschland zum Beispiel zu glauben oder doch zu bekennen und jedenfalls nur unter Gefahr des Ausschlusses aus der demokratischen Kommunikation öffentlich zu bezweifeln, dass zwischenstaatliche Grenzen sich im 21. Jahrhundert nicht mehr aufrechterhalten lassen; dass dennoch erfolgreiche Grenzsperrungen gegen Menschenrechte verstoßen, wenn sie in Ungarn oder Mazedonien, nicht aber unter deutscher Aufsicht zwischen der Türkei und Griechenland stattfinden; dass zwischen Asylsuchenden, **Flüchtlingen** und Migranten kein Unterschied zu machen ist; dass es bei Migration nur Push gibt und niemals Pull; dass Flüchtlinge Flüchtlinge sind, auch die entlassenen Dolmetscher der amerikanischen Armee in Afghanistan, die nicht in sein Land zu lassen ihr früherer Arbeitgeber Gründe zu haben scheint; dass die Hilfsbedürftigkeit eines Migranten und die humanitäre Pflicht ihm gegenüber sich danach bemessen, ob er genügend Geld für die Schlepper und Kraft für die Balkan-Route hat und wie weit er auf dieser kommt; dass es bei der Aufnahme von Migranten keine „Obergrenze“ geben darf; dass die gemeinsam mit dem türkischen Mächtigen-Diktator ergriffenen Maßnahmen zur Beendigung des Flüchtlingsstroms hierzu nicht in Widerspruch stehen; und dass dasselbe für die Bemessung der Zahl der zukünftig aus humanitären Gründen aufzunehmenden Syrer anhand der Zahl ihrer am maritimen Anfang der nunmehr freilich abgeriegelten Balkan-Route aufgegriffenen Landsleute gilt; dass die „Schließung der Balkanroute“ im Anschluss an die Kölner Silvesterfeiern durch „Europa“, unter Führung der deutschen Bundeskanzlerin, bewirkt wurde und nicht durch Österreich oder Slowenien, weshalb sie auch in Einklang mit „unseren Werten“ steht, was andernfalls anders wäre.

Keine Obergrenzen

Schließlich ist fest zu glauben, dass die Entscheidung, die deutschen Grenzen zu öffnen, nichts mit einem politischen Bedürfnis nach Imagekorrektur im Gefolge der Zerschlagung des griechischen Gesundheitssystems durch die deutsche Austeritätspolitik zu tun hatte, ebenso wenig wie mit vorgezogenen Koalitionsplanungen für 2017 oder auch mit dem unüberwindbaren Widerstand in Merksels eigenen Reihen gegen ein Einwanderungsgesetz und den absehbaren Folgen dieses Widerstands für die deutsche Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik - sondern dass diese Entscheidung allein einem richtlinienbestimmenden moralischen Impuls der Kanzlerin als Person zu danken war und deshalb auch keines Kabinettsbeschlusses, keiner Regierungserklärung, keines Gesetzes und nicht einmal eines schriftlichen Erlasses an die zuständigen Behörden bedurfte.

In den Mitgliedsländern der Europäischen Union muss die Engführung der deutschen politischen Öffentlichkeit umso bedrohlicher erscheinen, als von ihnen verlangt wird, sich ihr widerspruchslos anzuliefern. Zwar neigt jede nationale Verständigungsgemeinschaft dazu, sich ihre Außenwelt als Verlängerung ihrer Innenwelt vorzustellen. Die deutsche Politik verbindet ihre europäische Selbstdefinition aber mit dem Anspruch, dass ihre kleineren Nachbarn ihr bizarres Hin und Her laufend nachvollziehen - etwa wenn Deutschland nach „europäischen Lösungen“ für Probleme sucht, die für alle anderen deutsche sind. So bestand die deutsch-europäische Antwort auf den Migrationsdruck zunächst bekanntlich in der Forderung, Einwanderung „ohne Obergrenze“ zuzulassen und die Eingewanderten in nach oben offenen „Kontingenten“ auf alle Mitgliedstaaten der Union zu verteilen.

Ein halbes Jahr später dagegen enthielt sie die ursprünglich für unmöglich erklärte Absperrung der europäischen Außengrenzen mit Hilfe der Türkei, der im Gegenzug von der deutschen Regierungschefin im Namen „Europas“ die von ihr selbst bis dahin für unerwünscht erklärte Aufnahme in die Union sowie die Abschaffung der Visumpflicht für türkische Bürger durch deren Mitgliedstaaten in Aussicht gestellt wurde. Oberstes Prinzip war das Verbot von „nationalen Alleingängen“, allerdings mit der Ausnahme von Deutschland, das, ähnlich wie seinerzeit bei der „Energiewende“, das Dublin-Regime ohne Konsultation der anderen europäischen Länder außer Kraft gesetzt hatte und nur wegen der „Alleingänge“ anderer Staaten - zunächst moralisch verurteilt, dann „europäisch“ vereinnahmt - das Kunststück fertigbringen konnte, seine Grenzen „ohne Obergrenze“ offen zu halten und zugleich den Zustrom der Einwanderer nach Deutschland zu beenden.

Einheitsparteilicher Konformitätsdruck

Nur den an das System Merkel gewöhnten Deutschen wird dabei nicht schwindlig. Im Ausland freilich entsteht der verheerende Eindruck einer schweigenden Hinnahme beliebiger politischer und intellektueller Zumutungen durch eine bedingungslos folgebereite deutsche Öffentlichkeit, in der das sacrificium intellectus längst Pflicht geworden ist. Zu dem geradezu einheitsparteilichen Konformitätsdruck, der den deutschen Flüchtlingsdiskurs bis vor kurzem zusammenhielt, trug neben dem Regierungsapparat auch das sonst sich so kritisch gebende linke und linksliberale Milieu bei, das sich zur Aufrechterhaltung der nationalen Disziplin routinemäßig der Drohung bedient, Abweichler, die die neuen Kleider „der Kanzlerin“ partout nicht sehen konnten, in die rechte, bräunliche bis braune Ecke zu verweisen.

So eingeschüchtert, wollte dann niemand wissen, was genau gemeint gewesen sein könnte, als Merkel verlauten ließ, die Flüchtlinge würden „unser Land verändern“, und zwar „zum Guten“, gefolgt ein paar Wochen später von der euphorischen Ankündigung ihrer künftigen Vizekanzlerin, durch die Einwanderung werde „unser Land religiöser werden“.

Anderswo wären Umbaupläne dieser Art mindestens eine parlamentarische Fragestunde wert gewesen - in Deutschland blieb das Thema „der Rechten“ überlassen beziehungsweise wurde, wer es für ein Thema hielt, derselben zugerechnet. Dasselbe gilt für Rechtsform und Rechtsgrundlage der Grenzöffnung; für die Folgen der von der Regierung betriebenen Einwanderung „unserer künftigen Mitbürger“ für deren Herkunftsländer; und für das Rätsel, warum die Regierung nicht die Bedürftigsten mit Flugzeugen aus den Lagern holt, für die anderen dort Schulen und Krankenhäuser baut und diejenigen, die die deutsche Wirtschaft als Arbeitskräfte braucht - angeblich 500.000 pro Jahr für 25 Jahre (Prognose vom April 2016) - wie in Kanada nach einem Punktsystem aussucht und einfliegt.

Kitsch und Nicht-Kitsch

Auch nachträglich steht man staunend vor einer öffentlichen Diskussion, der es unmöglich war und noch ist, Humanitätspflichten von Wirtschaftsinteressen und die eigenen Bedürfnisse von denen der Flüchtlinge zu unterscheiden, um damit beiden besser gerecht zu werden, wie von George Soros (!) kürzlich in einem klugen Artikel in der „New York Review of Books“ detailliert vorgeschlagen. Stattdessen erklärt man demokratischen

common sense für rechtsradikal und handelt sich damit die Gefahr ein, die rechtsradikalen als privilegierte oder gar einzige Vertreter desselben erscheinen zu lassen.

Auch große Teile der deutschen Qualitätspresse, von den öffentlich-rechtlichen Medien nicht zu reden, haben vergessen, dass es zu den Aufgaben politischer Kommentierung gehört, die von den politischen Maschinen produzierten „Narrative“ auf ihre Lokalisierung in den in ihnen unterliegenden Geflechten kollektiver und partikularer Interessen hin zu untersuchen, anstatt sich als Cheerleader einer karitativen Begeisterungswelle zu betätigen, von der jeder wissen konnte, dass sie nicht lange anhalten würde. Statt kritischer Analyse erleben wir allzu oft eine psychologisierende Hofberichterstattung, vor- und postmodern zugleich, über die Damaskus-Erlebnisse einer Parteiführerin, die zu solchen, anders als der zum Paulus gewordene Saulus, immer wieder von neuem, sobald es die Lage erfordert, fähig zu sein scheint, von Fukushima über Budapest bis Istanbul.

Man wünscht sich, wohl vergebens, einen Shakespeareschen Sinn für Irrsinn oder auch nur die einfache Fähigkeit zur Unterscheidung von Kitsch und Nicht-Kitsch - etwa wenn der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann, mitteilt, dass er vor dem Schlafengehen für die Vorsitzende der Partei betet, deren Koalitionspartner er zu werden wünscht; oder wenn die „im Bundestag vertretenen Parteien“ nach dem Debakel der Landtagswahlen vom 13. März gemeinsam verlautbaren, alles sei in bester Ordnung, schließlich hätten achtzig Prozent für „Angela Merkels Flüchtlingspolitik“ gestimmt; oder wenn die Regierungschefin einer Demokratie in monarchischem Ton verlauten lässt, dass das Land, dessen Bürger sie auf Zeit gewählt haben, nicht mehr „mein Land“ sein könne, wenn sie nicht weiterhin „ein freundliches Gesicht zeigen“ dürfe.

Das muss uns Europa wert sein

Angeblich gewöhnt man sich ja an alles. Die letzte Wendung der deutsch-europäischen Flüchtlingspolitik scheint zu sein, dass die Mitgliedstaaten die deutsche Regierungschefin, den Ratspräsidenten im Schlepptau, „europäische“ Verträge mit wem auch immer aushandeln lassen, ohne die Absicht, sich hinterher an diese gebunden zu fühlen. Das ist allemal besser als die fortschreitende Ausbreitung der gewachsenen Feindseligkeit gegen einen als solchen wahrgenommenen deutschen Imperialismus, ökonomisch, moralisch oder beides zugleich. Vielleicht bereitet dies ja die Lockerung der lateralen Kopplung der Mitgliedstaaten an die Flatterhaftigkeit der deutschen Politik vor, indem sie sie vorwegnimmt.



© EDGAR SCHOEPAL  Wolfgang Streeck

Am Ende stünde dann möglicherweise eine der realen sozialen Verfassung Europas gerecht werdende politische Verfassung, in deren Rahmen die Deutschen nach ihrer Façon selig werden könnten, ohne dass alle anderen dabei mitmachen müssten. Auch hierfür ist es freilich unerlässlich, im Interesse guter Nachbarschaft an einer nachhaltigen Erweiterung des thematischen und argumentativen Spektrums der deutschen politischen Öffentlichkeit zu arbeiten, unter entschiedener Missachtung der von den Hoflieferanten der Milch der frommen Denkungsort verhängten Denkverbote und der zu ihrer Verteidigung eingesetzten Diffamierungen. Das Risiko, das man sich damit einhandelt - von Leuten, die nie aus Deutschland herausgekommen sind, als „Anti-Europäer“ oder gar „Sozialnationalist“ aus der politischen Legitimitätszone ausgebürgert zu werden -, muss uns Europa wert sein.

Ein Merkel-Kritiker von links

Wolfgang Streeck ist einer der führenden Sozialforscher Deutschlands. Von 1995 bis zu seiner Emeritierung 2014 war er Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. In etlichen Publikationen hat er sich als Kapitalismuskritiker einen Namen gemacht und den Nachweis zu führen gesucht, dass Demokratie und Gesellschaft vom Imperativ der Märkte bedroht sind. Einer breiteren Öffentlichkeit ist Streeck mit seiner Schrift „Gekaufte Zeit“ (2013) bekannt geworden, in der er den Euro von links kritisiert. Um das Marktgeschehen zu bändigen, setzt Streeck in dem Buch entschieden auf die demokratische Kontrollmacht der Nationalstaaten und erregte damit den Unmut von Jürgen Habermas, der weiter auf eine Kontrolle der globalen Märkte auf transnationaler Ebene hofft - für Streeck eine gefährliche Illusion. Aus Protest gegen den Nicht-Ausschluss Thilo Sarrazins trat er aus der SPD aus, der er seit seiner Jugend angehörte. Als linker Intellektueller sticht Streeck mit scharfsinnigen Analysen der real existierenden EU und als Kritiker des eigenmächtigen Regierungsstils Angela Merkels hervor. (gey)

145,25

Sortie de l'euro : le débat dont on peut parler sereinement... en Finlande

Par [Coralie Delaume](#)

Publié le 04/05/2016 à 11:01

FIGAROVOX/TRIBUNE - La monnaie unique européenne est-elle condamnée ? Coralie Delaume s'interroge sur la viabilité de l'euro à l'heure où ce débat anime la Finlande, seul Etat scandinave à avoir adopté la devise de l'Union.

PUBLICITÉ

Coralie Delaume est essayiste. Fine connaisseuse du droit communautaire, elle a notamment publié Europe. Les États désunis (Michalon, 2014). Découvrez ses chroniques sur son [blog](#).

Hormis ceux qui s'imaginent encore que cette belle et bonne monnaie est un facilitateur d'amitié entre les peuples et une prémisses à l'installation d'un éternel été en Europe, les autres, ceux qui ont compris - qu'ils s'en réjouissent ou le déplorent - que l'euro est une bête agonisante, tendent encore trop à croire que le vent de la désintégration sera un vent du Sud.

Entre une Espagne sans gouvernement qui retourne aux urnes le 26 juin, une Italie malade de ses banques et de sa dette obèse (2 200 milliards d'euros, 132 % du PIB), une crise grecque qui refait surface sur fond de chantage de l'ex-Troïka et d'un début d'asphyxie financière, on sent en effet que l'Europe du Sud a un potentiel cataclysmique certain.

Mais question cataclysmie, le Nord de l'eurozone ne sera pas forcément en reste. Contrairement à ce que l'on croit, certains pays, y compris parmi ceux qu'on a l'habitude de considérer comme des modèles de vertu économique et de bien-être des populations, s'y portent mal.

Le vice de construction de la monnaie unique, c'est qu'elle est monnaie fédérale gérée par une Banque centrale fédérale, en l'absence de tout État fédéral.

C'est le cas de la Finlande car ô surprise, un pays scandinave peut tout à fait connaître une croissance nulle. Dans celui-ci, on a même connu la récession. Le PIB s'est contracté de 1,5% en 2012, de 1,2% en 2013 et de 0,2% en 2014, avant un rebond timide (+ 0,3%) en 2015. Sa dette publique ferait pâlir d'envie n'importe quel obsessionnel de ce que le juriste Alain Supiot appelle «*La gouvernance par les nombres*» puisqu'elle atteint à peine le seuil légal - au sens maastrichien du terme - de 60% du PIB. Sauf... qu'elle a presque doublé en huit ans. En 2008, on en était à peine à 33 %. Pour le reste, le pays se désindustrialise, le taux de chômage est monté en flèche (9,2 % en février), et le gouvernement, qui n'a guère plus d'imagination que n'importe quel autre gouvernement européen, s'occupe de concevoir des plans d'austérité.

Dans ces conditions, il n'était qu'à demi surprenant de voir la Finlande figurer parmi les «*faucons*» dans les négociations avec la Grèce à l'été 2015. Le ministre des Finances allemand, on s'en souvient, avait tenté de faire procéder à un «*Grexit temporaire*» d'une durée de cinq ans. Ce qu'on a peut-être oublié en revanche, c'est qu'à l'initiative des Vrais Finlandais, [le Parlement finlandais avait demandé à son Premier ministre de tout faire pour obtenir un Grexit](#) - pas forcément temporaire - lors du sommet de la zone euro de début juillet 2015.

On touche là au vice de construction de la monnaie unique, monnaie fédérale gérée par une Banque centrale fédérale, mais en l'absence de tout État fédéral. Et d'ailleurs, de tout désir des populations d'en fonder un. Car inventer des usines à gaz economico-institutionnelles sur un coin de table demeure facile. **Décider de mettre en place une monnaie unique pour 19 pays très différents est absurde, irresponsable, mais techniquement réalisable. La preuve: l'euro est là. En revanche, contraindre un pays scandinave - qui de surcroît se porte mal - à éponger la dette publique d'un pays des Balkans, est nettement plus acrobatique.**

La Finlande ne s'accrochera pas à l'euro à n'importe quel prix et nous sommes prêts à tous les scénarios, y compris à abandonner la monnaie unique européenne.

Jutta Urpilainen, ministre finlandaise des Finances de 2011 à 2014

Les Finlandais n'ont d'ailleurs pas attendu l'arrivée de Syriza et d'Alexis Tsipras au pouvoir en Grèce pour affirmer qu'ils n'en feraient rien. En 2011, Helsinki avait accepté de participer à ce qui n'était encore que le second plan d'aide à la Grèce. Mais non sans exiger un accord bilatéral avec Athènes, visant à lui garantir quoiqu'il arrive le remboursement des sommes prêtées. En 2012, au sujet du MES (Mécanisme européen de stabilité) et de sa vocation à racheter de la dette souveraine de pays d'Europe du Sud en difficulté, la Finlande avait encore donné de la voix. La ministre des Finances d'alors, Jutta Urpilainen, avait prévenu: *«La responsabilité collective pour les dettes et les risques d'autres pays n'est pas ce à quoi nous devons nous préparer (...). La Finlande s'est engagée à être un membre de la zone euro et nous estimons que l'euro est bénéfique pour la Finlande. Toutefois, la Finlande ne s'accrochera pas à l'euro à n'importe quel prix et nous sommes prêts à tous les scénarios, y compris à abandonner la monnaie unique européenne.»*. On peut difficilement être plus clair.

Quatre ans plus tard, rien n'est réglé. Ni pour un pays comme la Grèce, maintenue sous une pression austéritaire à la limite de la persécution et à laquelle on refuse une restructuration de sa dette, ni pour les pays créanciers, qui voient se profiler les défauts souverains au Sud, et qui se sentent ainsi contraints par avance à une solidarité financière de type fédéral dont ils ne veulent à aucun prix.

L'euro est trop bon marché pour l'Allemagne et trop cher pour le reste de l'Europe. Il ne remplit pas les exigences d'une union monétaire optimale.

Simon Elo, député du parti des Vrais Finlandais

Voilà pourquoi en Finlande, le débat sur une éventuelle sortie de l'euro vient de resurgir. Dans ce pays, une pétition peut aboutir à un référendum à condition d'une part qu'elle obtienne plus de 50 000 signatures, et, d'autre part, que le Parlement accepte d'organiser la consultation. La seconde condition ne sera probablement pas remplie. En tout état de cause, la première vient de l'être, puisqu'une pétition comportant 53 000 paraphes vient de parvenir aux députés finlandais. Un élu en a d'ailleurs profité pour formuler ce jugement exact: *«**L'euro est trop bon marché pour l'Allemagne et trop cher pour le reste de l'Europe. Il ne remplit pas les exigences d'une union monétaire optimale.**»*. Quand bien même il s'agit de Simon Elo, un député du parti de droite «populiste» des Vrais Finlandais, on ne peut nier qu'il a raison, aussi sûrement que le soleil chauffe et que la pluie mouille.

C'est bien la raison pour laquelle la monnaie unique européenne est condamnée. Parce qu'elle bénéficie à une seule économie, l'économie allemande, et qu'elle nuit à toutes les autres. On aurait invité les Finlandais de se prononcer par référendum sur l'adoption de cette devise, peut-être auraient-ils voté «non», tout comme leurs voisins danois en 2000, et suédois en 2003. A défaut, peut-être seront-ils *in fine* les initiateurs qu'on n'attendait pas **du salutaire détricotage de l'eurozone, ce grand cadavre à la renverse.**

Islam et laïcité : le schisme de la gauche

LE MONDE IDEES | 05.05.2016 à 11h24 • Mis à jour le 06.05.2016 à 06h34 | Par [Ariane Chemin](#) et [Raphaëlle Bacqué](#)



Le premier ministre accompagné de la ministre de l'éducation, Najat Vallaud-Belkacem le 3 mars 2015 à la grande mosquée de Strasbourg. REUTERS/VINCENT KESSLER

Elle n'a pas encore réellement investi le champ électoral, mais la querelle ressemble à la plus violente que la gauche ait nourrie en son sein depuis longtemps. Aujourd'hui, ce n'est plus sur des programmes économiques que la gauche se déchire, mais sur la religion et la laïcité, avec, en toile de fond, le terrorisme et la montée de l'islam radical. Prise en étau entre un Front national qui a capté une partie des catégories populaires et un électorat musulman qui ne lui est plus spontanément acquis, la gauche française se perd dans un grand débordement d'invectives qui menace de la fracturer durablement. « *Jamais je n'aurais pensé que la laïcité, fondement de la République, redeviendrait un enjeu politique et intellectuel* », remarque le politiste Laurent Bouvet, proche du Parti socialiste.

Au cœur des discussions, le voile, bien sûr (pour ou contre, notamment, son interdiction à l'université), la nationalité (le combat sur sa déchéance pour acte de terrorisme a échauffé les esprits), mais aussi une multitude de sujets de tous les jours, des menus « sans porc » dans les cantines au siège qu'un machiniste de la RATP refuse d'occuper si une femme s'y est assise, en passant par le foulard d'une mère accompagnatrice des sorties scolaires. De quoi animer les déjeuners de famille comme les colloques – sans compter les ricochets de cette dispute sur le militantisme féministe, en pleine division lui aussi.

Les mots, armes de la guerre

Comment nommer les deux camps ? C'est la première difficulté, tant les mots sont l'une des armes de la guerre. Y a-t-il désormais une « gauche relativiste », qui trouverait des excuses sociales ou postcoloniales à l'intégrisme et au terrorisme, contre une « gauche républicaine et laïque », pour laquelle « *défendre les droits des femmes et la laïcité permet de désamorcer à la fois la propagande raciste et djihadiste* », comme l'affirme la journaliste Caroline Fourest ?

Le combat se mène-t-il entre « multiculturalistes » démocrates et « identitaires » républicains ? Reprenant les termes utilisés par les féministes des années 1970, les universitaires parlent plutôt d'un clivage entre « universalistes », tenants d'une République une et indivisible, égal creuset de tous les citoyens, et « différentialistes », qui revendiquent le droit à la différence.

« POURQUOI NE PEUT-ON PLUS PARLER DE L'ISLAM QU'EN PRÉSENCE DE SON AVOCAT ? »

JACQUES JULLIARD, DANS *LE FIGARO*

En quelques mois, le débat a débordé les milieux intellectuels et gagné les rives du monde politique. Le premier ministre, Manuel Valls, a investi personnellement le rôle de chef de file des « ultra-laïques », assistant au premier rang à la réception à l'Académie française du philosophe Alain Finkielkraut, le 28 janvier, ou insistant pour remettre en personne, le 14 avril, le Prix du journaliste de l'année à l'écrivain Kamel Daoud, qui, en Algérie, combat les dévots islamistes. A ses côtés, Laurence Rossignol (ministre des familles et des droits des femmes) et surtout Jean-Marie le Guen. On croyait ce dernier secrétaire d'Etat chargé des relations avec le Parlement, mais, avec *La Gauche qui vient*, livre électronique publié par la Fondation Jean-Jaurès, cet ancien fidèle de Dominique Strauss-Kahn ressemble aujourd'hui davantage au responsable programmatique d'un socialisme nouveau genre. Manuel Valls a résumé en une phrase choc, le 4 avril, au Théâtre Déjazet, l'essence de ce socialisme d'un nouveau genre : « *Bien sûr, il y a l'économie et le chômage, mais l'essentiel, c'est la bataille culturelle et identitaire.* »

Lire aussi : [Dissensions au PS après les propos de Manuel Valls sur le salafisme](#)

Chef de file du camp adverse, le cofondateur du site Mediapart, Edwy Plenel. En désaccord frontal avec les éditoriaux du *Point*, d'*Elle* ou encore de France Inter, son *pure player* est devenu le porte-voix de ceux qui, comme le sociologue spécialiste des discriminations et des études de genre Eric - Fassin, la militante féministe Caroline De Haas, la sénatrice (EELV) et chercheuse Esther Benbassa, le sociologue des religions Raphaël Liogier, adversaire farouche du « *mythe de l'islamisation* » en France, militent pour le libre port du voile et font de la lutte contre l'« islamophobie » le grand combat contemporain. Lorsque Alain Finkielkraut affirme qu'« *il y a un problème de l'islam en France* », observe Edwy Plenel, il fait preuve d'un « *essentialisme qui nous entraîne dans des conflits qui ne sont pas les nôtres* ». Il est bien plus sévère avec Manuel Valls. Sa conviction profonde, le patron de Mediapart l'a lâchée le 3 avril sur France Culture : le premier ministre dirigerait « *un gouvernement qui épouse au fond l'idéologie de l'extrême droite* ». Pas de doute, le combat se mène bien entre gauche Valls et gauche Mediapart.

Tensions après « Charlie Hebdo »

Les nouveaux clivages s'inscrivent dans les traces de ceux d'hier. Premières exclusions de lycéennes portant un foulard à Creil, en 1989 ; intervention alliée en Irak en 1991 puis guerre civile en Algérie ; vote, en 2004, de la loi interdisant les signes religieux ostentatoires à l'école... Ces événements nationaux et internationaux avaient déjà largement déchiré la gauche politique et les intellectuels. Mais les attentats du 7 janvier et du 13 novembre 2015 ont durci les positions. « *Soudain, la main tendue aux musulmans n'a plus du tout été à la mode* », résume dans un sourire Mehdi Ouraoui, membre du conseil national du PS.

« IL N'Y A PAS TANT DE SUJETS QUI PEUVENT DIVISER DES FAMILLES POLITIQUES. CELUI-CI PEUT SCINDER LE PS. » MALEK BOUTIH, DÉPUTÉ SOCIALISTE DE L'ESSONNE

Les premières tensions sont nées au lendemain de l'équipée meurtrière des frères Kouachi contre les dessinateurs de *Charlie Hebdo*. Le 23 janvier 2015, moins de deux semaines après l'attentat qui a fait douze morts et onze blessés, décimant la rédaction de l'hebdomadaire satirique, Edwy Plenel esquisse la ligne du « oui mais » à la caricature : « *Je ne pense pas que, dans le débat public, on puisse tout prendre à la rigolade*, explique alors le journaliste sur Canal+. *Les caricaturistes, je les défends, je les soutiens, mais la haine ne peut pas avoir l'excuse de l'humour, et la moquerie est condamnable si elle s'attaque à des gens, à des identités.* » Choc du calendrier : une semaine plus tôt, en pleine promotion de son livre *Pour les musulmans* (La Découverte, 2014), Edwy Plenel avait tenu, à Brétigny-sur-Orge (Essonne), une conférence au côté du prédicateur suisse Tariq Ramadan, à l'invitation d'une association pour l'insertion des jeunes de banlieue et d'un tour-opérateur spécialisé dans les pèlerinages à La Mecque.

Au mois de mai, l'essayiste Emmanuel Todd interprète, dans son essai *Qui est Charlie ?* (Seuil, 2015), la grande manifestation d'union nationale qui a suivi la tuerie comme « *un moment d'hystérie* » et l'expression d'une islamophobie larvée, voire le sursaut d'un « *catholicisme zombie* ». C'est l'occasion que saisit Manuel Valls pour prendre la parole, première intervention solennelle d'une série de mises au point qui n'a pas cessé depuis. Dans une tribune publiée par *Le Monde* (8 mai 2015), il dénonce les « *impostures* » de Todd. Pour le premier ministre, ces thèses « *participent d'un cynisme ambiant, d'un renoncement en règle, d'un abandon en rase campagne de la part d'intellectuels qui ne croient plus en la France* ». Ce que Jean-Marie Le Guen, secrétaire d'Etat chargé des relations avec le Parlement, appelle sans fard « *la haine de soi* ».

La mue de Manuel Valls

image: http://s1.lemde.fr/image/2016/05/05/534x0/4914256_6_a5e6_manuel-valls-au-theatre-dejazet-pendant-le_eaabe66da314f812e1d11423a943c3bc.jpg

Manuel Valls n'a pas toujours pensé ainsi. En quinze ans, il a largement évolué sur la laïcité en général et sur l'islam en particulier. Elu en 2001 à Evry, une ville où cohabitent de nombreuses communautés et où se dressent cathédrale, grande mosquée et pagode majestueuse, il s'est frotté pendant quinze ans à toutes les nouvelles revendications religieuses. Au départ, il avait pris position contre la loi de 2004 bannissant le voile à l'école. « *Interdire par la loi le port de signes religieux – et ne nous cachons pas derrière notre petit doigt, il s'agit essentiellement de signes islamiques –, c'est faire du foulard un symbole*, écrivait-il alors dans *Le Monde*. *Cette intransigeance ne fait qu'accentuer la séparation entre les musulmans de France et le reste de la population.* » Quelque temps après, il avait même proposé de modifier la loi de 1905 relative à la séparation des Eglises et de l'Etat, afin de permettre d'investir de l'argent public dans la construction de mosquées. En 2010, il a pourtant voté, seul avec Robert Badinter et quelques parlementaires de gauche, le projet de loi déposé par la droite interdisant la burqa dans l'espace public. Cinq ans plus tard, avec la menace terroriste, il achève sa mue.

« IL NE FAUT PAS AVOIR PEUR DE SE FAIRE TRAITER D'ISLAMOPHOBE. LORSQUE LES GENS AURONT COMPRIS QUE CE TERME, C'EST UNE ARME CONTRE LA LAÏCITÉ, PEUT-ÊTRE QU'ILS POURRONT LAISSER LEUR PEUR DE CÔTÉ POUR DIRE LES CHOSES »
ELISABETH BADINTER SUR FRANCE INTER

Les premiers temps, le PS est resté indifférent à l'échappée libre du premier ministre. Son aile gauche combat d'abord le courant vallsiste sur les thèmes économiques, et les « frondeurs » contestent surtout la ligne « sociale-libérale » du gouvernement. C'est encore l'époque où le premier secrétaire du parti, Jean-Christophe Cambadélis, tente de renouer avec ces musulmans qui ont massivement voté pour François Hollande en 2012, mais qui boudent désormais les socialistes. Il rencontre Samy Debah, le patron du Collectif contre l'islamophobie en France (CCIF). Envoie Corinne Narassiguin, porte-parole du PS, assister, en mai 2015, au quatrième dîner de gala du CCIF. Ce soir-là, à quelques chaises de la table d'honneur où elle est conviée pour ce dîner sans alcool, se tiennent le patron de l'Institut des relations internationales et stratégiques (IRIS), Pascal Boniface, l'ancien rédacteur en chef du *Monde diplomatique*, Alain Gresh, mais aussi la porte-parole des Indigènes de la République, Houria Bouteldja, qui s'est fait remarquer par ses vives saillies contre *Charlie Hebdo*, les homosexuels ou les « *souchiens* », les « *Blancs de souche* », dans l'émission de Frédéric Taddeï, « *Ce soir ou jamais* ». Sans parler de son livre *Les Blancs, les Juifs et Nous* (143 p., 9 euros), publié aux éditions La Fabrique d'Eric Hazan. Un des lots de la vente organisée pour récolter des fonds, « un déjeuner avec Tariq Ramadan », le prédicateur musulman, est adjugé 2 500 euros.

L'état d'urgence décrété par le président de la République après les attentats du 13 novembre, puis le projet de déchéance de la nationalité ont renforcé, en apparence, le camp des adversaires déclarés de

Manuel Valls. Partisane d'une « *laïcité ouverte* », la ministre de la justice Christiane Taubira a quitté le gouvernement, et son réquisitoire contre la déchéance de nationalité, *Murmures à la jeunesse* (Philippe Rey, 96 p., 7 euros), est devenu un best-seller. Dans *Situation de la France* (Desclée de Brouwer, 2015), Pierre Manent, philosophe libéral catholique, disciple de Raymond Aron, propose de « *tendre la main aux musulmans* » en acceptant voile et nourriture hallal, si tout lien de dépendance financière et intellectuelle avec les pays étrangers est coupé. « *J'estime que ce n'est pas aux autorités de la République d'interpréter un signe religieux quand la loi ne s'autorise pas à le faire*, s'insurge aussi l'historien de l'immigration et de la nationalité Patrick Weil. *Un premier ministre peut penser que la religion prend trop de place, pas en faire un combat politique contre des personnes. Si vraiment nous sommes en guerre, nous avons besoin de l'unité des croyants et des non-croyants, comme en 1914.* »

Querelles après Cologne

« *Le musulman, nouveau bouc émissaire* » : une partie de la gauche se retrouve dans la formule d'Emmanuel Todd. La querelle éclate au grand jour au début de l'année 2016, après les agressions sexuelles commises pour l'essentiel par des Nord-Africains à Cologne (Allemagne), le soir du 31 décembre. [Ces agressions sont l'expression de « la misère sexuelle dans le monde arabo-musulman et \[de\] son rapport malade à la femme »](#), analyse le journaliste algérien [Kamel Daoud dans Le Monde \(5 février\)](#). Emoi à Paris-VIII-Vincennes-Saint-Denis. « *Le métier des sciences sociales est de se méfier des explications essentialistes*, s'indigne le sociologue Eric Fassin. *Ce n'est pas parce que les gens sont musulmans qu'ils ont commis ces actes. Il y a une finalité politique. A qui s'en sont-ils pris ? A des femmes allemandes blanches. Ils ne sont pas allés violer des prostituées. Cela donne du sens à leur violence.* » Quelques jours plus tard, une vingtaine de chercheurs en sciences sociales accusent comme lui Daoud d'« *alimenter les fantasmes islamophobes* ». Une « *hargne inouïe* » et un texte de trop, s'offusque Manuel Valls sur son compte Facebook.

A chaque semaine ou presque sa passe d'armes, avec une violence démultipliée. Le 6 janvier, sur France Inter, la philosophe Elisabeth Badinter affirme qu'« *il ne faut pas avoir peur de se faire traiter d'islamophobe. Lorsque les gens auront compris que ce terme, c'est une arme contre la laïcité, peut-être qu'ils pourront laisser leur peur de côté pour dire les choses* ». Nicolas Cadène, « second » de Jean-Louis Bianco à l'Observatoire de la laïcité, tweete aussitôt sa consternation : « *Quand 1 travail de pédagogie de 3 ans sur la laïcité est détruit par 1 interview d'1 personne.* » Branle-bas de combat entre partisans d'une laïcité stricte et défenseurs d'une laïcité ouverte : l'Observatoire de la laïcité est au bord de la scission.

Le ballet de la mauvaise foi

« Islamophobie », « républicain » : le ballet des culpabilités et de la mauvaise foi danse autour de deux mots, récupérés par chaque camp. En principe, chacun est contre le racisme et pour la république. La réalité est plus complexe, qui oblige certains, comme le politiste Laurent Bouvet, à parler d'« *antimusulman* » plutôt que d'employer le terme connoté d'islamophobie. « *Le mot est apparu en France dans les années 2000, dix ans après son apparition en Grande-Bretagne, dans la foulée de l'affaire Rushdie*, raconte le chercheur Gilles Kepel, spécialiste du monde arabe. *Ce n'est pas un concept, c'est une fabrication destinée à interdire le débat, une arme dans la guerre intellectuelle. L'accusation d'islamophobie sert à interdire toute critique de la salafisation d'une partie des banlieues.* »

« LA HAINE DU MULTICULTURALISME, C'EST UN POINT COMMUN QUI UNIT [DANS LA MÊME CROISADE] DONALD TRUMP, MARINE LE PEN, MANUEL VALLS ET VLADIMIR POUTINE »
EDWY PLENEL SUR FRANCE CULTURE

Le patron de Mediapart maintient qu'il y a, en France, « *une obsession du foulard, une obsession de la viande hallal* » qui confine à « *une injonction d'effacement du musulman* », « *tout comme hier les juifs furent essentialisés, caricaturés et calomniés* ». L'islamophobie serait l'antisémitisme du XXI^e siècle. Levée de boucliers chez les partisans de Manuel Valls, qui défendent « *la particularité* » de la haine anti-Juifs et notent qu'elle « *rassemble extrême droite et islamistes* ». Leurs adversaires, souvent propalestiniens, ont évidemment noté que c'est au dîner annuel du CRIF que le premier ministre a affirmé que « *l'antisionisme est tout simplement le synonyme de l'antisémitisme et de la haine d'Israël* ». Et que le colloque organisé au Théâtre Déjazet, au cours duquel le premier ministre a lancé, le 4 avril, sa campagne « *identitaire* », était sponsorisé, entre autres, par l'American Jewish Committee, une des plus anciennes organisations de la communauté juive américaine. Comme si, derrière la bataille autour de la laïcité, se rejouait aussi le vieux conflit entre Israéliens et Palestiniens.

D'autres mots, d'ordinaire réservés aux disputes privées, font leur entrée dans le débat « officiel » : plus seulement murmurés, mais écrits, noir sur blanc, sans complexes. L'« *islamo-gauchisme* », par exemple. L'historien et ancien pilier de *L'Obs* Jacques Julliard, dans *Le Figaro* du 2 mai, la philosophe [Elisabeth Badinter](#), dans [Le Monde du 3 avril](#), et Jean-Marie Le Guen usent tous désormais du terme pour désigner l'ennemi « *antirépublicain* ».

En face, Edwy Plenel et ses alliés n'hésitent pas à traiter leurs adversaires de « *néo-cons* » ou de « *nouveaux réacs* ». Voire pire. « *La haine du multiculturalisme, c'est un point commun qui unit [dans la même croisade] Donald Trump, Marine Le Pen, Manuel Valls et Vladimir Poutine* », a déclaré le 3 mars, sur France Culture, le patron de Mediapart. « *Manuel Valls a succombé à un débat identitaire imposé par le FN*, soupire également le député Pouria Amirshahi, qui a claqué la porte du PS en mars. *Au fond, le plus inquiétant, c'est que les tenants de cette ligne sont convaincus, y compris sans se l'avouer, par la thèse du "grand remplacement"...* » Même le beau mot d'« *universalisme* » devient suspect. Dans le pamphlet *Contre Valls* (Les Petits Matins, 128 p., 7,50 euros), écrit avec Patrick Farbiaz, le député écologiste Noël Mamère estime que « *l'universalisme des Lumières était un combat progressiste contre les forces obscurantistes* », mais qu'« *il a été détourné de sa définition initiale et a servi de masque au nationalisme* ». Il propose, « *pour s'en libérer* », de « *lui substituer le cosmopolitisme* ».

Insultes et actions en justice

Tweets, insultes, appels, actions en justice (ou simples menaces de plainte) font rage. « *Pourquoi ne peut-on plus parler de l'islam qu'en présence de son avocat ?* », provoque Jacques Julliard dans *Le Figaro*. Sur les réseaux sociaux, les anathèmes se déclinent via les blocages d'abonnés ou des hadiths du Prophète, postés par des pratiquants, en guise de rappel à la loi. De véritables campagnes sont lancées par des communautaristes pro-voile contre les défenseurs de la laïcité, d'autant plus violentes lorsque ces laïcs sont eux-mêmes d'origine musulmane et taxés de « *collabateurs* ». Inversement, l'adversaire traque aussi chaque mot de ceux qu'ils appellent « *les muses* » (les musulmans). Une guerre virtuelle, parfois relayée par des extrémistes étrangers, et qui, comme la présence de gardes du corps autour de la journaliste franco-marocaine de *Charlie* Zineb El Rhazoui ou d'autres, vient rappeler que la violence du débat n'est pas seulement symbolique.

« LE THÈME DE L'IDENTITÉ NOUS EST IMPOSÉ PAR LA SITUATION GÉOPOLITIQUE ET LES DIFFICULTÉS OBJECTIVES COMME LE TERRORISME »

JEAN-MARIE LE GUEN, SECRÉTAIRE D'ETAT CHARGÉ DES RELATIONS AVEC LE PARLEMENT

Les plateaux de télévision et les débats publics sont de plus en plus difficiles à composer : pas question pour certains de débattre avec l'ancien journaliste franco-algérien Mohamed Sifaoui, dont les chaînes d'information en continu raffolent à cause de ses propos péremptoirs sur les musulmans.

Impossible, pour d'autres, de discuter avec la féministe Rokhaya Diallo qui, avec son association Les Indivisibles, décerne des « Y'a bon Awards » à ceux qu'elle juge racistes (la plupart du temps, des militants laïques). Elle avait cosigné en 2011, après l'incendie de *Charlie Hebdo*, une pétition « *contre le soutien* » à l'hebdomadaire. En mars, l'ingénieur Mohamed Louizi, qui écrivait régulièrement sur Mediapart, a suspendu son blog. Il ne se retrouve plus dans « *la ligne éditoriale, plus que complaisante envers l'islamisme et particulièrement envers les Frères musulmans, que défend notamment Edwy Plenel* ». Dans le camp des « différentialistes », certains ont même proposé des réunions dites « paroles non blanches », organisées à Paris-VIII, et, en août, près de Reims, un « *camp d'été décolonial* » réservé aux personnes « *subissant à titre personnel le racisme d'Etat en contexte français* ». Le 4 mai, un appel pour le droit à la non-mixité a été publié par Mediapart, signé entre autres par Eric Fassin.

Transgression des frontières

« Hijab Day » à Sciences Po, arrivée dans les défilés de mode ou dans les grandes enseignes de « burkinis » ou d'abayas, vêtements qui couvrent le corps de la femme dans l'islam et que la philosophe Elisabeth Badinter appelle à boycotter, tout fait polémique. La ministre Laurence Rossignol compare celles qui choisissent de porter le voile « *aux nègres américains qui étaient pour l'esclavage* », et voilà une nouvelle bombe dans la dispute. Le PS reste toutefois bon camarade avec la ministre. « *Quand on se souvient du barouf qu'avaient déclenché les "sauvageons" de Jean-Pierre Chevènement, en 1998 !* », commente Mehdi Ouraoui. « *Nous sommes plusieurs à constater la montée d'un mouvement communautariste et racialisé, très organisé intellectuellement, face auquel nous sommes des enfants de chœur, dit Laurence Rossignol. Eux, ils font de la politique ; nous, on fait de l'humanisme à deux balles.* »

Manuel Valls soutient sa garde rapprochée. Parmi ses autres soldats, Gilles Clavreul, son délégué interministériel à la lutte contre le racisme et l'antisémitisme (Dilcra). Un verbe moins policé encore que celui du premier ministre pour critiquer « *tous ces gauchistes qui jouent, sans vergogne, le jeu du communautarisme* ». Le haut fonctionnaire, qui travaillait auparavant pour l'administration sarkozyste, a aussi pris en main l'autre fer de lance de Manuel Valls, le [Printemps républicain](#). Lors de la première réunion de cette association, le 20 mars, le manifeste lancé par le politiste Laurent Bouvet rassemblait les « laïcards » du PS, mais aussi les souverainistes du mensuel *Causeur* et de l'hebdomadaire *Marianne* – comme si l'« *état de guerre* » annoncé par le premier ministre justifiait cette transgression des frontières politiques. L'ancien « rouge-brun » Marc Cohen y côtoyait des compagnons de SOS Racisme, des ex-pasquaiens l'adjoint socialiste au maire d'Avignon Amine El Khatmi, l'un des fondateurs du Printemps, victime d'une cabale sur Twitter.

« *Je me suis sentie en famille* », s'est amusée la patronne de *Causeur*, Elisabeth Lévy. Les échos de la réunion en ont effaré d'autres, comme Clémentine Autain. « *Je n'ai pas l'intention de redéfinir la laïcité et la République avec Causeur et leurs amis de la droite extrême, au sein d'un curieux Printemps républicain* », a commenté l'élue Front de gauche. Caroline Fourest elle-même n'a pas signé le manifeste : « *Je me bats pour un compromis laïque bien plus modéré que le radicalisme de certains membres du Printemps républicain* », a fait savoir la jeune femme sur Twitter. « *Cette ligne qui prône la jonction avec nos adversaires, non seulement historiques, mais aussi les plus dangereux, m'inquiète* », souligne le laïque Mehdi Ouraoui.

Ni tentation conservatrice ni pulsion droitière dans cette transgression des frontières politiques, assurent Manuel Valls et ses alliés : seulement une réponse au contexte mondial. « *Le thème de l'identité nous est imposé par la situation géopolitique et les difficultés objectives comme le terrorisme* », justifie Jean-Marie Le Guen, porte-parole de cette gauche vallsiste qui assume la contradiction des relations complaisantes que la France entretient avec l'Arabie saoudite.

Entre ces deux lignes bruyantes, une majorité de militants et d'élus se débattent comme ils peuvent, puisant des arguments ici et là, soucieux de sauvegarder laïcité et paix civile. « *Cette bagarre est très mal menée politiquement*, juge Patrick Weil. *Les citoyens et les journalistes doivent faire seuls le boulot. Du coup, la maturité se trouve dans la société civile.* » Avec les risques afférents. « *Il n'y a pas tant de sujets qui peuvent diviser des familles politiques*, prophétise le député socialiste de l'Essonne Malek Boutih, l'un des tenants de la ligne la plus laïque. *Celui-ci peut scinder le PS.* » Voire, plus largement, le camp des démocrates.

145,34

• [OPINION](#)

• [COMMENTARY](#)

Germans Consume More Than You Think

They're opening their wallets now, despite what foreign economists say. But don't expect it to last.
By

FELIX HÜFNER

May 5, 2016 1:42 p.m. ET

[0 COMMENTS](#)

Germany again found itself at the center of an economic controversy last month as the International Monetary Fund and some economists argued that Berlin must do more to support its domestic growth. This debate overlooks the fact that domestic demand currently is making a strong contribution to growth in Germany. **And although this phenomenon won't last indefinitely, the debate also misses the point that there is limited scope for Berlin to alter the longer-run structural trends—especially demographic—early enough to prevent a cyclical weakening of the economy.**

In the fourth quarter of last year, Germany's domestic demand grew by 1.8%. This may not be much relative to U.S. domestic-demand growth of 2.5%, but it is fairly strong compared with historical averages. From 1994 to 2007, for instance, German domestic demand grew 1.1%, and from 2000 to 2007 only 0.6%.

Private consumption explains this uptick. In 2015, private-consumption growth was 1.9%, twice the average rate from 1995 to 2010. Households' propensity to purchase major goods is currently greater than at any time between 1985 and 2005, according to consumer-confidence surveys. The only time this propensity was markedly higher was for a brief period in 2007, when consumers boosted spending ahead of an increase in the value-added tax.



ENLARGE Shoppers in Bonn, Germany. PHOTO: BLOOMBERG

Low oil prices and fiscal easing also played a part in strengthening demand. Additional discretionary fiscal spending this year amounts to 0.8% of gross domestic product, according to IMF estimates. Much of this has been geared toward accommodating refugees, but there have also been higher child benefits and some income-tax cuts. Pensioners are seeing their incomes rise by around 5%, a rate not seen since the early 1990s. This robust growth in private consumption has driven the service industries to the fore and relegated manufacturing to a smaller role, despite Germany's reputation as an exporting powerhouse.

An increase in wage growth would boost short-term consumption even further. Last year, hourly wages grew 2.5% in nominal terms, in line with long-run averages, despite record-low unemployment. But wage demands this year have been fairly robust, with unions pushing for nominal raises of 5% to 6%. Strike activity reached a multi-year high in 2015, indicating an increase in employees' bargaining power and an end to the days of wage moderation. The €8.50-an-hour minimum wage, introduced last year, may be increased by about 3.5% next year. Job vacancies are at a record high, while unemployment has fallen to a 25-year low.

Eventually, high wage growth should filter through to core inflation, which remains surprisingly low at around 1%. This is in line with historical averages and similar to other core eurozone countries, despite Germany's much lower unemployment rate.

But these are all signs that Germany is experiencing a cyclical upswing, not a structural one. Some of the driving forces, like low oil prices and fiscal stimulus, are likely to peter out over the next two years. After all, labor-force participation is already at a record high and unemployment is unlikely to fall much farther.

Substantial influxes of refugees won't change this assessment. While many refugees will enter the labor market in the near future, many of them have significant skill mismatches and language barriers, thus facing unemployment.

Meanwhile, the demographic clock continues to tick. An aging German population will likely reduce the country's long-term potential growth. The working-age population is set to decline by around half a million each year between 2020 and 2030, according to the United Nations, and neither substantially higher immigration nor rising labor-participation rates among the domestic population may be enough to offset this.

This will inevitably affect growth. The current consensus expectations are for GDP growth to average 1.3% in Germany from 2020 to 2025. But this may be too optimistic. The Organization for Economic Co-operation and Development provides a more sober estimate of growth averaging 1% during this period and then falling slightly below 1% until 2030.

We would thus caution against extrapolating Germany's current upswing into the indefinite future. **The public-works spending spree demanded by economists and the IMF could help increase growth and induce private investment, as could more deregulation of some service sectors, further labor market reform or a growth-friendly reform of the tax and social security systems. None of this, however, is likely to solve Germany's structural problems early enough to prevent a cyclical weakening that may start when the oil price boost and fiscal stimulus effects fade out.**

Mr. Hüfner is chief German economist at UBS Investment Bank.

145,36

Geldpolitik

Deutsche Ökonomen verärgert über Draghis Niedrigzinsklärung

Der EZB-Chef hat in einer Rede den deutschen Leistungsbilanzüberschuss zu einer Ursache der niedrigen Zinsen erklärt. Deutsche Forscher widersprechen.

04.05.2016, von PHILIP PLICKERT

Die Erklärung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, dass nicht die EZB, sondern insbesondere der deutsche Leistungsbilanz- und Sparüberschuss die eigentliche Ursache der Niedrigzinsen sei, hat unter deutschen Ökonomen zu teils heftigen Reaktionen geführt. „Die Kritik am deutschen Leistungsbilanzüberschuss nimmt langsam groteske Züge an“, sagte der Finanzwissenschaftler Lars Feld von der Universität Freiburg, der Mitglied im Sachverständigenrat („Wirtschaftsweise“) ist.



Autor: Philip Plickert, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“, Folgen:

Stefan Kooths, Leiter des Prognosezentrums des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), nannte es gegenüber dieser Zeitung „skurril“, dass die EZB neuerdings versuche, die Verantwortung für die Niedrigzinsen völlig von sich wegzuschieben. „Die EZB kann nicht ernsthaft behaupten, sie würde das Zinsniveau nicht beeinflussen, obwohl sie inzwischen einer der größten Käufer von Staatsanleihen ist“, sagte Kooths. Dies widerspreche auch früheren Erklärungen, dass sie die Zinsen bewusst tief setze, um Investitionen anzuregen. Die EZB manipulierte die Zinsen unter das gleichgewichtige Niveau, sagte er.

Draghi hatte am Montag in einer Rede auf der Jahresversammlung der Asiatischen Entwicklungsbank in Frankfurt erklärt ([hier geht es zum Redetext, in Englisch](#)), dass eine globale Ersparnis-Schwemme die Hauptverantwortung für die extrem tiefen Zinsen trage. Niedrige Leitzinsen der Zentralbanken seien nicht das Problem, sondern nur ein Symptom. Das zugrundeliegende Problem sei der Sparüberschuss, der nicht komplett von Investitionen absorbiert werde. Das drücke die Zinsen. Es gebe seit den achtziger Jahren diesen Trend. In der jüngsten Zeit habe sich das Problem verschärft. Explizit erwähnte er Deutschland. Die größte Volkswirtschaft des Euroraums habe seit fast einem Jahrzehnt einen Leistungsbilanzüberschuss von mehr als 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ein Leistungsbilanzüberschuss liegt vor, wenn ein Land mehr exportiert als importiert; damit verbunden ist dann ein Kapitalexport. Im vergangenen Jahr lag der deutsche Leistungsbilanzüberschuss deutlich über 8 Prozent. Dies gilt weltweit als sehr hoher Wert.

Uneinigkeit über Ursachen

Die Ursachen sind unter Ökonomen umstritten. Während die EU-Kommission jenseits von 6 Prozent über mehrere Jahre ein potentiell gefährliches makroökonomisches Ungleichgewicht sieht und gewerkschaftsnahe Kritiker zu geringe Löhne und zu wenig Konsum als Grund für den Exportüberschuss anprangern, rechtfertigen andere Fachleute den deutschen Exportüberschuss.

Der Wirtschaftsweise Feld etwa sagte, im Leistungsbilanzüberschuss spiegele sich einerseits die starke Internationalisierung der deutschen Wirtschaft, die ihre Wertschöpfungsketten global vernetzt habe und viel im Ausland investiere. „Andererseits ist der Leistungsbilanzüberschuss Ausdruck der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte und Dienstleistungen“, betonte Feld. IfW-Ökonom Kooths sagte, die EZB-Politik, die tendenziell zu einer Abwertung des Euros geführt habe, sei mitverantwortlich für den hohen Export- und Leistungsbilanzüberschuss. Außerdem sei es richtig und verständlich, dass eine alternde Gesellschaft viel spare und ihre Ersparnisse auch im Ausland anlege.

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), [Marcel Fratzscher](#), unterstützte hingegen die Argumentation der EZB. „Mario Draghi hat recht mit seiner Kritik an Deutschlands exzessivem Sparüberschuss“, sagte Fratzscher der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Deutschlands Sparüberschüsse und zu geringe Investitionen seien einer der wichtigsten Gründe für die niedrigen Zinsen. „Die deutsche Politik muss dringend die Rahmenbedingungen für private Investitionen und öffentliche Investitionen verbessern, damit deutsche Ersparnisse produktiv eingesetzt werden können“, forderte Fratzscher.

Quelle: F.A.Z.

Populisten

Woran man sie erkennen kann

Moral schlägt Empirie: Ginge es nach Volkes Stimme, dann wäre das Land voll von Populisten. Aber wissen die Leute überhaupt, was der Begriff meint? Ein Gastbeitrag.

06.05.2016, von JAN-WERNER MÜLLER



© DPA Die AfD ist nicht homogen, aber alle anderen bilden aus ihrer Sicht ein Kartell: Björn Höcke gestikuliert in der Stadthalle Arnstadt

Früher begannen Bücher über Populismus mit der Feststellung, die Sozialwissenschaftler könnten sich auf keine Definition des Phänomens einigen. Heute sind wir einen Schritt weiter: Die gelehrten Werke vermerken nun zum Auftakt, dass die Bücher über Populismus stets die Tatsache erwähnten, dass man in Sachen Populismus-Definition völlig zerstritten sei. Angesichts dieser Steigerung auf eine Meta-Ebene muss man fragen, ob beim derzeit allgegenwärtigen Thema Populismus eigentlich alles relativ ist. An Kategorien wie „rechts“ und „links“ lässt sich offenbar kein Halt gewinnen, wenn angeblich sowohl [Donald Trump](#) als auch Bernie Sanders Populisten sind oder wenn man nicht nur die AfD des Populismus verdächtigt, sondern auch Die Linke mit ihren vermeintlich zu simplen Politikrezepten. Und der Gegensatz „marginal“ und „Mainstream“ taugt offenbar auch nicht zu erkennungsdienstlichen Zwecken, wenn Horst Seehofer, der vermeintlich dem Volk nach dem Munde redet, irgendwie auch populistisch ist. Dabei lässt sich das Phänomen präzise eingrenzen. Nicht jeder, der Eliten kritisiert, ist ein Populist. Ansonsten stünde jeglicher Dissens mit den Mächtigen immer sofort unter Populismusverdacht. Wenn Populisten nicht an der Regierung sind, kritisieren sie in der Tat Eliten als unmoralisch und korrupt. Zudem behaupten sie aber, sie und nur sie allein repräsentierten das Volk – wobei Letzteres immer als homogen, moralisch rein und mit seinem „gesunden Menschenverstand“ als unfehlbar dargestellt wird. Man denke beispielsweise an [Recep Tayyip Erdogan](#), der 2014 auf einem Parteikongress deklamierte: „Wir sind das Volk“ – und dann, an seine Kritiker gewandt: „Wer seid ihr?“

Die Gegen-Elite

Populisten sind also nicht ganz allgemein „antielitär.“ Sie sind aber immer antipluralistisch. Und der Alleinvertretungsanspruch der Populisten ist stets moralischer Natur. Für den Populisten gibt es keine legitimen Mitbewerber um die Macht. Und die Bürger, die sie nicht unterstützen, gehören automatisch nicht zum wahren Volk. Erdogan weiß natürlich sehr wohl, dass seine Kritiker auch Türken sind, genauso, wie Pegida-Spaziergänger wissen, dass die vermeintlichen Volksverräter eigentlich doch regulär gewählte Volksvertreter sind.

Um diese Widersprüche aufzulösen, müssen die Populisten immer eine moralische Trennlinie ziehen zwischen wahren Volk und denjenigen, die gar nicht dazugehören oder das Vertrauen des Volkes missbrauchen. Insofern haben Populisten auch keine grundsätzlichen Einwände gegen die repräsentative Demokratie; das Problem ist nur, dass im Moment die falschen Repräsentanten an der Macht sind. Populisten sind noch nicht einmal aus Prinzip Kritiker von Elitenherrschaft; das Skandalon ist für sie schlicht, dass die derzeit mächtigen Eliten den Willen des wahren Volkes nicht korrekt umsetzen. Deswegen sticht auch die vermeintliche anti-populistische Trumpfkarte nicht, wonach Figuren wie [Geert Wilders](#) doch selbst Teil der Elite, ja, sogar Berufspolitiker seien – und deswegen ihr populistischer Anspruch als heuchlerisch entlarvt werden könne. Berlusconi, Blocher und Trump waren noch nie als „Männer aus dem Volk“ glaubwürdig, sondern stets als vermeintlich selbstlose Gegen-Elite, welche dem Volk endlich zu seinem Recht verhilft.

Das wahre Volk ist im Zweifelsfalle die sprichwörtliche schweigende Mehrheit, die, wenn sie denn nur sprechen könnte, die Populisten sofort an die Macht befördern würde. Worin diese vermeintliche Mehrheit aber eigentlich besteht, wird dann symbolisch fixiert. Man denke an den berühmten amerikanischen Populisten George C. Wallace, der in den sechziger Jahren die Rassentrennung verteidigte und in vieler Hinsicht ein Trump-Vorläufer war. Es bestand kein Zweifel, dass der von Wallace immer wieder evozierte „real American“ ein hart arbeitender weißer Mann aus den Südstaaten sein musste (Wallace sagte denn auch ganz explizit, das eigentliche Amerika sei das „angelsächsische Southland“).

Alle anderen gehören zum Kartell

Auch wenn der Populist noch so oft beteuert, er wolle doch nur dem Volkswillen Geltung verschaffen – FPÖ-Plakate mit dem Konterfei von Heinz-Christian Strache behaupteten: „ER will, was WIR wollen“ – eigentlich geht es dem Populisten nicht um eine Willensrepräsentation, sondern um eine moralisch aufgeladene symbolische Darstellung des authentischen Volkes.

In der Demokratie können wir das „wahre Volk“ jenseits von Wahlergebnissen aber gar nicht zu fassen bekommen. Wer wie [Carl Schmitt](#), eine „Substanz“ des Volkes gegen die Resultate des rein „statistischen Apparates“ von Wahlen ausspielt, zieht die Demokratie ins Zwielficht. Denn irgendetwas kann ja an den existierenden demokratischen Institutionen nicht stimmen, wenn sie die wahre Substanz des Volkes nicht abbilden und stets falsche Ergebnisse produzieren. Dies erklärt auch, warum bei Populisten immer gleich von Verschwörungen die Rede ist. Denn irgendwie muss ja

plausibel werden, warum man der einzige legitime Volksvertreter ist und trotzdem keine Mehrheit an den Urnen zusammenbekommt. Im Zweifelsfall war's die Lügenpresse.

Was also beispielsweise die [AfD](#) zu einer populistischen Partei macht, ist kein bestimmter politischer Inhalt wie die Kritik an Euro-Rettungsmaßnahmen. Es ist die Behauptung, alle anderen Parteien bildeten ein illegitimes Kartell, das vom Volk beseitigt werden müsse. Hier wird Legitimität gegen Legalität in Anschlag gebracht – eine Strategie, bei der die Legalität niemals gewinnen wird, weil in der populistischen Vorstellungswelt die Empirie die Moral gar nicht schlagen kann.

Der Widerspruch ist eklatant

Genauso wenig ist es eine bestimmte Position in Religionsfragen, sondern die ständige Suggestion, muslimische Bürger gehörten nicht zum wahren deutschen Volk, welche das Etikett „populistisch“ für die AfD rechtfertigt. Ohne moralische Trennlinie zwischen authentischem Volk und den irgendwie anderen kein Populismus.

Damit ist nicht gesagt, dass man Eliten nie als unrepräsentativ kritisieren darf oder dass allein gewählte Politiker befugt sind, etwas über den „Volkswillen“ zu äußern. Jedem steht es frei, auf der Straße zu demonstrieren oder online mehr oder weniger nuanciert seine politische Meinung kundzutun. Man wirkt dadurch mit an der Bildung des politischen Willens. Aber nur Wahlen legitimieren letztlich verbindliche Entscheidungen. Wer verliert, kann es ja mit seinen politischen Argumenten und Identifikationsangeboten bei den Wählern in absehbarer Zeit wieder probieren. Aber er kann nicht quengeln, dass er doch eigentlich immer der wahre Gewinner sei (so wie Donald Trump bisher larmoyant jede verlorene Vorwahl mit den Betrügereien seiner Kontrahenten erklärte).

Heißt dies nun, dass man Populisten getrost als Antidemokraten abstempeln und sie von der politischen Auseinandersetzung ausschließen kann? Das würde manchem Politiker so passen. Doch bezieht man hier potentiell eine zutiefst paradoxe Position: „Populisten schließen immer andere aus – und deswegen schließen wir sie nun aus.“ Der Widerspruch ist eklatant, zumindest, solange man sich dann nicht auch auf den Weg nach Karlsruhe macht, um eine Partei, die man wirklich für grundsätzlich undemokratisch hält, verbieten zu lassen.

Mit Populisten reden heißt nicht wie Populisten reden. Man kann sich der Themen annehmen, die Populisten bearbeiten, ohne deren immer moralisierende Darstellung dieser Themen zu übernehmen. Ansonsten wird die Anschuldigung der Populisten, wonach „das Establishment“ nie zuhört, zu einer Art *self-fulfilling prophecy*. Gleichzeitig sollte man nicht so naiv sein zu hoffen, dass ein paar empirische Belege und statistische Hinweise – „Wie viele Muslime leben eigentlich in Dresden?“ – die populistische Vorstellungswelt sofort erschüttern würden. Populismus ist immer Identitätspolitik (was nicht heißen soll, dass jede Identitätspolitik auch populistisch ist). Man muss sich also auch auf einer symbolischen Ebene mit den Populisten auseinandersetzen.

Welches Deutschland-Bild wollen wir? Drängen die Prinzipien des Grundgesetzes, an dem sich die AfD nun festklammert, um ihre Islam-Hetze zu legitimieren, nicht auch immer über ihre jeweilige konkrete Verwirklichung hinaus – und können damit beispielsweise die Inklusion von dem, was historisch nicht schon immer dazugehörte, möglich machen? Die Populisten zwingen die Bürger so auch, sich deutlicher über die symbolischen und moralischen Grundlagen des Gemeinwesens zu verständigen. Das muss nicht immer schlecht sein.

[Zur Homepage](#)

Jan-Werner Müller lehrt Politische Theorie in Princeton. Soeben erschien von ihm "Was ist Populismus?" (Suhrkamp Verlag).

Kommentar

Neue Unterschicht

Die Mittelschicht schrumpft, zeigt eine neue Studie. Das hat verschiedene Gründe. Der Zerfall der klassischen Familie und geringqualifizierte Zuwanderung gehören dazu.

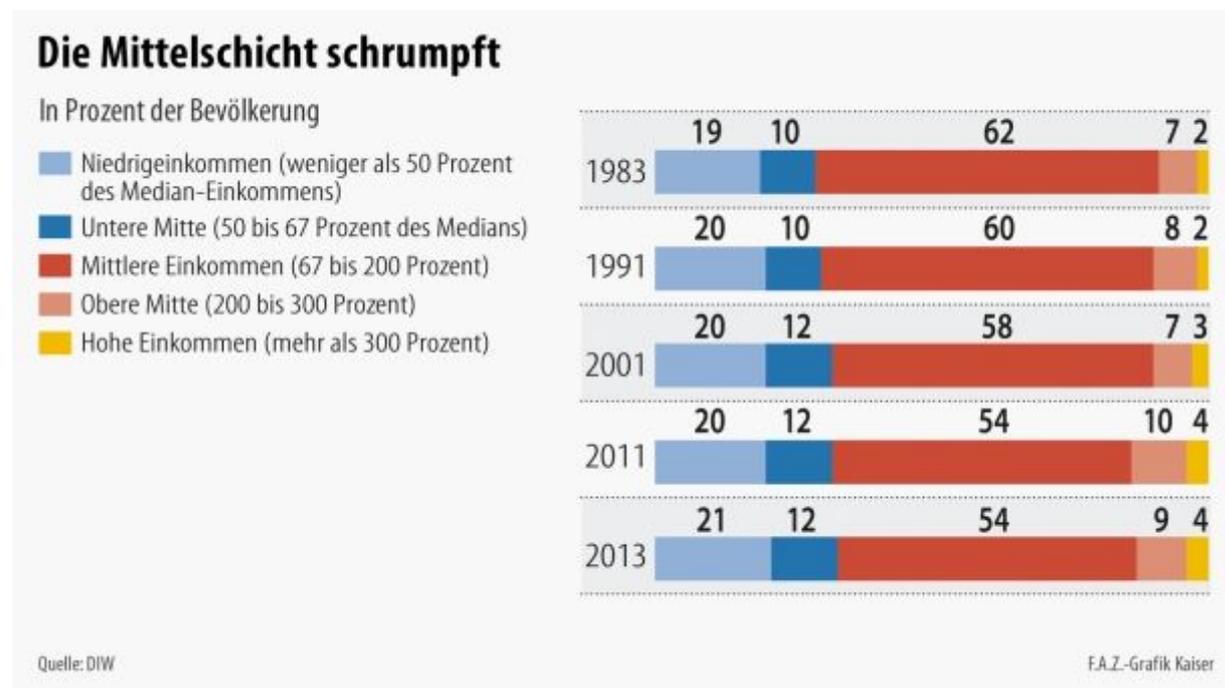
07.05.2016, von **PHILIP PLICKERT**

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer - so weit das Klischee. Nötig ist ein differenzierter Blick auf die Einkommensverteilung. Es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die über längere Zeit zum Bröckeln der Mittelschicht geführt haben. **Ein Grund war, dass geringqualifizierte Zuwanderer zum Wachsen einer neuen Unterschicht führten.** Ein anderer Grund ist **der Zerfall der klassischen Familie: Mehr Singles und mehr Alleinerziehende tauchen in der Statistik in der Einkommensunterschicht auf.**



Autor: Philip Plickert, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Der technologische Wandel führt ebenfalls zu einer Spreizung der Einkommensverteilung - während hochqualifizierte Fachkräfte umworben sind, **werden einfache Arbeiten wegrationalisiert.** Die neue DIW-Studie zur Mittelschicht in einem längerfristigen Vergleich spiegelt all diese Faktoren wider.



Unklar ist jedoch, wie sich die Mittelschicht in jüngster Zeit entwickelt hat. Andere Studien zeigen, dass etwa seit 2005, als der Beschäftigungsaufschwung begann, das Abschmelzen der Mittelschicht und die Zunahme der Einkommensungleichheit gestoppt wurden. **Die jüngste Immigrationswelle hingegen wird in den kommenden Statistiken zu einem Anwachsen der Armut führen.**

-
-
-
-
-
-

- [LIFE](#)
- [IDEAS](#)
- [ESSAY](#)

The European Union Works Best a la Carte

To save the EU, try the flexible, experimental approach known as ‘variable geometry’: more Europe for some countries, less Europe for others



For a better EU, countries need more flexibility *ILLUSTRATION: SHOUT*

By **JOHN O’SULLIVAN**

May 6, 2016 10:56 a.m. ET

In London a few weeks ago, President [Barack Obama urged the British public](#) to vote to stay in the European Union in their forthcoming referendum and encouraged the rest of Europe to steam ahead to further integration. Many observers took him to be saying something controversial, but he was only stating publicly the position of almost every U.S. president since the Eisenhower administration.

Nor is Mr. Obama the only one who sees “more Europe” as the answer to all of Europe’s problems. The mantra is the governing platform of the EU’s leaders and civil servants and has been the orthodoxy of the U.S. State Department for some 50 years. Outside of the U.K. and a few peripheral European countries, “more Europe” is a bicontinental consensus.

Yet this policy of “ever-closer union” (in the official jargon) is also causing or aggravating Europe’s largest crises. Whatever happens with the Brexit vote in June, it is no longer possible, in the U.K. or on the continent, to ignore the possibility that solutions might lie in the opposite direction: with a deliberate policy of “less Europe” that allows governments to be much more selective in deciding the quality and degree of their participation in the EU project.

The failings of EU institutions are by now familiar. Migrants surged across Europe last year because the EU had abolished most of its internal borders without first strengthening external ones. As for the euro, it has succeeded in imposing a single exchange rate on half the continent but at a high cost: Because the EU did not first establish fiscal discipline or transfer payments among its member-states, the currency has inflicted stagnation, high unemployment and political instability on Mediterranean Europe.

Caught between new crises and old orthodoxies, the EU’s central institutions are paralyzed. Meanwhile, national governments are often moving in opposite directions, either inviting in refugees or building fences to exclude them, demanding subsidies or resisting them. Europe looks increasingly dysfunctional.

There are still advocates of the old approach, of course. “More Europe” was the theme of a report last year signed by the heads of five key EU institutions. They suggested maintaining the euro’s existing structure but stabilizing it with new fiscal and financial rules and institutions. But their proposals were very cautious, half-measures at best, limited by political realities.

The politics at play here are quite simple: Germany and other creditor nations want a fiscal union that would impose fiscal discipline on debtor nations. The latter, notably Mediterranean Europe, want to require creditors to help them with bailouts, the sharing of debt and so on. These divisions correspond roughly to parties of the left and the right across Europe. Similar ideological divisions on migration and other policy areas seem likely to frustrate the one-size-fits-all solutions usually inherent in approaches based on “more Europe.”

By why not go in the opposite direction and restore powers from Brussels to national parliaments, allowing countries to choose different levels of European integration? It is hardly a novel idea. It was laid out by [Margaret Thatcher](#) in [a 1992 speech](#) in The Hague not long after she left the prime ministership. “The larger Europe grows, the more diverse must be the forms of cooperation it requires,” she said. “Instead of a centralized bureaucracy, the model should be a market—not only a market of individuals and companies, but also a market in which the players are governments [that] compete with each other for foreign investments, top management and high earners through lower taxes and less regulation.”

This kind of Europe has had several names. Some refer to it as a “variable-geometry” Europe, or Europe a la carte. The idea is that the EU would have more success and less conflict if it allowed different countries to adopt different levels of integration on different policy areas. Instead of “more Europe for all,” we could have “More Europe for some, less Europe for others.”

Steps toward such a Europe might include creating a two-tier euro that would allow Mediterranean Europe to escape an overvalued exchange rate that prices its goods, services and tourism out of the market. Those countries could instead adopt a devalued “southern euro” that would spur growth.

Instead of harmonizing all national regulations in Brussels, the continent could return to the earlier principle of “mutual recognition,” whereby EU member states agreed to accept each other’s regulations and standards in good faith as a basis for free competition in trade and services. The EU also could reject policies minted in Brussels to eliminate “harmful tax competition” (i.e., tax competition), the effect of which is to protect high-tax countries from the incentives for relocation offered by countries with lower tax rates.

Individually, each of these changes would be modest. Taken together, they would encourage competition among member states. Each would put forward its own tax-and-regulation package to attract or retain investment and talented people. The changes would transform the EU from a cartel of governments into Thatcher’s market of governments.

And it needn’t all work in one direction. Decentralization would let countries seeking a more centralized and regulated Europe move ahead on their own without, as now, the British walking slowly in front of the Franco-German locomotive, constantly waving a red flag of obstruction.

Brussels loathes the idea of “less Europe,” but in a few key areas, it is already reality. Denmark and the U.K. received permanent opt-outs from adopting the euro, and many EU member states not yet using the euro will never join it despite their treaty commitments to do so. This is the single most important example of Europe’s already existing variable geometry: a de facto two-tier Europe in which the 19 countries of the eurozone will deepen their integration fiscally and financially, separating from the others.

Variable geometry even extends in Europe beyond EU borders. Switzerland, Norway, Iceland and other members of the European Free Trade Area enjoy access to the EU’s single market without involvement in the EU’s political and defense arrangements, farm and fishing policy, the Value Added Tax, the European Defense Agency, the eurozone and so on.

Flexibility and the freedom to experiment also might save the trans-Atlantic Trade and Investment Partnership, the trade pact between the U.S. and the EU that has been in the works for years and is now threatened by new skepticism about free trade. Europe might instead offer its American and non-EU European partners something less corporate, more democratic and more appealing: an economic counterpart to NATO based on free trade and rooted in the recognition of mutual standards, but without free migration or special courts that can override national laws.

Any such reshaping of Europe and the West will require the cooperation of an American president with the vision to imagine a bolder and freer Western future. For that, alas, we may have to wait another four years.

—*Mr. O’Sullivan is the editor of Quadrant in Australia, president of the Danube Institute in Budapest and a senior fellow of the National Review Institute.*

Im Würgegriff der Populisten

Trump in Amerika – „Brexit“ in Europa? Wie immer mehr Kräfte von ganz rechts oder ganz links die politischen Landschaften umpflügen – und uns lahmlegen.

10.05.2016, von [KLAUS-DIETER FRANKENBERGER](#)



© DPA Londons scheidender Bürgermeister Boris Johnson gehört zu Großbritanniens bekanntesten Brexit-Verfechtern.

Vor Monaten hat Pat Buchanan, der es als Kommunikationsdirektor unter Reagan zu einiger Bekanntheit gebracht hatte, eine brisante Beobachtung gemacht: Nationalismus und Tribalismus seien heute Antriebskräfte der Politik und nähmen die übernationalen Institutionen auseinander.



Autor: Klaus-Dieter Frankenberger, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik.Folgen:

Buchanan hat mehrfach selbst versucht, als Möchtegernpräsident eine populistische Revolte anzuzetteln. Die Resonanz war jedes Mal bescheiden. Bekanntermaßen ist das in diesem Wahljahr anders: Für die Republikaner dürfte [Donald Trump](#) als Protagonist eines autoritären, nach innen gewandten Populismus in den Kampf ums Weiße Haus ziehen.

Die politischen Landschaften werden umgepflügt

Die Beobachtung Buchanans bezieht sich auf die Vereinigten Staaten, aber sie gilt darüber hinaus für Europa. Auch in vielen europäischen Ländern sind Kräfte am Werk, die von (ganz) rechts und von (ganz) links am Selbstverständnis der Politik, an den Institutionen und Parteien zerrern und rütteln. Die Einschätzung, dass Europa auf dem Weg zu einer neuen politischen Realität sei – man denke an den [Front National](#), an die Aufregung um die Alternative für Deutschland hierzulande und die Ermattung der klassischen Volksparteien –, ist nicht gewagt. Sie ist plausibel.

Die politischen Landschaften werden umgepflügt; so ist es gut möglich, dass am 22. Mai Norbert Hofer für die rechte FPÖ, die wider das „Establishment“ zu Felde zieht und gegen die [EU](#) agitiert, zum neuen Bundespräsidenten Österreichs gewählt wird. Welch ein Paukenschlag wäre das! Wäre es ein Vorspiel zur französischen Präsidentenwahl im kommenden Jahr?

Zum Verlierer der neuen politischen Realitäten droht die [Europäische Union](#) zu werden; vielleicht ist sie das schon. Von zwei Seiten wird sie in die Zange genommen: Da ist das Misstrauen, das, ob berechtigt oder von interessierter Seite angefächelt, der EU von „unten“ entgegenschlägt und viele Bürger zu deren Kritikern und Gegnern treibt; und da sind die Mitgliedstaaten, die sich gegen die EU und gegeneinander in Stellung bringen.

„Die Fliehkräfte der Krisen treiben uns auseinander“

In der Auseinandersetzung über die Flüchtlingspolitik sind, wie auch schon während der heißen Tage der Schuldenkrise, grundsätzliche Unterschiede und Interessendivergenzen aufgebrochen. Wenn Europapolitiker die Lage beschreiben, fallen die Düsternis und die Dramatik auf, mit der sie das tun und in die Zukunft blicken: Die EU könne auseinanderbrechen. **„Die Fliehkräfte der Krisen treiben uns auseinander, anstatt uns enger aneinander zu binden“**, hat der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, neulich in Rom gesagt.

Vielen Briten, genauer: vielen Engländern ist eine engere Bindung das Letzte, was sie wollen (dabei müssen sie ja eine „immer engere Union“ gar nicht mehr eingehen). Wenn die Wähler am 23. Juni darüber abstimmen, ob das Land Mitglied der EU bleiben oder fortan sein Glück außerhalb der EU suchen soll, dann wird es mutmaßlich einen knappen Ausgang geben.

Die beiden Lager liegen nahe beieinander. In den Umfragen haben mal die Gegner und mal die Befürworter eines „Brexit“ die Nase vorn; rund 15 Prozent der Wahlberechtigten sind noch unentschieden. Die Prognosen, die im Falle eines Austritts aus der EU erhebliche Wohlfahrtsverluste vorhersagen, richten sich in erster Linie an diese Unentschiedenen.

Auf den nationalen Geschmack kommen

Was aber wäre, wenn es dennoch eine Mehrheit für den „Brexit“ gäbe? Wenn die Sorge vor den erwarteten wirtschaftlichen Kosten den Wunsch nach nationaler Souveränität, was immer das in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts faktisch noch bedeuten würde, eben nicht trumpft? **Drohte dann der Zerfall der EU? Es wäre ein Ereignis, das gewiss den Beifall der Populisten und der Rechtsextremen finden würde und dessen Weiterungen nicht abzusehen wäre.**

Einmal davon abgesehen, dass Wähler auch in weiteren Mitgliedsländern auf den nationalen Geschmack kommen könnten: Die EU wäre auf Jahre erst mit der Abwicklung und dann mit der Formalisierung neuer Beziehungen zu Großbritannien beschäftigt, ihre Energien wären gebunden. **Was wäre außen- und sicherheitspolitisch von einer EU zu erwarten, die einen großen Schock und einen Bruch ihrer Geschichte zu verarbeiten hätte? Vermutlich nicht sehr viel.**

Das ist auch ein Grund, warum der amerikanische Präsident Obama neulich vehement für ein starkes *und* geeintes Europa geworben hat. Der britische Premierminister Cameron jedenfalls hat seinen Landsleuten schon mal einen Kostenposten vorgehalten: Im Falle eines Brexit würden die Sicherheitsrisiken zunehmen. Die Mitgliedschaft in der EU sei für die Sicherheit Großbritanniens unverzichtbar. Wie viele Wähler werden sich davon beeindruckt lassen? In einem Affekt gerührter Erinnerung an die Gründerzeit werden die Briten gewiss nicht zur Abstimmung gehen. Als Staaten sich aus „freier Entscheidung für das Gemeinwohl zusammenschlossen“ (Papst Franziskus), war Britannien nicht dabei.

[Frankreich](#)

Dringender denn je

Frankreich muss seinen Arbeitsmarkt unbedingt flexibler machen. Schon wieder erleidet der Präsident dabei eine schwere Schlappe. Es ist traurig.

11.05.2016, von **CHRISTIAN SCHUBERT**, PARIS

Zum zweiten Mal in seiner Amtszeit erleidet **François Hollande** im Parlament eine schwere Schlappe. **Für die Lockerung des Arbeitsrechts verweigert ihm ein Teil der eigenen Partei die Gefolgschaft.** Wie schon im Februar 2015 will die Regierung die staatliche Reglementierung der Wirtschaft etwas verringern, doch der linke Flügel der Sozialistischen Partei sieht Arbeitnehmerrechte bedroht und bremst.



Autor: Christian Schubert, Wirtschafts-korrespondent in Paris.Folgen:

Die französische Verfassung gibt für solche Fälle der Exekutive die Möglichkeit, ein Gesetz ohne Abstimmung durchs Parlament zu pauken. Hollande und sein Premierminister **Manuel Valls** greifen nun also zum berüchtigten Notparagrafen 49,3, um die Abgeordneten zu übergehen.

150 verletzte Polizisten

Jedem Demokraten muss das weh tun. Dass sich französische Regierungen seit 1958 mehr als 80 Mal so über ihre Volksvertreter hinweggesetzt haben, macht es nicht besser. Wer diesen Würgegriff anwenden muss, gesteht seine Schwäche ein.

Die Regierung ist mit ihrem Versuch gescheitert, nicht nur die Abgeordneten von ihrer Reform zu überzeugen, sondern auch die Öffentlichkeit. Sieben von zehn Franzosen haben sich in Umfragen dagegen ausgesprochen. Ein großer Teil der Gewerkschaften rebellierte ebenso wie viele junge Menschen auf der Straße. Mehr als 150 Polizisten sind seit Beginn der Demonstrationen verletzt worden.

Dabei ist eine Arbeitsmarktreform in Frankreich dringender denn je. Gerade junge Menschen bleiben Außenseiter des Arbeitsmarktes, weil scharfer Kündigungsschutz und hohe Abfindungen die Schaffung neuer Stellen verhindern. Gleichzeitig schnüren eine streng reglementierte Arbeitszeit und Lohnsteigerungen oberhalb der Produktivität die Unternehmen ein.

Dennoch: Eine Regierung darf nicht am Volk vorbei regieren. Sie muss die Bürger durch ein stimmiges Programm gewinnen. Das hat Hollande versäumt. Er begann mit einem strammen Linkskurs voller Steuererhöhungen und Knebelattacken auf die Unternehmen und schwenkte dann plötzlich auf eine vermeintlich liberale Linie um, die er dann im Angesicht der Proteste wieder aushöhlte.

Auch beim Arbeitsmarktgesetz machte der Präsident so viele Zugeständnisse, dass viele Arbeitgeber schon darauf pfeifen. Ja, Frankreich ist schwer zu reformieren, umso mehr muss sich eine Regierung von inneren Widersprüchen befreien. Das zweitgrößte Land des Euroraums bekommt nun eine Mini-Reform, zahlt dafür aber einen hohen politischen Preis.

- [OPINION](#)

- [REVIEW & OUTLOOK](#)

A Supply-Side Agenda in France

The center-right Republicans embrace tax and spending cuts.



ENLARGE

French presidential hopeful Alain Juppé in Paris, France on May 10. PHOTO: REUTERS

May 11, 2016 7:11 p.m. ET

[4 COMMENTS](#)

Economic debates in France often pit bad ideas against worse ones, giving voters a choice between the economic *étatisme* of the right and the socialism of the left. So it's a relief that supply-side ideas are again gaining currency among the center-right Republicans.

Republican presidential hopeful Alain Juppé on Tuesday outlined his economic agenda. **“In France, we keep saying that we have tried everything—except what has worked elsewhere,” he told supporters.** The 70-year-old former Prime Minister vowed to cut corporate taxes to 30% from 38%, eliminate the so-called Solidarity Tax on Wealth, cut 250,000 civil-service jobs, reduce social-security charges and scrap the 35-hour workweek, among other measures.

President François Hollande’s effort to deregulate France’s labor market has faced fierce opposition inside his own Socialist Party. **Mr. Hollande, who campaigned on a hard-left platform of redistribution, has lately become more of a reformer. If reform “is stalling now,” Mr. Juppé archly points out, “it’s because left-wing voters are forced to drink a potion that does not resemble the elixir they had been promised.”**

Mr. Juppé is right that being honest with voters is the first step toward economic salvation, *although that’s never easy in a country that has torpedoed all previous efforts at reform.* Still, France could soon see competing, plausible reform plans from the left and the right. **Voters who still reject change can expect further national decline.**

- [OPINION](#)

- [REVIEW & OUTLOOK](#)

A Supply-Side Agenda in France

The center-right Republicans embrace tax and spending cuts.



ENLARGE

French presidential hopeful Alain Juppé in Paris, France on May 10. PHOTO: REUTERS

May 11, 2016 7:11 p.m. ET

[4 COMMENTS](#)

Economic debates in France often pit bad ideas against worse ones, giving voters a choice between the economic *étatisme* of the right and the socialism of the left. So it's a relief that supply-side ideas are again gaining currency among the center-right Republicans.

Republican presidential hopeful Alain Juppé on Tuesday outlined his economic agenda. **“In France, we keep saying that we have tried everything—except what has worked elsewhere,” he told supporters.** The 70-year-old former Prime Minister vowed to cut corporate taxes to 30% from 38%, eliminate the so-called Solidarity Tax on Wealth, cut 250,000 civil-service jobs, reduce social-security charges and scrap the 35-hour workweek, among other measures.

President François Hollande's effort to deregulate France's labor market has faced fierce opposition inside his own Socialist Party. **Mr. Hollande, who campaigned on a hard-left platform of redistribution, has lately become more of a reformer. If reform “is stalling now,” Mr. Juppé archly points out, “it's because left-wing voters are forced to drink a potion that does not resemble the elixir they had been promised.”**

Mr. Juppé is right that being honest with voters is the first step toward economic salvation, *although that's never easy in a country that has torpedoed all previous efforts at reform.* Still, France could soon see competing, plausible reform plans from the left and the right. **Voters who still reject change can expect further national decline.**

145,46

Fünf vor acht / Europäische Union:

Wenn die Ehrlichkeit scheitert, scheitert Europa

Eine Kolumne von Jochen Bittner

Sprechen wir es aus: Demokratie und eine effiziente 28-Länder-EU, das geht einfach nicht zusammen. Was von beiden sie bevorzugen, wurden EU-Bürger bisher nicht gefragt.

12. Mai 2016, 7:47 Uhr [238 Kommentare](#)



Warum Imperien zusammenbrechen, können Historiker einigermaßen genau sagen. Meist liegt es an einem *overstretch*, an einer geografischen oder militärischen Überdehnung. Aber wie wäre es im Fall der Europäischen Union? Woran genau wäre dieses Imperium auf Einladung, dieser gutwillige Staatenverbund gescheitert, falls er scheitert?

Nehmen wir folgendes Zusammenbruchsszenario an: Am 23. Juni stimmen die [Briten in ihrem Referendum für den Austritt aus der EU](#). Ihr Beispiel verleitet auch andere Nationen dazu, eine Kosten-Nutzen-Analyse über die Mitgliedschaft in der EU anzustellen. Besonders hoch kocht die Wut in Italien, weil es mit dem sommerlichen Migrationsstrom überfordert ist, der aus Nordafrika einsetzt und weil die anderen EU-Länder keine Flüchtlinge übernehmen wollen (schon heute würden laut Umfragen 48 Prozent der Italiener für einen EU-Austritt stimmen).

Da Italien aber, anders als Großbritannien, ein Euro-Land ist, würde eine Exit-Stimmung einen Untergangsoptimismus an den Finanzmärkten auslösen. Händler könnten anfangen, gegen die Euro-Mitgliedschaft Italiens zu spekulieren, mit der Folge, dass das ohnehin hoch verschuldete Land sich nicht weiter an den Märkten finanzieren könnte. Im Falle einer Italien-Pleite wären die Euro-Rettungsschirme zu klein. Das Land müsste aus der Währungsunion ausscheiden – was wiederum Ketten-Spekulationen über die nächsten Aussteiger auslösen würde.

Wie ging es los?

Wenn das so ist!, sagt sich daraufhin die neue französische Präsidentin Marine Le Pen – und kündigt lieber selber die EU-Mitgliedschaft. Kernschmelze, Ende.

Und wie ging das alles noch mal los? Warum genau kippten die Briten den ersten Dominostein?

Weil sie, kurz gesagt, nicht mehr an den Mehrwert glaubten, den ein hyperkomplexer Staatenverbund gegenüber einem selbstbewussten Nationalstaat bietet. Und weil sie das Gefühl haben, dass ihre Kritik an den Funktions- und Zieldefiziten der EU vierzig Jahre lang überhört worden ist. **Tatsächlich hat zuletzt die Bundeskanzlerin die Forderungen von Premierminister David Cameron nach grundlegenden Reformen weitgehend ignoriert. Der Mindestpreis dafür, die Briten in Europa zu halten, wäre es gewesen, sie ernst zu nehmen und einen großen Reformkonvent einzuberufen, sprich: die EU-Verträge aufzuschnüren. Diesen Preis war Merkel nicht bereit zu zahlen.**

Vielleicht, weil sie ahnte, dass dies das Ende der EU auf anderem Wege bedeuten würde? Weil sich all die Fäden nie wieder zusammenschnüren lassen würden? Weil die Unzufriedenheit über die EU in Polen, in den Niederlanden, in Frankreich, Ungarn, Griechenland, Dänemark viel zu groß geworden ist, um je wieder ein Integrationsgroßwerk zustanden zu bringen wie den derzeit geltenden EU-Vertrag?

Dann wäre es aber umso wichtiger, den Grund für die endemische Unzufriedenheit zu benennen. Er liegt in einer Überdehnung neuer Art. **Das wohlwollende Imperium EU hat sich in eine Anspruchsüberdehnung begeben. Es hat seinen Bürgern zu viel versprochen, und genau dies lässt sich mittlerweile nicht mehr kaschieren.** Vor jeder Integrationswelle, zuletzt vor dem Lissabon-Vertrag, gaben die Regierungen Versprechen aus, die bei näherer Betrachtung widersprüchlich waren: Europa werde effizienter und demokratischer werden, hieß es über den Lissabon-Vertrag. Die EU der 28 werde gegenüber globalen Konkurrenten mit einer Stimme sprechen und damit die Interessen der Europäer in der Welt besser verteidigen können.

Viel Wut in Europa

Die Wahrheit ist, dass man all dies, Demokratie, Gleichklang und Effizienz, nicht zusammen haben kann. Man kann nicht mit 28 Regierungen in Brüssel Mehrheitsbeschlüsse fassen, ohne dass die Mitbestimmungsrechte der nationalen Parlamente daheim leiden. Man kann nicht als Staatenblock Freihandelsabkommen mit Ländern abschließen, die andere Verbraucherschutzphilosophien pflegen und die gewohnten heimischen Standards unangetastet lassen. Man kann nicht transnationale Machtbündelung versprechen, ohne die Defizite in Kauf zu nehmen, die dies für den klassischen Nationalstaat bedeutet. **Diese Kosten-Nutzen-Rechnung nicht klar präsentiert zu haben, hat viel Wut gestiftet in Europa. Denn was die Leute als Ergebnis sehen, sind Paradoxien.**

Jedes nationale Referendum gegen eine tiefere Integration war schon vor seinem Ausgang undemokratisch – weil nur ein Volk für alle europäischen Völker abstimmte: mal die Niederländer, mal die Franzosen, mal die Iren. Ignorierten die EU-Regierungen später diese Voten, war auch dies undemokratisch, weil ja immerhin eine ganze Nation abgestimmt hatte.

Kurzum: Wer eine effiziente EU möchte, die in der Welt als geschlossener Player auftritt, der muss in einem gewissen Maße auf klassische nationalstaatliche Demokratie verzichten. Die Frage, ob die Europäer dazu bereit sind, wurde ihnen bisher nie gestellt. Sie wurde verschleiert. Dieser fehlende Grundkonsens über den großen Deal ist es, der die EU jetzt taumeln lässt.

145,49

- [OPINION](#)
- [COLUMNISTS](#)
- [THE WEEKEND INTERVIEW](#)

When All Economics Is Political

The dismal science has too much junk science, says Russ Roberts, an evangelist for humility in a discipline where it is often hard to find.

By [KYLE PETERSON](#)

Updated May 13, 2016 10:07 p.m. ET

The models have been run and the numbers crunched: Bernie Sanders's presidential platform, if enacted, would create 26 million jobs and 5.3% growth. An economist [has done the calculating](#), and there's no use arguing with mathematics. CNN's headline reads: "Under Sanders, income and jobs would soar, economist says."

When I run that line by Russ Roberts, he replies with a joke: "How do you know macroeconomists have a sense of humor? They use decimal points."

PHOTO: KEN FALLIN

Mr. Roberts is a fellow at the Hoover Institution, a University of Chicago Ph.D., and the gregarious host of [EconTalk](#), a weekly podcast that celebrated its 10th anniversary in March. He is also an evangelist for humility in economics. "The world's a complicated place," he says. "We demand things from economics that it can't provide, and we should be honest about that."

What's striking is Mr. Roberts isn't talking only about politically contrived agitprop. Nobody believes that stuff: One of President Obama's former economic advisers stirred ire from Sandernistas earlier this year when he said that getting Bernie's agenda to add up requires assuming "magic flying puppies with winning Lotto tickets tied to their collars."

The deeper question is: How much better—more credible, or reliable, or falsifiable—are the economic forecasts pouring out of respectable think tanks, the White House and Congress? Mr. Roberts's answer: not all that much.

He cites the Congressional Budget Office reports calculating the effect of the stimulus package—for instance, [one in late 2009](#) suggesting it had increased employment by between 600,000 and 1.6 million. Leaving aside the incredible range of the estimate, how did the CBO come up with those numbers? Did it somehow measure employment in the real world?

Nope: The CBO gnomes simply went back to their earlier stimulus prediction and plugged the latest figures into the model. "They had of course forecast the number of jobs that the stimulus would create based on the amount of spending," Mr. Roberts says. "They just redid the estimate. They just redid the forecast. And you're thinking, that *can't* be what they really did."

Economics fancies itself a science, and Mr. Roberts used to believe, as many of his peers do, that practitioners could draw dispassionate conclusions. But he has in recent years undergone something of a crisis of economic faith. "The problem is, you can't look at the data objectively most of the time," he says. "You have prior beliefs that are methodological or ideological about the impact of things, and that inevitably color the assumptions you make."

A [recent survey](#) of 131 economists by Anthony Randazzo and Jonathan Haidt found that their answers to moral questions predicted their answers to empirical ones. An economist who defines "fairness" as equality of outcome might be more likely to say that austerity hurts growth, or that single-payer health care would bend the cost curve. The paper's authors quote Milton Friedman's brief for "value-free economics" and reply that such a thing "is no more likely to exist than is the frictionless world of high school physics problems."

This seems obvious to an outsider, given the field's tendency to devolve into stalemate. Each side has highly intelligent scholars, some with fancy Swedish gold medals, and yet each finds the other's conclusions self-evidently stupid. The old saw in science is that progress comes one funeral at a time, as disciples of old theories die off. Economics doesn't work that way. "There's still Keynesians. There's still monetarists. There's still Austrians. Still arguing about it. And the worst part to me is that everybody looks at the other side and goes 'What a moron!'" Mr. Roberts says. "That's not how you debate science."

If economists can't even agree about the past, why are they so eager to predict the future? "All the incentives push us toward overconfidence and to ignore humility—to ignore the buts and the what-ifs and the caveats," Mr. Roberts says. "You want to be on the front page of The Wall Street Journal? Of course you do. So you make a bold claim." Being a skeptic gets you on page A9.

There does, however, seem to be increased chatter lately about whether economists are simply partisans with better charts. One reason might be that credibility problems in the other social sciences are metastasizing. A yearslong attempt to duplicate 100 psychology findings [reported in August](#) that only 36% could be reproduced. Extending the idea to 18 lab experiments in economics, [a March examination](#) could replicate only 61%.

How is it that economists, working in good faith, wind up with dubious results? To start, they can overanalyze the data. Modern computers spit out statistical regressions so fast that researchers can fit some conclusion around whatever figures they happen to have. "When you run lots of regressions instead of just doing one,

the assumptions of classical statistics don't hold anymore," Mr. Roberts says. "If there's a 1 in 20 chance you'll find something by pure randomness, and you run 20 regressions, you can find one—and you'll convince yourself that *that's* the one that's true."

As if to prove the point, an economist two decades ago wrote an article charmingly titled "[I Just Ran Two Million Regressions](#)," which found economic growth to be strongly correlated with Confucianism. Yet many studies aren't so methodologically transparent. "You don't know how many times I did statistical analysis desperately trying to find an effect," Mr. Roberts says. "Because if I didn't find an effect I tossed the paper in the garbage."

Economists also look for natural experiments—instances when some variable is changed by an external event. A famous example is the 1990 study concluding that the influx of Cubans from the Mariel boatlift didn't hurt prospects for Miami's native workers. Yet researchers still must make subjective choices, such as which cities to use as a control group.

Harvard's George Borjas re-examined the Mariel data last year and insisted that the original findings were wrong. Then Giovanni Peri and Vasil Yassenov of the University of California, Davis retorted that Mr. Borjas's rebuttal was flawed. The war of attrition continues. To Mr. Roberts, this indicates something deeper than detached analysis at work. "There's no way George Borjas or Peri are going to do a study and find the opposite of what they found over the last 10 years," he says. "It's just not going to happen. Doesn't happen. That's not a knock on them."

Pondering the limits of economics has a storied history. John Maynard Keynes in 1939 [referred skeptically](#) to "statistical alchemy." A 1983 paper, "[Let's Take the Con Out of Econometrics](#)," assailed analysts' "whimsical" assumptions. Milton Friedman [wrote in 1991](#) that the computer revolution had "induced economists to carry reliance on mathematics and econometrics beyond the point of vanishing returns."

Mr. Roberts cites Friedrich Hayek's [1974 Nobel lecture](#). "He basically says macroeconomics is scientism," Mr. Roberts says. "He gives the analogy to a sporting event. He said if we knew everything there was to know, if we had all the data, we could figure out who's going to win a sporting event—including how well each player slept the night before, their nutrition, their worries, their anxieties, their mental state, et cetera. And he said we can't know those things."

But why not? "More data!" the crowd cries. To a hard materialist, the world is physics all the way down. If free will is an illusion, if knowable laws govern every unfolding event, then why can't social scientists march toward a perfect understanding?

Mr. Roberts is decidedly not in the materialist camp. He has described himself as a believer, a religious Jew, and he has a penchant for literature. One of his books is an "economic romance" about a young high-school teacher who woos a colleague over talk of the invisible hand. In another of his novels, a heavenly magistrate sends a 19th-century economist back to America to discredit protectionism. Sterile, soulless [Ayn Rand](#) this is not.

Is religious faith a presupposition before all others, one that disposes Mr. Roberts to see economic actors' humanity, where others perhaps see only bundles of particles bouncing in predictable, if complicated, patterns?

This is about the only moment in two hours of conversation where he pauses. "Hayek, who was an atheist, not a religious person, he was really warning against the worship of reason, and of rationality," Mr. Roberts eventually says. "So you don't have to be a religious person to be worried about this." After a bit more conversation, he adds: "But I think as a religious person, there's an extra appeal to that. Because we think there is something else, higher than human reason, that we ought to be humble toward."

None of this is to suggest that math is irrelevant. "I'm not saying facts don't matter. I'm not saying evidence doesn't matter," Mr. Roberts maintains. "I'm not saying economics is a waste of time. It's a wonderful way to help you organize your thinking about how the world works."

But he *is* saying that economists ought to be humble about what they know—and forthright about what they don't. Nobody would expect a biologist to answer such questions with specificity. "I'm going to introduce a whole bunch of new species of trees into a forest: What's going to happen to the squirrel population?" Mr. Roberts says. "Who the hell knows? I don't even know what the squirrel population is *now*."

Yet humility isn't always well received. Several years ago, Mr. Roberts was pressed by a reporter to put a number on how many jobs the North American Free Trade Agreement had created. When Mr. Roberts replied that he had no idea, the reporter accused him of ducking the question. "He said—he literally said this—'But you're a *professional economist*,'" Mr. Roberts recounts. "He meant, 'Isn't that what you do? Isn't that your job?' And of course my answer is no. We're not good at that." So what use is economics to politics? When the White House calls to ask how many jobs its agenda will create, what should the humble economist say? "One answer," Mr. Roberts suggests, "is to say, 'Well we can't answer those questions. But here are some things we think could happen, and here's our best guess of what the likelihood is.'" That wouldn't lend itself to partisan point-scoring. The advantage is it might be honest.

Mr. Peterson is an associate editor at the Journal editorial page.

145,51

Nouailhac - François Hollande, le pays obèse et l'art de l'embrouille

Le président s'est glorifié d'avoir "redressé" le pays, mais les déficits enflent. Nos voisins européens en sont restés interloqués. Quant aux Français...

PAR JEAN NOUAILHAC

Modifié le 13/05/2016 à 13:51 - Publié le 13/05/2016 à 07:44 | Le Point.fr



Le président François Hollande s'est glorifié d'avoir « redressé » le pays, mais les déficits enflent.

Lorsque François Hollande déclare le 8 mai dernier à France 2, après les cérémonies de l'Arc de Triomphe, qu'il a « bien redressé le pays depuis quatre ans » et qu'il « fait en sorte qu'il y ait un certain nombre de redistributions », ses collègues européens, chefs d'État et chefs de gouvernement, ont tous un moment de stupeur. Ils viennent de comprendre que leur voisin français a déjà lancé sa campagne électorale pour sa réélection et que la France a encore choisi la solution de facilité en abandonnant toute rigueur budgétaire pour des raisons uniquement électorales. L'un de ses mauvais élèves est en train de devenir le pire de la classe européenne en continuant sans vergogne d'empiler les déficits. Pendant les trois dernières années, entre 2013 et 2015, ces derniers ont atteint 230 milliards d'euros, et ils vont allégrement dépasser les 300 milliards à la fin de 2016. Pour l'année en cours, on en est déjà à près de 5 milliards non financés alors que la « redistribution » ne fait officiellement que commencer...

En Espagne et en Italie, où les efforts se poursuivent pour limiter les dépenses et rénover le marché du travail, on rit jaune. En Grande-Bretagne, où l'on a retrouvé le plein emploi et des finances saines, on se moque ouvertement de la France : au lieu de recevoir des comédiens à Cannes sur le tapis du Palais des festivals, quand on déploie le tapis rouge à Londres, c'est pour recevoir des hordes d'expatriés français. En Allemagne, où l'on est passé d'un déficit public de 50 milliards en 2012 à un excédent de 12 milliards en 2015, on est totalement abattu par le laisser-aller du grand voisin français, qui non seulement donne un très mauvais exemple à l'ensemble de la communauté européenne, mais aussi, en jouant avec le feu, prend le risque d'enflammer toute l'Europe.

L'art de l'embrouille

Quand François Hollande – humour noir, cynisme ou béatitude inspirée – ajoute ce même 8 mai « Je veux que les Français soient fiers de leur pays [...] se disent que nous avons fait des efforts pour être encore plus respectés, que nous avons une parole qui porte », toute l'Europe éclate de rire. « Une parole qui porte » ? Quelle parole ? Hollande s'était engagé lors de son élection à passer sous les 3 % de déficit en deux ans, puis il a forcé la main de ses voisins en leur imposant des délais supplémentaires qu'il n'est même pas capable d'assumer. « Être encore plus respectés » ? Vraiment ? Qui respecte encore la France en la matière ? Quant à être « fiers de leur pays », les Français, qui ont l'impression de naviguer en pleine tempête économique et sociale, sont en mesure de se poser des questions, soit sur l'équilibre mental de leur président, soit sur sa duplicité ou son art de l'embrouille.

Et comme, selon la formule consacrée, on a souvent besoin d'un plus petit que soi, un pays comme l'Irlande pourrait nous servir d'exemple de ce que « redresser » veut dire. Après l'effondrement de son système bancaire, particulièrement touché par la crise entre 2008 et 2010, l'ancien « tigre celtique » a demandé de l'aide à la *troïka* (FMI, BCE, CE) et a strictement appliqué ses conseils de rigueur. Les gaspillages endémiques de l'administration centrale ont fait l'objet d'une chasse effrénée. Les salaires ont été baissés de 20 % dans la fonction publique territoriale. Les deux tiers des collectivités locales ont été supprimées et le nombre d'élus locaux a diminué de 40 %.

Pays obèse moqué par ses voisins

L'économiste et essayiste Édouard Tétreau, auteur d'*Au-delà du mur de l'argent* (éditions Stock), a calculé ce que cela représenterait pour la France si elle appliquait les mêmes mesures : l'équivalent de 247 354 postes d'élus locaux supprimés, de 23 700 communes et 63 départements rayés de la carte. L'équivalent de 12 milliards d'euros économisés sur une « masse salariale pharaonique » de 59 milliards de dépenses de personnel et, enfin, l'équivalent d'une réduction de 37 milliards d'euros dans les dépenses publiques. « Nous avons bien redressé le pays depuis quatre ans », nous a dit François Hollande, et on voit le résultat aujourd'hui : un pays obèse et en faillite, moqué par ses voisins. En Irlande, le « Taoiseach » (Premier ministre) Enda Kenny a, lui, vraiment redressé son pays. Après une faible croissance de 1,4 % en 2013, le PIB de l'Irlande a augmenté de 5,2 % en 2014 et vient de battre un record européen à + 7,8 % en 2015 et un record mondial avec son dernier trimestre 2015 en augmentation de 9,2 %. L'investissement privé s'est envolé de 13 % l'an dernier, la production industrielle a bondi de 60 % en cinq ans (+ 13,7 % sur la seule année 2015). Enfin, le taux de chômage est passé de 15 % en 2012 à 8,6 % actuellement, son taux le plus bas depuis la crise de 2008. Voilà ce qui s'appelle « inverser une courbe » !

Dans une note de BNP Paribas sur l'Irlande, on peut lire ceci : « Le récent développement de l'Irlande a été atteint grâce à une politique délibérée de promotion des entreprises de pointe destinées à l'exportation, en partie grâce à des offres séduisantes pour les investisseurs. » Tout est dit. Les Irlandais n'ont pas de politiciens à courte vue chez eux ni d'idéologues dans leurs ministères, seulement des pragmatiques qui ont un cerveau en état de marche, et c'est peu dire que les résultats sont là ! Des résultats dont ils peuvent être fiers. Ceux qui pensent que les dirigeants français sont des gens fiers et courageux se trompent. Ils sont seulement vaniteux et lâches. Non, Monsieur Hollande, vous n'avez pas redressé le pays, vous l'avez enfoncé. Ce sont les dirigeants irlandais qui sont fiers et courageux.

145,52

Marine Le Pen confirme sa ligne économique anti-UE

Par [Emmanuel Galiero](#)

Publié le 14/05/2016 à 22:58



Lors d'un colloque organisé à Paris et consacré au «modèle économique imposé par l'Union européenne, la présidente du Front national a répété son attachement à la «souveraineté monétaire»

PUBLICITÉ

Première spectatrice enthousiaste du colloque organisé samedi à Paris par la fondation Europe des nations et des libertés, Marine Le Pen a apprécié les analyses des neuf économistes invités. Issus de six nationalités différentes, ils ont affiché leurs convergences avec l'un des piliers programmatique du projet frontiste pour 2017: la souveraineté économique et monétaire.

Les arguments, exposés durant cinq heures à la Mutualité autour de quatre questions, ont apporté de l'eau au moulin de Marine Le Pen. Ils ont aussi confirmé son angle d'attaque pour la présidentielle, le même que la présidente du Front national avait choisi dans ses précédents combats électoraux. Elle ne modifiera pas le cap durant la campagne 2017, comme elle l'avait déjà expliqué au lendemain du séminaire d'Etiolles, où certains frontistes avaient réclamé un recentrage du parti sur les questions micro-économiques.

«Je n'ai jamais changé de position, a-t-elle insisté en coulisses, j'ai une vision pragmatique des choses. Moi, je ne vais pas venir comme le font tous les candidats à la présidentielle, promettre une série de mesures que je serai dans l'incapacité totale de mettre en œuvre, précisément parce que je n'aurais pas cette souveraineté monétaire». A ses yeux, il est impossible de promettre un changement politique sans le «levier essentiel» de la souveraineté monétaire.

Une vision très critique de l'UE

Animateur de cette journée studieuse, Philippe Murer, économiste au cabinet de Marine Le Pen, avait recherché un «équilibre international» pour concevoir un plateau de spécialistes, préalablement connus dans le cadre de ses recherches universitaires. Ces analystes, ayant comme point commun une vision très critique de l'Union européenne et de la monnaie unique, étaient invités à déterminer les «avantages» de la souveraineté monétaire, imaginer des pistes pour «reconstruire» les économies nationales ou encore juger les «bénéfices» d'un changement de modèle.

Absent, Jacques Sapir avait laissé des enregistrements vidéos diffusés durant le colloque. Les organisateurs avaient également invité une Allemande qui n'a pu venir. L'événement, suivi par près de 300 personnes a été présenté comme une «réunion de travail» plutôt qu'un «meeting politique».

«Une monnaie génétiquement déficiente»

Voix de la Grèce, Maria Negreponi-Delivanis a dénoncé un «échec irréparable» de la zone euro et de «grands écarts structurels» entre les pays de l'Union. Elle a également pointé une «monnaie génétiquement déficiente» et ciblé les effets de «l'austérité». «Cette stratégie n'est pas viable car la compétitivité passe avant le bien être de la population» a-t-elle déclaré.

Venu des Pays-Bas, le bosniaque Edin Mujagic n'a vu qu'un seul avantage à la monnaie unique: ne pas être contraint de changer de devise lorsqu'on voyage. Lorsqu'il a demandé pourquoi l'euro n'était pas réversible alors que le franc français, «une monnaie de huit siècles» le fut, il a été applaudi. Pour l'Italien Alberto Bagnai, la «faillite de l'Europe» n'est pas une «surprise» puisqu'elle était «annoncée».

L'Allemagne dans le viseur

Déplorant le poids économique de l'Allemagne, il a considéré que les Allemands étaient «en train de détruire notre culture, hélas, pour la troisième fois dans notre siècle». En fin de colloque, dans un élan plus politique, le Français Hervé Juvin a repris la même critique. Pointant, lui aussi, l'Allemagne, Jacques Sapir a prédit une «amplification» des crises européennes. Observant la bataille de projets entre les deux candidats à la primaire de la droite, François Fillon et Alain Juppé, il a estimé que cette «course à l'échalote» sur la réduction des dépenses, pourrait coûter 3 points de PIB et faire grimper le chômage à 15%.

«Désillusion publique»

Qualifiant l'Europe de «modèle réduit de la mondialisation», Jean-Claude Werrebrouck a encore dénoncé un «recul de la République et une montée des minarets». Puis, à quelques semaines du référendum britannique sur la sortie de l'UE, Matthew Goodwin a estimé que les réalités économiques d'aujourd'hui étaient «très différentes» de celles connues au temps des fondateurs de l'Europe. Aujourd'hui, il existe selon lui une «désillusion publique». «Sauf changement radical, la zone euro n'est plus un projet politique viable» a-t-il averti. Pour sa part, Jean-Jacques Rosa, vantant une approche «libérale» de l'économie, a appelé à «rétablir la vérité des changes» et «restituer la compétitivité» des entreprises françaises.

A la fin du colloque, Philippe Murer a jugé le résultat «de très bon niveau». Selon lui, Marine Le Pen et son équipe d'économistes en feront une synthèse. Les argumentaires exposés samedi à la Mutualité auront sans doute une seconde vie. Il ne serait pas étonnant d'en retrouver certains dans le projet économique, revu et corrigé, de la candidate à la présidentielle 2017.

145,54

Islam und Demokratie

Wie die Türkei mit der Religion ringt

Offiziell ist die Türkei laizistisch, faktisch hat sie jedoch den sunnitischen Islam zur Staatsreligion gemacht. Eine islamische Republik ist sie aber noch nicht – auch wenn das Präsident Erdogan gerne hätte.

15.05.2016, von RAINER HERMANN



© REUTERS Ein Blick auf die Neue Moschee in Istanbul

Zwei Ereignisse sind Ende April in der Türkei aus dem Rahmen gefallen. Die Protagonisten waren Staatspräsident [Recep Tayyip Erdogan](#) und einer seiner Vertrauten, Parlamentspräsident Ismail Kahraman. Seit mehr als einem Jahrzehnt verspricht Erdogan das Kommen einer „neuen Türkei“ („Yeni Türkiye“). Die zwei Ereignisse könnten ein Fingerzeig darauf sein, was Erdogan vorschwebt: eine zweite Republik, die sich von der des Staatsgründers Atatürk abhebt.



Autor: Rainer Hermann, Redakteur in der Politik.Folgen:

Nicht ohne Hintergedanken hat Erdogan den 29. April zu einem Gedenktag ausgerufen. Am 29. April 1916 hatten osmanische Soldaten nach monatelanger Belagerung die Kaserne der irakischen Stadt Kut eingenommen, 8000 britische Soldaten ergaben sich. Besonders stellte Erdogan die Leistung des Kommandanten Nurettin Pascha heraus. Der aber rebellierte nach dem Krieg gegen Atatürks Revolution, er fiel in Ungnade und starb 1932 als Feind der laizistischen Republik. In derselben Rede bedauerte Erdogan, dass es keine „Medresen“ mehr gebe, keine religiösen Schulen; sie waren bei der Gründung der Republik zugunsten der weltlichen Schulen abgeschafft worden. Sonst, so insinuierte Erdogan, wäre die Schlacht von Kut nicht in Vergessenheit geraten.

Nationalismus und Laizismus waren die Stützpfeiler der Verfassung

Erdogan zielte indirekt auf den laizistischen Charakter der Türkei, Kahraman tat es direkt. Der forderte, das Prinzip des Laizismus aus der Verfassung zu streichen und eine „religiöse Verfassung“ einzuführen. Die Frage war zurückgekehrt, ob es eine islamistische Türkei geben könne. Kahramans Vorstoß löste einhellig empörte Reaktionen aus, auch aus Erdogans AKP, so dass die Aussichten für ein solches Vorhaben gegen null gehen.

Atatürk hatte seine Revolution ein Jahr vor seinem Tod abgeschlossen, als er 1937 die sechs Prinzipien dieser Revolution in die Verfassung aufnehmen ließ: Die wichtigsten waren der türkische Nationalismus und der Laizismus. Die Demokratie gehörte nicht zu den Prinzipien, und so wurde die Republik Atatürks ein autoritärer Staat, in der es bis 1946 nur eine Partei gab.

In der ersten Verfassung von 1924 hatte es noch geheißen: „Die Religion des türkischen Staates ist der Islam.“ Der Passus wurde 1928 gestrichen; seither enthält die Verfassung auch keinen Gottesbezug. Aus Italien war bereits das Strafrecht übernommen worden, aus der Schweiz das Zivilrecht. Nun ging es darum, das Verhältnis von Staat und Religion zu regeln. Dazu wählten die Träger des Staates von Mustafa Kemal Atatürk, die Kemalisten, nicht den Säkularismus, der Staat und Religion trennt, sondern den Laizismus Frankreichs aus der Zeit vor 1905, der die Religion aus dem öffentlichen Leben verbannen will. In der Türkei kam eine Besonderheit hinzu: Im türkischen Laizismus kontrolliert der Staat die Religion, die Religion hat umgekehrt auf den Staat aber keinen Einfluss.

Nur Sunniten können Glauben frei ausleben

Vorrangiges Ziel der Kemalisten war nicht, eine säkulare Gesellschaft zu schaffen. Ein Ziel war die Entmachtung des islamischen Klerus und die Loslösung der Türkei vom Erbe der islamischen Zivilisation. Ein zweites Ziel war die Schaffung einer türkischen Nation, die nach dem Zerfall des Vielvölkerstaats Osmanisches Reich erst entstehen musste. Die Gründer der Republik entdeckten den sunnitischen [Islam](#) als den Kitt, der diese nationale Identität erzeugen sollte. In den vierziger Jahren erklang der Gebetsruf, der Ezzan, auf Türkisch, und eine Religionsbehörde, das Diyanet, wurde aufgebaut. Zu den Widersprüchen der Türkei gehört, dass die Republik offiziell laizistisch ist, sie den sunnitischen Islam jedoch faktisch zur Staatsreligion gemacht hat.

Die türkische Version des Laizismus hat zur Folge, dass die Türkei Glaubensfreiheit kennt, nicht aber Religionsfreiheit. Denn der Staat schränkt alle religiösen Aktivitäten außerhalb des sunnitischen Staatsislams ein. Kirchen dürfen sich nur als Stiftungen organisieren, und die Aleviten zahlen zwar

Steuern, aber in der steuerfinanzierten Religionsbehörde Diyanet sind sie nicht vertreten. Das Diyanet war bereits vor der Ära der AKP, die 2002 begann, eine der größten Behörden der Türkei; unter der AKP ist sie weiter gewachsen. So hat das Diyanet im ersten Jahrzehnt der AKP-Regierungen zehntausend neue Moscheen gebaut. Sie beschäftigt mehr als 100.000 Imame und Prediger, ihr Budget liegt bei 2 Milliarden Euro, was 1 Prozent des Staatshaushalts entspricht. Die Behörde entsendet fast zweitausend Prediger ins Ausland, die Hälfte davon nach Deutschland.

Erdogan scheitert an den Schranken des Laizismus

Unter Erdogans AKP ist die Türkei keine islamische Republik geworden. Die Scharia, die Gradmesser für eine islamische Verfassung ist, spielt im öffentlichen Diskurs überhaupt keine Rolle. Die Bedeutung der Religion hat im öffentlichen Raum aber zugenommen. Dabei versteht sich Erdogan als der Vater der Nation, der sein Volk auch moralisch erzieht. Einschränkungen beim Verkauf und Ausschank von Alkohol hat er nicht religiös begründet, sondern mit Gesundheit und dem Jugendschutz. Ähnlich argumentierte er gegen gemischte Studentenwohnheime, und das Diyanet erließ 2015 eine Fatwa, eine islamische Rechtsmeinung, die Verlobten abrät, in der Öffentlichkeit Händchen zu halten; das sei unislamisch. Vieles, was Erdogan anstößt, kann er nicht verwirklichen. So scheiterte sein Versuch, die seit 1983 legalisierte Abtreibung wieder einzuschränken, am Widerstand der türkischen Frauenbewegung.

Erdogan spricht immer wieder von einer „religiösen Generation“, die er sich wünscht. Ein Mittel dazu sind die „Imam-Hatip-Liseleri“. Diese religiösen Schulen haben seit 1951, seit dem Beginn der Mehrparteiendemokratie, Imame und Prediger auf ihre Berufe vorbereitet. 1973 wurden sie in Gymnasien umgewandelt, in denen neben dem üblichen Kanon auch islamische Fächer unterrichtet werden. Ihre Absolventen konnten an Universitäten studieren, so wie Erdogan, der ein solches besuchte und danach Betriebswirtschaftslehre studierte.

Militär und Justiz blockierten politischen Islam

Als das Militär, der Gralshüter von Atatürks Revolution, 1997 eine achtjährige Schulpflicht in säkularen Schulen durchsetzte und einen Malus für Absolventen der Imam-Hatip-Liseleri bei den Universitätszugangsprüfungen, bedeutete dies das Aus für diese Schulen, und der islamistische Ministerpräsident Necmettin Erbakan trat zurück. Das war auch das Ende des traditionellen politischen Islams in der Türkei. Erbakan hatte die erste islamistische Partei 1969 gegründet. Das Verfassungsgericht verbot sie ebenso wie zwei Nachfolgeparteien. Die Justiz und das Militär erwiesen sich als die wirksamsten Institutionen, um die Republik zu schützen. Liefen die Ereignisse ganz aus dem Ruder, intervenierte das Militär - 1960, 1971 und 1980 mit Putschen, 1997 mit öffentlichem Druck auf Erbakan.

Der politische Islam entwickelte sich in der Türkei anders als in den meisten anderen Ländern mit muslimischer Bevölkerung, weil Militär und Justiz den Islamisten klare Grenzen zogen und weil die Islamisten in einem weitgehend säkularen Umfeld aufwuchsen und überwiegend weltliche Schulen besuchten. Sie radikalisierten sich nicht, da sie, anders als in den Diktaturen der arabischen Welt, in einem freieren politischen und gesellschaftlichen Umfeld agieren konnten. Zudem hatte die Säkularisierung des Lebens in den großen Städten der Türkei bereits zum ausgehenden 19. Jahrhundert eingesetzt. Die Säkularisierung erfolgte von innen und ist daher stabil, der EU-Prozess in den Jahren 2003 bis 2007 hat ihn weiter vertieft. Die meisten Türken fühlen sich aber weiter als Muslime. Der Islam ist Teil ihrer kulturellen Identität, nicht aber ihres politischen Selbstverständnisses.

Militär erkannte den Nutzen des Islams

Erbakans islamistische Parteien blieben daher Randparteien. Erdogan zog daraus die Konsequenz, dass er seine Partei AKP 2001 nicht mehr als islamistische Partei gründete, sondern als muslimisch-konservative Volkspartei. Sie wurde seit 2002 bei jeder Wahl als mit Abstand größte Partei bestätigt, da sein liberales Wirtschaftsprogramm das Einkommen je Einwohner in einem Jahrzehnt verdreifachte.

Erdogan bedient aber auch die Klientel der frommen Türken. So ließ er den Malus bei den Imam-Hatip-Schulen aufheben und stellte sie auf die gleiche Ebene wie die säkularen Gymnasien. Seit dem Amtsantritt der AKP-Regierungen ist ihre Schülerzahl von 65.000 auf 1 Million gestiegen. Heute haben ihre Absolventen sogar das Recht, sich für die Militärakademie zu bewerben.

Die Gründer der Republik hatten die Religion nicht abschaffen wollen, sie wollten sie nur unter ihre Kontrolle bringen und - gegen den Willen der Mehrheit - aus der Öffentlichkeit fernhalten. Der Islam war für die Gründer der Republik aber ein Mittel zur Schaffung einer türkischen Nation, und die Putschgeneräle von 1980 erkannten den Islam als Mittel im Kampf gegen den Kommunismus. So förderten sie die Ideologie der „Türkisch-Islamischen Synthese“, die ein Kreis muslimischer Intellektueller um Ibrahim Kafesoglu in den siebziger Jahren entwickelt hatte. Sie propagierten, dass die Türken erst mit der Annahme des Islams zu ihrer kulturellen Blüte angesetzt hätten. Die „Synthese“ wurde Teil der offiziellen Ideologie, und die Putschgeneräle führten erstmals islamischen Religionsunterricht als Pflichtfach an den Schulen ein.

Mehr Sonnenkönig als Muslimbruder

Erdogan geht einen Schritt weiter und knüpft an die Größe des Osmanischen Reiches an, das die Gründer der Republik noch als Epoche des Rückschritts abgetan hatten. Cigdem Akyol kommt in ihrer eben erschienenen Biographie Erdogans zu dem Ergebnis, dass dessen Credo näher an der Losung „Der Staat bin ich“ des Sonnenkönigs Ludwig XIV. (und damit der osmanischen Sultane) liege als am Slogan der Muslimbrüder „Der Islam ist die Lösung“. Akyol schreibt weiter: „In Erdogans Türkei heißt die Lösung nicht ‚Islam‘, sondern ‚Erdogan‘.“

Heute braucht Erdogan das Prinzip des Laizismus gar nicht mehr aus der Verfassung zu streichen. Denn wenn der Staat die Religion kontrolliert, hat heute ja er diese Macht. Wenn es eine Grenze für Recep Tayyip Erdogan gibt, ist es die fest verankerte säkulare Lebensweise der meisten Türken.

145,56

Grundeinkommen

Geld für gar nichts

Tausend Euro im Monat für jeden, einfach so. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Wirtschaft auf den Kopf stellen. Die Idee ist so populär wie nie zuvor.

15.05.2016, von [SEBASTIAN BALZTER](#)

Noch vier Wochen, dann dürfen die Schweizer über eine Wirtschafts- und Sozialreform von biblischem Ausmaß abstimmen. Der Sündenfall hat eigentlich das Schicksal des Menschen besiegelt: „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen“, so hat es der liebe Gott Adam nach der Ausweisung aus dem Garten Eden beschieden. Anders gesagt: Ohne Fleiß kein Preis, there is no free lunch, umsonst ist nur der Tod. So lautet die eiserne Regel, die unser Alltagsverständnis von der Wirtschaft prägt.



Autor: Sebastian Balzter, Redakteur in der Wirtschaft der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, Folgen:

Jetzt aber können die Schweizer mit einer Volksabstimmung dieses Grundgesetz aushebeln. Sie können am 5. Juni beschließen, ein [bedingungsloses Grundeinkommen](#) einzuführen. Umgerechnet 2300 Euro im Monat für jeden, voraussetzungslos. Das gibt es nirgendwo sonst auf der Welt. Das hat es seit der Vertreibung aus dem Paradies auch noch nie gegeben, außer im Schlaraffenland.

Im echten Leben ist das Einkommen dagegen stets an eine Gegenleistung gekoppelt. Die Lohntüte und das Gehalt gibt es nach getaner Arbeit. Für Rente und Arbeitslosengeld zahlen wir in eine Versicherung ein. Selbst die Grundsicherung, rund 400 Euro im Monat, eine Art Grundeinkommen vom Sozialstaat, gibt es nur unter Vorbehalt: Wer sie bekommen will, muss seine Bedürftigkeit nachweisen. Und prinzipiell bereit sein, eine Arbeit aufzunehmen.

All das, sagen die Vorkämpfer der Schweizer [Volksabstimmung](#), macht der allgemeine materielle Überfluss unnötig. Der Wohlstand ist so groß, dass jeder daran teilhaben soll, ganz gleich, ob er sich dafür anstrengt oder nicht. Jeder soll ohne ökonomischen Druck entscheiden können, wofür er seine Zeit einsetzt: für das Geldscheffeln in der Investmentbank, für Übungsstunden mit der Freiwilligen Feuerwehr oder für eine ausgedehnte Mittagspause samt anschließendem Spaziergang in der Sonne.

Die Modelle unterscheiden sich enorm

Die Idee ist radikal. Und sie hat viele Freunde. In der Schweiz, aber auch sonst überall auf der Welt - und zwar nicht nur unter den Armen und ihren üblichen Wohltätern. Sie findet vielmehr Fürsprecher aus entgegengesetzten politischen Lagern: vom Erzkonservativen, der sich vom Grundeinkommen ein würdiges Leben für Langzeitarbeitslose verspricht, über den eingefleischten Liberalen, der damit die persönliche Freiheit des Einzelnen über den Gouvernantenstaat obsiegen sieht, bis zum Wertkonservativen, der auf eine Rückkehr zum klassischen Familienbild hofft, wenn Väter und Mütter sich nicht mehr zur Erwerbsarbeit gedrängt fühlen.

Das Grundeinkommen ist zu einem Werkzeug geworden, mit dem jeder von ihnen sein eigenes Ziel erreichen zu können glaubt. Die Konsequenz: Gestandene Unternehmer aus Deutschland halten den Gedanken inzwischen für genauso genial wie nassforschende Internetmilliardäre aus dem Silicon Valley und nüchterne Sozialreformer aus dem europäischen Ausland.

Im Detail unterscheiden sich ihre Vorstellungen allerdings häufig, den jeweiligen Motiven entsprechend. Das fängt mit der Höhe des Grundeinkommens an: Sind 600 Euro im Monat genug, wie [Dieter Althaus](#) glaubt, der frühere christdemokratische Ministerpräsident von Thüringen? Oder müssen es schon glatte 1000 Euro sein,

wie es Götz Werner fordert, der Gründer der Drogeriemarktkette dm? Und soll der Betrag zum Monatsersten auf jedermanns Konto überwiesen werden? Oder rückwirkend als Gutschrift mit der Einkommensteuer verrechnet werden? Ersetzt das Grundeinkommen alle anderen Sozialleistungen? Und schließlich: Woher soll das Geld dafür eigentlich kommen?

Der Vorschlag aus der Schweiz überlässt all das späteren Entscheidungen im Parlament. „Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen“, heißt es in der Vorlage für die Volksabstimmung lediglich. Nicht einmal die Gralshüter der Idee, vereint in einem internationalen Netzwerk von Aktionsgruppen, sind sich über die Einzelheiten einig. Nur drei Prinzipien haben sie formuliert: Um als bedingungsloses Grundeinkommen durchzugehen, muss das Geld individuell ausgezahlt werden, nicht etwa an Familien oder Haushalte. Es muss unabhängig von anderen Einkünften gezahlt werden. Und es darf ausdrücklich nicht an die Bereitschaft zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit geknüpft werden.

Der Vater des Grundeinkommens

Wie kommt man bloß auf so etwas? Als ältesten Gewährsmann nennen die Freunde des Grundeinkommens üblicherweise den britischen Philosophen Thomas Morus, der vor genau 500 Jahren sein bekanntestes Buch „Utopia“ veröffentlicht hat. „Alles, was sie brauchen, verlangen sie von der Stadt und erhalten es auch ohne Gegenleistung von den Behörden“, so lautet die einschlägige Passage über die Bewohner des Idealstaates.

Dafür unterliegen sie aber auch einer strengen Arbeitspflicht - eine Kleinigkeit, die Thomas Morus als Urvater des bedingungslosen Grundeinkommens disqualifiziert. Rechtmäßig darf diesen Titel stattdessen der Ende des 19. Jahrhunderts nach Amerika ausgewanderte Intellektuelle Thomas Paine für sich beanspruchen. Weil die Erde allen Menschen gleichermaßen gehört, argumentiert er, soll auch jeder von ihrem Ertrag profitieren. Ein Nationalfonds, den die Bodenbesitzer mit ihren Steuern zu speisen hätten, sollte dafür jedem zur Volljährigkeit und zum 50. Geburtstag jeweils den gleichen Einmalbetrag als Startkapital fürs Leben beziehungsweise als Grundrente auszahlen, „um allen gehässigen Unterscheidungen auszuweichen“.

Die Idee hat eine erstaunliche Karriere gemacht. Sie wirkt mehr als 200 Jahre später so modern wie nie zuvor - und findet heute sogar noch mehr Zustimmung als nach der Hartz-IV-Reform, als sie in Deutschland zuletzt breit diskutiert wurde und es mit einer Petition bis in den Bundestag brachte. Das hat mit der Veränderung unserer Arbeitswelt zu tun. Als die Comiczeichner den Igel Mecki zu Brezeln und Blutwurst ins Schlaraffenland schickten, in den Fünfzigern des vergangenen Jahrhunderts, mag die irdische Vorstellung vom gesellschaftlichen Glück noch die Vollbeschäftigung gewesen sein. Heute steht dahinter jedoch ein großes Fragezeichen. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar war das eines der bestimmenden Themen: Wenn die Roboter uns die Arbeit wegnehmen, die Automatisierung zu wachsendem Wohlstand bei gleichzeitig um sich greifender Beschäftigungslosigkeit führt, ist dann das Grundeinkommen nicht geradezu die logische Konsequenz?

Gearbeitet wird dann trotzdem - oder?

Die Verheißung ist so groß, dass die Frage nach den Kosten der Angelegenheit kleinlich wirkt. Zumal sich erklärte Anhänger und ausgesprochene Skeptiker des Konzepts dabei mit derselben Sturheit gegenüberstehen. „Nicht finanzierbar“, lautet das Fazit von zwei Ökonomen der Universität St. Gallen, die den Schweizer Vorschlag unter die Lupe genommen haben, die Mehrwertsteuer müsste dafür auf 57 Prozent steigen. „Die Finanzierbarkeit ist gegeben“, hält Felix Coeln von der Kölner Initiative Grundeinkommen dagegen, eine der rühmlichsten ihrer Art in Deutschland. Seine Rechnung ist einfach: 1000 Euro für jeden, das macht rund 80 Milliarden Euro im Monat und 960 Milliarden im Jahr. Aktuelles Sozialbudget: 850 Milliarden Euro. Die Differenz? Peanuts, solange die Wirtschaft brummt.

Genau das aber ist die große Unbekannte. Und dabei geht es nicht um Euro und Cent, sondern um die Natur des Menschen. Wer wird noch arbeiten, wenn das Geld auch so einigermaßen reicht? Gemeint sind nicht nur notorische Faulenzer. Nimmt man der Einfachheit halber 1000 Euro je Erwachsenen und 500 je Kind an, hat eine vierköpfige Familie in Bedingungslosistan jeden Monat 3000 Euro netto auf dem Konto. Und keinen Stress im Büro, keinen Ärger mit dem Chef, keine Sorge um den Ganztagsplatz im Kindergarten mehr, sofern sich Vater und Mutter dafür entscheiden, zu Hause zu bleiben.

Das werden sie nicht tun, sagen die Verfechter des Grundeinkommens, im Gegenteil: Sie werden endlich das machen, was sie am besten können, ihre Berufung finden, sich weiterbilden, glücklicher und produktiver werden. „Ich würde genauso viele Stunden arbeiten wie jetzt. Aber vielleicht würde ich manche Jobs annehmen, die nicht so gut bezahlt sind“, verspricht der IT-Unternehmer Dirk [Schumacher](#), der genauso wie der Hartz-IV-Empfänger Felix Coeln der Kölner Basisgruppe angehört. Wer das Grundeinkommen ablehne, fürchte in Wahrheit nicht die Apathie einer Rentnerrepublik oder den Niedergang der Volkswirtschaft, sondern die Unberechenbarkeit von Menschen, die nicht mehr jeden Tag zur Arbeit gehen. „Das entscheidende Hindernis“, sagt Schumacher, „ist die Furcht vor dem Kontrollverlust.“

Weniger Kontrolle für das Sozialsystem

Wer hat recht? Die Empirie gibt nicht viel her, um das herauszufinden. Es gab zwar schon Experimente mit dem Grundeinkommen. Aber sie liegen entweder weit zurück wie eine Serie von Versuchen in den siebziger Jahren in Kanada und den Vereinigten Staaten, wo die Empfänger ihre Arbeitszeit im Durchschnitt leicht verkürzten, im Gegenzug aber auch die Krankheitsrate sank. Oder sie wurden gerade nicht in Industrienationen, sondern in Entwicklungsländern durchgeführt: Die Dorfbewohner von Otjivero in Namibia zum Beispiel bekamen 2008 und 2009 umgerechnet 10 Euro im Monat; ein ähnliches Projekt gab es später in acht verschiedenen indischen Dörfern. Die Empfänger gaben das Geld aus, um Häuser und Toiletten zu verbessern, bessere Lebensmittel zu kaufen und sich als Kleinunternehmer zu versuchen. Wie erfolgreich sie damit waren, zeigen die Daten jedoch nicht: In Otjivero machte der Zuzug aus Nachbardörfern langfristige Vergleiche rasch unmöglich.

Zwei andere Experimente haben noch gar nicht begonnen. Die Stadtverwaltung von Utrecht in den Niederlanden wartet noch auf die Genehmigung des zuständigen Ministeriums. Und die finnische Regierung wird frühestens im Sommer entscheiden, wie und wo sie das Grundeinkommen in den nächsten beiden Jahren testen wird. Weder den Finnen noch den Holländern geht es dabei aber um die reine Grundeinkommenslehre. Sie wollen nur herausfinden, ob das Sozialsystem mit weniger Kontrolle vielleicht besser als bisher funktioniert. Und ob Arbeitslose schneller ins Erwerbsleben zurückkommen, wenn ihnen Zuverdienste nicht von der Sozialhilfe abgezogen werden. 550 Euro im Monat könnten in Finnland drin sein, rund 900 in Utrecht.

So wird sich nicht klären lassen, ob uns Geld für gar nichts zu Faulpelzen macht. Nur die Schweiz könnte tatsächlich zum Labor für den Rest der industrialisierten Welt werden. Ein bisschen schade ist es schon, dass die meisten Eidgenossen darauf offenbar keine Lust haben: Nur jeder Vierte will den aktuellen Umfragen zufolge dafür stimmen.

Quelle: F.A.S.

145,59



JAMES MCCORMACK

James McCormack is Managing Director and Global Head of the Sovereign and Supranational Group at Fitch Ratings.

MAY 2, 2016 9

The False Promise of Helicopter Money

LONDON – One of the most prominent questions concerning the global economy today is whether monetary policy is approaching the limit of its effectiveness. Inflation remains well below target in the eurozone and Japan, despite aggressive quantitative easing (QE) and negative policy interest rates, and both the euro and yen have appreciated against the US dollar since the start of the year.

The problem with the debate is that it has focused solely on the effectiveness of policies, without considering the need for prudence. The credibility and independence of monetary authorities are essential to the effectiveness of their policies. And yet some of the proposals being fielded call for central banks to stray further into uncharted territory, expanding and extending their deviation from careful balance-sheet management. This could inflict reputational damage that may be difficult to rectify, with real financial and economic consequences.

The direct impact of unconventional monetary policy is apparent and largely as expected (with the exception of the recent appreciation of the euro and yen). Liquidity in banking systems is ample, and borrowing costs have declined, even turning negative for some governments.

But the expected second-order effects – increased economic activity and inflation – have not materialized. As a result, despite the fact that headline inflation is being dragged down by low commodity prices, a near-consensus has emerged that additional easing is required.

Monetary policy is not the only option for further easing, but it is the most likely. Structural reforms to support growth typically have long gestation periods, and the economic dislocations that accompany them reduce their political appeal. Further fiscal easing is at least partly constrained by record-high levels of government debt, which will take many years to bring down.

When it comes to monetary policy, however, the options are similarly limited. Even monetary policymakers acknowledge that QE is subject to diminishing returns, while adverse effects on the banking system limit the scope for setting policy rates too deeply negative.

As a result, an old idea, first proposed by [Milton Friedman](#) in 1969, is making a comeback: “helicopter money.” Advocates envisage central banks creating money and distributing it directly to those who would spend it, resulting in immediate increases in demand and inflation.

Because households might choose to save some of the money, contemporary suggestions center on helicopter money being transferred to governments, to invest in infrastructure projects or other demand-enhancing initiatives. Variations call for central banks to buy perpetual government bonds that pay no interest or to convert existing bond holdings into something similar.

Such proposals are troubling for many reasons. The direct funding by central banks of fiscal deficits or purchases of government debt would result in the monetization of fiscal policy. Monetization unambiguously weakens central banks’ balance sheets by adding assets that carry no real value (claims on government that will never be repaid), offset by liabilities (newly created money) generated to acquire them.

Advocates of helicopter money rely on two claims. Some believe that policy can be calibrated to stop short of inflicting meaningful harm, usually because the resulting improvement in economic conditions will obviate the need for continued stimulus. For others, central banks’ balance sheets are not a constraint, because the exclusive ability to create additional unlimited and cost-free liabilities guarantees long-term profitability.

There are problems with both claims. Relying on a calibrated approach counts on stimulus being withdrawn before any evidence of concern over the central bank's finances appears. But there is no certainty that monetized fiscal spending will spark an economic recovery.

Nor can it be known beforehand that expansionary fiscal policy would be curtailed if economic prospects do not improve. In fact, in the absence of negative public or market commentary on central-bank finances, the fiscal authorities may be tempted to expand their use of cost-free funding in what looks from their perspective very much like the proverbial "free lunch."

There are also serious reasons to doubt the claim that seigniorage – the profit to central banks from having zero-cost liabilities (and at least some income-generating assets) – would guarantee profitability in the long term. Never in the post-gold standard era has there been greater focus on the limits of monetary policy. This focus could easily turn to the health of central banks' balance sheets if they continue to expand. The concept of seigniorage is poorly understood outside a relatively small community; it should not be used as the first line of defense.

None of this comes as news to central banks, which attach the utmost importance to their reputation for having robust finances, carefully managing risk, and ensuring the soundness of money. Indeed, the financial prudence that underpins policy credibility and confidence in central banks is ultimately what makes seigniorage possible. Only institutions that are perceived as financially viable can expect their liabilities to be held by others as assets; central banks are no exception.

At stake is the value of money. Helicopter money would transfer risk from governments' balance sheets to those of central banks, blurring the lines between policies, institutions, and their relative autonomy. Its appeal lies in being able to exploit the unique financial structures of central banks. But there are limits beyond which confidence in the financial integrity of central banks – and consequently the soundness of money – will be undermined.

Those limits are of course impossible to identify in advance. But at a time of heightened sensitivity to the implementation and effectiveness of monetary policy, it would be a mistake to embark on a path that jeopardizes central banks' very viability.

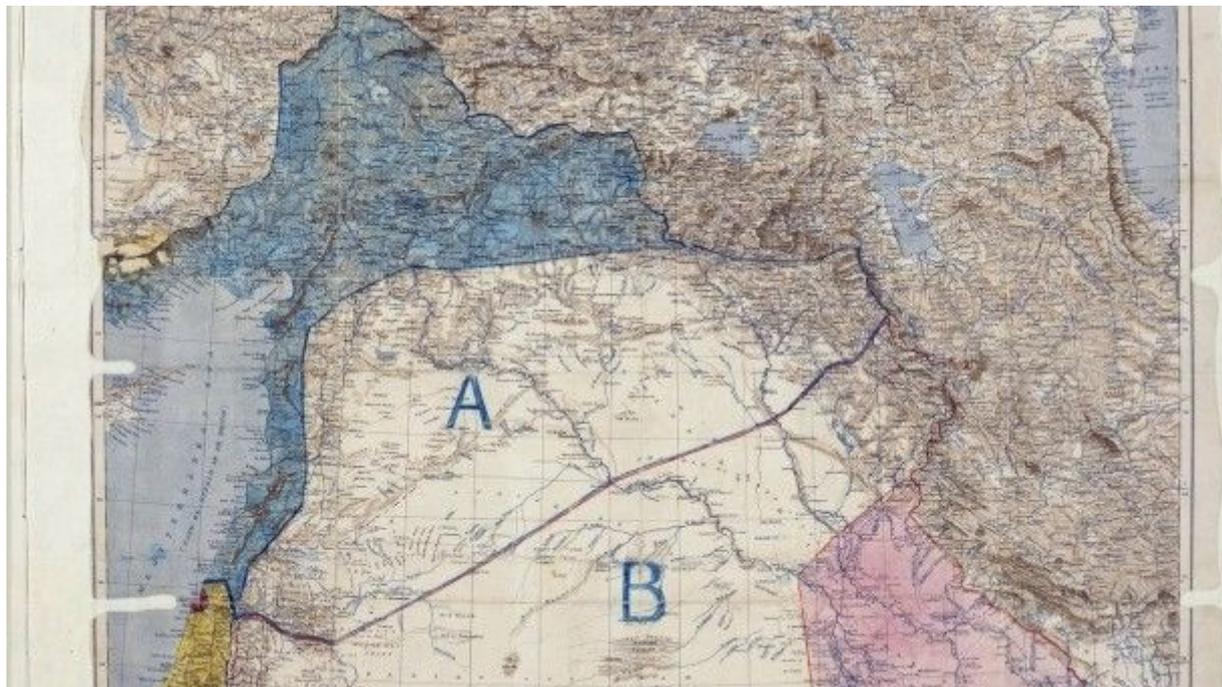
145,61

100 Jahre Sykes-Picot-Abkommen

Wurzel des Nahostkonflikts

Mit ein paar Federstrichen zerstörten Briten und Franzosen vor hundert Jahren die Konfliktsicherungsmechanismen der Osmanen im Nahen Osten. Und legten damit den Grundstein für viele der Konflikte, die noch heute die Region und die Welt beschäftigen.

15.05.2016, von RAINER HERMANN



© ROYAL GEOGRAPHICAL SOCIETY Die Einigung: Am 8. Mai 1916 zeichneten Mark Sykes und François Picot die Karte, auf der sie die Teilung der Levante in eine französische „blaue Zone“ A, eine britische „rote Zone“ B und ein international verwaltetes Palästina besiegelten. Am 16. Mai 1916 unterschrieben die Vertreter ihrer Regierungen.

Dem britischen Premierminister Herbert Henry Asquith gefiel die Linie, die der junge Mark Sykes am Morgen des 16. Dezember 1915 eben auf der Landkarte des Nahen Ostens gezogen hatte. Schließlich brauche Großbritannien einen Deal mit Frankreich, und der könne so aussehen. Arthur James Balfour, der Marineminister, hatte gefragt, was Sykes den Franzosen denn genau geben wolle. Da zog dieser seinen Zeigefinger über die Karte, die vor ihnen auf dem Tisch lag, und sagte: „Ich meine, wir sollten die Linie von dem ‚e‘ in Acre bis zum letzten ‚k‘ in Kirkuk ziehen.“ Also von der Mittelmeerküste bis zur östlichen Grenze Mesopotamiens.

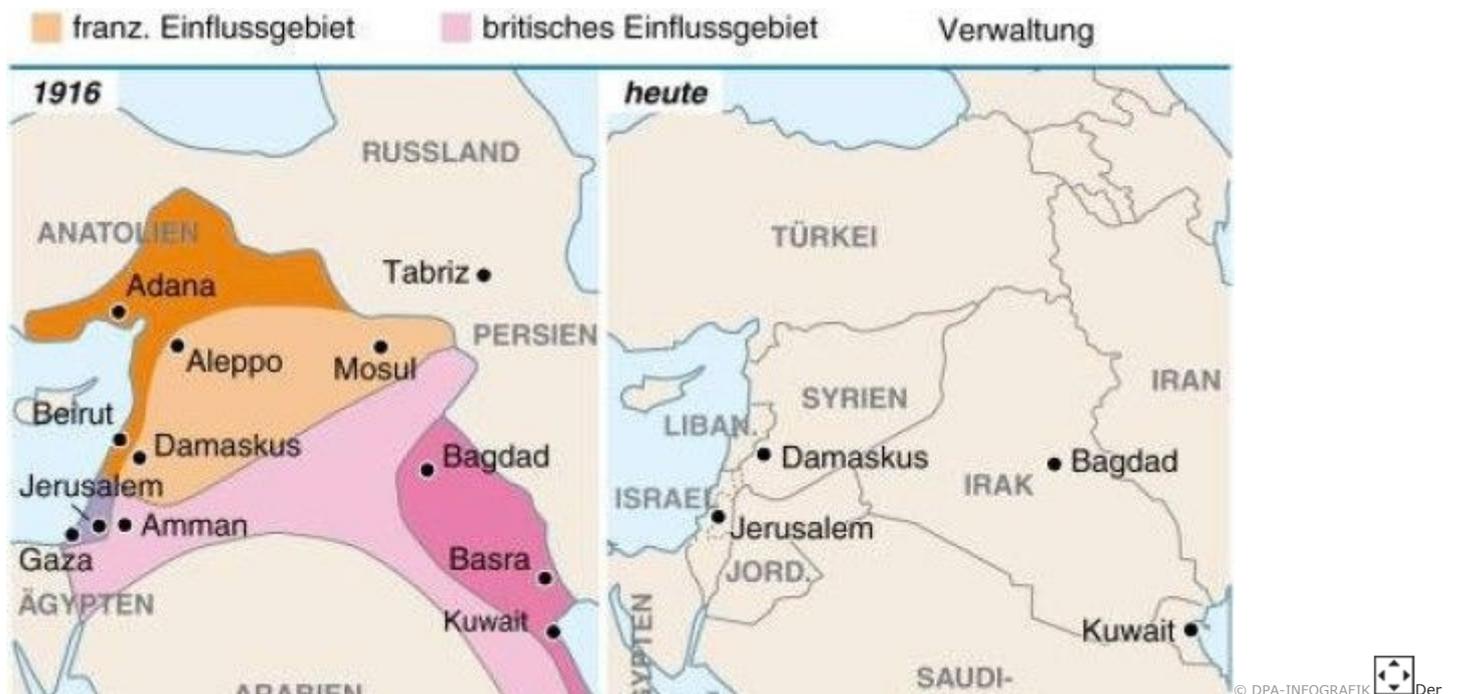


Autor: Rainer Hermann, Redakteur in der Politik.Folgen:

Asquith hatte an jenem Morgen drei Kabinettsmitglieder und den jungen Sykes, der seit 1911 konservativer Abgeordneter im Unterhaus war und in kurzer Zeit zum einflussreichsten Nahost-Berater der Regierung Seiner Majestät aufstieg, in die Downing Street 10 gerufen. Sykes war das jüngste Mitglied der Arbeitsgruppe, die Asquith am 8. April 1915 eingesetzt hatte, um Szenarien für die Zeit nach dem Untergang des Osmanischen Reichs aufzustellen und zu bestimmen, welche Provinzen sich Großbritannien einverleiben sollte. In der nach ihrem Vorsitzenden Sir Maurice de Bunsen benannten Arbeitsgruppe war Sykes das aktivste Mitglied.

„Die Araber dort werden unter unsere Kontrolle kommen“

An jenem Dezembertag sollte Sykes dem Premier, Marineminister Balfour, Kriegsminister Lord Kitchener und Munitionsminister David Lloyd George vortragen, wie er sich nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs eine Einigung mit Frankreich vorstellen könne. Die „blaue Zone“ nördlich der Linie solle an die Franzosen gehen, die „rote Zone“ südlich davon an Großbritannien. „Die Araber dort“, sagte Kitchener und deutete auf die „rote Zone“, „werden dann unter unsere Kontrolle kommen.“



Nahe Osten 1916 und heute: Von den Grenzen, die das Sykes-Picot-Abkommen vorsah, existieren heute noch einige. Die Ordnung ist völlig zerstört.

Nun stand einer Einigung mit Frankreich nichts mehr im Wege. Seit dem 23. November 1915 hatte der französische Diplomat François George-Picot, der zuvor in Beirut Generalkonsul gewesen war, in der französischen Botschaft in London verhandelt. Erst mit dem Staatssekretär im Foreign Office, Sir Arthur Nicholson, dann übernahm Sykes. Bis zum 3. Januar 1916 einigte er sich mit Picot auf die Aufteilung der osmanischen Beute mit Frankreich und damit auf die Grenzen der Staaten in der Levante, die bis zum heutigen Tag Bestand haben. Am 16. Mai unterzeichneten der britische Außenminister Edward Grey und der französische Botschafter in London, Paul Cambon, die Vereinbarung, die wie keine andere in der Neuzeit die Geschichte des Nahen Ostens prägen und beeinflussen sollte.

„Ein Frieden, um allen Frieden zu beenden“

Der Nahe und Mittlere Osten, wie wir ihn heute kennen, ist das Ergebnis der Entscheidungen der Kolonialmächte, die sie während des [Ersten Weltkriegs](#) und in den Jahren danach getroffen haben. Die Niederlage und der Untergang des Osmanischen Reichs waren ein Erdbeben, das die alte Ordnung völlig zerstörte. Mehrere Vereinbarungen zwischen 1915 bis 1922, von denen das Sykes-Picot-Abkommen die wichtigste war, sollten in diesem Vakuum eine neue Ordnung schaffen. In ihrer Summe seien sie aber ein „Friede, um allen Frieden zu beenden“ gewesen, so der Titel des Standardwerks des amerikanischen Historikers David Fromkin zu jener Zeit. Vor dem Ersten Weltkrieg sei die arabische Welt „schläfrig“ gewesen, schreibt Fromkin im Nachwort zur Neuauflage im Jahr 2009. Mit dieser neuen Ordnung sei sie jedoch mit „zunehmender Unordnung“ „turbulent“ geworden, so Fromkin. Der nahende Untergang des 1299 gegründeten Osmanischen Reichs stellte die damaligen Großmächte vor eine doppelte Herausforderung: Sie mussten neue Strategien für die „Orientalische Frage“ und das „Great Game“ finden. Während des 19. Jahrhunderts stand im Mittelpunkt der „Orientalischen Frage“, dass die Schwächung des Osmanischen Reiches das Gleichgewicht der europäischen Mächte nicht beeinträchtigen und nicht Russland zugutekommen sollte; nun aber galt es, die Aufteilung des Osmanischen Reichs so vorzunehmen, dass das Machtgleichgewicht intakt blieb. Im Mittelpunkt des „Great Game“ wiederum stand der Versuch Großbritanniens, Indien mit Pufferzonen vor Frankreich und Russland zu schützen. Entschieden wurden die „Orientalische Frage“ und das „Great Game“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Nahen Osten – der Region, in der heute, hundert Jahre später, Staaten und die regionale Ordnung zerfallen.

An jenem Morgen des 16. Dezember 1915 war nun der Kern des britischen Kriegskabinetts überzeugt, dass die Lösung aller Probleme in der Linie liege, die Mark Sykes auf der Landkarte des Nahen und Mittleren Ostens gezogen hatte. Der britische Historiker James Barr nennt sie im Titel seiner Monographie zum Machtkampf, der den heutigen Nahen Osten geschaffen hat: „Eine Linie im Sand“.

Britisch-französische Interessenüberschneidung

Die Aufteilung brachte Vorteile für die britische Kolonialmacht: Die britische „rote Zone“ südlich der Linie sollte ein Puffer sein, um den Suezkanal zu schützen; die französische „blaue Zone“ wiederum galt als Puffer, der sich zwischen Russland und die britische Kronkolonie Indien sowie die Protektoratsgebiete in Ägypten und auf der Arabischen Halbinsel schieben sollte. Palästina unter Einschluss Jerusalems sollte eine internationale Verwaltung erhalten, die Hafenstadt Haifa dagegen britische Enklave bleiben. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg setzte London durch, dass Mossul (im heutigen Irak) und Palästina seiner Einflussphäre einverleibt wurden. Großbritannien konnte Russland aus dem Nahen Osten fernhalten. So hatte die „Orientalische Frage“ ihren letzte Akt erlebt.

Sykes machte auf einen weiteren Vorteil aufmerksam, der besonders Kriegsminister Kitchener gefiel. Frankreich beanspruchte als „Erbrecht“ Syrien und Palästina, das „Land der Kreuzritter“. Das Kalkül war, wenn Frankreich mehr gegeben werde, als ihm nach seiner Bedeutung zustehe, werde Paris einem Angriff auf das Osmanische Reich über die Küstenstadt Alexandretta (Iskenderun) in der heutigen türkischen Provinz Hatay zustimmen. Zuvor hatte Frankreich einen solchen Angriff stets abgelehnt, weil es die Region Syrien, in der Alexandretta lag, für sich reklamierte. Anstatt das Osmanische Reich gleichzeitig über die Halbinsel Gallipoli und von Süden her über Alexandretta anzugreifen, landeten Anfang 1915 alliierte Truppen nur in Gallipoli, was in einer vernichtenden Niederlage endete.



© PICTURE-ALLIANCE 

Frankreich verweigerte sich gegenüber Großbritannien eines Zangenangriffs auf das Osmanische Reich. Bei Gallipoli (Foto 1915) siegten die türkischen Soldaten.

Sykes war Ende 1915 zu der Überzeugung gelangt, dass die Araber für einen Sieg wichtiger geworden seien als Frankreich. Militärisch sah es nicht gut aus für die Alliierten: Im Februar 1915 konnte eine osmanisch-deutsche Offensive gegen den Suezkanal erst nach heftigen Kämpfen zurückgeschlagen werden; Rückschläge gab es neben Gallipoli auch in Mesopotamien. Eine neue Strategie war daher erforderlich.

Araber wendeten sich vom Osmanischen Reich ab

Da hatte Ronald Storrs, ein britischer Kolonialbeamter in Kairo und Freund des ebenfalls in Kairo tätigen Geheimagenten Thomas Lawrence („Lawrence von Arabien“), bereits die Idee lanciert, den Scherifen Hussein in Mekka zu gewinnen, als faktischer Herr über die Heiligen Stätten des Islams gegen den Sultan in Konstantinopel den Dschihad auszurufen und Hussein zum spirituellen Oberhaupt der Muslime aufzubauen, das London gegenüber loyal ist. Als sich die Niederlage in Gallipoli abzeichnete, hatte Sir Henry McMahon, der Gouverneur über Ägypten, Kontakt zu Hussein aufgenommen – und beide erkannten, dass sie sich gegenseitig brauchten.



© PICTURE-ALLIANCE 

Australische Artilleristen bei Kämpfen nach der Invasion auf der türkischen Halbinsel Gallipoli (1915/16).

Denn die Araber gingen immer mehr auf Distanz zu Konstantinopel, wo die chauvinistischen Jungtürken die Macht übernommen hatten. Seit 1910 organisierten sich junge arabische Offiziere in Geheimgesellschaften, die im Untergrund agierten und einen Aufstand vorbereiteten, der in einen unabhängigen arabischen Staat münden sollte. Die wichtigsten Geheimgesellschaften hießen al Fatat und al Ahd; sie hatten ihren Sitz von Konstantinopel nach Damaskus verlegt. Der Scherif Hussein stand über seinen Sohn Faisal, den Großbritannien später als König des neuen Staats Irak einsetzte, mit den Geheimgesellschaften in Verbindung, und der desertierte Offizier Muhammad Scharif al Faruqi, ein Iraker, stellte aus Damaskus die Verbindung zum britischen Gouverneur in Kairo her.

Gebietsfragen blieben ungeklärt

Damit schließt sich der große Bogen der Argumentation von Sykes. Denn Faruqi hatte, in Abstimmung mit Hussein und Faisal, die Briten wissen lassen, dass die arabischen Truppen einen Aufstand gegen das Osmanische Reich ausrufen würden, sollten die Alliierten eine Invasion Palästinas und Syriens beginnen. Dazu war die Zustimmung Frankreichs erforderlich, und so wollte Sykes Frankreich dadurch ins Boot holen, dass er ihm die blaue Zone nördlich seiner „Linie im Sand“ anbot.

Dieses Gebiet aber beanspruchten auch die Araber als Gegenleistung für ihren Kriegseintritt an der Seite der Alliierten. Die Geheimgesellschaften und Faisal hatten im Frühjahr 1915 das Damaskus-Protokoll verfasst, in dem sie ihre Gebietsansprüche für einen künftigen arabischen Staat formulierten: Er sollte die Arabische Halbinsel und die Levante umschließen. Nicht dazu gehören sollten die britische Enklave Aden (heute Jemen) und das britische Protektorat Ägypten. McMahon versprach in einem Brief vom 24. Oktober 1915 einen unabhängigen Staat in den vom Scherifen Hussein vorgeschlagenen Grenzen, schloss aber Gebiete Syriens aus. Vor allem aber verschwieg er, dass sich London und Paris längst auf die Aufteilung des Nahen Ostens verständigt hatten. Aufgrund der Kriegshandlungen blieben die Gebietsfragen jedoch ungeklärt. Denn am 5. Juni 1916 erhoben sich die Araber unter Führung des Scherifen Hussein gegen das Osmanische Reich.

„Brutstätte für einen neuen Krieg“

Die Kolonialmacht Großbritannien war unehrlich. Sie versprach die Levante gleich drei Parteien: 1915 in der Korrespondenz von McMahon mit Hussein den Arabern; 1916 teilten London und Paris das Gebiet unter sich auf; und am 2. November 1917 versprach der britische Außenminister Balfour in einem Brief, den Mark Sykes vorbereitet hatte, Chaim Weizmann, dem späteren Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation, dass Großbritannien die Errichtung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ unterstütze. Ein Motiv dazu war, einen weiteren Puffer für den Suezkanal zu haben und einen weiteren Brückenkopf zur Wahrung britischer Interessen einzurichten.

Als die Araber dies erfuhren, wollten sie die Allianz mit Großbritannien aufkündigen; der Krieg war jedoch schon zu weit fortgeschritten. Ein weiterer Schock war, als nach der Oktoberrevolution in Russland die neuen bolschewistischen Machthaber das Sykes-Picot-Abkommen, an dem das zaristische Russland am Rande beteiligt gewesen war, am 23. November 1917 bekanntmachten. Gleichzeitig verzichteten die Bolschewiken auf die Russland zugesagten Gebiete im östlichen Anatolien.

Als Außenminister Balfour dem außenpolitischen Berater des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, Edward House, von Sykes-Picot und dem Brief an Weizmann berichtete, soll er gesagt haben: „So schaffen sie eine Brutstätte für einen künftigen Krieg.“



geschlagen: Osmanische Soldaten auf einem Foto unbekanntes Datum bei einer Militärparade in den Straßen von Damaskus.

Die Skepsis war nur allzu berechtigt. Der Historiker Barr bezeichnet die Sykes-Picot-Linie als eine „akademische Übung“, die „keine Blaupause für eine Regierung“ sei. Mit der Zerstörung des Osmanischen Reichs seien die Westeuropäer zu Besatzern in der Region und für sie verantwortlich geworden. „Nun regierten Christen über Muslime.“ Kolonialbeamte, die die Region nicht kannten, zogen Grenzen, die den Interessen der Kolonialmächte folgten; Kunststaaten wie Syrien, der Irak und Jordanien wurden geschaffen.

Diese Gebiete waren unter osmanischer Herrschaft relativ friedlich gewesen. Die Osmanen hatten durch eine kleinteilige Aufteilung des Gebiets Konflikte vorgebeugt, die entstehen, wenn viele unterschiedliche Gruppen in einem Staat zusammenlebten. Zudem wurden die kleinen Einheiten effizienter verwaltet. Die Kolonialmächte hatten das nicht begriffen: Sie legten drei osmanische Provinzen zusammen und nannten das Gebilde dann Irak. Drei andere Provinzen hießen nun Syrien, ohne dass es solche Nationen gegeben hätte. Um diese künstlichen Gebilde zusammenzuhalten, bedurfte es erst der Kolonialstaaten, dann repressiver Diktaturen. Als diese wegfielen, stürzte die Region in Krieg und Chaos. Der Westen versucht zwar, die alte Ordnung in den hundert Jahre alten Grenzen zu retten. Eine neue, stabile Ordnung, die an Sykes-Picot anknüpfen könnte, zeichnet sich aber nicht ab.

Das Sykes-Picot-Abkommen hat den Grundstein für viele der Konflikte gelegt, die noch heute die Region und die Welt beschäftigen.

145,65

WIRTSCHAFTSKRISE

16.05.16

Frankreich steuert auf einen Zusammenbruch zu

Der Staat, der Motor der Modernisierung sein sollte, hat sich in den größten Hemmschuh verwandelt. Hollande und Sarkozy haben versagt. Die Wut, besonders unter der arbeitslosen Jugend, ist enorm.

Von Nicolas Bavarez

Der Entwurf zur Arbeitsrechtsreform, den Manuel Valls im Namen der Regierung dem Parlament vorgelegt hat, sorgt politisch für viel Wirbel und auf den Straßen für einen Ausbruch von Gewalt – und das ohne den geringsten wirtschaftlichen Nutzen.

Wie schon die tot geborene Verfassungsreform, die nach den Attentaten vom November 2015 erfolgte, ist er ein Symbol für das Scheitern von Hollande in seiner fünfjährigen Regierungszeit und die Unfähigkeit Frankreichs, sich zu reformieren.

Nach dieser verpassten Gelegenheit, den Arbeitsmarkt zu modernisieren, wird Frankreich keine weiteren Arbeitsplätze schaffen und diese Anomalie einer Massenarbeitslosigkeit von 5,7 Millionen Menschen verringern können. Die Arbeitslosenquote könnte sogar noch steigen, falls befristete Arbeitsverträge mit einer weiteren Steuer belegt werden sollten.

Währenddessen haben die Unruhen sich im ganzen Land ausgebreitet, und das, obwohl es sich der intensiven Terror-Gefahr wegen nach wie vor im Ausnahmezustand befindet. Das Misstrauen zwischen den Bürgern sowie der Gesellschaft bürgerlichen Rechts und dem Staat wird immer stärker.

Frankreich, der kranke Mann Europas

Statt sich langsam zu erholen, steuert Frankreich auf einen Zusammenbruch zu, obwohl Lösungen für die vorhandenen Probleme bestens bekannt sind: die Verbesserung der Unternehmensmargen zur Förderung von Innovation, Flexibilität der Arbeit, die Überholung des Bildungssystems, eine Reduzierung des 5.640.000 Personen umfassenden Beamten-Apparats und der öffentlichen Ausgaben, die bei 57 % und damit 5% des BIP liegen, und in einer Reinvestition in hoheitliche Aufgaben, um den zivilen Frieden wiederherzustellen.

Doch Frankreich ist das einzige große Industrieland, das keine ernsthafte Reform seines Wirtschafts- und Sozialmodells unternommen hat. Und das, obwohl die nicht sonderlich liberale und demokratische Fünfte Republik dafür entwickelt wurde, Krisen zu meistern. Und obwohl die Mehrheit der Franzosen sogar für einen Wandel ist.

Reformen sind nirgends leicht durchzusetzen, wie man ja auch in Spanien und Irland feststellen musste, wo die Sanierung der Wirtschaft Hand in Hand geht mit einem Aufstieg des Populismus und einer Blockierung der Institutionen. Bleibt festzuhalten, dass Frankreich besonders große Probleme damit hat, Veränderungen des Kapitalismus oder der Geopolitik umzusetzen, wie schon Ende des 19. Jahrhunderts während der Zwischenkriegszeit oder angesichts der Ölkrise in den 1970er Jahren.

Die Ursachen dafür sind historisch und politisch zu sehen: das Erbe der französischen Revolution, das die Freiheit auf einen direkten Dialog zwischen Staat und Bürger aufbaut; der autoritäre und zentralisierte Charakter der Institutionen; die Zusammenschluss zwischen der politischen Klasse und der obersten Staatsverwaltung. Kurz gesagt, der Staat, der in Frankreich Motor der Modernisierung sein sollte, hat sich in ihren größten Hemmschuh verwandelt.

Von Gerhard Schröder lernen

Die Präsidentschaftswahlen von 2017 bedeuten eine letzte Chance, das Land auf demokratische Weise zu reformieren, bevor es womöglich ganz in Gewalt und Extremismus zu Grunde geht.

Die politischen Kräfte kommen dem Untergang immer näher, die Zeichen des Zerfalls und der fehlenden Vorbereitung mehren sich, vor allem innerhalb der republikanischen Opposition, die die Entscheidung bezüglich ihres Spitzenkandidaten, ihrer Strategie und ihres Konzept von den Vorwahlen im November abhängig macht.

Es müssen Konsequenzen gezogen werden, aus den Fehlern sowohl von François Hollande als auch Nicolas Sarkozy, was eine Reform Frankreichs betrifft. Und da ist es vor allem wichtig, sich die Form der Veränderung genauestens zu überlegen.

Indem man sich beispielsweise von den erfolgreich durchgeführten Reformstrategien von Gerhard Schröder in Deutschland, David Cameron in Großbritannien, Mariano Rajoy in Spanien oder Italien Matteo Renzi inspirieren lässt.

Eine Agenda 2022 stellt Frankreich auf den Kopf

Auch wenn sich jede Nation im Verlauf ihrer Geschichte und gemäß ihrer eigenen Lebensart erneuern muss, so bleiben einige wichtige Prinzipien doch immer bestehen. Der Neuanfang muss unter dem Zeichen einer tatsächlichen Zukunftsvision stehen, nicht nur einem Katalog von einzelnen Maßnahmen. Ohne Selbstdarstellung oder Klientelismus, sondern durch eine gemeinsame Strategie der Modernisierung, die die Gemeinschaft der Bürger vereint.

Durch die Mobilisierung von wirtschaftlichen, sozialen und vor allem auch territorialen Kräften, damit die Blockierung des Zentralstaates aufgehoben werden kann. Durch das Entwickeln einer aktiven, bürgernahen Reform-Pädagogik und einer ständigen Überprüfung der diesbezüglichen Ergebnisse. Durch ein methodisches Vorbereiten der Regierungs-Maßnahmen, was deren Inhalt und ihre Zeitplanung anbetrifft.

Pierre Mendès France hat einmal gesagt: "Regieren, das bedeutet zu entscheiden, so schwer einem die Entscheidung auch fallen mag." 2017 muss sich Frankreich für die Reform und gegen die Versuchung einer Revolution entscheiden, die in Richtung der extremen Rechten zu kippen droht.

Und die Agenda 2022 muss unter dem Zeichen einer Grunderneuerung des französischen Modells stehen, untrennbar verbunden mit einer ebenso tiefgreifenden Veränderung sowohl der Regierungsweise als auch der politischen Klasse selbst. *Aus dem Französischen übersetzt von Bettina Schneider*

145,66



Le Figaro.fr

mercredi 18 mai 2016 - 19:39 UTC +02:00

Actu-Eco ; Conjoncture

La Commission européenne n'exclut pas un dérapage français

Visot, Marie

Bruxelles scrute les nouvelles dépenses qui s'accumulent, sans que le gouvernement ne donne d'indications sur leur financement.

Comme prévu, la Commission européenne a acté ce mercredi que la France devra ramener son déficit public sous la barre des 3% d'ici à fin 2017. Bercy a même inscrit un objectif de 2,7% dans le programme pluriannuel qu'il a fait parvenir fin avril aux instances bruxelloises. Ce sont les termes de l'accord que le ministre des Finances, Michel Sapin, avait, l'an dernier, passé avec ses partenaires européens.

Mais, alors que le pays se trouve toujours sous procédure «pour déficit excessif», Bruxelles estime qu'il existe «un risque que la France ne respecte pas ses engagements». Non seulement Paris n'a pas encore envoyé tout le détail des économies prévues jusqu'à l'an prochain mais la Commission a bien conscience des annonces de dépenses nouvelles qui s'accumulent depuis le début de l'année - sans que le gouvernement ne donne d'indications sur leur financement.

Des mesures supplémentaires

Elle estime ainsi que le plan de réduction de 50 milliards dans les dépenses risque de ne pas être suffisant. «Des mesures supplémentaires» seront nécessaires si la France veut tenir ses engagements, estime la Commission. Laquelle préconise, en outre, que «toutes les rentrées d'argent inattendues» soient consacrées à la réduction du déficit et de la dette.

Une recommandation en forme de réponse à François Hollande qui a répété mardi qu'il baissera de nouveau les impôts des ménages l'an prochain «si le gouvernement dispose de marges budgétaires» suffisantes. La décision sera prise à l'été (nos éditions du 18 mai 2016).

Sur le front des réformes structurelles, la Commission ne baisse pas les bras et martèle une nouvelle fois les recommandations qui sont les siennes depuis des années maintenant. Signe que la France a dû mal à les entendre et à se lancer dans des réformes. Elle redit que l'hexagone a un des taux de dépenses publiques les plus élevés d'Europe, qui «a continué à augmenter depuis 2010». Que son système de retraite n'est pas soutenable à long terme et que de nouveaux efforts doivent être faits. Que la régulation demeure excessive. Qu'une réforme de l'assurance chômage est nécessaire. Que le niveau du smic ne doit pas entraver la compétitivité. Qu'une réforme du marché du travail doit être menée afin d'inciter davantage les entreprises à embaucher en CDI. Qu'il faut réduire les impôts sur la production et augmenter le taux de TVA...

D'ailleurs, le poids de la fiscalité est de nouveau épinglé: la France est désormais le pays d'Europe où les prélèvements obligatoires sont les plus élevés (près de 46% du PIB). Depuis l'an dernier, elle a dépassé le Danemark, qui tenait ce record de longue date.

Un peu plus tôt dans la journée, le gouverneur de la Banque de France, François Villeroy de Galhau, avait déjà appelé l'exécutif à amplifier les réformes (fiscalité, rigidité, formation...). Car, «depuis trop d'années, la performance française est décevante», écrit-il dans la «lettre au président de la République», envoyée chaque année au printemps. Et si «des progrès ont été accomplis [...] le chemin à parcourir reste très significatif».

L'étoile pâissante de la filière nucléaire française

LE MONDE | 18.05.2016 à 11h26 • Mis à jour le 18.05.2016 à 15h38 | Par [Jean-Michel Bezat](#)

Mais qu'est donc devenue la splendeur un peu arrogante de la filière nucléaire française ? Perte de compétences industrielles, doutes sur les choix technologiques, crise de financement, incertitudes commerciales : les problèmes et les défis s'accumulent pour ses deux grands piliers, EDF et surtout Areva, qui tient son assemblée générale jeudi 19 mai, au moment où ils doivent moderniser les cinquante-huit réacteurs français et partir à la conquête d'un marché mondial qui se remet de Fukushima.

Depuis la catastrophe de mars 2011, le doute s'est même insinué dans les esprits sur la sûreté des centrales assurant les trois quarts de la production française d'électricité. Et si certains équipements étaient passés au travers de contrôles rigoureux, comme l'a récemment reconnu Areva pour son usine du Creusot (Saône-et-Loire) ? Son image s'est dégradée : deux Français sur trois jugent possible en France un accident de même ampleur, selon le baromètre 2015 de l'Institut de radioprotection et de sûreté nucléaire (IRSN). Une enquête d'OpinionWay, réalisée en mars pour Tilder et LCI, indique néanmoins que 62 % des sondés ne sont pas favorables à l'abandon du nucléaire.

Une crise de financement

La filière (200 000 emplois) traverse une crise de financement sans précédent depuis sa création dans les années 1950. **Areva est en quasi-faillite et ne doit sa survie qu'à la cession des réacteurs d'Areva NP à EDF, 6 000 suppressions d'emplois (dont 2 700 en France) et une recapitalisation massive de 5 milliards d'euros par l'Etat et d'autres investisseurs.** Le groupe se recentre désormais sur le périmètre de l'ex-Cogema, disparue en 2001 : mines, enrichissement de l'uranium, fabrication du combustible, traitement-recyclage, démantèlement des centrales.

EDF n'est pas menacé d'effondrement, mais sa situation financière est préoccupante à l'horizon 2020 en raison de l'effondrement des prix de l'électricité sur le marché de gros en Europe, tombés de 42 euros le mégawattheure (MWh) en 2014 à 29 euros aujourd'hui. Ces prix bas risquent de durer plusieurs années, alors **qu'EDF vend désormais plus de 60 % de sa production sur ce marché, contre 20 % il y a encore quelques années**, souligne son PDG, Jean-Bernard Lévy. De surcroît, l'ex-monopole traîne **une dette de 37,4 milliards d'euros** et son flux de liquidité reste négatif, ce qui l'a obligé à s'endetter davantage pour payer chaque année près de 2 milliards d'euros de dividendes à l'Etat jusqu'en 2014.

La situation financière est si dégradée que **l'Etat, actionnaire à 85 % du groupe**, a finalement consenti à se faire payer en actions et a autorisé une recapitalisation de 4 milliards dont il supportera les trois quarts. A condition qu'EDF cède pour 10 milliards d'actifs et renforce son plan d'économies, notamment à **travers 3 500 suppressions de postes.** Pour améliorer ses comptes, **EDF intégrera en 2016 un prolongement de la durée de vie des centrales nucléaires au-delà de quarante ans. En les amortissant sur une durée plus longue, il améliore mécaniquement ses comptes. Mais il faudra attendre 2018 pour que l'Autorité de sûreté nucléaire (ASN) donne son feu vert « générique » à une prolongation des réacteurs jusqu'à cinquante ans, avant de les ausculter un à un.**

Une incertitude technologique

Le couple EDF-Areva souffre aussi d'un **problème industriel.** Depuis le début de sa conception dans les années 1990, **l'EPR franco-allemand (Siemens s'est retiré en 2009) est critiqué pour sa complexité. Et, depuis le lancement des chantiers des têtes de série en Finlande (Olkiluoto) et en France (Flamanville), pour son coût de construction non maîtrisé.** Il est quasi certain que des EPR fonctionneront dans les prochaines années, même **si les projets français et finlandais accusent**

d'énormes retards (six à sept ans) et que le devis initial a été multiplié par trois (plus de 10 milliards). Mais la filière doit retrouver son excellence opérationnelle d'antan, analysent de nombreux experts. **Symbole des défaillances actuelles : la cuve de Flamanville.** Elle pourrait être démontée en 2017 si l'ASN juge que les défauts décelés en 2014 sont incompatibles avec une exploitation sûre de l'EPR.

Il ne fait plus de doute que ce sont les EPR chinois de Taishan qui entrèrent les premiers en service, malgré un début de construction plus tardif. **La filière française a beau garder une très bonne image dans le monde, la liste de la soixantaine de réacteurs en construction montre qu'elle est à la traîne, derrière les Russes (Rosatom), les Chinois (CGN et CNNC), les Japonais (Toshiba-Westinghouse) et les Sud-Coréens (Kepco).** **A ce jour, seule la Chine a acheté des EPR, et EDF a prévu d'en construire quatre outre-Manche.** L'Inde a relancé EDF en lui demandant, pour fin 2016, « *une proposition technico-économique complète sur un site qu'elle [leur] a désigné pour la construction de six EPR* », a récemment annoncé Xavier Ursat, patron du « nouveau nucléaire ».

Le cas Hinkley Point

Cette fragilité financière et ses déboires industriels expliquent qu'EDF hésite toujours à investir dans les deux EPR d'Hinkley Point (Royaume-Uni), dont il va supporter 66,5 % des 24 milliards d'euros. Les syndicats et certains cadres du groupe, y compris à des niveaux élevés, jugent l'entreprise incapable de mener à bien ce projet, financièrement et industriellement. Ils plaident pour un report de deux ou trois ans, le temps de mettre au point l'« *EPR optimisé* » moins coûteux. **Devant le refus de M. Lévy, le directeur financier a démissionné. « Qui parierait de 60 % à 70 % de son patrimoine sur une technologie dont on ne sait toujours pas si elle fonctionne ? »**, indiquait l'ancien directeur financier Thomas Piquemal, le 4 mai, lors de son audition par les députés.

Le doute s'est insinué jusqu'au cœur de l'Etat. Le chef de l'Etat a certes réaffirmé, mardi 17 mai, sur Europe 1, qu'il était « *favorable* » au projet. « *Il est très important de faire comprendre que nous avons besoin d'avoir une industrie nucléaire qui soit de haute performance, de haute sûreté en France, et que nous ne pouvons pas laisser non plus à l'exportation d'autres venir sur des terrains qui, jusqu'à présent, pouvaient être français* », a souligné François Hollande. Mais, quelques jours auparavant, la ministre de l'écologie, **Ségolène Royal, s'inquiétait dans le Financial Times des « sommes colossales en jeu » en se demandant s'il fallait « continuer avec ce projet ».** Le chinois CGN, partenaire d'EDF, a fermement démenti, mardi, toute volonté de faire cavalier seul si EDF jetait l'éponge.

Des interrogations sur la sûreté

A mesure que les centrales vieillissent, un autre doute s'insinue : et si elles étaient devenues dangereuses ? EDF et Areva viennent de lever un doute : les réacteurs en service sont sûrs. Et ce, malgré les « *anomalies* » que les ingénieurs d'Areva ont eux-mêmes détectées – et transmis à l'ASN – dans le contrôle de certaines pièces forgées dans son usine du Creusot (Saône-et-Loire). Des pratiques jugées « *inacceptables* » au sein même de l'entreprise, mais qui ne signifient pas que ces éléments étaient défectueux. Les doutes ne seront définitivement dissipés qu'une fois que l'ASN, seule juge en la matière, aura rendu son avis.

Le gendarme du nucléaire estimait en 2015 que le niveau de sûreté des installations d'EDF était « *satisfaisant* ». La France n'a jamais connu d'accidents aussi graves que ceux de Tchernobyl (1986) ou de Fukushima (2011), ni même de Three Mile Island aux Etats-Unis (1979). Seule la centrale de Saint-Laurent-des-Eaux a connu un accident (niveau 4 sur une échelle de 7), en mars 1980, sur une technologie (uranium naturel-graphite-gaz) abandonnée à la fin des années 1960. **Mais l'ASN et son bras armé, l'IRSN, « n'ont actuellement pas les ressources nécessaires pour assurer pleinement leurs missions de contrôle », répète le président de l'ASN, Pierre-Franck Chevet. Faute d'avoir obtenu les 150 postes supplémentaires qu'il réclamait au gouvernement, il s'est donné comme priorité d'expertiser le parc existant, au détriment des équipements en construction.**

À Saint-Denis, l'islamisation est en marche

Cherigui, Nadjet



REPORTAGE - De l'autre côté du périphérique parisien, le berceau de l'histoire de France avec sa nécropole royale se transforme en «Molenbeek-sur-Seine», attirant les plus radicaux du salafisme. Nous sommes allés à la rencontre des habitants de certains quartiers devenus des zones de non-droit, où communautarisme et islamisme creusent leurs sillons.

Mosquée Tawhid. Nous sommes à moins de 200 mètres de la nécropole royale de Saint-Denis, aux portes de Paris et à quelques stations de métro de l'avenue des Champs-Élysées et de l'Arc de triomphe. Comme chaque vendredi, ils sont 2500 à 3000 à converger vers le lieu de culte dont la capacité d'accueil ne dépasse pas les 1800 places. Les trottoirs de la rue de la Boulangerie sont alors transformés en une mosaïque de tapis de prière. Dès la fin du sermon, les fidèles se dispersent aussi vite qu'ils sont arrivés. Mais devant les portes de la mosquée, quelques-uns s'attardent, se toisent. La tension monte, les échanges se font virulents, des insultes fusent. Quelques responsables de la mosquée sont obligés d'intervenir pour séparer deux hommes prêts à en découdre. Karim, chéchia beige sur la tête et djellaba assortie, fait partie des cadres de la mosquée Tawhid. Il ne cache pas la proximité de cette salle de prière avec les Frères musulmans et la présence d'un bureau alloué à Tariq Ramadan au sein des locaux.

Mais Karim se dit complètement débordé: «Notre ville va devenir Molenbeek! Nous sommes cernés par les intégristes. Daech est aux portes de notre mosquée qu'ils veulent forcer pour imposer leurs lois obscurantistes.» Très vite, d'autres fidèles se joignent à la conversation et expriment les mêmes mots de colère et de crainte face à la violence, aux intimidations, aux thèses intégristes et antirépublicaines. «Certains d'entre nous, jugés trop libéraux, sont parfois agressés, insiste Karim. Les intégristes ciblent les jeunes et les plus fragiles pour les rallier à leur cause. Ils ne sont pas nombreux mais terriblement toxiques et veulent s'emparer à tout prix de ce lieu de culte pour asseoir leur empire. Ils ne veulent rien lâcher. Notre mosquée est toute proche de la basilique de Saint-Denis. Nous sommes à deux pas des sépultures des rois de France et de Charles Martel qui a arrêté l'invasion des musulmans en 732. Le symbole est fort pour cette poignée de fous d'Allah. Mais nous refusons de céder. Alors, ils nous ont désignés comme leur ennemi. Et la tension monte ici, chaque jour un peu plus.»

Didier Paillard, maire de la ville, se dit tout aussi démuni face aux phénomènes de radicalisation: «Nous faisons des signalements à la préfecture qui, elle, a tout pouvoir d'agir. Mais nous n'avons aucun retour de sa

part. En tant que maire, je n'ai aucun moyen d'intervenir. C'est un vrai problème. Sur mon territoire, je ne sais combien de personnes, ni même si des agents de la Ville, sont concernés par les fiches S.»

Philippe Galli, préfet du département de la Seine-Saint-Denis, confirme la situation: «Je pense qu'il y a plusieurs animateurs ou salariés surveillés. Mais nous ne communiquerons jamais la liste au maire de Saint-Denis ni d'aucune autre ville. La surveillance doit se faire discrètement mais surtout, nous ne pouvons rien faire tant que les individus surveillés n'auront pas commis d'actes contraires à la loi.» La réponse de ce haut représentant de l'État fait froid dans le dos. Mais il insiste: «Oui, le risque est réel, mais nous sommes dans un État de droit et nous ne pouvons pas nous permettre de faire n'importe quoi.» Le préfet affirme aussi être renseigné quant à la situation de certaines mosquées et recevoir très régulièrement tous les représentants musulmans du département. Sans vouloir donner de précisions sur la ville de Saint-Denis ou la mosquée Tawhid, il confirme la présence de groupes salafistes et intégristes aux abords des lieux de prière de nombreuses villes du 93, mais il déplore aussi le peu de renseignements remontés par les imams. «Je leur rappelle que nous avons besoin d'eux pour avoir des informations car ces communautés sont très difficiles à pénétrer par nos services. Nous avons en tout 800 signalements sur tout le département. Ils sont suivis par notre cellule qui croise tous les renseignements. Mais très peu, hélas, nous viennent des mosquées. Les responsables de ces lieux de culte doivent absolument sortir de la seule déploration et se montrer plus proactifs. Nous avons besoin d'eux.»

Tendre la main et discuter, c'est aussi le combat du père Jean Courtaudière. Prêtre à Saint-Denis depuis treize ans, il est aussi délégué pour les relations avec les musulmans et le dialogue islamo-chrétien. Homme d'ouverture, le père Courtaudière, animé par la conviction et la foi, se bat pour le dialogue, le partage et les échanges entre toutes les communautés. Il apprécie le visage très métissé de cette ville, mais déplore la tentation communautariste d'une partie de la population. «À Saint-Denis, il n'y a pas d'islamophobie: les gens, ici, savent vivre ensemble. Cependant, les plus radicaux, notamment les salafistes, nous posent problème car ils sont fermés aux autres et au dialogue. Dans cette ville, les non-musulmans sont bien plus excédés par la disparition des charcutiers et des bouchers traditionnels que par la multiplication des voiles. Le halal est un acte religieux. Personnellement, je refuse de manger de la viande sacrifiée selon les rites musulmans. Et aujourd'hui à Saint-Denis, je ne peux plus, hélas, me fournir en viande non halal que chez Carrefour ou les jours de marché.»

Tout près de la basilique, aux abords de la mosquée Tawhid, la tension est retombée. Quelques fidèles commencent à revenir pour la prière de l'Asr qui se tient chaque fin d'après-midi. Adossés au mur d'un immeuble voisin, quelques ados arrivés en avance patientent en discutant calmement. Les discussions ne concernent pas le foot, les filles ou leur sortie du week-end, mais les discours de Nader Abou Anas. Ce conférencier et prédicateur salafiste est très actif sur la toile où il exhorte notamment avec autorité les femmes à «rester chez elles, car leur place est à la maison, à n'en sortir qu'avec la permission de leur mari. Quant à celles qui se refusent le soir venu à leur époux (qui a des besoins) sans raison valable... malheur à elles! Les anges les maudiront toute la nuit.» Rien de gênant a priori pour ces très jeunes garçons qui débattent paisiblement de la pertinence de ces propos. Mohamed est un peu plus âgé que ses camarades. Chemise blanche impeccable, tenue soignée, rasé de très près, le jeune homme est élégant, courtois, mais veille à ne croiser aucun regard féminin: «Un homme ne doit pas serrer la main d'une femme. C'est une question de pudeur. Si ces propos choquent les gens en France, alors disons les choses autrement: les femmes sont libres de refuser de serrer la main des hommes pour préserver leur pudeur!»

Loïc est un tout jeune converti qui ne supporte plus d'entendre ce type de discours: «L'atmosphère, ici, mais aussi dans d'autres mosquées de la ville, devient pesante. Certains fidèles parlent politique ou argent, d'autres essaient de nous convaincre de leurs thèses intégristes et nous expliquent que la France est un pays de mécréants. À ceux qui me parlent de djihad en Syrie, je réponds systématiquement que, là-bas, le mot liberté n'existe pas.»

Pour Malek Boutih, député et auteur du rapport intitulé *Génération radicale*, remis au Premier ministre l'été dernier, cette mouvance est profondément politique. «Les barbus sont eux-mêmes débordés par ces jeunes qu'ils ont recrutés. Ceux-ci ne portent pas forcément la barbe, mais sont autrement plus radicaux et violents. Ils sont intelligents, dangereux, très mobiles et très déterminés. Nous sommes entrés dans une course de vitesse. Nous devons adapter nos appareils de justice et sécuritaires à ce nouveau type de danger. Il nous faut de nouvelles méthodes d'investigation, de nouveaux types d'enquêteurs, plus jeunes et plus solubles dans ces milieux.»

Loin de la violence et de la criminalité, dans l'enceinte de l'université Paris-VIII à Saint-Denis, Sara et Nadia, étudiantes en licence de psychologie, préparent leurs examens de fin d'année. Nadia est née d'une mère française et d'un père marocain et a fait le choix du jilbab, ce voile qui recouvre tout le corps. Sara, elle, est née et a vécu au Maroc. Elle est venue en France pour ses études et porte fièrement une cascade de boucles méchées de blond. Nadia, convaincue de son choix, a renoncé à son rêve de carrière dans l'enseignement. Elle refuse de se défaire de son jilbab. Sara, elle, revendique son hostilité à ce voile qu'elle considère comme un symbole de soumission de la femme: «Au Maroc, j'étais inscrite dans une école musulmane et j'ai voulu porter le voile. Heureusement mes parents s'y sont opposés, j'ai pris du recul et j'ai compris que j'étais endoctrinée. Aujourd'hui, je suis féministe et je suis contre le voile!»

Une prise de position encore un peu trop radicale pour Siham. À 22 ans, cette jeune étudiante en troisième année de psychologie à Paris-VIII redécouvre depuis peu de temps le plaisir de se promener dans la rue, cheveux au vent. Siham a longtemps porté le jilbab. Convaincue d'avoir fait le bon choix, elle envisageait de dissimuler complètement son visage en portant le niqab, ce voile intégral interdit par la loi en France et qui ne laisse apparaître que les yeux. «J'ai commencé à porter le voile quand j'étais encore lycéenne. À l'époque, j'étais aussi bénévole au sein d'une association musulmane. Nous venions en aide aux plus démunis en distribuant des repas chauds. Toutes les filles avec qui je travaillais étaient voilées. À force de les côtoyer, je me suis laissée convaincre que c'était l'exemple à suivre. La femme est un trésor qu'il faut cacher du regard des hommes, me répétaient-elles sans arrêt. On ne s'en rend pas compte mais derrière cette apparente bienveillance, il y a une véritable pression de la communauté. Dès que j'ai porté le voile, les regards ont changé. J'étais au-dessus du lot. Considérée comme respectable, je n'ai jamais eu autant de demandes en mariage!» Siham n'a finalement jamais porté le niqab et a choisi de retirer ce voile qui, dit-elle, l'enfermait dans un monde de plus en plus restreint: «J'ai compris mon erreur lorsque je me suis inscrite à la fac. Cette nouvelle vie d'étudiante m'a ouverte à d'autres personnes, d'autres univers, d'autres cultures ou lectures. J'ai réalisé que ce fonctionnement en vase clos et communautariste façonnait complètement ma pensée et mes choix.»

Non loin de l'université et à quelques encablures de la mosquée Tawhid, Abdallah est attablé à un café situé rue de la République, cette artère piétonne, commerçante, très fréquentée au cœur de la ville. Abdallah est français d'origine tunisienne. Travailleur déterminé à réussir, il est, à 30 ans, un jeune entrepreneur propriétaire d'un restaurant. Il se décrit comme un musulman très pratiquant, fait ses cinq prières quotidiennes, ferme son restaurant la journée pendant le mois du ramadan et envisage le pèlerinage à La Mecque. Il se dit très attaché à la France, ce pays où il est né et a grandi. En buvant son café, il peste contre ces jeunes filles drapées de noir en jilbab. «Saint-Denis a beaucoup changé, confie Abdallah. Les magasins deviennent communautaires. On trouve de plus en plus de boutiques de vêtements islamiques, des restaurants halal ou des librairies religieuses. Et certains coiffeurs se spécialisent pour la clientèle voilée.» Il manque de s'étrangler avec son café quand trois silhouettes fantomatiques apparaissent en niqab. «Nous sommes en plein cœur de la rue de la République, s'insurge-t-il. Ces tenues sont interdites, mais les lois de cette même République sont bafouées, ici dans cette rue qui porte son nom. Saint-Denis, comme bien d'autres villes de banlieue, devient une zone où le droit n'est plus respecté.»

La colère du jeune homme n'est pas feinte. Choqué par les attentats qui ont frappé le pays, Abdallah explique être régulièrement sollicité par des individus essayant de le convaincre de faire le djihad en Syrie ou en France. «Je ne comprends pas cette haine. À la mosquée, beaucoup se sont réjoui des attentats à *Charlie Hebdo*. Depuis, je reçois des messages sur mon compte Facebook pour m'inciter à partir en Syrie. Autour des

mosquées, à la sortie de la prière, les radicaux essayent de me lessiver le cerveau en m'expliquant que, si je ne veux pas partir, je dois tout faire en revanche pour barrer le chemin aux mécréants ici.» La suite du récit d'Abdallah est troublante. Il évoque des stratégies mises en place par ces intégristes. Il y est question de rétrécir le chemin des mécréants, les étouffer, les terroriser. «Leur stratégie consiste à occuper l'espace. S'ils croisent des femmes non voilées ou non musulmanes dans la rue, ils bloquent les trottoirs pour les empêcher de passer, les obliger à se détourner et les terroriser en les dévisageant... C'est ridicule mais aussi effrayant!»

Élisabeth, elle, n'est pas le genre de femme à se laisser effrayer facilement. Amoureuse d'art et de littérature, dionysienne au caractère affirmé, elle refuse de lâcher le moindre espace au communautarisme. Mariée à un Algérien, elle explique sa volonté d'éduquer sa fille dans le respect des deux cultures. Élisabeth et son époux l'ont donc inscrite à un cours d'arabe dispensé par une association hébergée par la mosquée Tawhid. «Lorsque j'ai demandé à voir le règlement, on m'a tendu un livre avec des préceptes religieux, intitulé *Les Règles lumineuses*. Nous avons insisté pour dire que nous ne voulions pas entendre parler de religion. La professeuse s'est montrée rassurante. Cependant, dès le premier cours, notre fille de 10 ans a été affublée d'un voile sur la tête, on lui a expliqué que les jupes trop courtes étaient indécentes. On l'a obligée à faire ses ablutions et la prière, puis on lui a fait répéter la même phrase du Coran en boucle pendant deux heures. Traumatisée, elle a refusé d'y retourner car, selon elle, avec cet exercice, on l'empêchait de réfléchir.»

Féministe et aussi laïque, Sarah Oussekine est une des figures militantes incontournables de Saint-Denis. Présidente de l'association Voix d'Elles rebelles, elle œuvre depuis des années pour libérer la parole des femmes. Militante de terrain, elle désespère de son combat à mesure que le communautarisme et l'intégrisme ont gagné du terrain dans les quartiers mais aussi dans les esprits. Amère, Sarah raconte ces jeunes garçons qui refusent soudainement de lui faire la bise, ces filles autrefois coquettes portant aujourd'hui le jilbab ou le niqab: «Dans les quartiers, ces signes ostentatoires sont pour eux un symbole de réussite. Ils sont perçus comme l'élite...» Sarah, lucide, dresse son propre constat d'échec face à ces mosquées qui ont grossi beaucoup plus vite que son association: «Je connais bien le problème des intégristes gravitant autour des salles de prière et en particulier de la mosquée Tawhid. J'ai perdu deux militantes féministes là-bas. Très investies, elles ont longtemps travaillé à mes côtés pour défendre les droits des femmes. En fréquentant ce lieu de culte, elles ont été happées par une idéologie obscurantiste. Elles ne me parlent plus, ne répondent plus à mes appels, portent le voile et sont convaincues d'avoir fait le bon choix.»

Hassan, brillant lycéen en terminale S, rêve d'une carrière dans le journalisme. Fervent musulman, il fréquente, lui aussi, assidûment la mosquée Tawhid et se souvient des propos haineux après le massacre perpétré par les frères Kouachi: «Beaucoup se sont réjouis, évoquant l'argument du blasphème. Aucun ne voulait entendre parler de liberté d'expression. Les attentats suivants ont tout changé. Ça a été un choc pour toute la communauté musulmane. Ici, on vit encore ensemble, les nationalités se mélangent. Les jeunes sont plus dans le shit et le rap que la kalachnikov et le Coran. Cependant, le vrai problème c'est ce "laisser-faire" installé depuis quelques années. Les trafics de drogue se font au grand jour. La police ne fait pas grand-chose. Les intégristes gangrènent nos mosquées. On a là tous les ingrédients. Le terreau, la graine, il n'y a plus qu'à arroser et attendre... Mais attendre, c'est prendre le risque de voir Saint-Denis ou d'autres villes de banlieue devenir des Molenbeek.»

• [THE SATURDAY ESSAY](#)

How the West (and the Rest) Got Rich

The Great Enrichment of the past two centuries has one primary source: the liberation of ordinary people to pursue their dreams of economic betterment



A statue of Adam Smith in Edinburgh, Scotland PHOTO: ALAMY

By DEIRDRE N. MCCLOSKEY

May 20, 2016 10:27 a.m. ET

[305 COMMENTS](#)

Why are we so rich? An American earns, on average, \$130 a day, which puts the U.S. in the highest rank of the league table. China sits at \$20 a day (in real, purchasing-power adjusted income) and India at \$10, even after their emergence in recent decades from a crippling socialism of \$1 a day. After a few more generations of economic betterment, tested in trade, they will be rich, too.

Actually, the “we” of comparative enrichment includes most countries nowadays, with sad exceptions. Two centuries ago, the average world income per human (in present-day prices) was about \$3 a day. It had been so since we lived in caves. Now it is \$33 a day—which is Brazil’s current level and the level of the U.S. in 1940. Over the past 200 years, the average real income per person—including even such present-day tragedies as Chad and North Korea—has grown by a factor of 10. It is stunning. In countries that adopted trade and economic betterment wholeheartedly, like Japan, Sweden and the U.S., it is more like a factor of 30—even more stunning.

And these figures don’t take into account the radical improvement since 1800 in commonly available goods and services. Today’s concerns over the stagnation of real wages in the U.S. and other developed economies are overblown if put in historical perspective. As the economists Donald Boudreaux and Mark Perry have argued in these pages, the official figures don’t take account of the real benefits of our astonishing material progress.

Look at the magnificent plenty on the shelves of supermarkets and shopping malls. Consider the magical devices for communication and entertainment now available even to people of modest means. Do you know someone who is clinically depressed? She can find help today with a range of effective drugs, none of which were available to the billionaire Howard Hughes in his despair. Had a hip joint replaced? In 1980, the operation was crudely experimental.

Nothing like the Great Enrichment of the past two centuries had ever happened before. Doublings of income—mere 100% betterments in the human condition—had happened often, during the glory of Greece and the grandeur of Rome, in Song China and Mughal India. But people soon fell back to the miserable routine of

Afghanistan's income nowadays, \$3 or worse. A revolutionary betterment of 10,000%, taking into account everything from canned goods to antidepressants, was out of the question. Until it happened.

What caused it? The usual explanations follow ideology. On the left, from Marx onward, the key is said to be exploitation. Capitalists after 1800 seized surplus value from their workers and invested it in dark, satanic mills. On the right, from the blessed Adam Smith onward, the trick was thought to be savings. The wild Highlanders could become as rich as the Dutch—"the highest degree of opulence," as Smith put it in 1776—if they would merely save enough to accumulate capital (and stop stealing cattle from one another).

A recent extension of Smith's claim, put forward by the late economics Nobelist Douglass North (and now embraced as orthodoxy by the World Bank) is that the real elixir is institutions. On this view, if you give a nation's lawyers fine robes and white wigs, you will get something like English common law. Legislation will follow, corruption will vanish, and the nation will be carried by the accumulation of capital to the highest degree of opulence.

But none of the explanations gets it quite right.

What enriched the modern world wasn't capital stolen from workers or capital virtuously saved, nor was it institutions for routinely accumulating it. Capital and the rule of law were necessary, of course, but so was a labor force and liquid water and the arrow of time.

The capital became productive because of ideas for betterment—ideas enacted by a country carpenter or a boy telegrapher or a teenage Seattle computer whiz. As Matt Ridley put it in his book "The Rational Optimist" (2010), what happened over the past two centuries is that "ideas started having sex." The idea of a railroad was a coupling of high-pressure steam engines with cars running on coal-mining rails. The idea for a lawn mower coupled a miniature gasoline engine with a miniature mechanical reaper. And so on, through every imaginable sort of invention. The coupling of ideas in the heads of the common people yielded an explosion of betterments.

Look around your room and note the hundreds of post-1800 ideas embedded in it: electric lights, central heating and cooling, carpet woven by machine, windows larger than any achievable until the float-glass process. Or consider your own human capital formed at college, or your dog's health from visits to the vet.

The ideas sufficed. Once we had the ideas for railroads or air conditioning or the modern research university, getting the wherewithal to do them was comparatively simple, because they were so obviously profitable.

If capital accumulation or the rule of law had been sufficient, the Great Enrichment would have happened in Mesopotamia in 2000 B.C., or Rome in A.D. 100 or Baghdad in 800. Until 1500, and in many ways until 1700, China was the most technologically advanced country. Hundreds of years before the West, the Chinese invented locks on canals to float up and down hills, and the canals themselves were much longer than any in Europe. China's free-trade area and its rule of law were vastly more extensive than in Europe's quarrelsome fragments, divided by tariffs and tyrannies. Yet it was not in China but in northwestern Europe that the Industrial Revolution and then the more consequential Great Enrichment first happened.

Why did ideas so suddenly start having sex, there and then? Why did it all start at first in Holland about 1600 and then England about 1700 and then the North American colonies and England's impoverished neighbor, Scotland, and then Belgium and northern France and the Rhineland?

The answer, in a word, is "liberty." Liberated people, it turns out, are ingenious. Slaves, serfs, subordinated women, people frozen in a hierarchy of lords or bureaucrats are not. By certain accidents of European politics, having nothing to do with deep European virtue, more and more Europeans were liberated. From Luther's reformation through the Dutch revolt against Spain after 1568 and England's turmoil in the Civil War of the 1640s, down to the American and French revolutions, Europeans came to believe that common people should be liberated to have a go. You might call it: life, liberty and the pursuit of happiness.

To use another big concept, what came—slowly, imperfectly—was equality. It was not an equality of outcome, which might be labeled “French” in honor of Jean-Jacques Rousseau and Thomas Piketty. It was, so to speak, “Scottish,” in honor of David Hume and Adam Smith: equality before the law and equality of social dignity. It made people bold to pursue betterments on their own account. It was, as Smith put it, “allowing every man to pursue his own interest his own way, upon the liberal plan of equality, liberty and justice.”

And that is the other surprising notion explaining our riches: “liberalism,” in its original meaning of “worthy of a free person.” Liberalism was a new idea. The English Leveller Richard Rumbold, facing the hangman in 1685, declared, “I am sure there was no man born marked of God above another; for none comes into the world with a saddle on his back, neither any booted and spurred to ride him.” Few in the crowd gathered to mock him would have agreed. A century later, advanced thinkers like Tom Paine and Mary Wollstonecraft embraced the idea. Two centuries after that, virtually everyone did. And so the Great Enrichment came.

Not everyone was happy with such developments and the ideas behind them. In the 18th century, liberal thinkers such as Voltaire and Benjamin Franklin courageously advocated liberty in trade. By the 1830s and 1840s, a much enlarged intelligentsia, mostly the sons of bourgeois fathers, commenced sneering loftily at the liberties that had enriched their elders and made possible their own leisure. The sons advocated the vigorous use of the state’s monopoly of violence to achieve one or another utopia, soon.

Intellectuals on the political right, for instance, looked back with nostalgia to an imagined Middle Ages, free from the vulgarity of trade, a nonmarket golden age in which rents and hierarchy ruled. Such a conservative and Romantic vision of olden times fit well with the right’s perch in the ruling class. Later in the 19th century, under the influence of a version of science, the right seized upon social Darwinism and eugenics to devalue the liberty and dignity of ordinary people and to elevate the nation’s mission above the mere individual person, recommending colonialism and compulsory sterilization and the cleansing power of war.

On the left, meanwhile, a different cadre of intellectuals developed the illiberal idea that ideas don’t matter. What matters to progress, the left declared, was the unstoppable tide of history, aided by protest or strike or revolution directed at the evil bourgeoisie—such thrilling actions to be led, naturally, by themselves. Later, in European socialism and American Progressivism, the left proposed to defeat bourgeois monopolies in meat and sugar and steel by gathering under regulation or syndicalism or central planning or collectivization all the monopolies into one supreme monopoly called the state.

While all this deep thinking was roiling the intelligentsia of Europe, the commercial bourgeoisie—despised by the right and the left, and by many in the middle, too—created the Great Enrichment and the modern world. The Enrichment gigantically improved our lives. In doing so, it proved that both social Darwinism and economic Marxism were mistaken. The supposedly inferior races and classes and ethnicities proved not to be so. The exploited proletariat was not driven into misery; it was enriched. It turned out that ordinary men and women didn’t need to be directed from above, and when honored and left alone, became immensely creative.

The Great Enrichment is the most important secular event since human beings first domesticated wheat and horses. It has been and will continue to be more important historically than the rise and fall of empires or the class struggle in all hitherto existing societies. Empire did not enrich Britain. America’s success did not depend on slavery. Power did not lead to plenty, and exploitation was not plenty’s engine. Progress toward French-style equality of outcome was achieved not by taxation and redistribution but by the Scots’ very different notion of equality. The real engine was the expanding ideology of classical liberalism.

The Great Enrichment has restarted history. It will end poverty. For a good part of humankind, it already has. China and India, which have adopted some of economic liberalism, have exploded in growth. Brazil, Russia and South Africa, not to speak of the European Union—all of them fond of planning and protectionism and level playing fields—have stagnated.

Economists and historians from left, right and center cannot explain the Great Enrichment. Perhaps their sciences need revision, toward a “humanomics” that takes ideas seriously. Humanomics doesn’t abandon the economics of arbitrage or entry, or the math of elasticities of demand, or the statistics of regression analysis. But it adds the study of words and meaning and their stunning contribution to our enrichment.

What public policy to further this revolution? As little as is prudent. As Adam Smith said, “it is the highest impertinence...in kings and ministers to pretend to watch over the economy of private people.” We certainly can tax ourselves to give a hand up to the poor. Smith himself gave to the poor with a liberal hand. The liberalism of a Christian, or for that matter of a Jew, Muslim or Hindu, recommends it. But note, too, that 95% of the enrichment of the poor since 1800 has come not from charity but from a more productive economy.

Rep. Thomas Massie, a Republican from Kentucky, had the right idea in what he said to Reason magazine last year: “When people ask, ‘Will our children be better off than we are?’ I reply, ‘Yes, but it’s not going to be due to the politicians, but the engineers.’ ”

I would supplement his remark. It will also come from the businessperson who buys low to sell high, the hairdresser who spots an opportunity for a new shop, the oil roughneck who moves to and from North Dakota with alacrity and all the other commoners who agree to the basic bourgeois deal: Let me seize an opportunity for economic betterment, tested in trade, and I’ll make us all rich.

Dr. McCloskey is distinguished professor emerita of economics, history, English and communication at the University of Illinois at Chicago. This essay is adapted from her new book, “Bourgeois Equality: How Ideas, Not Capital or Institutions, Enriched the World,” published by the University of Chicago Press.

145,77

WIRTSCHAFT

NOBELPREISTRÄGER

07:28

"Dieser Hass gegen alles Ausländische ist schockierend"

Egoistisch, kurzsichtig, uneins: Wirtschaftsnobelpreisträger Jean Tirole geht mit den Mächtigen hart ins Gericht. Er plädiert für rasche Reformen, andernfalls drohe mehr als die Revolte der Jugend.

Von François Mathieu



Foto: picture alliance / dpa Sonst eher ein Mann der leisen Töne: der französische Wirtschaftsnobelpreisträger Jean

Tirole

Für Jean Tirole, den Wirtschaftsnobelpreisträger des Jahres 2014, gibt es nichts Wichtigeres als das Gemeinwohl. Um die Flaute in der Wirtschaft zu beenden und neue Jobs zu schaffen, ist er nicht nur bereit, so manches Tabu zu brechen, sondern auch, Europas Mächtige herauszufordern. "Das sind wir den künftigen Generationen schuldig", sagt der 62-jährige Franzose.

Die Welt: Das Kämpfen gegen Tabus, das ist ein Credo in Ihrem vor wenigen Tagen in Frankreich erschienenen Buch "Économie du bien commun" (Wirtschaft des Gemeinwohls). Darin prangern Sie die Fehlleistungen des öffentlichen Dienstes und des Arbeitsmarktes an, den Anstieg der Arbeitslosigkeit, den unverantwortlichen Umgang mit der Überalterung der Bevölkerung. Sind wir alle unverbesserliche Egoisten?

Jean Tirole: Ich glaube, ja. Das ist einer der Gründe, warum ich dieses Buch geschrieben habe. Uns steht ein fantastisches kulturelles Erbe zur Verfügung, wir haben viele Talente, aber die Grundvoraussetzungen werden immer schlechter. Die Situation der öffentlichen Haushalte verschlechtert sich zusehends. Ebenso wie die Ausbildung. Im Grunde wollen wir einfach nicht glauben, was da mit uns passiert.

Die Welt: Die jüngsten Konjunkturdaten namentlich aus Deutschland stimmen optimistisch ...

Tirole: Das Wirtschaftswachstum mag sich zwar etwas erholen, was einige Probleme lösen würde, aber das ist leider nicht das Szenario auf mittlere Sicht, wie man zugeben muss. Wir haben Haushaltsdefizite, die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu, wir wollen die Renten nicht kürzen, obwohl das im Hinblick auf die Solidarität zwischen den Generationen Sinn machen würde. Im Grunde sagen wir der Jugend heute: "Seht zu, wie ihr jungen Leute fertig werdet. Ihr müsst unsere Rente bezahlen!" Dasselbe Problem betrifft die Erderwärmung und ihre Folgen. Auf kurze Sicht gibt es im Grunde keine drängenden Probleme – also warten alle ab, bis die Katastrophe eintritt.

Die Welt: Der Kontext, den Sie in Ihrem Buch beschreiben, ist ziemlich pessimistisch ... Haben Sie Angst vor einer Revolte der Jugend?

Tirole: Wenn ich jung wäre, würde ich selbst revoltieren! Es gibt hier und dort ein paar Bewegungen von Entwürdigten, die sich zusammenschließen, was auch sehr gut ist, aber ein wirkliches politisches und ökonomisches Programm kann man noch nicht erkennen. Lösungen sollte man ja auch anbieten können. Man muss versuchen, die Welt, in der man lebt, zu verstehen, und vor allem versuchen, die Welt zu begreifen, in der wir in 20 Jahren leben werden. Und sobald ich das verstanden hätte, würde ich mich gegen den Egoismus der vorigen Generationen auflehnen.

Die Welt: Ist das nicht utopisch?

Tirole: Die Lösung liegt nicht in irgendeiner Utopie. Was derzeit vorgeschlagen wird, das ist im Grunde fast nur reiner Populismus. Heutzutage sehen wir uns einer ökonomischen Protestbewegung gegenüber, die am [Aufstieg des Extremismus](#) Anteil hat.

Die Welt: Der wachsende Extremismus in Europa – macht er Ihnen Angst?

Tirole: Er betrübt mich sehr. Man muss sehr vorsichtig sein. Wir leben zwar nicht unter den gleichen Bedingungen, die in den 30er-Jahren in Deutschland herrschten, aber ich verstehe die Unruhe und Sorgen der Jugend nur zu gut, vor allem, was ihre Zukunft anbetrifft. Und sehe auch die Ungleichheit, die immer schlimmer wird, vor allem in den Vereinigten Staaten.

Die Welt: Könnten Sie das etwas ausführen?

Tirole: Die Reden von Präsidentschaftsanwärter Donald Trump beispielsweise sind dafür bezeichnend, was den derzeit vorherrschenden Populismus anbetrifft. Dieser Hass gegen alles Ausländische – und das in einem Land, das Einwanderer sonst immer so positiv aufgenommen hat – ist schockierend. Und er wird auch noch zu einer Zunahme der Ungleichheit führen, durch den Vorschlag von Steuersenkungen in einem Land, in dem die Steuern sowieso schon sehr niedrig sind, vor allem für die Reichen – eine Erklärung, wie er das finanzieren will, [hat Trump nicht parat](#). Auch in Europa weigern sich die Extremisten sowohl der Rechten als auch der Linken zuzuhören, was die Wirtschaftsexperten zu sagen haben.

Die Welt: Wie kann man diesen negativen Trend stoppen?

Tirole: Reformen sind erst einmal das Wichtigste. Länder wie Deutschland, Skandinavien, Kanada und Australien haben ja schon gezeigt, dass Veränderungen möglich sind.

Die Welt: Und in Europa?

Tirole: Was Europa angeht, so muss man akzeptieren, dass – auch wenn ich noch so sehr von einem föderalistischen Europa träume – wir uns in einem dualen Europa befinden, mit vollkommen gegensätzlichen Situationen. Südeuropa könnte zum Beispiel einen kräftigen Aufschwung in Nordeuropa gut gebrauchen, doch Deutschland zum Beispiel, um nur ein Land zu nennen, hat das nicht nötig, dort gibt es kaum Arbeitslosigkeit. Was ich damit sagen will, ist, dass innerhalb Europas nicht mehr die gleichen Interessen bestehen. Man kann Südeuropa, das unter einer so hohen Arbeitslosigkeit leidet, keine strengen Sparmaßnahmen auferlegen.

Die Welt: Sie spielen auf Griechenland an.

Tirole: Richtig. Das Land hat Reformen eingeführt, schafft es aber nicht, sie [in die Tat umzusetzen](#). Jeder weiß, dass Griechenland seine Staatsschulden nicht wird begleichen können, doch was tun? Wird es noch 30 Jahre lang den IWF brauchen? Immerhin ist es eine Demokratie. Dieses Beispiel beweist, dass es in Europa [keine gemeinsamen Interessen mehr](#) gibt.

Die Welt: Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Tirole: Es wird zwar sicherlich nicht so kommen, aber ich träume von einem europäischen Föderalismus. Dafür müssten wir akzeptieren, dass wir an Souveränität verlieren. Mit der Bankenunion passiert das nicht, und das ist gut so. Aber nehmen wir mal die Arbeitslosigkeit. Es ist ganz offensichtlich, dass im Falle einer europäischen Arbeitslosenversicherung die Länder, die nur eine Arbeitslosenquote von fünf Prozent haben, sich nicht mit denjenigen zusammentun wollten, die es mit einer Quote von 25 Prozent zu tun haben. Sie würden glauben, dass sie für die anderen bezahlen müssen. Dieselbe Überlegung trifft auch auf die gemeinsame Bewältigung von Staatsschulden zu.

Die Welt: Was wäre nötig, damit Ihr Traum Wirklichkeit wird?

Tirole: Der Föderalismus ist ein wunderbarer Traum, der auf Solidarität basiert. Subventionen oder Transfers mag es von einem Land oder einer Region in eine andere geben, das sieht man in Deutschland, in den Vereinigten Staaten oder auch in Italien. Aber das funktioniert nur dann, wenn der Zustand in den ärmeren Regionen sich nicht verschlechtert. Um so etwas umzusetzen, braucht man eine gemeinsame Politik und allgemeingültige Regeln sowie ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Ich kann mir das in Europa nicht vorstellen.



Man muss zugeben, dass es mit Europa tatsächlich bergab geht



Die Welt: Hätten Europas Regierungen etwas anders machen sollen?

Tirole: Vielleicht hätte man das hinter einem Schleier von Ignoranz verwirklichen können, aber man hat stattdessen zugelassen, dass es immer schlimmer wird. Die Menschen, die an das Abkommen von Maastricht glaubten, hatten sehr wohl begriffen, dass die Schulden und Budgets in Europa zu Problemen führen könnten, aber leider keine Institutionen kreiert, die diesbezüglich Abhilfe schaffen.

Die Welt: Es sieht nicht gut aus.

Tirole: Ich mache mir heute wirklich Sorgen um Europa. Wir haben das Anwachsen von Extremismus und Populismus zugelassen, aber man muss auch zugeben, dass es mit Europa tatsächlich bergab geht. Das deutsch-französische Team, früher noch ein wichtiger Motor, funktioniert nicht mehr, und auch das ist bezeichnend: sicherlich deshalb, weil Frankreich zu den südlichen Ländern gehört. Ich mag diese bezüglich des Haushaltsplans besessene Seite Deutschlands nicht, aber wenn es nicht absolut europäisch orientiert wäre, dann wäre der Grexit längst vollzogen worden. Darin sehe ich trotz allem noch eine Quelle der Hoffnung und ein Signal, dass es wirklich bei Europa bleiben will.

Dieser Text stammt aus der Zeitungskooperation Leading European Newspaper Alliance (LENA). Ihr gehören neben der „Welt“ die italienische Zeitung „La Repubblica“, „El País“ aus Spanien, „Le Soir“ aus Belgien, „Le Figaro“ aus Frankreich sowie aus der Schweiz „La Tribune de Genève“ und „Der Tagesanzeiger“ an.

145,80

Nachteile für Migranten

Viele Türken in Deutschland sind arm

Weniger Einkommen, weniger Wohnraum, weniger Bildung: Die Lebensverhältnisse vieler Migranten sind schwierig – auffällig stark gilt das für Bürger türkischer Herkunft.

19.05.2016, von DIETRICH CREUTZBURG, BERLIN



© REUTERS/Arm, aber zufrieden? Türkische Migranten in Deutschland

Etwa ein Sechstel der in Deutschland lebenden Menschen gilt als armutsgefährdet, weil ihr Einkommen weniger als 60 Prozent des gesellschaftlichen Mittelwerts beträgt. Nach Messung des Statistischen Bundesamts beträgt die Armutsrisikoquote derzeit im Durchschnitt 15,4 Prozent. Sozialverbände und Gewerkschaften sehen darin einen sozialpolitischen Skandal. Eher selten ist indes die Rede davon, wie sich die Zahl zusammensetzt – allenfalls wird ein Seitenblick auf die Gruppe armutsgefährdeter Senioren geworfen, deren Anteil derzeit 14,4 Prozent beträgt.



Autor: Dietrich Creutzburg, Wirtschaftskorrespondent in Berlin.Folgen:

Beim näheren Blick zeigt sich, dass die Kluft zwischen Arm und Reich nicht nur ein Gegensatz zwischen unten und oben ist, sondern auch einer zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Besonders groß ist der Unterschied zwischen Menschen mit türkischen Wurzeln und der übrigen Bevölkerung. Das zeigt ein Datenreport, den das Wissenschaftszentrum Berlin zusammen mit dem Statistischen Bundesamt veröffentlicht hat. Was als soziale Spaltung der Gesellschaft diskutiert wird, ist demnach auch das Problem einer misslungenen Integration.

1242 Euro im Monat

Schon für die Gesamtgruppe der Migranten und ihrer Nachkommen, zusammen 16,4 Millionen Menschen, weist der Report eine beachtliche Armutsrisikoquote von 24 Prozent der Erwachsenen aus. Unter den 2,9 Millionen Einwohnern mit türkischen Wurzeln ist der Anteil aber noch deutlich höher: 36 Prozent. Umgekehrt verhält es sich mit dem Anteil derer, die ein Einkommen über dem gesellschaftlichen Mittelwert haben. Das schaffen nur 26 Prozent der Türken. In der Gesamtgruppe der Migranten sind es 41 und unter den Bürgern mit deutschen Wurzeln 53 Prozent.

In Geld heißt das: Der durchschnittliche deutsche Haushalt hat netto 1730 Euro im Monat, der entsprechende Migrantenhaushalt 1482 Euro und der türkische Durchschnittshaushalt nur 1242 Euro. Quelle der Zahlen ist das Sozioökonomische Panel (SOEP), ein Fundus an Befragungsdaten für die Wissenschaft. Seine Ergebnisse sind detailreicher als die amtliche Statistik, die nicht nach einzelnen Nationalitäten unterscheidet. In der Tendenz stimmen sie aber überein. Die amtlichen Tabellen weisen für die Gesamtheit der Migranten eine Armutsrisikoquote von 27 Prozent aus.

Die unterschiedlichen Wohlstandsverhältnisse spiegeln sich in vielerlei Lebensverhältnissen, wie der Report zeigt. Auch in der Wohnsituation: Während ein deutscher Durchschnittshaushalt aus 1,9 Personen besteht und auf 59 Quadratmetern pro Kopf lebt, bestehen türkische Haushalte im Durchschnitt aus 3,2 Personen mit einer Wohnfläche von 32 Quadratmetern pro Kopf. Die ermittelten monatlichen Mietausgaben türkischer Haushalte sind indes mit 530 Euro im Monat höher als der Durchschnitt.

Zum Teil hat das mit unterschiedlichen Altersstrukturen zu tun: Migranten sind im Durchschnitt jünger als die übrige Bevölkerung, und sie haben im Verhältnis mehr Kinder, was Haushalts- und Wohnungsgröße beeinflusst. Der Report sieht aber noch andere Erklärungen: Dass viele Migranten in großen Städten leben, trage zu einem „erschweren Zugang zu bezahlbarem und geeignetem Wohnraum“ bei. Auch sei „wahrscheinlich, dass Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt eine Rolle spielen“.

51 Prozent haben keinen Berufsabschluss

Eine Erklärung für karge Lebensverhältnisse vieler Türken liefert indes auch das Bildungsniveau – und zwar nicht nur das der ersten Einwanderergeneration, die einst als Gastarbeiter kamen, sondern auch ihrer hier geborenen Nachkommen. Unter den heute 17- bis 45-Jährigen mit türkischen Wurzeln haben 40 Prozent höchstens die Hauptschule abgeschlossen; 51 Prozent haben nach der Schulzeit keinen Berufsabschluss erreicht. Zum Vergleich: Von den Migranten aus den anderen Gastarbeiterländern, also Südeuropa und dem früheren Jugoslawien, haben 35 Prozent keinen Berufsabschluss; unter den deutschen Vergleichspersonen sind das weniger als 20 Prozent.

Als Gründe für das Gefälle sieht der Report „institutionelle Diskriminierung“ sowie „soziale und ethnische Segregation“, eine wissenschaftliche Bezeichnung für das Entstehen von Parallelgesellschaften. Folgen dieses Gefälles zeigen sich auf dem Arbeitsmarkt: Nur 17 Prozent der Frauen und 56 Prozent der Männer türkischer Herkunft arbeiten Vollzeit, zugleich sind viele als Hilfsarbeiter tätig. Im Durchschnitt aller Migranten arbeiten 27

Prozent der Frauen und 67 Prozent der Männer Vollzeit; unter den übrigen Bürgern sind es 37 Prozent der Frauen und 70 Prozent der Männer. Zwar schaffen es nur ganz wenige Türken in leitende Angestelltenpositionen, für die meist eine akademische Bildung gefordert ist. Zugleich aber arbeiten mit einem Anteil von 14 Prozent überproportional viele als Facharbeiter oder Meister.

Solche Erfolgsgeschichten können das Gefälle aber nur mildern und nicht verhindern, dass sich dieses in vielen Fällen mit einer eher schwachen Identifikation mit Deutschland verbindet. Unter allen 16,4 Millionen Personen mit Migrationshintergrund äußerten 80 Prozent den Wunsch, für immer in Deutschland zu bleiben. Unter den Befragten türkischer Herkunft waren es dagegen nur zwei Drittel – und dies gleichermaßen unter der Einwanderergeneration wie auch unter den hier geborenen Nachkommen.

Lebenssorgen gehen mit Gesundheitsrisiken einher

„Die schwierige soziale Situation dieser Gruppe und die stärker verbreitete Erfahrung von Benachteiligung können dieses Ergebnis erklären“, schreiben die Forscher und liefern einen weiteren Beleg. Während im Durchschnitt 8 Prozent der Migranten angeben, sie nähmen im Alltag oft Benachteiligungen wegen ihrer Herkunft wahr, ist der Anteil unter jenen türkischer Herkunft mit 18 Prozent mehr als doppelt so hoch. In der Generation der Nachkommen ist diese Kluft sogar noch etwas größer.

Die Lebenssorgen gehen offenbar auch mit erhöhten Gesundheitsrisiken einher. Den Befragungen zufolge leiden Bürger mit türkischen Wurzeln vor allem in der zweiten Lebenshälfte weit häufiger unter Schmerzen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Zudem zeigt die amtliche Statistik, die nicht nach Nationalitäten aufschlüsselt, dass Migranten in der zweiten Lebenshälfte überdurchschnittlich oft verletzt oder krank sind. Für jüngere Migranten gilt das Gegenteil. Ein erhöhtes Krankheitsrisiko in der zweiten Lebenshälfte gibt es freilich auch unabhängig von der Herkunft bei Menschen mit geringer Bildung und in Arbeiterberufen.

Würde die Integration indes im Gegensatz zu alledem sehr erfolgreich gelingen, hätte das neben den Vorteilen für Betroffene auch günstige Auswirkungen auf die vielbeachtete Armutsrisikoquote: Würden allein die 2,9 Millionen türkischstämmigen Einwohner ähnliche Lebensverhältnisse erreichen wie der Durchschnitt der übrigen 78 Millionen Einwohner, dann verringerte sich schon dadurch die allgemeine Quote um etwa einen dreiviertel Prozentpunkt. Das entspräche einem Rückgang der statistisch gemessenen Armut auf das Niveau des Jahres 2005.

145,82

• [OPINION](#)

• [REVIEW & OUTLOOK](#)

Austria's Illiberal Choice

The far-left greens narrowly defeated the far-right xenophobes.



ENLARGE

Alexander Van der Bellen, winner of Austria's presidential election, waves to his supporters in Vienna, Austria, on May 23. PHOTO:ASSOCIATED PRESS

May 23, 2016 3:38 p.m. ET

[9 COMMENTS](#)

Most Europeans are relieved that Austrian voters decided against handing their country's ceremonial presidency to a far-right candidate, albeit by the narrowest of margins. Fair enough, since Norbert Hofer of the Austrian Freedom Party, or FPÖ, would have become Western Europe's first far-right head of state since World War II. But that's no reason to be complacent about the rise of Europe's political extremes typified by this election.

The race pitted Mr. Hofer against Alexander Van der Bellen of the Green party. Candidates from the two mainstream parties, the ruling Social Democrats and the center-right People's Party, had been eliminated in the first round.

Most attention focused on Mr. Hofer and his party. The FPÖ in recent years has attempted to soften its tone while still espousing an ugly policy mix of economic protectionism, nativism and admiration for [Vladimir Putin](#). The agenda has resonated with voters amid the Middle East refugee crisis; Austria was a key transit point for more than a million migrants and refugees headed mainly for Germany.

Although the center-right and center-left rallied their supporters behind Mr. Van der Bellen, the Greens are hardly less extreme than the FPÖ, even if they're more polite. Both candidates opposed the trans-Atlantic free-trade pact known as TTIP, and Mr. Van der Bellen's party offers an economic platform almost entirely composed of green boondoggles. They want "CO2-based environmental taxes," "raising the truck toll," "20,000 new organic farms" (subsidized by the state naturally) and so on. The Greens' soft-on-Russia foreign-policy statements are indistinguishable from the FPÖ's.

No wonder this lesser-of-two-evils election was close, with Mr. Van der Bellen winning only 50.3% of the vote. Austria's lousy choice is one that will increasingly face Europeans unless mainstream parties can promote growth and learn to become more responsive to voter concerns about immigration and integration.

May 23, 2016 6:32 am

‘Why Vote Leave’, by Daniel Hannan

Review by Sebastian Payne



This is a hard time for those of us with Eurosceptic inclinations. The arguments from both sides in the [EU referendum](#) campaign have rapidly descended into vitriolic hyperbole, making a rational judgment on whether to vote Remain or Leave difficult. How can one take a considered view of the pros and cons of Britain’s EU membership when we are being warned of war, recession and aiding Isis, all in the space of a single week?

The question for undecided voters is this: how bad do you consider the EU to be? Is it unfit for purpose, the whole project beyond redemption and one to which Britain should wave farewell? Or, despite the bloc’s institutional failings, is there a future for Britain inside the EU? Can we make it work, bearing in mind that Brexit might destabilise the British economy?

Enter [Daniel Hannan](#), the thinking man’s Eurosceptic. For more than two decades, he has defended a thoughtful anti-EU position in his writing and his work as a Conservative member of the European Parliament. His latest book, *Why Vote Leave*, makes a short, sharp case for leaving the EU. By outlining what he considers to be the EU’s failings, he hopes to persuade floating voters that things are really as bad as they feared.

Beginning by inviting the reader to “please sack me”, Mr Hannan inveighs against the European project — he condemns the lumbering Brussels bureaucracy for its lack of democratic accountability, denounces the expenses “gravy train” and bemoans the UK’s limited influence. Having represented Britain in [Brussels](#) for 17 years, he has no love for the EU’s institutions.

Mr Hannan’s case for Brexit turns on the question of sovereignty. He is at his most persuasive when writing about the differences between the natural evolution of Britain’s political system, which he contrasts with the chilly rationalism of the EU’s march towards “ever-closer union”. Everything that makes Britain British, he argues, is at odds with the vision of those across the English Channel. For this reason, a pan-European identity — at least one that encompasses the UK — is impossible.

During the referendum campaign, the anti-EU side has been beset by infighting. This reflects two different visions of Brexit. One adopts a Little England, pull-up-the-drawbridge, approach, the other promotes the idea of liberating Blighty from the dead hand of Brussels. *Why Vote Leave* focuses on the latter. Although he touches on the question of immigration, Mr Hannan does not rest his case on the need for Britain to seal its borders. He senses, correctly, that this turns off undecided voters. He argues for free trade instead.

Not everyone on his side agrees. [Nigel Farage](#), the leader of the UK Independence party, claims that Brexit will allow Britain to regain full control of its borders and so limit immigration. But where these competing visions of an “independent Britain” do resemble each other is in their emphasis on the “people” taking on the “establishment”. Mr Hannan argues that Brussels is the home of crony capitalism, where lobbyists and unelected officials without a mandate plot the future of nations.

The flaw in Mr Hannan’s case is the same one that undermines the Leave campaign as a whole: the absence of a convincing post-Brexit economic and trade model. Warnings from the International Monetary Fund, the Bank of England, eight former US Treasury secretaries and three former prime ministers have allowed Remainers to claim that the

economic argument has been settled in their favour. Mr Hannan tackles this head-on, but his optimistic vision is unlikely to convince all of the undecideds.

Those floating voters will have to decide what matters more: economic security or sovereignty. For faithful Breainers, the status quo is preferable to going it alone, while Brexiters hope to seize this once-in-a-generation opportunity for Britain to chart its own course. Those seeking to understand why so many voters are toying with Brexit should listen to Mr Hannan.

This book has supplied my inner Euroscepticism with some intellectual ballast. Nevertheless, like many voters, I have yet to decide which box to tick on June 23.

The reviewer is the FT's digital comment editor

145,85

MARTIN FELDSTEIN

Martin Feldstein, Professor of Economics at Harvard University and President Emeritus of the National Bureau of Economic Research, chaired President Ronald Reagan's Council of Economic Advisers from 1982 to 1984. In 2006, he was appointed to President Bush's Foreign Intelligence Advisory Board, and... [READ MORE](#)

MAY 23, 2016 11

A Debt Agenda for the G7

CAMBRIDGE – On May 26-27, the heads of the Group of Seven leading industrial countries will gather in Japan to discuss common security and economic problems. A major common problem that deserves their attention is the unsustainable increase in the major developed countries' national debt. Failure to address the explosion of government borrowing will have adverse effects on the global economy and on debt-burdened countries themselves.

The problem is bad and getting worse almost everywhere. In the United States, the Congressional Budget Office [estimates](#) that the federal government debt doubled over the past decade, from 36% of GDP to 74% of GDP. It also predicts that, under favorable economic assumptions and with no new programs to increase spending or reduce revenue, the debt ratio ten years from now will be 86% of GDP. Even more worrying, the annual deficit ratio will double in the next decade to 4.9% of GDP, putting the debt on track to exceed 100% of GDP.

The situation in Japan is worse, with [gross debt](#) at more than 200% of GDP. Japan's current annual deficit of 6% of GDP implies that the debt ratio will continue to rise rapidly unless action is taken.

Conditions differ among the eurozone countries. But three of the European Union's four largest economies – France, Italy, and the United Kingdom – all have large debts and annual deficits that point to even higher debt ratios in the future.

A rising level of national debt absorbs funds that would otherwise be available to finance productivity-enhancing business investment. Businesses now fear that the increasing deficits will lead to higher taxes, further discouraging investment.

That is a worrying prospect for everyone. When interest rates rise, as surely they must, the cost of servicing the debt will require higher taxes, hurting economic incentives and weakening economic activity. And the persistence of large deficits reduces the room that governments have to increase spending when there is an economic downturn or a threat to national security.

Reducing deficits is obviously a task for those responsible for tax revenue and public spending: governments and legislatures. But central banks also play a role, affecting the problem in two ways. Low-interest-rate policies in advanced countries are depressing the current size of budget deficits, but at the cost of reducing pressure on political leaders to address future deficits and encouraging voters to favor more spending programs and larger tax cuts. Central banks can help by announcing clearly that interest rates will rise substantially in the future, making it more expensive for governments to borrow and to roll over existing debt.

Reducing annual deficits requires either increased tax revenue or decreased outlays. Raising marginal tax rates is both politically unpopular and economically damaging. In the US, there is scope to raise revenue without increasing tax rates, by limiting so-called tax expenditures – the forms of spending that are built into the tax rules rather than appropriated annually by Congress.

For example, an American who buys an electric car receives a \$7,000 tax reduction. Larger tax expenditures in the US include the deduction for mortgage interest and the exclusion from taxable income of employer-paid health-insurance premiums.

Although eliminating any of these major tax expenditures might be politically impossible, limiting the amount by which a taxpayer could reduce his or her tax liability by using these provisions could raise substantial revenue. So I do my best to persuade my Republican friends in Congress that reducing the revenue loss from tax expenditures is really a way to cut government spending even though the deficit reduction appears on the revenue side of the budget.

The good news is that a relatively small reduction in annual deficits can put an economy on a path to a much lower debt-to-GDP ratio. For the US, cutting the deficit from the projected 4.9% of GDP to 3% of GDP would cause the debt ratio to drop toward 60%.

The same is true elsewhere. The long-run debt-to-GDP ratio is equal to the ratio of the annual budget deficit to the annual rate of growth of nominal GDP. With 4% nominal GDP growth, a budget deficit of 2% would bring the long-term debt ratio down to 50%. That should be the goal for which all of the G7 countries aim.

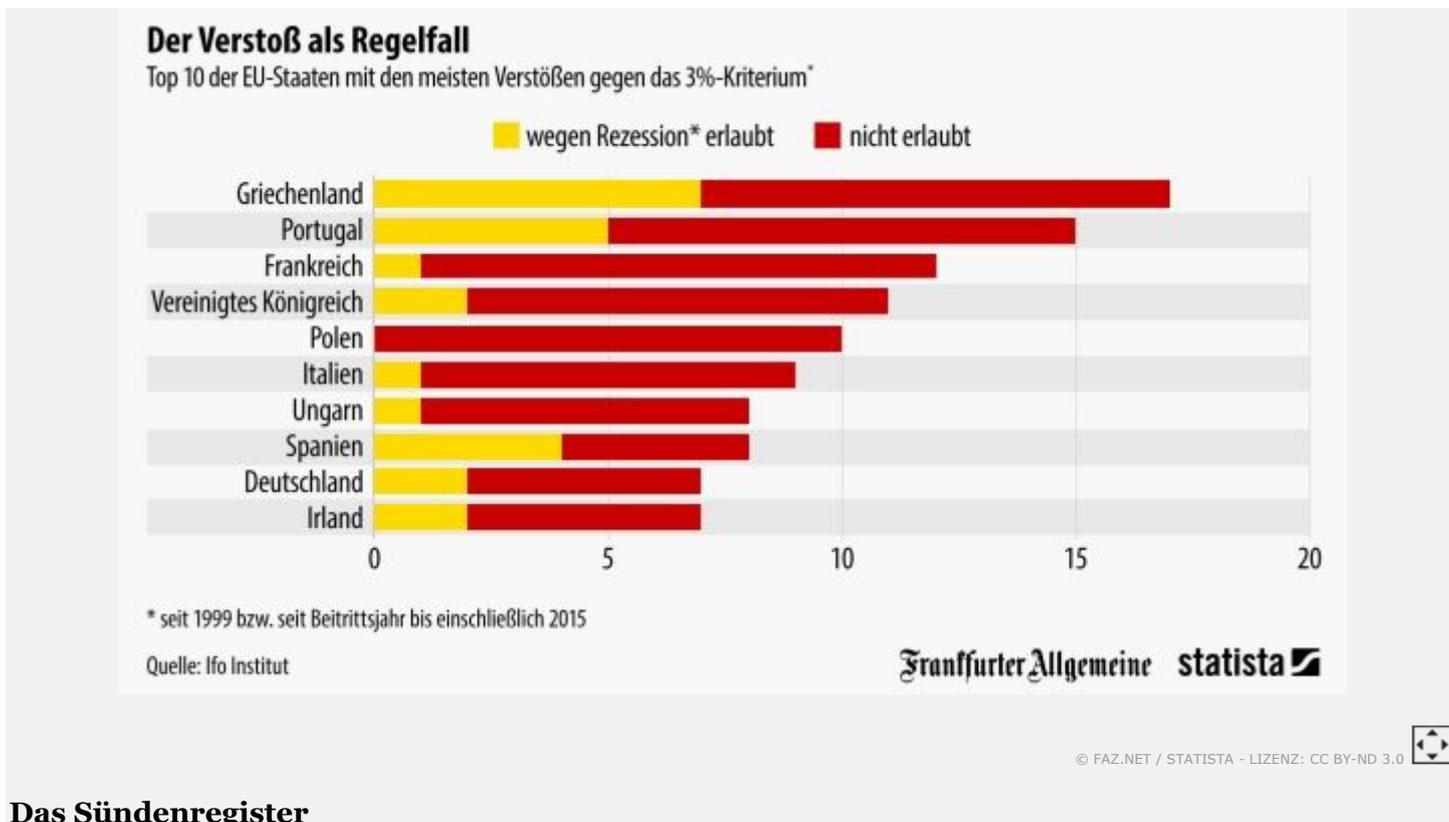
145,86

Grafik des Tages

Der Verstoß als Regelfall

Eigentlich haben sich die EU-Länder selbst strikte Disziplin beim Geldausgeben auferlegt. Doch das Defizitkriterium wird ständig gerissen. Unsere Grafik zeigt das Sündenregister.

24.05.2016



Das Sündenregister

Der französische Ökonom Guy Abeille ersann im Auftrag der französischen Regierung bereits Anfang der Achtzigerjahre die sogenannte 3-Prozent-Klausel, wonach sich der Staat nicht über 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes jährlich zusätzlich verschulden solle. Die Klausel fand Eingang in den Maastrichter Vertrag und wurde seit Inkrafttreten 1999 zur Regel für die Europäische Union. Wie die Infografik von [Statista](#) zeigt, hat Griechenland seither jedes Jahr gegen die Defizitvorgabe verstoßen. **Allerdings ist es Frankreich, das mit elf Malen am häufigsten unerlaubter Weise gegen das Kriterium verstoßen hat.** Deutschland hat es auch in die Hitliste geschafft.

145,87

Blocage de raffineries, grèves, violences : la gauche radicale, un poison français

Par Frédéric Saint Clair

Publié le 24/05/2016 à 12:27



FIGAROVOX/CHRONIQUE - La CGT a annoncé ce mardi matin que les huit raffineries françaises étaient désormais en grève. Pour Frédéric Saint Clair, la gauche radicale nuit durablement à la France.

Frédéric Saint Clair est mathématicien et économiste de formation. Il a été chargé de mission auprès du Premier ministre Dominique de Villepin pour la communication politique (2005-2007). Il est aujourd'hui consultant en stratégie et communication politiques.

La CGT annonce ce matin que les huit raffineries françaises sont désormais en grève. La gauche radicale soutient le mouvement des grévistes. Le pays s'apprête encore une fois à vivre un épisode douloureux, économiquement et socialement. Cette extrême gauche, qu'elle soit politique, syndicale ou intellectuelle, demande d'une seule voix le retrait de la Loi Travail. Peut-être même davantage: la disparition de l'actuelle gauche de gouvernement sous prétexte qu'elle n'est pas la «vraie» gauche mais une forme de libéralisme déguisé. La gauche radicale prétend disposer d'un projet alternatif, plus humain, plus écologique, plus social. Qu'en est-il?

La gauche radicale dispose en effet d'un projet, mais il n'a pas l'importance que les autres partis politiques accordent au leur. La raison? Ce n'est pas le réel qui définit le projet de cette gauche, c'est un ensemble de concepts abstraits que l'on nomme idéologie. Le réel vient s'y greffer ensuite, pour appuyer les propositions, pour séduire l'opinion et lui présenter une image «crédible» d'un projet alternatif qui justifie que l'on s'oppose au projet en cours. L'opposition au projet en cours, quel qu'il soit, demeure toujours la priorité. Dans la conscience de Philippe Martinez, de Jean-Luc Mélenchon ou de Frédéric Lordon, l'objet politique premier demeure la lutte sociale, que Marx nommait «lutte des classes». Tout est prétexte à cette lutte. Tout y est soumis. Même l'économie du pays. Même le sort des ouvriers dont ils prétendent défendre la cause. Si la gauche radicale est dite «radicale», ce n'est pas à cause de la teneur de ses propositions politiques. C'est à cause de sa méthode: le conflit, la lutte des classes, la manifestation, le blocage, et bien souvent, la destruction, le saccage, c'est à dire la violence.

La gauche radicale, sous ses trois formes, politique, syndicale et intellectuelle, est un poison politique. Elle nuit à la France depuis trop longtemps. Elle doit disparaître.

Le principe sous-jacent à l'action radicale est politiquement problématique. Ce principe de la lutte des classes, qui a été reformulé en «lutte sociale», est la négation de ce qui constitue pourtant le fondement, d'Aristote à Montesquieu, de tout projet politique digne de ce nom: l'unité de la nation. Le projet politique de la gauche radicale repose à l'inverse sur la division de la nation, sur sa fracturation violente, sur l'opposition révolutionnaire d'une partie du corps politique contre l'autre. En effet, pas de gauche radicale sans désignation de l'ennemi: le bourgeois, le patron, le détenteur de l'autorité, le policier, le militaire, etc. Par exemple, la

gauche radicale condamne toujours vivement les violences policières, mais exprime toujours une certaine compréhension, pour ne pas dire de l'empathie, pour les auteurs de violences dirigées contre les forces de l'ordre, comme nous avons encore pu le constater récemment. Une séquestration de patron? Même réaction. La gauche radicale n'excuse pas forcément, mais elle comprend, elle compatit. Ce que cette gauche reproche à l'extrême droite sur le volet identitaire, elle l'accomplit sur le volet social.

La gauche radicale, sous ses trois formes, politique, syndicale et intellectuelle, est un poison politique. Elle nuit à la France depuis trop longtemps. Elle doit disparaître.

Qui porte la responsabilité de son existence et de sa pérennité? Qui devrait être chargé de saper ses fondements? La gauche de gouvernement, cette gauche qui aujourd'hui peine à trouver son chemin parce qu'elle est sans cesse en train de regarder vers son extrême gauche, comme pour demander la permission d'agir, comme pour chercher une caution «de gauche», un satisfecit. Jean Jaurès a pourtant commencé ce travail de sape en son temps, notamment au moment où Alexandre Millerand est entré dans le gouvernement de Waldeck-Rousseau, considéré comme bourgeois. Jaurès y voyait dynamisme et puissance tandis que Jules Guesde dénonçait une trahison. L'abandon du principe de la lutte des classes prenait ainsi fin pour une certaine gauche tandis que l'autre s'y accrochait de toutes ses forces, refusant même de soutenir Dreyfus au prétexte qu'il n'était pas ouvrier. Un siècle plus tard, rien n'a vraiment changé, si ce n'est que les responsables de gauche n'ont plus l'envergure de Jaurès, et que le regard doux et nostalgique que porte le PS sur la gauche radicale est indigne. Son refus de dénoncer l'idéologie, les méthodes, les discours du PC, du PG, d'EELV, voire de la CGT, de FO, etc., sous prétexte que cette partie de l'électorat lui est indispensable pour réaliser «l'union de la gauche» et ainsi conquérir le pouvoir est irresponsable.

La vérité, c'est que la France ne peut plus se permettre de soutenir encore longtemps cet intérêt intellectuel pour le corpus marxiste, car les épigones du penseur rhénan sont aujourd'hui des cervelles creuses et agressives (dont Nuit Debout a été un exemple éclatant), et les déclinaisons politiques et syndicales du marxisme nuisent au pays tout entier, ouvriers et salariés compris, comme jamais auparavant. Il est temps que ça cesse.

145,89

• [OPINION](#)

• [REVIEW & OUTLOOK](#)

The Greek Fiction

Debt levels in 44 years matter less than reforms left undone today.



ENLARGE

European Commissioner in Charge of Economic and Financial Affairs Pierre Moscovici, Greek Finance Minister Euclid Tsakalotos, and European Commission Vice-President in Charge of the Euro and Social Dialogue Valdis Dombrovskis during an Eurogroup finance ministers meeting in Brussels on May 24. *PHOTO: EUROPEAN PRESSPHOTO AGENCY*

May 24, 2016 3:25 p.m. ET

The eurozone has reached the point where it can have a Greek crisis without Athens even participating. Witness the argument among creditors about Greek debt relief.

Ahead of Tuesday's summit of eurozone finance ministers, the International Monetary Fund released a report arguing that Greece's debt burden is unsustainable. European creditors are anxious for the IMF to participate in last year's bailout program the same way it joined Greece's first two rescues, but the Fund will do so only if it thinks Athens can pay its debts.

The IMF proposes immediately cutting interest rates and lengthening maturities to reduce Greece's debt by an amount equal to 50% of gross domestic product by 2060. In last summer's deal, eurozone creditors set an implausible target for a fiscal surplus of 3.5% of GDP from 2018 onward. The IMF's preferred target of 1.5% is probably closer to what Athens can achieve—on a good day. The howler is that anyone thinks Greece's hypothetical debt-to-GDP ratio 44 years hence will matter if the economy can achieve only the 1.25% annual growth the IMF expects over the longer term.

On that score, last year's agreement already is doing damage that debt relief alone can't fix. To qualify for the next tranche of aid, Prime Minister Alexis Tsipras and his far-left Syriza party this month raised taxes again with no accompanying liberalization of labor or product markets.

Mr. Tsipras's statist ideology is as hostile as ever to the supply-side reforms Greece needs, and both the IMF and other creditors seem to be giving up hope that any other Greek politician could enact such reforms. Which means Greece's crisis will drag on no matter what happens next with Greece's debts.

145,90

[ECONOMY](#)

• [CENTRAL BANKS](#)

ECB Warns Against Rise of Populism

Increasing support for populist parties may delay fiscal and structural reforms, warns central bank

By [TODD BUELL](#)

Updated May 24, 2016 9:29 a.m. ET

[9 COMMENTS](#)

FRANKFURT—The European Central Bank warned Tuesday that the rise of populist political forces in Europe could slow the implementation of needed economic reforms, leading to market pressure on vulnerable countries.

The comments in the ECB's Financial Stability Review, which it issues twice a year, come as Europe faces a wave of populist revolts that threaten to undermine much of the political order established on the continent since the end of the World War II.

In the report, the ECB said that rising political risks "as well as the increasing support for populist political parties which are seen to be less reform-oriented, may potentially lead to the delay of much needed fiscal and structural reforms and cause renewed pressures on more vulnerable sovereigns."

A clear political risk in Europe is the aftermath of a possible British exit from the European Union. British voters will go to the polls on June 23 to decide the issue. Asked about this vote, ECB Vice President Vítor Constâncio said that a so-called Brexit is "a matter of concern."

"We want to have a very low profile in discussing the issue," he said. "It's a matter for the U.K. electorate to decide,...but we are concerned and we follow and prepare."

The central bank also said governments had slowed the pace of economic reforms amid very low borrowing costs. Many economists say such reforms are needed to improve long-term growth prospects in the euro currency bloc. "Reform efforts appear to have dwindled amid low sovereign stress and rising political risks," said the report.

"Overall, structural reform efforts have lost momentum in the euro area in recent years," said the report. "While deeper structural reforms would bring long-term benefits by boosting growth potential without endangering fiscal solvency, political risks—having increased for almost all euro area countries since the onset of the global financial crisis—appear to be increasingly interfering with reform implementation."

The remarks come as investors are keeping a close eye on political developments across the continent. On Monday, official results showed that Alexander Van der Bellen, [a former leader of Austria's Green Party, beat his opponent](#), Norbert Hofer by the narrowest of margins to win that country's presidency.

The Austrian result "highlights growing nationalist sentiment across Europe, giving rise to concerns over the future of EU integration," said Andrew Wishart of Capital Economics in a note Tuesday.

[Next month, voters will be asked in the U.K.](#), which isn't in the eurozone, if they want to remain in the European Union. Days thereafter there will be [parliamentary elections in Spain](#) after inconclusive results in last December's vote.

145,91

France bloquée : la loi de la minorité

Par [Maxime Tandonnet](#)

Publié le 24/05/2016 à 19:21



FIGAROVOX/ANALYSE - Pour Maxime Tandonnet, derrière la mobilisation contre la loi travail, c'est la réussite de l'alternance de 2017 qui se joue. Les grévistes adressent un message par anticipation aux futurs dirigeants du pays.

Maxime Tandonnet décrypte chaque semaine l'exercice de l'État pour FigaroVox. Il est l'auteur de nombreux ouvrages, dont Histoire des présidents de la République, Perrin, 2013. Son dernier livre Au coeur du Volcan, carnet de l'Élysée est paru en août 2014. Découvrez également ses chroniques sur son blog.

Ceux qui veulent bloquer le pays sont «une minorité» répètent les dirigeants politiques du pays. Certes, mais les blocages sont toujours le fait d'une minorité, pas d'une majorité. Il suffit d'une poignée de militants et de grévistes déterminés pour paralyser le pays: blocus des raffineries de pétrole, des trains, du métro, des avions, des autoroutes par les chauffeurs routiers... Fin 1995, la France fut aussi paralysée pendant trois semaines par une minorité, de même en 1993 et en 2006, années où les gouvernements Balladur et Villepin durent retirer leurs projets de réforme libérale...

Aujourd'hui, au-delà de la loi travail qui a été largement vidée de sa substance en particulier sur les licenciements, l'épreuve de force entre la «rue» et le pouvoir a pris un caractère emblématique, passionnel et politique. Les grévistes veulent un retrait pur et simple du texte, c'est-à-dire une capitulation en bonne et due forme.

Ce qui se joue en ce moment, c'est la réussite de l'alternance de 2017. Les grévistes, en ce moment, adressent un message par anticipation aux futurs dirigeants du pays. En effet, les candidats aux primaires «de droite» ont mis en avant des programmes de libéralisation de l'économie qui vont infiniment plus loin que l'actuelle «loi travail». Alain Juppé propose une baisse de 85 à 100 milliards des dépenses publiques, le retour de la retraite à 65 ans et de la durée hebdomadaire du travail à 39 heures. M. François Fillon parle de refondation du code du travail, de «flexisécurité» et de possibilité de licenciement en cas de réorganisation de l'entreprise. Sur le fond, ils ont raison. Cette volonté réformatrice est vitale pour restaurer un pays dont l'attractivité a chuté. En 2015, les créations d'emplois liées à des projets d'implantation internationale se sont effondrées de 25% en France tandis qu'elles augmenté de 35% au Royaume-Uni, de 44% en Allemagne et de 27% en Pologne!

Une fois élus à la présidence de la République en 2017 sur la base de ces engagements, M. Juppé, M. Fillon ou d'autres se trouveront inévitablement confrontés à un choix décisif pour leur mandat: l'épreuve de force, d'une extrême violence et d'une durée indéfinie, ou le renoncement à appliquer leurs promesses.

Toutefois, une fois élus à la présidence de la République en 2017 sur la base de ces engagements, M. Juppé, M. Fillon ou d'autres se trouveront inévitablement confrontés à un choix décisif pour leur mandat: l'épreuve de force, d'une extrême violence et d'une durée indéfinie, ou le renoncement à appliquer leurs promesses. Dans les deux cas, et quelle que soit l'issue du bras de fer, leur quinquennat en sortira meurtri.

La vérité, c'est que l'économie et le social ne sont pas seuls en question dans le mouvement en cours. Le fond du problème est celui le mode de gouvernement du pays - ou de la gouvernance - un sujet totalement ignoré par l'ensemble des candidats aux présidentielles. A quoi bon les projets de réformes économiques et sociales si on ne se donne pas les moyens de les mettre en oeuvre?

Le fonctionnement de la République et de ses institutions est en cause. Un système où le chef de l'Etat est en permanence en première ligne est intrinsèquement fragile. Chargé de la représentation de la France, à l'extérieur comme à l'intérieur, il ne peut s'exposer durablement à la vindicte populaire. La personnalisation du pouvoir est une source de faiblesse: la colère se cristallise sur des personnes qui seront inévitablement tentées de reculer pour sauvegarder leur image. De fait, un chef de l'Etat a besoin d'une majorité et d'un gouvernement puissant qui assument leurs décisions. La question de la confiance est capitale. Quand le pouvoir politique atteint des sommets historiques dans l'impopularité, il se voit privé d'autorité et n'est plus en mesure d'imposer des choix. Celle de la responsabilité est elle aussi vitale. Un gouvernement qui échoue à réaliser les réformes sur lesquels il s'est engagé perd sa légitimité et doit se retirer.

Au-delà du fonctionnement des institutions, c'est la culture politique qui est en jeu et la conception que se fait un pays de la démocratie. Quand une décision est prise par la majorité élue au suffrage universel, en démocratie, les minorités doivent l'accepter. Tel est le fondement même de la démocratie qui permet aux nations de se gouverner en évitant les coups de forces et la violence. Aujourd'hui, la démocratie ne fonctionne plus en France dès lors que la loi de la majorité est privée d'autorité et de légitimité. D'où l'explosion des violences. **Le mot démocratie perd toute signification à partir du moment où la loi des minorités l'emporte sur celle de la majorité. Tel est le problème fondamental de la France d'aujourd'hui, sur lequel les candidats à l'élection présidentielle de 2017 auraient tout intérêt à méditer avant de se précipiter dans une impasse.**

145,93

Loi travail : mais où est passé le pays réel ?

26 mai

Éric Verhaeghe est fondateur de Tripalio, une start-up sur la vie syndicale. Cet ancien élève de l'ENA a occupé des fonctions dans le monde patronal et assumé divers mandats paritaires. Il fut notamment administrateur de la sécurité sociale. Son prochain livre, [Ne t'aide pas et l'État t'aidera](#), est paru le 25 janvier 2016 aux éditions du Rocher. Retrouvez ses chroniques sur son [site](#).

Le pays réel a disparu des écrans radar dans le ciel de la loi Travail. Plus que jamais, la parole politique est confisquée par une minorité assez peu (voire pas du tout) concernée par le texte, et les principaux acteurs à qui cette loi s'adresse en sont réduits à compter les points sans pouvoir intervenir dans le débat.

Radicalisation de la CGT, ou actions minoritaires?

Dans cette confiscation de l'intérêt général, il faut rendre un hommage appuyé aux quelques fédérations (minoritaires) de la CGT qui parviennent à bloquer le pays. Rappelons ici que la fédération de la CGT la plus importante, celle du service public, n'a ni appelé à la grève ni appelé à des blocages. Les seules actions significatives sont menées aujourd'hui par la fédération de la chimie, qui est loin de constituer les gros bataillons de la confédération.

Le blocage est le fait de quelques-uns, c'est-à-dire d'une petite minorité au sein d'une confédération minoritaire en France.

Sur ce point, on constatera la faible mobilisation des cheminots (pourtant touchés par la réforme du statut de la SNCF avant d'être touchés par la loi Travail) et des fédérations (comme celle des soignants) d'ordinaire les plus turbulentes. Les légions des entreprises publiques (EDF, Engie, etc.) n'ont pas encore suivi le mouvement.

Autrement dit, le blocage est le fait de quelques-uns, c'est-à-dire d'une petite minorité au sein d'une confédération minoritaire en France.

Radicalisation du gouvernement, ou préparation d'un remaniement?

Par contraste, la position du gouvernement pourrait sembler plus «majoritaire».

En réalité, il n'en est rien. Le texte, tel qu'il est sorti des arcanes de l'Assemblée Nationale, ne ressemble plus à rien et ne satisfait personne. En particulier, les entreprises restent sur leur faim, tout particulièrement les plus petites d'entre elles qui créent de l'emploi. La loi Travail devrait en effet accroître leur handicap concurrentiel face aux grandes entreprises, pour lesquelles rien n'est trop beau, sans que l'équivalent des dérogations au Code du Travail prévues par le texte ne soit possible pour les petites entreprises. Jamais gouvernement n'a aussi peu exprimé le fait majoritaire, et jamais une impopularité n'a été aussi grande.

Aujourd'hui, le Premier ministre vient d'affirmer qu'il ne lâcherait rien alors que le président du groupe socialiste à l'Assemblée a tendu une main aux Frondeurs pour réécrire le texte. Tout ceci ne ressemble plus à un acte de gouvernement, mais à la préparation d'une sortie avec claquement de portes intégré. Tout prête à croire que Manuel Valls démissionnera avant la fin du mois de juin, et que son successeur devra se contenter d'un texte réécrit à la va-vite pour obtenir une majorité à l'Assemblée et sortir vaille-que-vaille de la crise.

Les frondeurs et le pays réel

Des députés représentant tout au plus 2% des Français peuvent aujourd'hui faire la pluie et le beau temps dans ce pays.

La plausible démission de Manuel Valls marquera le triomphe des frondeurs, dont les meilleurs scores aux législatives n'ont pas dépassé le million d'électeurs pour un corps électoral total en France de plus de 45 millions de personnes. Autrement dit, des députés représentant tout au plus 2% des Français peuvent

aujourd'hui faire la pluie et le beau temps dans ce pays. Voilà qui en dit long sur la déliquescence de ce qui s'appelait à une époque la démocratie représentative et qui s'apparente de plus en plus à une oligarchie exclusivement tournée vers la résolution de ses soucis immédiats.

Le pays réel et les institutions

Au total, c'est bien la Constitution de la V^e République qui paraît fâchée avec le pays réel. Nos institutions ne permettent plus de dégager des majorités efficaces et représentatives du fait majoritaire. Les jeux d'appareils (notamment au moment des investitures) et les tactiques politiciennes ont coupé la représentation nationale de ses bases. Les courants qui agitent la nation ne sont plus rendus fidèlement par le «système».

On connaît tous la conclusion à laquelle ces ruptures conduisent tôt ou tard: l'Histoire a montré qu'un système politique qui n'est plus en harmonie avec le pays réel disparaissait tôt ou tard. Toute la difficulté est de savoir qui lui donnera l'utile pichenette pour tomber.

145,95

Frankreich

Hollande am Ende

Es ist nur eine radikale Minderheit, die Frankreich mit Straßenprotesten und Bränden in Atem hält. Aber Präsident Hollande ist so stark geschwächt, dass er es selbst mit ihr nicht aufnehmen kann. Ein Kommentar.

26.05.2016, von MICHAELA WIEGEL



© AFP Heißer Protest: In Douchy-Les-Mines brennt eine Barrikade

Es geht besser“ – so lautet der Spruch, mit dem der französische Präsident das Ende seiner Amtszeit bestreiten wollte. Doch wieder einmal ist [François Hollande](#) von den Ereignissen überrascht worden. „Ca va mieux“ taugt jetzt höchstens noch für Spottgesänge. Der Sozialist hatte nicht damit gerechnet, dass die Gewerkschaft CGT zum Totentanz auf die bereits totgeweihte Arbeitsrechtreform aufspielt. „Nichts verläuft wie geplant“, so überschrieb der Schriftsteller Laurent Binet sein Buch über den Einzug Hollandes in den Elysée-Palast. Von diesem Titel hat sich der Präsident auch ein knappes Jahr vor Ablauf seines Mandats nicht lösen können.

Nun sucht der Präsident verzweifelt nach einem Notausgang. Wie kann er rechtzeitig vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft das Land befrieden? Von seinem Vorgänger im Département Corrèze, [Jacques Chirac](#), hat er gelernt, auf Proteste mit Zugeständnissen zu reagieren. Hollande hat sich zwar gerade verbal in die Nähe des Agenda-2010-Kanzlers Gerhard Schröder gerückt und versprochen, sein Land in „eine Sozialdemokratie à la française“ zu verwandeln.

Aber auch diese Äußerungen haben sich als leichtfertige und voreilige Mutmaßungen entpuppt. Im Dialog mit den Gewerkschaften hat Hollandes Regierung versagt. Die CGT ist auf diese Weise zum Amoklauf gegen die Arbeitsrechtreform aufgebrochen. Sie weiß: Wenn die Barrikaden erst einmal brennen, verzagen die meisten französischen Präsidenten.

Kernkonfrontation zwischen Staat und Individuum

Angesichts des Streikchaos und der umstürzlerischen Missstimmung im Volk sucht Hollande, der frühere sozialistische Parteichef, eine politische Überlebensstrategie in tradierten Haltungen. Der Präsident weiß, wie sehr sein Land vom Erbe der Französischen Revolution geprägt bleibt. Der Kern des politischen Systems weist auf 1789 zurück und beruht auf der Unmittelbarkeit der Macht. Die politische Konfrontation spielt sich direkt zwischen Staat und Individuum ab.

Vermittlungsinstanzen werden nicht anerkannt. So erklärt sich der eruptive und aggressive Charakter der derzeitigen Auseinandersetzung. Die Legitimität des Präsidenten ist schon viel zu schwach, um es mit der radikalen Minderheit der CGT-Streikenden noch aufzunehmen. Das alles zeigt, warum Reformen am Ende einer Regierungszeit so gut wie unmöglich sind – erst recht in Frankreich.

145,96

Le Point.fr

Le Point.fr, no. 201605

Politique, jeudi 26 mai 2016

Alain Madelin :

"Le programme de la droite est une caricature du libéralisme"

Propos recueillis par Hugo Domenach, Sébastien Le Fol et Marc Vignaud

L'ancien ministre, chantre du libéralisme à la française, juge les prétendants de 2017 et les programmes. Et ne ménage pas la droite.

Le Point : La droite et même une partie de la gauche assument désormais l'étiquette libérale. Une revanche personnelle ?

Ce mot représente d'abord pour moi une pensée politique cohérente, complète, philosophique, morale, sociale. Étymologiquement, être libéral, c'est être généreux et c'est défendre les libertés. Je me réjouis que certains à droite retrouvent l'usage du mot et qu'il apparaisse à gauche comme le signe d'une évolution vers la modernité.

Le programme économique des candidats Les Républicains est-il vraiment libéral ?

Hélas, non ! Même s'il existe d'heureuses différences entre les candidats républicains à la primaire, le programme commun de la droite qui se dégage est considéré par les observateurs - et même parfois revendiqué comme tel - comme un projet de rupture très libéral. Malheureusement, pour de mauvaises raisons. Parce qu'il fait la part belle aux entreprises, à qui l'on promet de nouvelles baisses de charges sociales payées par une augmentation plus ou moins forte de la TVA; parce qu'on annonce la suppression de l'ISF, des 35 heures, la dégressivité des allocations chômage, leur limitation dans le temps, le report de l'âge de la retraite, des coupes sombres dans le nombre des fonctionnaires, voire la suppression de leur statut... Je pense que cette présentation est une caricature du libéralisme, qui apparaît comme une purge patronale. C'est du Robin des bois à l'envers : prendre de l'argent aux pauvres pour le donner aux riches !

Nous ne subissons pas une crise, nous vivons une profonde mutation de nos économies, de nos sociétés et même de la civilisation. Dans tous les domaines il nous faut libérer la créativité, l'innovation, réinventer l'économie, le travail, le social, l'État lui-même... Une telle mutation n'est pas sans risques - et il est normal qu'elle suscite des peurs -, mais elle préfigure des décennies de progrès comme jamais l'humanité n'en a connu. Dans ce contexte, les solutions libérales ne peuvent pas être des ordonnances de purge pour les classes populaires, mais des fortifiants qui bénéficient à cette France qui souffre, qui s'enferme dans le chômage ou la précarisation, celle des travailleurs pauvres et des fins de mois difficiles.

Je ne partage bien entendu en rien les propositions de Jean-Luc Mélenchon, mais il sait parler aux Français qui se sentent oubliés, tout comme Marine Le Pen. Vous aurez du mal à trouver un seul discours de François Hollande qui soit porteur d'empathie vis-à-vis de la France qui souffre, comme s'il suffisait d'être contre l'argent et les riches pour être un homme de gauche.

Alain Juppé a un positionnement politique intelligent. Il veut largement rassembler aujourd'hui pour pouvoir réformer demain. Et son côté sérieux lui donne un avantage sur les matamores dont les Français ont appris à se méfier. Il a compris que, si le candidat de la droite devait être élu par défaut au second tour face à Marine Le Pen, il lui faudrait savoir rassembler pour élargir sa légitimité, afin de vraiment réformer.

Il est avant tout Juppé ! Un grand serviteur de l'État, mais aujourd'hui encore plus gestionnaire que visionnaire.

C'est vrai, même s'il y met un peu plus de modération que d'autres. Cela étant, peut-être est-ce là l'effet pervers des primaires de la droite.

Si François Fillon, qui a sûrement beaucoup mûri, passe pour le plus libéral, c'est hélas parce que son programme est assurément, en matière de purge, le plus abouti. Voilà qui plaît à certains patrons et même à quelques-uns de mes amis libéraux. Voilà qui prête aussi le plus à la caricature d'un libéralisme antisocial. C'est une erreur au moment où s'ouvre le créneau électoral d'une gauche libérale préparée par l'évolution de nombreux intellectuels... Et, bien sûr, illustrée par le phénomène Macron.

Emmanuel Macron est un révélateur. Il réussit mieux que d'autres à incarner la modernité et sans doute comprend-il mieux que d'autres la mutation en cours. **Cela étant, son bilan de conseiller économique du président de la République est désastreux, son action ministérielle reste mince.** À ce jour, la réflexion qui fait son succès se limite à la défense des start-up et à quelques formules provocantes, du moins pour le PS. Il dit : « La gauche se doit de combattre les rentes » ou « Vouloir réduire les inégalités, c'est bien, mais lutter pour multiplier les opportunités, c'est mieux ». Je dis bravo, mais tout cela reste un peu court. Heureusement, il écoute et apprend d'autant plus vite qu'il semble pressé de bousculer les choses avec une audace rafraîchissante. **La France a besoin d'une gauche libérale. Pour peu que l'on sache tourner définitivement la page du marxisme et du dirigisme jacobin, il y a dans le code génétique de la gauche la modernité libérale.** Encore faut-il que Macron apprenne à comprendre la gauche populaire et à lui parler !

J'ai une vraie amitié pour Nicolas Sarkozy, mais, d'un point de vue libéral, je n'ai guère apprécié son quinquennat, ses postures protectionnistes, dirigistes, étatistes ou sécuritaires, même si je mesure les difficultés auxquelles il a dû faire face. **Je n'ai aucune antipathie pour François Hollande, mais je reste sidéré par les choix économiques désastreux qui ont été les siens au début de son quinquennat.**

Votre question suggère qu'une politique libérale est une politique de subvention aux entreprises. Les socialistes leur ont effectivement beaucoup distribué avec le CICE et le pacte de responsabilité, mais ils n'ont fait que rendre de la main droite ce qu'ils avaient pris de la main gauche. J'étais déjà adversaire de la TVA dite « sociale » ou « antidélocalisations » sous le précédent quinquennat parce qu'elle constitue un contresens et que son impact économique sur les entreprises est infime au regard de l'impact de la TVA sur les Français. **Si nous avons le record des prélèvements sur les entreprises, nous avons aussi le record de l'assistantat à l'économie. Un grand deal est possible : échanger moins de subventions contre moins d'impôts et plus de libertés.**

L'autre erreur a consisté à taxer les revenus du capital comme les revenus du travail, une idée hélas avancée aux plus hauts niveaux sous le précédent quinquennat. Les socialistes n'ont fait que poursuivre dans cette direction. Or le capital productif est déjà largement plus taxé que le travail et il n'est en rien l'ennemi du travail. Pour avoir de bons salaires, il faut avoir des entreprises fortement capitalisées. Et c'est parce que la France a un haut niveau de capital que mon coiffeur de Paris est beaucoup mieux payé que son collègue de Dakar.

La plupart des candidats de la droite se focalisent sur la suppression de l'ISF. Ce qui compte, c'est l'ensemble des impôts qui pèsent sur le capital. **Alors que nous avons le record du monde de la fiscalité du capital, il faut que cette imposition revienne dans la moyenne européenne.** On peut se contenter d'aménager l'ISF en donnant le statut fiscal de l'oeuvre d'art à l'investissement productif, d'exonérer la résidence principale ou laisser le choix de faire de l'ISF un « à-valoir » sur les droits de succession.

Deux exemples. **Les 35 heures d'abord.** On entend les candidats de droite proposer de laisser les entreprises décider librement de leur durée du travail en donnant la primauté à l'accord d'entreprise sur la convention et sur la loi. Fort bien. Mais c'est déjà le cas avec la loi du 25 août 2008. Cette loi prévoit même que les heures exécutées au-delà de 35 heures, si elles restent considérées comme des heures supplémentaires, voient leur supplément limité à 10 %. On peut certes vouloir aménager cette loi, faciliter la conclusion d'accords dans les entreprises, en élargir le champ à la fonction publique ou à l'hôpital. **Mais, franchement, il n'y a rien à gagner**

d'un combat frontal pour restaurer les 39 heures, payées on ne sait trop combien. Autre exemple, la retraite. Les candidats jouent à qui reculera le plus l'âge de départ en retraite. 63 ans ? 64 ? 65 ? Qui dit mieux ? Il existe une autre approche, longtemps prônée par la droite, **celle d'une retraite à la carte dans un système par points. Avec un principe d'équilibre : on ne distribue pas plus de retraites qu'il n'y a d'argent dans les caisses. Avec un principe de justice : à cotisations égales, retraites égales.** Dans ce système, chacun est libre de choisir son âge de départ et de se constituer une épargne retraite complémentaire. Vous avez là une vraie réforme économique, avec de nombreux soutiens à gauche, y compris à la CFDT.

Les candidats de la droite disent qu'il faut **réduire la durée d'indemnisation des allocations chômage.** En période de chômage, cela ne crée pas un emploi. Au contraire, cela va transformer du chômage en extrême pauvreté ! C'est une punition. **La priorité, c'est de lutter contre le chômage, de s'occuper des travailleurs pauvres et du pouvoir d'achat.** Comment faire ? Par rapport à d'autres pays, nous avons de 3 à 5 millions d'emplois en moins dans le secteur des services faiblement qualifiés. Même Piketty l'avait dit en son temps. Pourquoi ? **Parce que le salaire minimum, les charges et les enquiquinements administratifs constituent une barrière infranchissable pour les employeurs.** Depuis des années, les gouvernements ont souvent **augmenté artificiellement le smic.** Tout en donnant de l'argent aux entreprises sous forme de baisse des charges sur les bas salaires pour tenter de compenser les effets pervers de ces augmentations. La facture de cet assistanat insupportable des entreprises est considérable, sans effet sur l'emploi. Cela crée une trappe à bas salaires qui conduit à une **smicardisation de la société.** Il faut aussi un vrai marché du travail avec des contrats de travail adaptés à chaque situation. **Et on a besoin d'un vrai prix du travail. S'il est inférieur à ce qui est nécessaire au travailleur pour vivre, il faut le compléter par un revenu minimum garanti, quel que soit le nom qu'on lui donne.** Il faut aussi une mobilisation générale pour la formation professionnelle. Prenons le meilleur des formations, numérisons-les sous une forme attractive, mettons-les en accès gratuit permanent sur Internet. Combinons cela avec des MOOCs et laissons les entreprises utiliser tous les contrats aidés disponibles pour adapter cette formation à leurs besoins de qualification. Le compte personnel d'activité créé par le gouvernement peut être utile, à condition de le doter d'urgence de plusieurs centaines d'heures de formation pour ceux qui ont dû abandonner l'école trop tôt.

Absolument pas...

Ma position personnelle va bien au-delà de la légalisation des drogues dites douces. Pour éviter le report du trafic sur les drogues plus dures, je suis favorable à la légalisation - médicalement contrôlée pour les plus dures - de l'ensemble des drogues. Qu'on me comprenne bien. Je n'ai aucun état d'âme à condamner sévèrement celui qui vient à la sortie des écoles tenter de rendre accro une gamine qui dérivera peut-être dans la prostitution ou la délinquance. On peut fusiller ces trafiquants, mais ça ne marche pas. Les gains nés de la prohibition sont tels que le prosélytisme de la drogue ne peut que se développer. La seule chose que je puisse faire, c'est ruiner le business des trafiquants. Ce débat, interdit hier, s'ouvre aujourd'hui. La question est complexe et elle dépasse le cadre national. Mais le débat est légitime.

Le niveau de vie et le bonheur ne dépendent pas que de l'économie. Il existe des nourritures psychiques tout aussi indispensables : l'appartenance à une patrie, à une région, à une communauté, les relations familiales, l'éducation, la culture, le cadre de vie, les relations sociales... Pour beaucoup, ce niveau de vie du coeur s'est dégradé. Je pense que la mutation en cours s'attachera à redévelopper les nécessaires civilités et aménités de la vie. On va chercher à civiliser notre civilisation. Plus de robots exigera plus de relations humaines.

Eric Zemmour dénonce à juste titre et avec talent ceux qui méprisent les exigences psychiques qu'on baptise aujourd'hui « identitaires ». Il incarne la nostalgie de la Politique avec un grand P, de Richelieu à de Gaulle, celle des grandes heures de la République et de la souveraineté nationale, du pouvoir et de la raison d'État. Tous les maux de la France viennent, pense-t-il, de la perte d'autorité du politique, de Mai 68 et de la dérive libérale-libertaire incarnée par Daniel Cohn-Bendit et moi-même. Il dit même que Macron est en fait notre fils commun ! Il y a chez lui une vision esthétique de la politique, une volonté de restaurer la « verticale du pouvoir » chère à

Vladimir Poutine, qu'il apprécie comme d'ailleurs beaucoup de nouveaux réactionnaires. Parfois, il va encore plus loin en condamnant de façon méprisante le « droit-de-l'hommisme », c'est-à-dire la philosophie des Lumières, plus que jamais nécessaire à la fois pour émanciper les personnes et pour rétablir un savoir-vivre ensemble.

Je comprends cette réaction ambivalente. Objectivement, je pense avoir fait beaucoup pour recréer une pensée libérale, largement abandonnée, et l'introduire dans la vie politique.

C'est l'autre aspect de votre question. Assurément, je n'ai pas réussi à faire vivre la force politique libérale que nous avons créée. Peut-être n'avais-je plus assez de passion politique. D'ailleurs, en quittant le gouvernement Juppé en 1995, j'ai montré que je tenais plus à mes idées qu'au pouvoir lui-même. En tout état de cause, après le second tour de la présidentielle de 2002, lorsque Chirac et Juppé ont imposé un parti unique à la droite, l'UMP, et que les libéraux l'ont rallié, je ne me voyais plus guère d'utilité. L'UMP a d'ailleurs rapidement oublié les libéraux pour devenir une « droite décomplexée ». **J'ai préféré alors me retirer de la vie politique et me consacrer à de nouvelles activités avec passion. Et aujourd'hui, moi qui ai eu longtemps une image de libéral quelque peu provocateur, parce que j'avais des idées en décalage avec l'air du temps, j'observe que ces idées peuvent très largement rassembler et même mobiliser une gauche moderne, qui peut y trouver l'accomplissement de ses idéaux sociaux.** Il ne s'agit pas de restaurer le passé, mais de permettre au neuf d'émerger, de refonder l'État et l'économie, de préserver plus que jamais nos libertés publiques et individuelles menacées... Voilà de quoi espérer encore de la politique.

© 2016 *Le Point.fr*. Tous droits réservés.

Privat ein Laster, öffentlich eine Tugend

Die öffentliche Kommunikation über die Exzellenzinitiative prägt ein irritierender Doppelstandard. Ein Protestschreiben von Wissenschaftlern spricht aus, was viele denken. Ein Gastbeitrag.

29.05.2016, von JOCHEN HÖRISCH

Man muss kein approbierter Medien- und Kommunikationswissenschaftler sein, um die alltägliche Kommunikation an den Universitäten über die alte wie die neu aufgelegte Exzellenzinitiative auffallend und analysebedürftig zu finden. Denn immer wieder macht sich ein profanes Dilemma bemerkbar. Im ältesten Medium, der *face-to-face-communication*, wird noch sehr viel stärker als sonst gänzlich anders über die Exzellenzinitiative gesprochen als in der publizierten Schriftform. Antragsprosa oder Verlautbarungen von offiziellen Universitätszeitschriften begrüßen die Erneuerung der Exzellenzinitiative, ansonsten aber hört man zumeist lästerliche Reden.

Mit einem Wort: Es herrscht in der Kommunikation über die Exzellenzinitiative systematischer *doublespeak*. Ironische, distanzierte, mitunter gar verächtliche Reden über den Antragsprosa-Stil / über Kollegen, die nur noch mit Antragsstellung und Mitteleinwerbung beschäftigt sind / über die, die als akademische Lehrer scheitern und deshalb Wissenschaftsmanager werden wollen / über die groteske Zeitverschwendung, die die Antragstellung erfordert / über glatte Fehlinvestitionen an Ressourcen und Zeit, wenn ein Antrag scheitert (was ja der statistische Standardfall ist) / über inkompetente und von Eigeninteressen geleitete Gutachter / über die Nötigung, schon bei frisch angelaufenen Projekten an den Verlängerungsantrag zu denken / über die ausbleibende Resonanz auf die allfälligen S(t)ammelbände / über die Reklamesprache der Projekte und die Lancierung neuer Turns und Keywords / über den Egoismus der jeweiligen Teilprojekte etc. pp. - lästerliche Reden sind der Normalfall. Und das gerade auch bei denen, die wissen, wovon sie sprechen, die also Erfahrung mit der Einwerbung von Drittmittelprojekten im Rahmen der Exzellenzinitiative haben. Diesen erfahrungsgesättigten Lästereien widerspricht krass die Antrags-, Vorwort-, Gutachter- und Verlautbarungprosa über die jeweiligen Projekte. Eine schizoide Kommunikation aber kann nicht die regulative Idee akademischer Kommunikation sein.

Ein Standardargument, so trivial wie triftig

Irritierend ist, dass solche kritischen Reden weit verbreitet sind, aber nur im Ausnahmefall öffentlich vorgetragen werden. Allerdings sprechen starke Indizien dafür, dass diese Konstellation bald kippt - und das ist auch gut so. Auf dem 66. DHV (Deutscher Hochschulverband)-Tag, der im April 2016 in Berlin stattfand, wurden sehr kritische Töne laut (in der DHV-Zeitschrift „Forschung und Lehre“ 5/2016 sind sie dokumentiert). Und nun sorgt ein Aufruf „Für gute Forschung und Lehre - Argumente gegen die Exzellenzinitiative“ für Aufsehen, zu dessen Erstunterzeichnern der Autor dieses Beitrages zählt.

Die Gründe für die dennoch vorherrschende schizoide Kommunikation über die Exzellenzinitiative sind offensichtlich: Man kann sich den Imperativen der Exzellenzinitiative kaum entziehen. Mir sind mehrere Kollegen bekannt, die dem genannten Aufruf zustimmen, aber ihn nicht unterzeichnen, weil sie gerade einen Antrag gestellt oder bewilligt bekommen haben und plausiblerweise Sanktionen fürchten. Das Standardargument für ein solches Verhalten ist so trivial wie triftig: Man müsse das Spiel halt mitspielen, wenn man das Wohlwollen der Universitätsleitung, ein höheres Einkommen und Stellen für den Nachwuchs haben wolle.

Eine verbindliche Forschungskultur für alle Disziplinen

Um nur ein - freilich häufig anzutreffendes - Szenario zu benennen: Eine frisch berufene Juniorprofessorin, deren Vertrag laut Berufsvereinbarungen nur dann entfristet wird, wenn es ihr gelingt, erhebliche Drittmittel einzuwerben, wird, was wenig überraschend ist, zögern, einen solchen Aufruf zu unterschreiben. Ihre Lust, ein bedeutendes Buch zu schreiben, muss sie unterdrücken, denn dafür sehen die Berufsvereinbarungen keine Entfristungsprämie oder Gehaltszulage vor. Stattdessen wird sie in zahllosen Sitzungen versuchen, ein früher inter-, dann trans- und nun metadisziplinär genanntes Projekt auf die Beine zu stellen - also „gut aufgestellt“ zu sein (merkt denn keiner, dass dieser inflationären Wendung die Assoziation ‚Potemkische Dörfer‘ geradezu obligatorisch mitgegeben ist?).

Um Missverständnisse zu vermeiden: Es gibt zweifellos Drittmittel-Projekte, die produktiv sind und Aufmerksamkeit verdienen. Und selbstverständlich gibt es Forschungsprojekte, die nur im Großverbund zu bewältigen sind. Einen Teilchenbeschleuniger kann sich nicht jede Einzeluniversität leisten, eine kritische Edition aller Werke und Schriften Richard Wagners kann nicht mit den Mitteln eines Lehrstuhls erstellt werden. Das Problem aber lässt sich prägnant benennen: Ein Forschungsdesign, wie es für einige Disziplinen und Projekte sinnvoll, ja unvermeidbar sein mag, wird zur verbindlichen Forschungskultur für alle Disziplinen erklärt. Die daraus resultierenden Verwerfungen sind kaum zu überschauen. Um einen zugegebenermaßen drastischen, aber sachlich belastbaren Vergleich zu bemühen: Der Wissenschaftsbetrieb steht vor einer tiefenstrukturellen Umstellung von gewaltigem Ausmaß - so als ob das Wirtschaftssystem von freier Marktwirtschaft plötzlich auf staatlich geleitete Kommandowirtschaft mit Vorgabe von Fünfjahresplänen verpflichtet würde.

Als wäre es eine Frage der Zahlen

Elementare Umstellungen in der Wirtschaft sind meist an neue Währungen und ein neues Bankensystem gekoppelt. Ähnliches gilt für das Wissenschaftssystem. Die Ein- und Weiterführung der Exzellenzinitiative bringt im Verbund mit der Bologna-Reform eine neue akademische Währung mit sich: Kennziffern treten an die Stelle von Kommunikation über konkrete Forschungsergebnisse. Das Ranking ganzer Fachbereiche und Universitäten bemisst sich fast ausschließlich an Ziffern. Eine Universität, die mehr Drittmittel eingeworben hat als eine andere, gilt dann per se als die bessere, als die exzellente. Das Faktum, dass ein Forscher mehr Veröffentlichungen in einem A-Journal aufzuweisen hat als ein anderer, macht ihn zum besseren Forscher. Die Bücher, die der andere in die Waagschale zu werfen hat, zählen nicht, sie sind keine gültige Währung mehr.

Der Pressesprecher oder Präsident einer Universität verkündet stolz, dass seine Universität im Ranking in den letzten Jahren von Platz 37 auf Platz 23 aufgestiegen sei, wird aber sprachlos, wenn er berichten soll, welchen großartigen Einsichten und Forschungsergebnissen dieser Aufstieg denn zu verdanken sei. Beredt wird er wieder, wenn er kundtut, man habe soundso viele Graduiertenkollegs gegründet und einen Sonderforschungsbereich eingerichtet, aus der Exzellenzinitiative größere Summen erhalten etc. pp. Im Übrigen gebe es noch viel zu tun, die Universität werde sich noch um weitere Fördergelder bewerben, man sei zuversichtlich, diese zu erhalten, denn die Universität sei gut aufgestellt.

Ein Gang zurück zu produktiven Ursprüngen

Bemerkenswert ist, worüber nicht gesprochen wird: über Forschungsergebnisse, neue Theorien, über Paradigmenwechsel und über Bücher, die ein weites Publikum erreichen, kurzum - über Inhalte. Diskussionen von sachlicher Relevanz, gehen gerade nicht auf Projekte zurück, die im Rahmen der Exzellenzinitiative gefördert wurden, sondern auf Publikationen, die sich der traditionellen Sturheit einzelner Forscher verdanken. Mit einem Wort: Wer heute überhaupt noch über die Verlautbarungsprosa und Rankinglisten hinaus etwas liest, liest nicht Sammelbände, sondern Monographien.

Die heute fast alleingültige Währung im Sektor wissenschaftlicher Veröffentlichungen aber ist der von peer reviews auf Stromlinie getrimmte Artikel in einem A-Journal. Die A-Journal-Artikel aber werden ihrerseits mehr zur Kenntnis genommen und statistisch ausgewertet (etwa um den Hirsch-Index zu errechnen) als wirklich gelesen. Bibliometrie tritt an die Stelle von Bibliophilie; dass ein Artikel soundso viel Mal zitiert wird, ist wichtiger als die Frage, was denn da zitiert wird und ob etwas dran ist an dem, was da behauptet wird. Das hat fatale Auswirkungen. Die peer review-Schwelle geschafft haben etwa Theorien über die besondere Effizienz und Transparenz der Finanzmärkte - eine vom Volkswirtschafts-Nobelpreis gekrönte Theorie wurde nach dem Lehman-Brothers-Crash von 2008 zur Lachnummer.

Mehr zum Thema

Man muss nicht sonderlich phantasiebegabt sein, um Alternativen zur neu aufgelegten Exzellenzinitiative durchzuspielen. Etwa diese: Die Hälfte der gut 500 Millionen Euro, die jährlich als Drittmittel an Universitäten fließen sollen, die gut aufgestellt sind, wird dazu verwendet, aus dem von Projekt zu Projekt hechelnden Mittelbau-Prekariat ein selbstbewusstes Nachwuchs-Potential mit langem Atem zu machen. Einen Mittelbau, der nicht auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen ist, den jeweils neusten Antragsstil einzuüben und rituell Innovation und Kreativität zu beschwören, sondern tatsächlich Eigenes voranzutreiben und vorzustellen.

Ein solcher Mitteleinsatz wäre übrigens ein Gang zurück zu produktiven Ursprüngen. Die meisten haben schlicht vergessen, dass in den siebziger und achtziger Jahren Drittmittel dazu dienten, jungen selbständigen Köpfen Mut zu machen und Möglichkeiten zu geben, sich gegen den etablierten Universitätsbetrieb durchzusetzen. Heute ist die Exzellenzinitiative zum Durchsetzungs- und Macht-Instrument älterer oder früh in Gremien vergreister Herren und Damen geworden, die gerne mit „Exzellenz“ angeredet werden wollen.

Jochen Hörisch ist Professor für Neuere Germanistik und Medienanalyse an der Universität Mannheim.



Opinions

Manuel au pays des soviets

du Limbert, Paul-Henri

La CGT ne fait pas la loi dans ce pays ! » C'était mercredi à l'Assemblée nationale. Un cri du coeur, un cri de rage. L'auteur de cette forte phrase ? Manuel Valls, qui fut socialiste dès ses premières culottes courtes mais semble découvrir seulement aujourd'hui, pour son malheur, ce que c'est que « *la vraie gauche* », comme on aime se proclamer avec une inexplicable fierté dans toutes les sections CGT de ce pays. Une exclamation indignée, donc, lâchée par le premier ministre 96 ans après le congrès de Tours et la fameuse scission entre communistes et socialistes. Zinoviev d'un côté et Léon Blum de l'autre. Depuis tout ce temps, c'est-à-dire un siècle, les socialistes français auraient pu comprendre que tout ce qui se trouve sur leur gauche est leur ennemi mortel. Plutôt que de subir l'influence des communistes et de cultiver un « *surmoi marxiste* » (pour reprendre l'expression préférée du chef du gouvernement), ils auraient dû, de longue date, les combattre et les décrédibiliser. Ils n'ont jamais su le faire. Tant pis pour eux. Et, malheureusement, tant pis pour nous.

Il semble que Manuel Valls ait trouvé en Philippe Martinez, extravagant personnage qui semble se prendre pour le maréchal Joukov, un adversaire tout entier attaché à sa perte. Le moustachu le plus célèbre de France, qui surjoue l'indignation avec des lourdeurs de cabot, a sous ses ordres une petite armée rouge que des décennies d'aphasie ont laissée conquérir tous les points névralgiques du pays. C'est-à-dire, pour résumer, l'énergie et les transports. EDF, la SNCF, la RATP. « *Le communisme, c'est les soviets plus l'électricité* », avait prévenu Lénine dès avant le congrès de Tours...

Si notre intrépide premier ministre en est là, il le doit - entre autres personnages, car l'histoire des errements des socialistes français est très longue - à quelqu'un qu'il connaît bien. Puisque c'est son supérieur hiérarchique et qu'il s'appelle François Hollande. Si le candidat de 2012, mû par un soupçon de salutaire imagination et de courageuse clairvoyance, n'avait pas sacrifié à un détestable rite qui veut qu'un socialiste bascule inévitablement dans la démagogie pour s'attirer les bonnes grâces des gardes rouges, Manuel Valls ne serait pas aujourd'hui ce chef de gouvernement assiégé par la gauche de la gauche et même par une partie du PS. On en revient toujours, finalement, au regrettable « *Mon ennemi, c'est la finance !* », cette absurde facilité de langage à laquelle s'est laissé aller François Hollande au meeting du Bourget. Lui, l'ancien disciple de Jacques Delors, le social-démocrate bonhomme, a joué la comédie du grand soir.

Lorsque Zinoviev, envoyé par Lénine, présenta aux socialistes français les 21 conditions à remplir pour devenir membres de la IIIe Internationale (la 17e stipulait : « *L'Internationale communiste déclare une guerre sans merci au vieux monde bourgeois et aux vieux partis sociaux-démocrates jaunes* »), Léon Blum refusa. Et ce fut la scission. Près d'un siècle plus tard, au Bourget, en tendant la main à sa gauche au-delà du raisonnable, François Hollande a jugé utile de ranimer un très vieux et très redoutable malentendu qui persiste depuis trop longtemps entre socialistes et communistes dans notre beau pays de France. On exagère ? À peine ! Comment comprendre autrement les cris de haine que toute cette ultragauche déverse aujourd'hui sur le chef de l'État ? De Jean-Luc Mélenchon à Philippe Martinez, des frondeurs aux trotskistes, tous le traitent de « social traître », tous l'accusent de les avoir trompés, tous lui reprochent d'être le patron des « *jaunes* », pour reprendre l'expression de 1920. Et comment expliquer qu'une quarantaine de permanences du Parti socialiste aient été saccagées depuis le début de l'année un peu partout en France ?

Depuis cette malencontreuse après-midi de campagne présidentielle, en janvier 2012, François Hollande ne cesse de payer le prix de son égarement. Et la France aussi. Le temps d'une élection, il a voulu charmer Jean-Luc Mélenchon, Philippe Martinez et tous les enragés de la « *vraie gauche* » pour obtenir leurs voix. Bernés, ceux-ci n'ont plus qu'une obsession, sa disparition. Au Congrès de Tours, Léon Blum avait dit non à Zinoviev. Au Bourget, Hollande, fidèle à sa passion pour le flou, a dit ni oui ni non à Mélenchon et Martinez. Lesquels lui mettent désormais sous le nez la 15e condition de Zinoviev : « *Les partis qui conservent jusqu'à ce jour les anciens programmes sociaux-démocrates ont pour devoir de les réviser sans retard...* »

Voters need a credible alternative to populism

The rise of the far right and left reflects the establishment's failures



©Getty Supporters of the German right-wing populist group Pegida

The European Central Bank this week added its voice to a chorus warning of the dangers of populism. The surge in support for populist parties across the continent threatens the eurozone economy, it argued, because it could delay much-needed fiscal and structural reforms and make it harder for governments to service their debt.

There is a degree of irony in this warning. It is true the rise of parties and politicians on the far left and right of the political spectrum complicates the task of reform. Yet their electoral success reflects the failures of the policy establishment, monetary policymakers included. If the populists take power, central banks — the ECB among them — will be first in the line of fire.

Many of the voters who have turned to anti-austerity movements in Greece and Spain, or to the Eurosceptic and anti-immigrant right in France, Germany Austria and beyond, are those who have lost most since the global financial crisis. **Low- and middle-income workers in the developed world**, brought up on a promise of steady jobs and ever-increasing prosperity, already felt threatened by globalisation and technology. In the past decade, they have seen their living standards fall. **They blame their troubles on two main groups: immigrants and a cosy elite that failed to protect them but never seems to suffer itself.**

The ECB should bear some responsibility. It was in 2011, when the central bank under Jean-Claude Trichet raised interest rates at the height of the sovereign debt crisis, that eurozone growth began to lag behind the US recovery. These mistakes make it harder for Mario Draghi, the ECB president, to inspire confidence in the aggressive stimulus it has belatedly provided.

However, the populists who have profited from the EU's failures are not offering a viable alternative: they are exacerbating the problems. Just as their answer to the refugee crisis is to build walls and close borders so their answer to anaemic growth is to put up barriers to trade and abandon economic integration.

Their influence is already damaging. In Germany, the **Alternative for Germany** has little prospect of gaining power, but its advance in regional elections **has hardened Berlin's opposition to the ECB's monetary stimulus and made it all but impossible for the central bank to consider more radical measures.** In France, Marine Le Pen's appeal to working class voters has complicated the government's efforts to pursue sensible labour market reforms that alienate its core supporters on the left. In Spain, the political vacuum created by the rise of fringe parties has put many decisions on hold.

Yet this is nothing to the instability that would follow if Greece's debt deal were to fall through or if Britain were to vote to leave the EU. Little wonder European Commission aides now rank Boris Johnson, a leading advocate of Brexit, next to Ms Le Pen in a "horror scenario" of victorious populism.

These fears appear to be reflected in equity markets, where investors who began the year in bullish spirits have become steadily more downbeat.

Rather than rhetoric on the imperative of fighting populism, though, the challenge is to set out credible, effective policies to spur growth and offer hope to a group that has lost faith in the Establishment. Pressing on with monetary stimulus, for as long as needed, is part of the answer. But fiscal stimulus can and should play a bigger role. The eurozone's stronger members are in a position to spend more, and could surely identify productive ways to do so. The onus is now on governments to convince disaffected voters that they have a stake in the future.

????????????????????????????

145,104

Pour Jean Tirole, il faut «protéger le salarié plutôt que l'emploi»

Par lefigaro.fr, AFP agence

Publié le 28/05/2016 à 16:42



VIDÉO - Le Nobel de l'Économie reconnaît l'impopularité de la loi El Khomri mais appelle à «faire de la pédagogie» pour réformer le marché du travail.

PUBLICITÉ

Pour le Nobel de l'Économie [Jean Tirole](#), que l'agence de presse AFP a interrogé, il faut que la France réforme son marché du travail en faisant de la pédagogie.

Dans votre livre «Économie du bien commun» (PUF), pourquoi dites-vous que le chômage est un choix de société?

«Nos institutions non seulement créent du chômage mais aussi du mal-être. Comme les emplois disponibles sont des CDD, un CDI reste à son emploi même s'il ne le satisfait plus (...) **La France est 129e au monde du point de vue du bien-être au travail.** Les gens sont bloqués dans leur emploi, or il est normal dans la vie de changer de travail, mais c'est très difficile en l'absence de créations d'emplois à durée indéterminée.

Avec les mutations technologiques, dans 5-10 ans, beaucoup d'emplois auront disparu ou auront changé de nature. Les employeurs sont de plus en plus réticents à créer des emplois de CDI formule actuelle. Je pense que demain, cela sera encore plus le cas. **Actuellement, ce n'est pas dans l'intérêt des entreprises de créer des CDI, donc elles abusent des CDD. Mais les supprimer créerait un chômage massif. Tous les gouvernements utilisent les CDD et les emplois aidés pour contenir le chômage. On diminue ainsi les statistiques du chômage, mais on crée de la dette publique et on ne résout pas le problème.**

Quelle est la solution?

Pour moi, c'est tout un système à réformer. Je propose de maintenir le CDI actuel pour ceux qui en ont un, mais que tous les nouveaux contrats soient sous le nouveau régime de **contrat unique** (...) **L'idée est de créer un nouveau CDI qui joue sur la flexibilité et sur la responsabilisation.**

On garderait le juge pour des cas d'abus (...) **mais la décision économique de savoir si un emploi est justifié économiquement revient au chef d'entreprise.** L'entreprise doit être responsabilisée: elle doit payer des indemnités au salarié mais aussi à l'assurance chômage, car un licenciement peut coûter très cher à la société. C'est le principe du pollueur-payeur. **Protéger le salarié plutôt que protéger l'emploi.**

À cet égard, le projet de loi El Khomri va-t-il dans le bon sens et doit-il être adopté aux forceps?

J'ai signé une tribune en (sa) faveur car je pensais que certaines dispositions allaient dans le bon sens. (...) C'est vrai que la moitié de nos concitoyens sont encore contre la réforme du marché du travail (...) Il faut se forcer à aller au-delà des apparences, **protéger les CDI c'est bien, à part qu'il n'y en a plus, donc on aide quelques**

personnes et on laisse les autres à la porte (...) On utilise trop souvent des rustines, et finalement 30 ans plus tard, cela ne bouge pas. Pire, cela empire.

Comprenez-vous la révolte d'une partie de la jeunesse?

Nous ne sommes pas très généreux envers les jeunes. Nous leur laissons le réchauffement climatique, une dette publique élevée, des retraites qui ne sont pas financées, le chômage, le logement cher, un système éducatif moyennement performant et impliquant de fortes inégalités: le système éducatif français est un délit d'initiés (...) **Ce n'est donc pas facile d'être jeune aujourd'hui.** Alors «Nuit Debout» est une réponse à ce mal-être, le risque étant que cela reste dans le domaine de l'utopie, ce qui engendrerait de nouvelles frustrations, antichambre du populisme.

Le gouvernement doit-il résister pour faire passer sa réforme?

Il faut faire de la pédagogie et rappeler certains fondamentaux. Les dépenses publiques étaient à 35% du PIB pendant les 30 Glorieuses. Maintenant, elles sont à 57%, on voit le dérapage. Il faut garder un service public de qualité, mais **on a tendance à confondre service public et nombre de fonctionnaires.** Le service public, c'est un résultat, ce qu'il apporte en termes de santé, d'éducation par exemple. Il faut beaucoup de pédagogie et de consensus social.

À tous les niveaux, **le dialogue social est terrible en France, le taux de syndicalisation est trop faible, il faut que les gens soient plus impliqués. Finalement toutes les discussions sur la loi El Khomri se déroulent avec des syndicats qui représentent peu de Français».**

EU-Innenminister in Brüssel

Gegen Terror hilft nur Vernetzung

Pläne, um Terroristen aufzuspüren, gibt es genug. Nach den Anschlägen von Brüssel kündigen die EU-Innenminister an, ihre Vorhaben unterschiedener umsetzen. Dabei geht es auch um eine neue Datenplattform.

24.03.2016, von MICHAEL STABENOW, BRÜSSEL

Etwas mehr als zwei Stunden saßen die EU-Innen- und Justizminister am Donnerstagnachmittag beieinander. Spektakuläre Ergebnisse brachte das Treffen nicht. Das hatte auch niemand erwartet, da die EU-Partner seit den Pariser Anschlägen auf die Satirezeitschrift [Charlie Hebdo](#) und einen jüdischen Supermarkt im Januar vergangenen Jahres eine Reihe von Vorhaben zur wirksameren Terrorismusbekämpfung auf den Weg gebracht hatten. Zudem wollten sie sich kaum dem Vorwurf aussetzen, die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus bei ihren vorangegangenen Krisensitzungen unterschätzt zu haben. So ging es am Donnerstag, unter dem Eindruck der Attentate auf dem Brüsseler Flughafen und in einer U-Bahn im Europaviertel darum, das Mitgefühl mit den Opfern und ihren Angehörigen, aber auch die Entschlossenheit im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus und zu demonstrieren. „Dies ist ein Angriff auf unsere offene demokratische Gesellschaft. Wir werden auch bei der Terrorismusbekämpfung unsere Werte hochhalten“, heißt es in der Abschlusserklärung des Treffens. Bundesinnenminister [Thomas de Maizière](#) erklärte nach der Sitzung: „Das war ein Anschlag in Brüssel, aber das Ziel dieses Anschlags war auch Europa. Deshalb fühlen wir uns gemeinsam getroffen.“ Der niederländische Innenminister und Sitzungsleiter Ronald Plasterk sagte: „Wir benötigen keine neuen Pläne“. Vielmehr gehe es nun darum, die unter dem Eindruck der Pariser Anschläge im Januar und im November vereinbarten und zuletzt mehrfach bekräftigten Vorhaben zur besseren Zusammenarbeit entschieden voranzutreiben.

De Maizière nannte an erster Stelle einen besseren Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden, an dem sich bisher nur fünf oder sechs Mitgliedstaaten, darunter nicht zuletzt auch Deutschland, beteiligten. Bis Mitte des Jahres solle eine Datenplattform zur Terrorismusbekämpfung in Europa entstehen. Dazu gelte es zu einem einheitlichen „Gefährderbegriff“ zu gelangen. Allein in und aus Deutschland gebe es 450 bis 500 solcher Gefährder, die sich entweder noch in Deutschland befänden, in Syrien kämpften oder inzwischen tot seien. Die Europäische Kommission werde zudem in Kürze Vorschläge für eine bessere Vernetzung der von den Mitgliedstaaten gesammelten Daten zum Reiseverkehr, zu Migration sowie Bedrohungen der Sicherheit vorlegen.

Als Belege für Fortschritte bei der Terrorismusbekämpfung nannte der deutsche Innenminister, dass fortan alle Reisenden – auch EU-Bürger – an den EU-Außengrenzen systematisch kontrolliert werden. Erforderlich sei ein „Ein- und Ausreiseregister“ mit dem Ziel, sämtliche Bürger aus Ländern außerhalb der EU beim Eintreffen und Verlassen des Schengen-Raums zu erfassen. Das Europäische Parlament sei zudem aufgerufen worden, so schnell wie möglich die jahrelang verzögerte EU-Regelung zur systematischen Erfassung von Fluggastdaten zu verabschieden.

Die EU-Minister wollen eine Datenplattform zur Terrorismusbekämpfung schaffen.

De Maizière: „Ein jeder kehre vor seiner Türe“

Fortan werden alle Reisenden – auch EU-Bürger – an den EU-Außengrenzen systematisch kontrolliert.

Der belgische Justizminister Koen Geens dankte den EU-Partnern für ihre Solidarität mit seinem Land. Er verwies darauf, dass die Arbeit des gemeinsamen, nach den Pariser Anschlägen im November gebildeten französisch-belgischen Ermittlungsteams durchaus Erfolge ermöglicht habe. Er bezog sich dabei offenbar insbesondere auf die Festnahme des in Vorbereitung und Ausführung der Pariser Anschläge verwickelten und auch als „meistgesuchter Mann Europas“ bezeichneten Salah Abdeslam am vergangenen Freitag in Brüssel. De Maizière äußerte sich ebenfalls positiv zu gemeinsamen internationalen Ermittlungsteams. Zu Forderungen nach einer europäischen Antiterrorereinheit wandte er ein, dies sei rechtlich kompliziert und zeitaufwendig. Zur jüngsten Kritik an Versäumnissen belgischer Sicherheitsbehörden bei der Terrorismusbekämpfung erklärte der deutsche Innenminister, es sei nicht richtig, sich von außen in diese „schwierige Debatte“ einzumischen. „Ein jeder kehre vor seiner Türe“, sagte de Maizière.

145,108

Verfassungsschutzpräsident zum Datenaustausch

"Der bloße Verdacht reicht nicht aus"

Stand: 03.04.2016 00:08 Uhr

Nach den Brüsseler Anschlägen haben Politiker einen besseren Datenaustausch in der EU gefordert, um Terror effektiver bekämpfen zu können. Dafür müssten erst juristische Hürden überwunden werden, sagt Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen im Interview mit *tagesschau.de*. Und er warnt vor Risiken.

tagesschau.de: Wie konnte jemand wie Salah Abdeslam, der aus einem Umfeld mit islamistischem Hintergrund stammt, so frei durch Europa reisen? Gab es zu wenig Austausch zwischen den verschiedenen Behörden?

Maaßen: Zum einen muss man Informationen generieren - wer hat was, wann vor - das ist ausgesprochen schwierig. Das Zweite ist, dass allein die Tatsache, dass jemand ein sogenannter Gefährder ist oder dass die Nachrichtendienste diese Person auf dem Schirm haben, nicht bedeutet, dass man die Person festnehmen kann. Dadurch, dass wir in Europa einen freien Reiseverkehr haben, können auch Gefährder frei reisen.

Und wir können nicht 24 Stunden, an sieben Tagen in der Woche alle Personen, die möglicherweise irgendwann mal was anstellen können, beobachten. Würde man das ändern, würde man unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ändern. Das würde bedeuten, dass alle Personen, bei denen auch der geringste Verdacht besteht, dass sie vielleicht Terroristen werden könnten, wegschließt - und das will niemand.

tagesschau.de: Braucht man ein Zentrum für Terrorismusbekämpfung auf europäischer Ebene? Besteht da nicht die Gefahr, dass plötzlich Polizeien Informationen haben, die sie vielleicht aus Sicht eines Nachrichtendienstes nicht haben sollten?

Maaßen: Also ich sehe derzeit nicht den Bedarf für ein europäisches GTAZ. Die Nachrichtendienste arbeiten eigentlich gut zusammen, und die Kooperation zwischen Polizei und Nachrichtendiensten erfolgt grundsätzlich auf nationaler Ebene.

Ich sehe natürlich eine Besorgnis, dass eine Information der Nachrichtendienste, wenn sie zu den Polizeien kommt und nicht valide geprüft ist, zu polizeilichen Maßnahmen führt, die Menschen belasten könnten, obwohl diese Information nicht wirklich belastbar ist. Ein Beispiel: Wir haben einen Hinweis von einer Quelle bekommen und dieser Hinweis ist ein bloßer Verdacht. Darauf kann man keine polizeilichen Exekutivmaßnahmen stützen, es sei denn dieser Verdacht lässt sich durch Tatsachen belegen. Von daher haben wir natürlich auch ein eigenes Interesse mit Blick auf die schutzwürdigen Belange der Betroffenen.

Das Interview führten Marie v. Mallinckrodt und Ariane Reimers, ARD Hauptstadtstudio Berlin.

145,108

• [OPINION](#)

Springtime in Paris

Unions hold France hostage to stop reform of the 35-hour work week.



ENLARGE

A striking French CGT labour union employee near the Donges oil refinery in Donges, France on May 27. PHOTO: REUTERS

May 31, 2016 6:49 p.m. ET

[28 COMMENTS](#)

Six of the nation's eight oil refineries are closed. Gas depots are under blockade. Transportation workers have walked off the job, causing fuel shortages and disrupting road, rail and air traffic. There are barricades and riots. Isn't France gorgeous in the spring?

Well, maybe not. But it's a sign of political progress that Socialist President François Hollande and Prime Minister Manuel Valls are standing their ground against French unions resisting their labor-market reforms.

At issue is the government's attempt to add more flexibility to France's rigid 35-hour workweek. Enacted in 1999, that law was supposed to boost employment by imposing prohibitive minimum payments for overtime so companies would hire more workers. It has backfired spectacularly, boosting the cost of doing business and deterring business investment. It's one of the main culprits behind France's 10.5% jobless rate, 24% among the young.

The government's modest reforms would give firms and employees the option to negotiate a longer workweek of up to 46 hours, for a maximum of 16 weeks a year. Firms facing technological headwinds or seeking to increase market share can implement longer hours if a majority of workers agree.

This isn't exactly a Thatcherite revolution, but it's something. The reform would merely nudge France closer to the standard prevalent across much of the rest of Western Europe. Yet it has touched off a firestorm among France's unions and their hard-left political allies.

The militant General Confederation of Labor, or CGT, has taken the lead in organizing the strikes. Some moderate unions support the law, but others have joined the CGT, linking strikes over their specific grievances to the cause of the 35-hour week. More strikes are threatened throughout June, including at refineries and nuclear plants, the national rail, [Air France](#) and airports, the Paris metro, and others.

For all the power of the unions, the reform is popular with a majority of voters—53% by one recent survey. But French voters and politicians still haven't figured out how to translate such poll numbers into a clear mandate for reform. Part of Mr. Hollande's problem is that he didn't attempt to win a reform mandate, instead campaigning in 2012 on tax-and-spend promises of "social justice."

Mr. Valls said Saturday that scrapping the reform would be a "bad thing for working people." He also hasn't been afraid to use special constitutional powers to bypass the lower house and push the measure directly to the Senate—the second time the government has taken extraordinary steps to enact reforms.

It's a sign of the depth of France's economic distress that even a government of the left recognizes the need for reform, and that it is pressing ahead despite the vehement opposition of its traditional political base. If a Socialist president can succeed in doing this in France, there might be hope for the rest of sclerotic Europe.

145,110

June 1, 2016 8:45 am

France and Italy move to counter EU push for tougher bank rules

Jim Brunsten in Brussels



[France](#) and [Italy](#) have moved to counter an EU push to toughen the rules governing the bloc's largest banks, in the latest sign of mounting fears in some capitals that the bloc may be taking excessive steps as it seeks to prevent another financial crisis.

Concern in Rome and Paris has been sparked by interlocking EU and global rules aimed at making sure that banks issue enough subordinated debt that could be written down in the event of a financial crisis.

Elke König, chairwoman of the Single Resolution Board, the eurozone agency tasked with handling [bank crises](#), has said the board may force some banks to have loss-absorbing reserves of "well above" 8 per cent of their liabilities — previously seen as the EU benchmark.

This has raised Franco-Italian fears that the EU's biggest banks could effectively be forced to exceed a related international standard agreed last year by the G20.

In a joint paper seen by the FT, the two countries' finance ministries call for a cap on how far eurozone bank regulators can exceed the international minimum rules, known as [Total-Loss Absorbing Capacity](#) (TLAC).

The TLAC rules have been hailed by Mark Carney, Bank of England governor, as heralding the end of an era of "too-big-to-fail" banks. They require banks to structure their balance sheets so a sizeable chunk of their liabilities can be easily written off, or converted into new equity, if they get into financial difficulties.

In their paper, submitted to other capitals and the European Commission in May, the two countries urge that any move to make banks exceed international norms should only happen in "exceptional" circumstances. Banks should also never be expected to have TLAC of more than 8 per cent, they argue, compared with the 6.75 per cent minimum set out in the international standard.

But some of the architects of the tougher EU bank rules adopted since the financial crisis say the Franco-Italian stance is a mistake. [Sven Giegold](#), a German member of the European Parliament's economic and monetary affairs committee, told the FT that the position amounted to "France and Italy doing their too-big-to-fail banks a favour . . . That is an unjustifiable risk to European taxpayers."

France and Italy say that while they support the international standard, the risks of going further are manifold. According to the paper, going beyond the 8 per cent requirement "would result in additional funding costs for banks and could cause difficulty in a context where it is difficult to anticipate the depth of the market of European banks' subordinated debt".

They add that according to plans set out by the US Federal Reserve, US lenders will only face "very limited" extra requirements on top of the international minimum, potentially leaving EU banks at a disadvantage compared with rivals.

The TLAC standard, which is set to fully take effect in 2022, will cover [a list of banks](#) viewed by international regulators as posing a critical threat to the global financial system if they fail. The latest version of that list, published in November, contains 30 banks, including France's BNP Paribas, Groupe BPCE, Groupe Crédit Agricole and Société Générale as well as Italy's UniCredit. France has more banks on the list than any other EU nation except the UK.

The pushback against overly tough rules is part of a growing list of tensions over how much further the EU should go in developing its bank rules.

[Wolfgang Schäuble](#), Germany's finance minister, has clashed with Italy over his push for banks to take greater account of the risk of losses when they buy sovereign debt, something Rome fears would boost the cost of financing Italy's deficit. At the same time, Germany is fiercely resistant to Brussels' plans for a centralised eurozone scheme to guarantee bank deposits.

145,111

The Opinion Pages | CONTRIBUTING OP-ED WRITER

Is This the West's Weimar Moment?



Jochen Bittner MAY 31, 2016

Hamburg, Germany — WE Germans can never escape the trauma of our recent history. That has rarely been clearer than today, as we look around our Continent and across the Atlantic. There are almost too many differences to mention between what happened in the 1930s over here and what is going on today. And it goes without saying that Donald J. Trump and [Austria's Norbert Hofer](#) are not Adolf Hitler. Still, Germany's slide into a popular embrace of authoritarianism in the 1930s offers a frame for understanding how liberal democracies can suddenly turn toward anti-liberalism.

Setting aside debate about whether the rise of Nazism was built into the German DNA, there were four trends that led the country to reject its post-World War I constitutional, parliamentary democracy, known as the Weimar Republic: economic depression, loss of trust in institutions, social humiliation and political blunder. To a certain degree, these trends can be found across the West today.

First, the history. The Black Friday stock-market collapse of 1929 set off a global depression. As bad as things were in America, they were even worse in Germany, where industrial production shrank by half in the following three years. Stocks lost two-thirds of their value. Inflation and unemployment skyrocketed. The Weimar government, already held in low esteem by many Germans, seemed to have no clue about what to do.

All this happened as traditional ways of life and values were being shaken by the modernization of the 1920s. Women suddenly went to work, to vote, to party and to sleep with whomever they wanted. This produced a widening cultural gap between the tradition-oriented working and middle classes and the cosmopolitan avant-garde — in politics, business and the arts — that reached a peak just when economic disaster struck. The elites were blamed for the resulting chaos, and the masses were ripe for a strongman to return order to society.

Some people today imagine that Hitler sneaked up on Germany, that too few people understood the threat. In fact, many mainstream politicians recognized the danger but they failed to stop him. Some didn't want to: The conservative parties and the nobility believed the little hothead could serve as their useful idiot, that as chancellor he would be contained by a squad of reasonable ministers. Franz von Papen, a nobleman who was Hitler's first vice chancellor, said of the new leader, "We've hired him."

At the same time, even the imminent threat of a fascist dictatorship couldn't persuade the left-wing parties to join forces. Instead of being conciliatory for the sake of the national interest, Ernst Thälmann, the head of the German Communist Party, branded the center-left Social Democrats the "moderate wing of fascism." No wonder Hitler had an easy time uniting broad sections of the German public.

Are we at another Weimar moment now?

The 2008 financial crisis and the subsequent global recession were nowhere nearly as painful as the Great Depression. But the effects are similar. The heady growth of the 2000s led Europeans and Americans to believe they were on firm economic ground; the shattering of banks, real estate markets and governments in the wake of the crash left tens of millions of people at sea, angry at the institutions that had failed them, above all the politicians who claimed to be in charge.

Why, voters ask, did the government allow so many bankers to behave like criminals in the first place? Why did it then bail out banks while letting car factories go under? Why is it welcoming millions of immigrants? Are there separate rules for the elites, defined by a hypermodern liberal worldview that ridicules the working class — and their traditional values — as yokels?

In America and Europe, the rise of anti-establishment movements is a symptom of a cultural shock against globalized postmodernity, similar to the 1930s' rejection of modernity. The common accusation by the "masses" is that liberal democracy has somehow gone too far, that it has become an ideology for an elite at the expense of everyone else. Marine Le Pen, chief of the French National Front, calls these normal folk "les invisibles et les oubliés," the invisible and the forgotten.

Of course this isn't 1933. Democratic institutions are much more stable today. But the power of nostalgia doesn't depend on the times you live in. This is why, for all the differences, we are indeed witnessing another 1930s moment across the West.

It's easy to say that people need to accept the new realities and work toward feasible reforms — however true that is. And yet most mainstream parties haven't done even this, at least not in a compelling way. Instead, they fight among themselves, and see the rise of demagogues as a solution to their problems, not a threat to their nations. Mr. Trump is no Hitler, but that's not the point. Today, as in the 1930s, we are seeing the failure of the liberal mainstream to respond to serious challenges, even those that threaten its very existence.

Die Realität kann sie nicht stoppen

Viele Migrationsforscher üben sich in wohlfeiler Kritik und realitätsfernen Postulaten. Forschung verstehen sie als Lobbyarbeit, abweichende Befunde werden ignoriert. Ein Gastbeitrag.

01.06.2016, von HEDWIG RICHTER

Die vier Wissenschaftler beben: vor Empörung. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle, im September 2015, rief der „Rat für Migration“ zur Bundespressekonferenz und sprach von „Repressionsschraube“, „Abwehr und Abschreckung“ und der „Logik des Sterbenlassens“. Sie, die Migrationsforscher, hatten es schon immer gewusst („seit spätestens 2000“, „seit den 70er Jahren“, „seit Jahrzehnten“, „ein „Scheitern mit Ansage“). Auch sonst verfügen die Ratsmitglieder über ein beachtliches Wissen. „Die Wissenschaft“, wie die Selbstbezeichnung lautet, kennt den Schuldigen: Das „tödliche Grenzregime“ um die „Festung Europa“ trägt alle Verantwortung für jeden auf der Flucht Gestorbenen und irgendwie auch für die überlebenden **Flüchtlinge**. Als Gründe für das komplette Fehlverhalten „der Politik“ werden deren irrationale „Ängste“ genannt. Die „Blasen“ der Flüchtlingslager wiederum könnten leicht verhindert werden. Warum denn - Augenrollen - „die Regierung“ nicht endlich „flexible Konzepte“ bereitstelle, um mit der Zuwanderung fertig zu werden?

Immer wieder laufen solche monochromen Wissenschaftlerrunden ab, in denen sich die Beteiligten vielsagend bestätigen, schneidig einen totalen Neuanfang in der Einwanderungspolitik fordern und in Endlosschleife das „restriktive Migrationsregime“ Deutschlands beklagen. Die „Neue Züricher Zeitung“ spottet über den „politisch-akademischen Gottesdienst unter den deutschsprachigen Migrationsforschern“, deren zentrales Dogma besage: Alle Integrationsprobleme sind einzig der Diskriminierung der Einwanderer durch das Aufnahmeland geschuldet. Was eigentlich ist der Sinn einer solchen Migrationsforschung? Auf jeden Fall treibt sie die Hysterie an und lässt die Verbitterung auf der anderen Seite steigen.

Diese andere Seite, die Pegida- und AfD-nahen Bürger, kann zwar in aller Regel keine Professoren aufweisen, lebt dafür aber in einer ähnlichen Gefühlslage: Da läuft etwas ganz grundsätzlich schief im Lande, „die Politik“ führt Böses im Schilde, ist verstockt und konzentriert ihre Arbeit darauf, die Grundrechte abzuschaffen. Beide Seiten steigern sich in einen Alarmismus, der mit verblüffender Selbstgerechtigkeit die demokratischen Institutionen denunziert.

Gestaltungskraft der Migranten

Ja, es ist gut, wenn die Lobbyarbeit für die Schwachen lautstark betrieben wird. Und fraglos gibt es eine breite, hervorragende Migrationsforschung in der Bundesrepublik. Doch die heilsame Wirkung einer engagierten Wissenschaft droht ins Gegenteil zu kippen, wenn sie komplexe Zusammenhänge übersieht, Scheinargumente liefert und phantastische Forderungen als „Wissenschaft“ präsentiert.

Dabei ist die vorgezeigte Distanz „der Wissenschaft“ zu „der Politik“ nur eine scheinbare. Denn diese Migrationsforscher sehen sich ja ausdrücklich als „Politikberater“. Und in dieser Rolle wollen sie allzu häufig empirische Befunde nicht wahrnehmen, die nicht zu ihrem Beraterjob passen.

Da die Aufnahmegesellschaft in dieser Weltsicht als einziger Akteur in Frage kommt - häufig in Form „der Regierung“ -, bleiben die Migranten die passiven Opfer. Doch das ist ein Ansatz, den die internationale und eigentlich auch die deutsche Migrationsforschung seit Jahren hinter sich gelassen hat, indem sie die „Agency“ der Migranten betont und deren Rolle als selbstbewusste Gestalter ihres Lebens beschreibt.

Im Dienste der Staatskritik hielt sich so über Jahrzehnte in der Gastarbeiter-Forschung die Formel vom „Mythos der Rückkehr“: In Verblendung und steter Ausländerfeindlichkeit sei die Bundesrepublik Deutschland davon ausgegangen, dass die Migranten wieder in ihre Heimat zurückgingen, anstatt zur Kenntnis zu nehmen, dass die „Gastarbeiter“ für immer hier blieben. Dabei ist die überwältigende Mehrheit der Arbeitsmigranten tatsächlich zurückgekehrt. Für die Rückkehrer aber interessierte sich die engagierte Forschung nicht, weil sie ja Politik für die Hiergebliebenen betreiben wollte.

Verengung auf Politikberatung

Teil der Betriebsblindheit sind auch die zahlreichen Studien, die das bundesrepublikanische „Einwanderungsregime“ als einmalige Kette außerordentlicher Fehlleistungen darstellt, wobei die Konstruktionen von vermeintlichen Kontinuitäten zur NS-Zeit besonders beliebt sind. Die Wissenschaftler übersahen dabei in ihrem selbstgerechten Eifer, dass Migration in anderen Ländern mit den gleichen Problemen zu kämpfen hat. Warum beispielsweise konzentrierten sich diese Wissenschaftler so intensiv auf die Staatsangehörigkeit, die durch die Bundesrepublik nur zögerlich verliehen wurde, und nahmen nicht zur Kenntnis, dass in Frankreich die Staatsbürgerschaft für viele Migranten keine effektive Hilfe geboten hat? Offenbar ist die Nationalität für den Integrationsprozess weniger entscheidend als lange Zeit beschworen.

Auch vom destruktiven Potential religiöser Traditionen mag die politikaffine Forschung lieber nichts hören. Religion als Chance hört sich viel besser an, und sie soll bei den Menschen nicht die gefürchteten „Ressentiments“ hervorrufen.

Mit der Verengung auf die Politikberatung bleibt die Frage ausgeblendet, welche Rolle die Ressourcen der Migrantinnen und Migranten spielen. Dass die anhaltende Isolation der türkischstämmigen Einwanderer auch wesentlich mit der extrem schlechten Schulbildung der ersten Generation zusammenhängt, gilt da als überflüssiges Detailwissen. Dass überhaupt erwachsene Analphabeten kaum Chancen darauf haben, ihr Bildungsdefizit auszugleichen und eine gute Arbeit zu erhalten, dass sich Männer nach allen empirischen Erhebungen schwerer mit der Integration tun als Frauen, dass Männlichkeitsvorstellungen einen erheblichen Einfluss auf den Migrationsprozess haben: Kann eine kritische Analyse das leichtfüßig einfach umgehen?

Die Trennlinie verläuft zwischen Genauigkeit und Klischee

Entsprechend werden in Deutschland die Befunde des Berliner Migrationsforschers Ruud Koopmans gerne ignoriert, der den Zusammenhang von Integration mit der Assimilationsbereitschaft der Migranten nachweist, also mit ihrer Fähigkeit, die neue Sprache zu erlernen, Arbeit zu finden und den säkularen Staat zu akzeptieren. Die „Neue Züricher Zeitung“ machte auf das deutsche Desinteresse aufmerksam, das im Widerspruch zur internationalen Beachtung Koopmans steht, und zitierte den Migrationsforscher: „Ich stelle eine extreme Intoleranz in der Integrationsforschung gegenüber abweichenden Meinungen fest und, schlimmer noch, ein totales Desinteresse an Forschungsbefunden, die nicht ins eigene Denkschema passen.“

Angesichts einer Wissenschaft, die sich als Teil der aktivistischen Szene versteht, bleiben Scheinargumente für die gute Sache nicht aus - intellektuell untourig, aber dafür mit Pathos vorgetragen. Etwa die Behauptung, keine Grenzsicherung der Welt könne die Flüchtlinge aufhalten. Doch nicht erst die aktuelle Politik in Europa zeigt, wie falsch das ist; in Australien lässt sich die Effektivität (nicht die moralische Güte) einer strengen Grenzkontrolle schon seit Jahren nachverfolgen.

Von ähnlicher Güte ist die Feststellung, es gebe keine Armutsmigration, weil die Allerärmsten sich Migration nicht leisten können; als ob es jenseits der bittersten Not keinen materiellen Mangel gäbe, der Menschen die Auswanderung in wohlhabendere Länder attraktiv erscheinen ließe. Auch der Hinweis darauf, dass die große Mehrheit der Flüchtlinge gar nicht zu uns kommt, gehört in diese Kategorie; die „Festung Europa“ werde, recht besehen, weitgehend von Flüchtlingen umgangen. Dabei wird unterschlagen, dass in Europa jeder Flüchtling

das Recht auf gute Versorgung hat, während die Geflüchteten in den Krisengebieten bestenfalls in Ruhe gelassen und ansonsten weitgehend vom Westen versorgt werden.

Das empirische Desinteresse offenbart, was solchen Forschern am Herzen liegt. Die Geste des prophetisch Mahnenden und couragiert Fordernden hat viel mit Selbstrepräsentation und hegemonialer Diskurshoheit zu tun. Wie viel mühsamer ist es da, sich in die Tiefen einer Auseinandersetzung zu begeben, die der Philosoph Heiner Bielefeldt einfordert: Die Trennlinie einer „liberalen, aufgeklärten Diskussionskultur“ verlaufe nicht zwischen freundlichen und weniger freundlichen Darstellungen der Migranten, erklärt Bielefeldt, „sondern zwischen Genauigkeit und Klischee“.

Doch der Verzicht auf Genauigkeit in Kombination mit Empirie-Resistenz ermöglicht wohlfeile Forderungen: Deutschland sollte neben Syrern und Irakern auch Menschen aus anderen „Kriegsregionen im afrikanischen Kontinent“ ungeprüft Asyl gewähren. Als ein besonders engagierter Migrationshistoriker gefragt wurde, warum denn überhaupt noch irgendwelche Restriktionen und Asylregelungen notwendig seien, wenn es weder Armutsmigration noch Asylmissbrauch gebe, antwortete der Historiker gewitzt: „Nationalstaaten meinen Grenzen haben zu müssen, das ist eine Tradition, die sich über Jahrhunderte entwickelt hat.“ Sounds like a plan. Wenn da nur nicht diese schäbige „Politik“ wäre, dann hätten wir längst den ewigen Frieden.

Die Verfasserin ist Assistentin am Arbeitsbereich für Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit an der Ernst Moritz Arndt-Universität in Greifswald.

Quelle: F.A.Z.

Warum Frankreich zur Gefahr für Europa wird

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone gibt ein jämmerliches Bild ab. Inzwischen sind Frankreichs Probleme so groß, dass sie eine Gefahr für die Partnerländer werden – allen voran Deutschland.

Frankreichs Eisenbahner wollen heute mit einem unbefristeten Streik das Land lahmlegen. Die Beschäftigten der Pariser Métro sollen am Donnerstag folgen. Damit erreichen die [Proteste gegen die von der französischen Regierung](#) angestrebten Arbeitsmarktreformen einen neuen Höhepunkt, und das nur wenige Tage vor dem Start der Fußball-EM.

Der Stillstand auf den Schienen ist längst nicht der einzige Infarkt, der dem Land droht. Die hinter Deutschland zweitgrößte Ökonomie der Euro-Zone ist unser wichtigster Partner und Absatzmarkt in Europa. Nur wenn sich Frankreich reformiert und erholt, kann die Euro-Zone langfristig existieren. Fünf Gründe, warum wir uns um Frankreich ganz besondere Sorgen machen müssen.

Frexit-Angst

Alle Welt spricht über den drohenden Brexit, also den möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU. Doch nicht nur die Briten könnten das Konstrukt Europa beschädigen. Auch andere Länder entfremden sich zusehends von dem gemeinsamen Ziel eines leistungsstarken Europa. Ein Gradmesser für die wachsende Euro-Ermüdung ist der sogenannte Frexit-Index des Analysehauses Sentix.

Sentix Frexit Index

Wahrscheinlichkeit, das Frankreich innerhalb eines Jahres den Euro verlässt
Angaben in Prozent

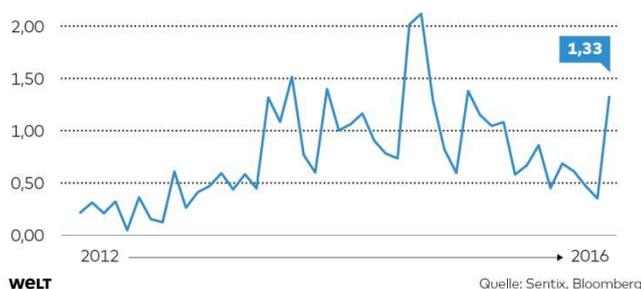


Foto: Infografik Die Welt

Zuletzt ist die Wahrscheinlichkeit eines Euro-Austritts der Franzosen kräftig gestiegen

Dieser misst, wie hoch die Finanzmärkte die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass ein Land binnen eines Jahres aus dem Euro fällt. Für Frankreich hat sich der Wert im Mai gegenüber dem Vormonat mehr als verdreifacht. Zwar ist die Zahl von 1,3 Prozent weiterhin sehr niedrig. Doch der Trend bei einem der Gründungsländer des gemeinsamen Europa ist beängstigend.

Dazu passt auch die politische Entwicklung im Land. Mittlerweile liegt der Front National, der mit Anti-Euro-Rhetorik bei den Wählern punktet, in den Umfragen weit vorn: 74 Prozent der Franzosen rechnen damit, dass die Parteivorsitzende und Spitzenkandidatin Marine Le Pen die entscheidende zweite Runde der Präsidentschaftswahlen erreichen wird.

Währungsabwertung

Es gehört zu den Standardweisheiten, dass die Italiener vor dem Beitritt zum Euro nur dank ihrer Weichwährung ökonomisch überlebensfähig waren. Nur dank der stetigen Abwertungen blieben italienische Autos oder Maschinen auf den Weltmärkten konkurrenzfähig. Tatsächlich verlor die italienische Währung zur D-Mark zwischen 1971 und dem Euro-Start weit mehr als 20 Prozent.

Italienische Lira und französischer Franc

Wertentwicklung zur D-Mark seit Freigabe der Wechselkurse 1971

Angaben in Prozent

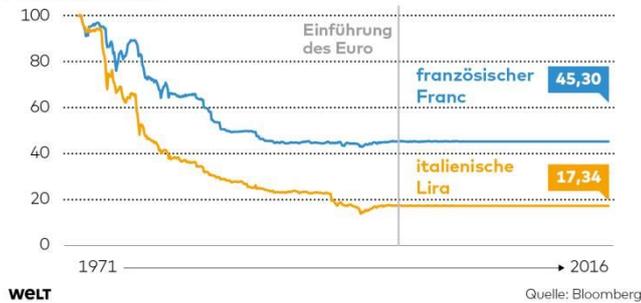


Foto: Infografik Die Welt Frankreich und Italien haben

ihre Währungen im Vergleich zu Deutschland abgewertet, um konkurrenzfähig zu bleiben

Weit weniger bekannt ist die Tatsache, dass auch die Franzosen die Währung als machtvoll Instrument der Wirtschaftspolitik einsetzten. Zumindest bis in die 1980er-Jahre wurde der Franc zur starken D-Mark regelmäßig abgewertet, was der französischen Industrie einen Wettbewerbsvorteil verschaffte. Zwischen 1971 und dem Mauerfall 1989 verlor die französische Währung mehr als die Hälfte ihres Wertes.

Die Therapie von einst, die es der Regierung in Paris bequem ermöglichte, die Wirtschaft des eigenen Landes zu pöppeln, ohne schmerzhaft Reformen durchzuführen, wäre nach Ansicht von Experten heutzutage dringend vonnöten. **Für die reformunwilligen Franzosen ist der Euro zu stark.**

Damit die Währung zur Wirtschaftskraft des Landes passt, müsste er rund zehn Prozent abwerten. Da das nicht geht, bleiben Frankreich nur schuldenfinanzierte öffentliche Konjunkturprogramme – oder tiefgreifende Reformen. Diese allerdings können ihre Wirkung erst langfristig entfalten.

Horrende Schulden

Anfang des Jahrtausends waren sich Deutschland und Frankreich noch sehr einig: Um mehr Freiheit bei der Haushaltsgestaltung zu haben, setzte das machtvolle Duo eine Aufweichung der Maastrichter Schuldenkriterien durch. Damals lagen beide Länder bei der Schuldenquote nahezu gleichauf.

Schuldenquote Deutschland und Frankreich

Angaben in Prozent

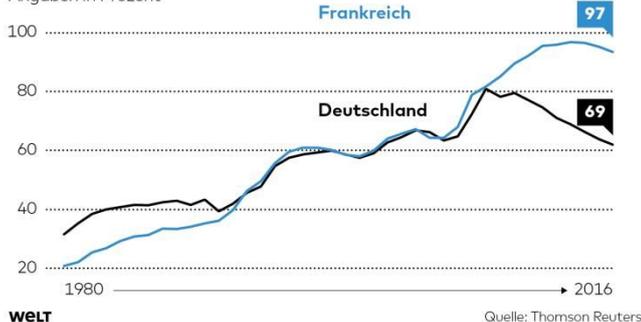


Foto: Infografik Die Welt Frankreich hat mehr Mühe

seine Staatsverschuldung zu senken

Bis zur Finanzkrise wuchsen die Schuldenberge in beiden Ländern synchron. Während Deutschland seitdem die Kurve bekommen hat und mittlerweile auf eine Schuldenquote von unter 70 Prozent zusteuert, bekommt Frankreich die wachsenden Schulden noch immer nicht in den Griff. Schon bald könnten die Verbindlichkeiten des Landes 100 Prozent der Wirtschaftsleistung entsprechen.

Sprich, alle Franzosen müssten ein Jahr allein dafür arbeiten, um die Staatsschulden ihres Landes abzutragen. **Und das, obwohl die Zinsen dank der ultralockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) so niedrig sind wie nie zuvor.** Die Europäische Kommission scheint wegzuschauen. Obwohl Frankreich in 13 von 18 Euro-Jahren das maximale Haushaltsdefizit von drei Prozent der Wirtschaftsleistung verfehlt hat, gibt es immer wieder Ausnahmen. Den guten Ruf als solider Schuldner hat das Land ebenfalls eingebüßt. Die drei großen Ratingagenturen Moody's, Standard & Poor's und Fitch haben Frankreich das Spitzenrating bereits vor drei Jahren aberkannt.

Starrer und unflexibler Arbeitsmarkt

Die geplanten Arbeitsmarktreformen von Premier Manuel Valls bringen die [Bürger auf die Straßen und die Eisenbahner zum Streiken](#). Sie protestieren vor allem gegen die vorgesehene Lockerung des Kündigungsschutzes und das faktische Ende der 35-Stunden-Woche. Dabei hat Frankreichs Arbeitsmarkt Reformen dringend nötig.

Entwicklung der Lohnstückkosten

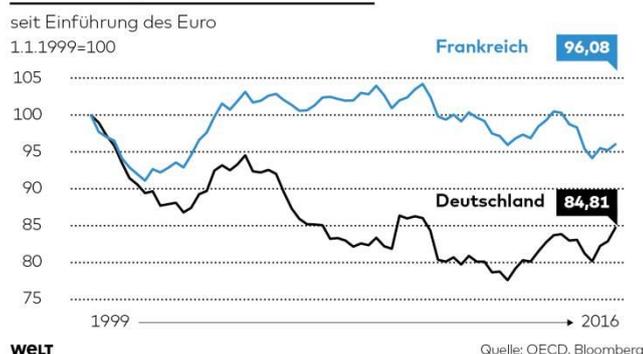


Foto: Infografik Die Welt Die Lohnstückkosten sind in

Deutschland stärker gesunken als in Frankreich. Daher ist die Bundesrepublik international viel wettbewerbsfähiger

Denn der "Code du Travail", in dem die Arbeitsgesetze des Landes versammelt sind, regelt auf 4000 Seiten von Toilettenpausen bis zur Größe der Bürofenster jedes kleinste Detail. Entsprechend starr ist der Arbeitsmarkt des Landes. Entlassungen beispielsweise dauern oft viele Jahre und sind sehr teuer.

Das französische Arbeitsrecht hat nach Ansicht von Experten auch dazu geführt, dass die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren stetig gestiegen ist und auch nach dem Ende der Finanzkrise keine wirkliche Belebung am Arbeitsmarkt eingesetzt hat. Während sich die Arbeitslosenquote hierzulande seit 2006 mehr als halbiert hat, liegt sie in Frankreich weiterhin bei rund zehn Prozent.

Trotzdem bleiben die Löhne relativ hoch. [Insbesondere zum Nachbarn Deutschland](#) hat **Frankreich bei den Lohnstückkosten, die das Maß der Dinge für die Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit sind, stark eingebüßt.** Zwar ist der Abstand zu Deutschland zuletzt wieder etwas geschrumpft, das lag aber nur bedingt an der gestiegenen französischen Leistungskraft, sondern vor allem an den hohen Lohnabschlüssen in Deutschland, die über Produktivität und Inflation lagen.

Dabei liegt im Arbeitsmarkt der Schlüssel für ein Comeback der Grande Nation. Sollten die Franzosen ihren Arbeitsmarkt nach deutschem Vorbild umbauen, könnte sich das Potenzialwachstum des Landes von einem auf zwei Prozent verdoppeln. Das haben die Ökonomen der [Bank of America Merrill Lynch](#) berechnet. **Vor allem**

eine höhere Arbeitsneigung in der Bevölkerung und wieder längere Arbeitszeiten könnten Frankreich wieder flott machen.

Erodierende Industriebasis

Frankreich hat zwar weiterhin einen festen Platz unter den sieben wichtigsten Industrienationen (G 7). Gemessen an der Wirtschaftsleistung liegt das Land im globalen Ranking auf Platz sechs, ist aber zuletzt hinter Großbritannien zurückgefallen. **Und die Basis für die wirtschaftliche Stärke erodiert zusehends.**

Zahl der produzierten Autos

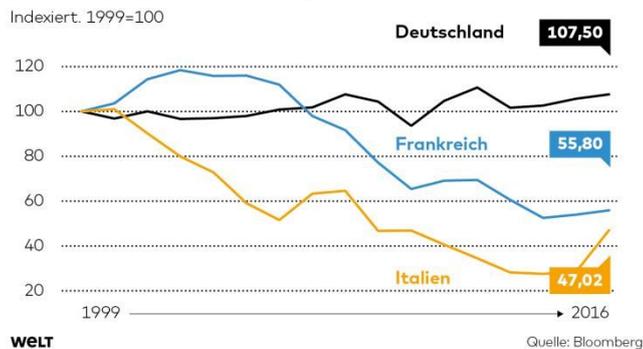


Foto: Infografik Die Welt Frankreichs Autoindustrie hat

stark an Einfluss verloren

Verglichen mit Deutschland, dessen Produkte Made in Germany weltweit weiterhin gefragt sind, verfügt Frankreich über weit weniger ausgeklügelte Industrien. Deshalb hat das Land auch in weit geringerem Maße vom Aufschwung in China profitiert. Der Marktanteil an den globalen Exporten ist deutlich zurückgegangen.

Das spiegelt sich auch im Anteil wider, den die Industrie zur gesamten Wirtschaftsleistung beiträgt. In Deutschland ist diese Zahl mit 22,3 Prozent in den vergangenen Jahren konstant geblieben. In Frankreich hingegen sank der Anteil von 13,3 auf 11,2 Prozent und damit sogar stärker als im EU-Durchschnitt. Ein Grund ist die rückläufige Autoproduktion. Die Zahl der produzierten Pkw hat sich seit 1999 fast halbiert, während in Deutschland seitdem sogar acht Prozent mehr Autos von den Fließbändern gerollt sind.

145,120

Jetzt setzt die EZB Europas Wirtschaftsordnung aufs Spiel

Die EZB hat jetzt erklärt, erstmals auch Unternehmensanleihen zu kaufen. Es ist der nächste Versuch, die Probleme der Euro-Zone zu lösen. Allerdings riskiert sie damit ein noch viel größeres Desaster.

Von [Anja Ettl](#), [Holger Zschäpitz](#)

Ausgerechnet die größte Nachricht aus dem Hause der [Europäischen Zentralbank \(EZB\)](#) nahm den geringsten Raum ein: Zum geplanten neuen Kaufprogramm für Unternehmensanleihen musste [EZB-Präsident Mario Draghi](#) sich auf der Pressekonferenz nach der geldpolitischen Ratssitzung keine bohrenden Fragen gefallen lassen. Dabei wagen sich die Euro-Hüter ab kommendem Mittwoch auf absolutes Neuland. Bislang kauften die Herren des Geldes vor allem Staatsanleihen und Pfandbriefe, in der Hoffnung, die Geschäftsbanken zu mehr Krediten zu animieren und damit Konjunktur und Inflation in der [Euro-Zone](#) wieder auf Trab zu bringen. Doch weil die erhofften Ergebnisse bislang ausblieben, greift die EZB nun direkt in die Realwirtschaft ein und kauft den Firmen Anleihen ab – im Zweifelsfall unter Umgehung der Kreditinstitute.

Emissionsvolumen von Euro-Unternehmensanleihen

mit Investmentqualität in Mrd. Euro, monatlich

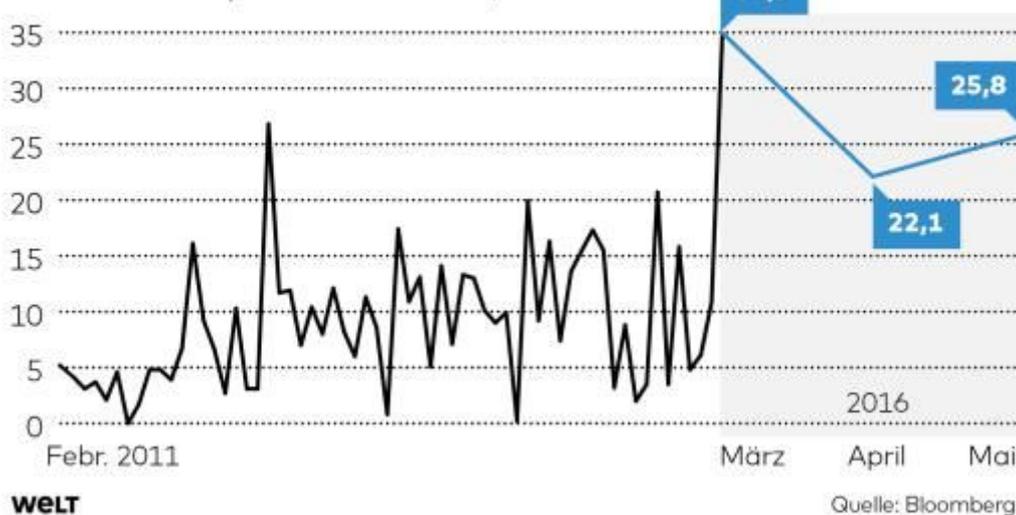


Foto: Infografik Die Welt

Mit dem Corporate Sector Purchase Programme, im Jargon CSPP genannt, wird die Notenbank zu einem der größten Investoren auf dem europäischen Markt für [Unternehmensanleihen](#). Doch die Idee birgt große Risiken. Wenn ein so mächtiger Akteur wie die EZB den Firmen Schuldtitel abnimmt, drohen enorme Verzerrungen. Das neue Anleihekaufprogramm könnte damit sogar eine Art Schulden-Bonanza auslösen und so die ökonomische Ordnung auf dem Kontinent durcheinanderbringen. Erste Anzeichen dafür lassen sich bereits seit der Ankündigung des neuen Instruments im März beobachten. Die Anleihe-Emissionen der europäischen Unternehmen haben zuletzt Rekordwerte erreicht.

Das Emissionsfieber hat die Unternehmen gepackt

Fraglich ist allerdings, ob das frische Geld tatsächlich für ökonomisch sinnvolle Zwecke verwendet wird oder ob die Unternehmen wegen des günstigen EZB-Geldes allzu leichtfertig hohe Schulden aufnehmen, überhöhte Dividenden ausgeben oder fragwürdige Übernahmen tätigen. Am Ende stünde eine weniger solide Unternehmenslandschaft in der Euro-Zone, die anfälliger für Krisen ist. Die Ratingagentur Fitch hat bereits vor möglichen negativen Effekten des CSPP gewarnt.

"Die entscheidende Frage ist, was die Unternehmen mit dem Geld anstellen", sagt Michal Jezek, Kreditstrateg der Deutschen Bank. Zwar rechnet er nicht mit Aktienrückkäufen in großem Stil, wie das zuletzt in den Vereinigten Staaten zu beobachten war. Trotzdem will der Experte in den kommenden Wochen sehr genau hinschauen, wie viele Unternehmen tatsächlich den EZB-Moment nutzen – und was sie mit dem Geld machen.

Bilanzsummen und Aussichten

Angaben in Milliarden Dollar

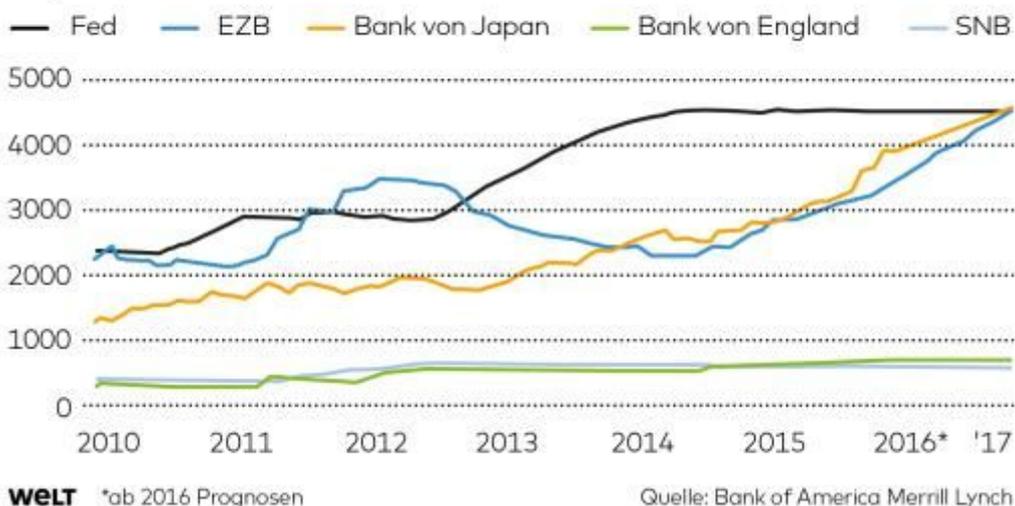


Foto: Infografik Die Welt

Auffällig ist schon jetzt, dass die Unternehmen ein regelrechtes Emissionsfieber erfasst hat. In den ersten drei Monaten nach Draghis Ankündigung haben jene Unternehmen, die für das Programm infrage kommen, Anleihen im Rekordwert von 83 Milliarden Euro emittiert. Und zwar nicht nur in Europa, sondern durchaus auch jenseits des Atlantiks.

Dank der großzügigen Regelung der EZB, auch Anleihen von ausländischen Konzernen mit Töchtern in der Euro-Zone zu kaufen, nutzen gerade amerikanische Firmen die Gunst der Stunde. US-Konzernriesen wie [McDonald's](#) haben bereits neue milliardenschwere Anleihen aufgelegt, und auch der Versicherungskonzern AIG steht dem Vernehmen nach in den Startlöchern.

Eine Schuldenblase könnte die Folge sein

Nach Ansicht vieler Experten ist die Gefahr groß, dass das neue Anleihenkaufprogramm der EZB eine regelrechte Schuldenblase auslösen wird. Vielleicht auch deshalb hat die EZB bislang noch keine konkreten Angaben zum Kaufvolumen gemacht. Insidern zufolge planen die Währungshüter, monatlich Firmenpapiere im Volumen zwischen fünf und zehn Milliarden Euro aufzukaufen. In den neun Monaten, die das Kaufprogramm vermutlich laufen wird, könnte die EZB demnach Schultitel von bis zu 90 Milliarden Euro aufkaufen.

Bislang ist der Markt noch relativ klein, die [Deutsche Bank](#) taxiert ihn auf gut 700 Milliarden Euro. Die EZB würde dann also rund 13 Prozent des gesamten Marktes in ihren Büchern halten. Dabei spekulieren die Währungshüter sogar darauf, dass die Firmen in den kommenden Monaten fleißig Papiere emittieren. Denn so würde die EZB nicht zu einem derart dominanten Akteur werden.

Bislang hat sich Draghi über die weiteren Details bedeckt gehalten. Bekannt ist lediglich, dass nur Papiere von Unternehmen mit einer Mindestbonität gekauft werden dürfen. Sollte jedoch eine Firma, deren Titel die Notenbank gekauft hat, auf den sogenannten Schrott-Status zurückgestuft werden, müssen die Währungshüter nicht automatisch verkaufen. Das lädt dazu ein, das Geld gegebenenfalls ökonomisch weniger stringent einzusetzen.

Und es stellen sich weitere Fragen. Zwar ist öffentlich, welche Notenbanken die Papiere kaufen sollen: Zum Kreis der sechs Käufer gehört unter anderen die Bundesbank. Allerdings existiert noch kein fester Algorithmus, nach dem die Käufe abgewickelt werden. Bei den Staatsanleihen, die die EZB bisher in ihre Bücher nimmt, werden die Titel gemäß dem Kapitalschlüssel der 19 Euro-Notenbanken gekauft. Die Bundesbank hat einen EZB-Anteil von knapp 26 Prozent. Entsprechend entfällt der Großteil der Staatsanleihekäufe auf Bundesanleihen.

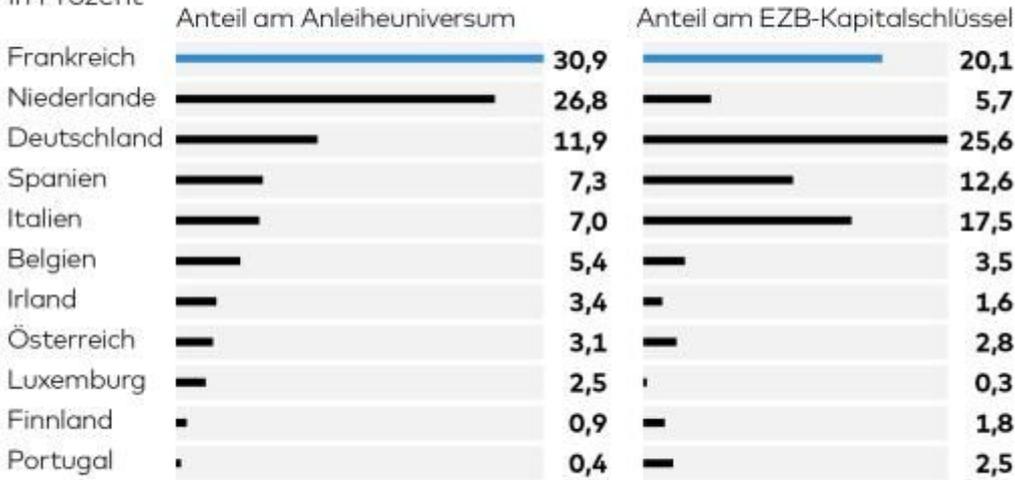
Italien wird von dem neuen Programm benachteiligt

Bei den Unternehmensanleihen scheint diese Regel nicht möglich. Denn die Papiere sind innerhalb Europas extrem ungleich verteilt. Vor allem französische Konzerne verschulden sich über den Kapitalmarkt, und so ist ein Drittel aller für die EZB-Käufe verfügbaren Titel französischen Ursprungs.

Im EZB-Firmenanleiheuniversum macht Deutschland gerade einmal zwölf Prozent aus. Allerdings haben viele hiesige Konzerne Papiere über eine niederländische Tochter ausgegeben. So lässt sich der hohe Anteil der Niederlande am Bond-Universum erklären, der mit 27 Prozent im Vergleich zum Kapitalschlüssel von sechs Prozent extrem hoch erscheint. Benachteiligt vom neuen Programm ist Italien. Hier verschulden sich nur wenige Firmen am Kapitalmarkt.

Unternehmensanleihen unterteilt nach Ländern

in Prozent



WELT

Quelle: Deutsche Bank, Bloomberg

Foto: Infografik Die Welt

Offen ist bisher, wie die Währungshüter das Programm umsetzen, ohne einzelne Länder über die Maßen zu bevor- oder zu benachteiligen. Auch die Frage, welche Anleihen konkret gekauft werden und welche der sechs Käufer-Notenbanken sie jeweils in die Bücher nehmen, ist noch nicht beantwortet. Die EZB will erstmals am 18. Juli eine Liste mit Namen veröffentlichen, die gekauft worden sind.

Konflikte drohen etwa, falls beispielsweise die Bundesbank beim Kauf von Auto-Anleihen die Papiere einzelner Konzerne bevorzugen sollte. Die Währungshüter stünden dann schnell in Verdacht, unfaire finanzielle Subventionen zu vergeben und damit eine Art europäische Industriepolitik zu betreiben. "Das haben die Notenbanker davon, wenn sie jetzt auch noch Mikromanagement betreiben", sagt Carl Weinberg, Chefökonom beim amerikanischen Analysehaus Highfrequency Economics. Er hält das neue Programm der Notenbanker für äußerst intransparent und auch daher für riskant. Es bietet für an den Käufen beteiligte Parteien die Möglichkeit, ökonomische Vorteile herauszuschlagen, etwa so genannten Insiderhandel.

Immerhin eines dürfte Draghi noch vor dem Ende seiner Amtszeit schaffen: über die Zentralbank mit der größten Bilanzsumme zu gebieten. Nach Berechnungen der [Bank of America](#) Merrill Lynch wird es wegen der Milliardenkäufe und weiterer Kreditprogramme der EZB spätestens 2017 so weit sein. Manche Experten sehen das mit gemischten Gefühlen. "Um ein Desaster, nämlich den Zerfall des Euro, abzuwenden, schaffen die Währungshüter ein anderes: eine Spekulationsblase, deren Platzen eine neue Finanzkrise auslösen wird", warnt Patrick Artus, Chefökonom bei Natixis.

Nucléaire: EDF veut reporter le démantèlement

LE MONDE ECONOMIE | 03.06.2016 à 06h41 • Mis à jour le 03.06.2016 à 11h13 | Par [Denis Cosnard](#)

Comme si EDF n'avait pas assez de soucis ! Déjà confrontée à une chute des prix de l'électricité en Europe et à une série d'investissements ardue à financer, l'entreprise publique doit à présent revoir de fond en comble la façon dont elle va démanteler ses plus vieux réacteurs. En raison avant tout de difficultés techniques, cette « déconstruction » risque de prendre cinquante à soixante ans de plus que prévu. Et la facture devrait s'alourdir de plusieurs milliards d'euros.

C'est l'Autorité de sûreté nucléaire (ASN) qui a dévoilé l'affaire, jeudi 2 juin. Dans une note, le « gendarme du nucléaire » a indiqué qu'EDF lui avait soumis une nouvelle stratégie pour démanteler ses réacteurs de première génération, et que celle-ci aboutirait à « *décaler de plusieurs décennies* » les travaux prévus. Une mesure technique, selon EDF. Une preuve de la « *lâcheté* » des industriels du nucléaire, qui « *ne cessent de reporter dans le temps les problèmes insolubles qu'ils génèrent* », s'indigne pour sa part Stéphane Lhomme, de L'Observatoire du nucléaire.

Entre ces deux points de vue, il reviendra aux pouvoirs publics de trancher. Toute décision sur le sujet est soumise au feu vert de l'ASN, et à la publication de nouveaux décrets par le gouvernement.

Six réacteurs concernés

En l'occurrence, rien n'est acquis. Jusqu'à présent, EDF avait prévu d'achever le démantèlement des réacteurs concernés en 2045. Sa nouvelle stratégie reporte la « *fin globale* » de ce travail « *au début du XXII^e siècle* », a indiqué à l'AFP Fabien Schilz, un des dirigeants de l'ASN. « *On arrive à une durée des installations de plus d'un siècle* », a-t-il ajouté. Or, « *maîtriser des installations au-delà du siècle, c'est quelque chose qui devient compliqué* ».

La direction d'EDF, néanmoins, est persuadée que son schéma sera validé, et en a déjà tiré des conséquences dans ses comptes annuels, publiés en février. Les provisions pour démantèlement ont été alourdies d'environ 300 millions d'euros.

Au cœur des discussions, six réacteurs de type « uranium naturel graphite-gaz », mis en service entre 1963 et 1972 à Saint-Laurent-des-Eaux (Loir-et-Cher), Chinon (Indre-et-Loire) et Bugey (Ain). Ces réacteurs ont été peu à peu arrêtés depuis trente ans, pour faire place à un autre type de centrales, fonctionnant à eau pressurisée.

EDF PRÉCONISE D'EFFECTUER CE TRAVAIL

« SOUS AIR »

EDF comptait démanteler ces vieux réacteurs sans période d'attente, conformément à la réglementation française, qui prévoit une déconstruction « *dans un délai aussi court que possible* ». Il était prévu de découper les structures métalliques « sous eau », l'eau constituant une barrière naturelle contre la radioactivité.

Mais, en 2015, EDF a changé son fusil d'épaule. « *Après examen, nous avons estimé que les technologies envisagées présentaient des risques beaucoup trop importants, et qu'il fallait abandonner le démantèlement sous eau* », raconte Sylvain Granger, le « M. Démantèlement » du groupe.

Désormais, EDF préconise d'effectuer ce travail « sous air ». « *Cela évite les problèmes d'étanchéité et de corrosion, et réduit les volumes de déchets liquides* », plaide-t-on au siège du groupe. Hors de l'eau, il est aussi plus facile de confier certaines tâches à des robots.

Mais ce revirement technique bouleverse la donne. Plus question de débiter le chantier dans les toutes prochaines années. « *Il nous faut dix ans de plus pour revoir les technologies et les tester sur des maquettes* », avance M. Granger. Puis, les opérations, jugées très complexes et incertaines, devraient elles-mêmes s'étaler sur dix ans de plus, au bas mot. Si bien que le démantèlement du premier réacteur, qui devait être achevé en 2037, ne le sera guère avant 2060 ou 2065.

Chinon, comme tête de série

En outre, au lieu de démanteler tous les réacteurs de cette génération simultanément, EDF souhaite à présent se faire la main sur une première installation, à Chinon. Ce n'est qu'ensuite que l'entreprise entend s'attaquer aux cinq autres, à peu près en même temps. Objectif : bénéficier au maximum des enseignements du cas Chinon, considéré comme une tête de série.

Au bout du compte, « *cela conduit à finir le démantèlement des réacteurs trente à quarante ans après celui de Chinon, lui-même décalé d'une vingtaine d'années* », indique M. Granger. Au passage, EDF pourra ainsi attendre qu'un site de stockage des déchets nucléaires en graphite soit disponible.

Selon le groupe public, ce nouveau planning ne remet pas en cause la doctrine française du démantèlement immédiat. « *Il ne s'agit pas d'attendre que la radioactivité diminue d'elle-même, comme le font les Britanniques, mais bien de profiter de l'expérience de Chinon*, assure la direction. *Et même avec ce décalage, nous serons les premiers au monde à avoir démantelé un réacteur graphite-gaz.* »

« PLUS ON TARDE, PLUS LES RISQUES LIÉS À LA PERTE DE MÉMOIRE GRANDISSENT »

L'ASN demande à être convaincue. Ses dirigeants ont sommé EDF de « *justifier de manière détaillée ce changement* », et de fournir un programme détaillé d'avancement pour les quinze prochaines années. En outre, l'Autorité a visiblement des doutes sur le fait que ce décalage soit compatible avec le principe du « *démantèlement dans un délai aussi court que possible* », qui figure dans la loi sur la transition énergétique de 2015.

« *Repousser de plusieurs décennies la fin des travaux est extrêmement problématique*, juge Yves Marignac, le directeur du cabinet WISE-Paris, très critique en matière de nucléaire. *Plus on tarde, plus les risques liés à la perte de mémoire grandissent. Le temps qui passe accroît aussi le risque que l'exploitant actuel des centrales ne puisse pas prendre à sa charge la facture finale.* » Qui peut être sûr qu'EDF sera encore là au début du XXII^e siècle, avec l'argent nécessaire ? Le débat ne fait que débiter.

Betrachtungen zur Populismus-Debatte

Warum wenden sich die Wähler von den alten Parteien ab? Es könnte damit zu tun haben, dass das Wachstum schwach ist. Und mit der Einwanderung.

06.06.2016, von THILO SARRAZIN



© DPAThilo Sarrazin hatte 2010 mit dem Buch „Deutschland schafft sich ab“ für Aufsehen gesorgt. Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ ihren Regierungssprecher Steffen Seibert damals ausrichten, das Buch sei nicht hilfreich. In der nachfolgenden Debatte wurde das SPD-Mitglied als Rechtspopulist stigmatisiert und musste den Vorstand der Deutschen Bundesbank verlassen.

Zu den mildereren Vorwürfen, die ich seit dem Erscheinen meines Buches „Deutschland schafft sich ab“ im Jahr 2010 zu hören bekam, gehörte die Kritik, ich sei ein Populist, schüre populistische Vorurteile, verhülfe Populisten zu einer besseren Begründung ihrer verworrenen Gedanken und sei Wegbereiter des Aufstiegs populistischer Parteien. Zuerst verstand ich diese Kritik gar nicht. Aber irgendwann begriff ich ihren Schubladencharakter: Wer sich kritisch in einer Weise äußert, die populär ist, nicht ohne weiteres widerlegt werden kann, systemkritisch, aber keine Kritik von links ist, der muss ein Populist sein. Die Steigerung von Populist ist Rechtspopulist. Damit ist man im Bereich des Anrühigen, denn das Rechtsradikale ist dann nicht mehr fern. Um den mindestens verworrenen, jedenfalls aber anrühigen Inhalt einer geistigen Schublade namens Populismus muss sich der moralisch hochstehende Kritiker beziehungsweise der ehrliche Zeitgenosse nicht weiter kümmern. Das Etikett ersetzt die Argumentation.

Ein Angehen dagegen erschien mir als wenig erfolgversprechend. Man kann schließlich niemanden zwingen, seine Denkfaulheit abzulegen, und im Medienecho produziert jedes als Gegenwehr gedachte „Nein“ nur ein vielfach zurückschallendes „Doch“. Immerhin veranlasste mich diese Fremdetikettierung dazu, mich mit den politischen Bewegungen, mit denen ich so unvermutet zusammengespart worden war, und den Gründen für ihre in Europa und Nordamerika so stark anwachsende Popularität näher zu befassen.

Sind die Bürger von politischem Rinderwahn befallen?

Weshalb liegen die schweizerische SVP, die österreichische FPÖ, der französische Front National, die niederländische Freiheitspartei, die Dänische Volkspartei und andere durchweg nah an dreißig Prozent? Was hat die Schwedendemokraten auf über 20 Prozent getrieben? Weshalb liegt die AfD in Deutschland mittlerweile bei 15 Prozent oder mehr und rückt der taumelnden SPD gefährlich nahe? Wie konnte Donald Trump die Vorwahlen bei den Republikanern gewinnen und Bernie Sanders so viele Stimmen bei den Demokraten holen?

Sind die Bürger und Wähler, die sie unterstützen, von einer Art politischem Rinderwahn befallen? Sind sie blöd geworden und verstehen ihren eigenen Vorteil nicht mehr? Die Macht und Dynamik dieser internationalen Bewegung kann man mit solchen Vorwürfen nicht erklären. Sie überlagert sich mit Einwanderungskritik, mit Kritik am Islam, und es gibt große Überschneidungen mit einer generellen Kritik an der Globalisierung, die sich gegenwärtig in der Ablehnung des transatlantischen Handelsabkommens TTIP manifestiert.

Populismus ist eine Zuspitzung des Politischen

Speziell in Europa büßt die EU immer mehr Glaubwürdigkeit und Prestige ein. **Das Versagen bei der Steuerung unerwünschter Zuwanderung und die wirtschaftliche Lähmung Südeuropas durch das Euro-Korsett haben dazu beigetragen.** In den Köpfen der Besorgten und Verdrießlichen fließt vieles zusammen, was man vielleicht besser trennt, aber das so entstehende **Amalgam** entfaltet offenbar eine große emotionale Wucht. Hier baut sich eine politische Grundsee auf, auf die die Steuerleute in den etablierten Parteien offenbar nicht vorbereitet sind.

Die klassische Populismus-Kritik besagt, Populisten gaukelten den unzufriedenen Bürgern und Wählern einfache Lösungen für schwierige Fragen vor und setzten dort auf eingängige Feindbilder, wo sie selbst keine Lösungen anzubieten hätten. Das mag so sein, sagt aber wenig aus: **Populismus ist nichts Abgesondertes, sondern eine Zuspitzung des Politischen:** Jedwede Politik beruht auf einem Freund-Feind-Schema, das erklärt die Existenz von Parteien. Und jedwede Politik lebt von Vereinfachungen, sonst wäre sie nicht kommunikationsfähig.

Die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie beruht auf einer stillschweigenden Übereinkunft zwischen Wählern und Gewählten: Die Gewählten und die sie tragenden Parteien setzen sich bestmöglich für ihre Wähler ein. Sie nehmen dabei alle jene Abwägungen vor und gehen alle jene unvermeidlichen Kompromisse ein, ohne die weder Politik noch Gesellschaft funktionieren könnten. Die Wähler setzen Vertrauen an die Stelle detaillierter Sachkunde und geben quasi eine Globalvollmacht an die von ihnen unterstützte Partei und deren gewählte Repräsentanten, solange sie ihre Belange einigermaßen gesichert sehen.

Wenn Wählererwartungen nachhaltig enttäuscht werden, oder neuartige ungelöste Probleme das Vertrauensband zermürben, dann entstehen neue Bewegungen, die oft stark emotionsgesteuert sind, und zunächst recht radikal und unordentlich daherkommen. Wenn etablierte Parteien sich dieser Strömungen gar nicht oder nur unzureichend annehmen, können auch neue Parteien entstehen, die das Parteienspektrum nachhaltig verändern. So geschah es vor 40 Jahren mit den Grünen, und das kann jetzt mit der AfD passieren.

Der Ärger könnte mit geringem Wachstum zu tun haben

Welche realen Defizite erklären die gegenwärtige Bewegung von Amerika bis Deutschland? **Hier mein Erklärungsversuch:** In allen entwickelten Industriegesellschaften ist der starke Wohlstandsaufschwung der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelaufen und hat einer neuen Normalität Platz gemacht. Diese spiegelt sich in einem recht gemächlichen Trendwachstum der Arbeitsproduktivität von etwa einem Prozent pro Jahr. Das bedeutet, dass die Realeinkommen breiter Schichten schnell stagnieren oder gar dauerhaft sinken können, wenn sich Verteilungsrelationen ändern, der Anteil der Rentnergeneration wächst, Einwanderung den Kampf um Arbeitsplätze verschärft, die Globalisierung zum Export von Industriearbeitsplätzen führt oder der technische Fortschritt das Geschäftsmodell ganzer Branchen gegenstandslos macht.

In allen Industriestaaten haben breite Schichten der Bevölkerung den berechtigten und auch in konkreten Zahlen nachweisbaren Eindruck, dass es ihnen materiell schlechter geht als der Generation ihrer Eltern, und sie erleben zudem, dass Lebensläufe unsicherer und weniger planbar werden. Naturgemäß durchschauen nur wenige das komplexe Ursachenbündel von Globalisierung, demographischer Alterung und den Umwälzungen des technischen Fortschritts. Da sich schon die meisten Ökonomen über das genaue Zusammenwirken dieser Faktoren wenig einig sind, wird man den breiten Schichten der vermeintlich Benachteiligten und zu kurz gekommenen diese Mängel ihrer Einsicht kaum vorwerfen oder moralisch anlasten können.

Ein Ersatzobjekt findet das erschütterte Grundvertrauen gegenwärtig in der großen und sehr emotionalen Ablehnung, die das geplante **transatlantische Handelsabkommen TTIP** in den Vereinigten Staaten und in Europa erfährt. In einigen Ländern hat sich mittlerweile ein tief sitzender grundsätzlicher Unmut entwickelt. So konnte es geschehen, dass Donald Trump und Bernie Sanders mit Globalisierungs- und Systemkritik in den Vorwahlen zur Präsidentenwahl so sehr punkten konnten. Und in der geringen Beliebtheit von Hillary Clinton

spiegelt sich offenbar auch der Überdruß an immer gleichen Beschwörungsformeln, deren Pathos immer mehr Amerikaner als hohl und häufig sogar als Spott empfinden.

Politik und Gesellschaft müssen die Gefühlslagen anerkennen

Wenn Menschen mit einem Zustand oder einer Entwicklung unzufrieden sind, so suchen sie die Ursachen dafür zunächst in ihren Erfahrungen und in jenen gesellschaftlichen Entwicklungen, die sie anschaulich als negativ wahrnehmen. **Hier kommt die Rolle der Einwanderung ins Spiel. Aus der soziologischen Forschung ist bekannt, dass das gegenseitige Vertrauen - das sogenannte soziale Kapital - in einer Gesellschaft abnimmt, wenn deren ethnische und kulturelle Diversität zunimmt.** Dieses Sentiment ist offenbar in der Evolution tief verwurzelt. Man sieht das daran, dass die Feindseligkeit zwischen ethnischen Gruppen, die durch die Umstände zum Zusammenleben gezwungen sind, umso höher ist, je weiter die von den Gruppen gesprochenen Sprachen im Stammbaum der menschlichen Sprachen voneinander entfernt liegen. Das im Zusammenleben kulturell und ethnisch diverser Gruppen liegende Risiko für den gesellschaftlichen Frieden versucht man in den westlichen Gesellschaften dadurch zu entschärfen, dass man jedwede Abneigung entlang ethnischer und kultureller Grenzen moralisch ächtet und jeden Bezug darauf tabuisiert. In Sinne eines friedlichen Zusammenlebens ist dies auch pragmatisch geboten und moralisch richtig.

Gleichwohl müssen Politik und Gesellschaft die Realität und tiefe Verwurzelung solcher Gefühlslagen anerkennen und dürfen sie nicht unter einem Berg der gesellschaftlich verordneten Korrektheit einfach begraben. Das ist aber in den letzten Jahrzehnten in wachsendem Umfang geschehen. **Insbesondere bei der zunehmenden Einwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika überhörte man in den westlichen Gesellschaften für lange Zeit die Warnsignale.** Als einwanderungskritische Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums immer stärker wurden, beziehungsweise neu gegründet wurden, setzte man zunächst auf die Macht der gesellschaftlichen Verdammnis durch die Medien und der politischen Parteien. Als das nichts mehr half, verfiel man in **eine Phase der Ratlosigkeit. Diese hält größtenteils immer noch an.**

Einwanderung ist nicht immer positiv

Ökonomen weisen immer wieder auf die wirtschaftlich positiven Folgen von Einwanderung hin. Oft differenzieren sie dabei nicht ausreichend, oder ihre Differenzierungen gehen in der politischen Debatte unter. **Einwanderung ist nämlich wirtschaftlich nur dann positiv, wenn die Einwanderer im Durchschnitt qualifizierter sind als die aufnehmende Bevölkerung, anderenfalls verbraucht sie Wohlstand, statt ihn zu schaffen.** Nach diesem Kriterium war die gesamte Einwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika nach Europa, wie sie seit 1960 stattfand, wirtschaftlich nachteilig und ist es auch weiterhin.

Soweit Einwanderer mit durchschnittlich niedriger Qualifikation überhaupt in den Arbeitsmarkt integriert werden, treten sie in unmittelbare Konkurrenz zu den Arbeitslosen und niedrig Qualifizierten der aufnehmenden Gesellschaften und beeinflussen deren Lebensbedingungen negativ. **Es liegt deshalb im objektiven Interesse der weniger begünstigten Bevölkerungsschichten der aufnehmenden Länder, die Einwanderung von niedrig Qualifizierten ganz zu unterbinden.** Hier gibt es eine Übereinstimmung zwischen dem, was viele Menschen fühlen, und den tatsächlichen Wirkungen des Zustroms von niedrig qualifizierten Einwanderern. Soweit Parteien sich dieser einwanderungskritischen Stimmung annehmen, haben sie einen Punkt zu ihren Gunsten, denn hier haben die politischen Parteien des etablierten Spektrums offenbar versagt.

Wenn die etablierten Parteien und gesellschaftlichen Kräfte keine sachlich tragfähige und politisch kommunikationsfähige Position zur weiteren Zuwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika finden, wird sich in ganz Europa der Zulauf zu den einwanderungskritischen Parteien rechts der politischen Mitte weiter vergrößern.

Weil die meisten Menschen dazu neigen, ganzheitlich und gefühlsbezogen zu denken, wird zudem durch ein Versagen in der Einwanderungsfrage das gesamte europäische Projekt gefährdet.

145,128

MEINUNG

AUSTRITTSBEWEGUNG

06.06.16

Diese EU verhindert unsere Freiheit!

Das heutige Europa kann so nicht funktionieren, wie es sich Brüssel vorstellt. Es darf nicht verwundern, dass immer mehr Bürger den EU-Austritt wollen. *Ein Gastkommentar von Peter Gauweiler.*

6. Juni



34 Prozent der Deutschen wünschen sich einen Austritt aus der EU. Das will das britische Meinungsforschungsinstitut Ipsos Mori herausgefunden haben. Noch unbeliebter ist die EU in Frankreich. Quelle: Die Welt

Am 16. Mai veröffentlichten in der "Welt am Sonntag" mehrere Autoren "[Sieben gute Gründe, warum wir die EU brauchen](#)":

1. Gefahr der Rückkehr zum nationalen Wahn.
2. Bürger hätten viel weniger Geld in der Tasche.
3. Einzelstaaten hätten viel schlechtere Verhandlungspositionen.
4. Ohne den Euro sinke die Reformbereitschaft.
5. Es gäbe mehr Grenzen in den Köpfen und Herzen.
6. Die Einzelstaaten wären zerstritten und alleingelassen.
7. Wir hätten holprige Straßen und lahmes Internet.

Die Frage ist, ob wir mit der real existierenden EU diese Zielvorgaben, ohne die es nicht geht, wirklich erreichen können. Folgende Tatsachen sprechen dagegen:

1. "EU verhindert die Gefahr der Rückkehr zum nationalen Wahn"

Es heißt, dass durch das organisierte Europa "der Kompromiss an die Stelle der Kanonenkugel getreten" ist. Das stimmt nicht. Sei dem Lissabon-Vertrag erhebt die EU den Anspruch, auch eine Art militärische Organisation zu sein. Obwohl schon die "europäischen" Aktivitäten in Ex-Jugoslawien zu einem Desaster geriesen, das bis heute anhält.

Ähnlich verheerend sind die Resultate des von der EU befürworteten militärischen Eingreifens in Libyen. Durch die militärische Interventionspolitik der EU-Staaten ist der Krieg wieder zum Mittel der Politik und damit extrem wahrscheinlicher geworden. Eine solche militärische Interventionspolitik des organisierten Europa war in den Zeiten von Adenauer bis Kohl noch völlig undenkbar.

2. "Ohne EU hätten Bürger viel weniger Geld in der Tasche"

Europa hat heute, siebeneinhalb Jahre nach der Weltwirtschafts- und Finanzkrise, fünf Millionen Arbeitslose mehr als zuvor. Wer heute ein Restaurant in München oder Berlin besucht, zahlt in der Regel den gleichen Betrag in Euro wie in den 90er-Jahren in D-Mark, also das Doppelte. Was sich nicht verdoppelt hat, sind die Löhne und Gehälter.

Überall in Europa, gerade auch in Deutschland, ist ein wirtschaftliches [Ausbluten des klassischen Mittelstands](#) zu beobachten (insbesondere am schwächeren Ende). Grotesk dagegen die Steigerungsraten der Finanzwirtschaft und im Investmentbanking, das sich durch die EU-Deregulierungsmaßnahmen explosionsartig ausgeweitet hat.

Dass Aktiengesellschaften ihre Gewinne nicht mehr nach den konservativen Bilanzregeln des deutschen Handelsgesetzbuchs errechnen müssen, sondern nach "EU-Bilanzregeln", mit Wertzuwachs auch für fiktive Steigerungen, hat die "Boni" ihrer Vorstände teilweise um das Vielfache steigen lassen.

Zudem exportiert Deutschland heute insgesamt weniger Waren in die EU als früher in die EG. Die "günstigen Standortbedingungen in Osteuropa" sind ein Euphemismus für die Verarmung zum Beispiel von Bulgarien und Rumänien, die trotz ihrer Befreiung vom Kommunismus im Jahr 1989 bis heute in der Traufe geblieben sind. Im Gegensatz dazu boomen heute auf der anderen Seite des Erdballs Länder wie Vietnam und Kambodscha, die ihre Wirtschaft wirklich modernisiert haben.

Das schrankenlose Angebot von Dienstleistungen aus anderen Mitgliedstaaten hat zum Ziel, billige Arbeitskräfte als Leiharbeiter anzubieten, die in Deutschland außerhalb des üblichen arbeitsrechtlichen Schutzes stehen. Man kann das als neoliberales Projekt bezeichnen, im schlechten Sinn des Wortes.

3. "Einzelstaaten hätten viel schlechtere Verhandlungspositionen"

Dass ein Staatswesen sich immer mehr ausdehnen muss, um seine Position in der Welt zu verbessern, ist imperiales 19.-Jahrhundert-Denken. Heute sind die erfolgreichsten Staaten die kleinen Staaten: in Europa Norwegen, die Schweiz, die EU-Mitglieder Holland und Dänemark. In Asien Singapur und Taiwan. Es kommt nicht auf die Größe an, sondern darauf, was man mit dem Land macht.

4. "Ohne den Euro sänke die Reformbereitschaft"

Noch mal Quatsch – mit dem Euro steigt die Frustration. Mittlerweile kritisieren selbst Regierungsmitglieder, für eine historische Sekunde im letzten Jahr sogar Finanzminister Schäuble, dass durch den Einsatz von [falschen Anreizen bei der Euro-Rettungspolitik](#) eigentlich alle verlieren: die Südländer durch hohe Arbeitslosigkeit und die Nettozahler durch Haftung für fremde Schulden.

US-Ökonom Martin Feldstein hat schon 1992 darauf hingewiesen, dass man "früher oder später ein Problem bekommt", wenn man versucht, sehr unterschiedlichen Ländern einen einheitlichen Leitzins und eine einheitliche Geldpolitik zu verordnen und diese Länder faktisch weiter Schulden machen und Leistungsbilanzdefizite erwirtschaften können. Das war nicht nur Griechenlands Unglück. Es wäre für uns alle besser gewesen, es hätte diesen Euro nie gegeben.

5. "Es gäbe mehr Grenzen in den Köpfen und Herzen"

Ein visumfreies Wochenende in den europäischen Hauptstädten war vor Schengen genauso möglich wie heute – nur mit dem Unterschied, dass damals der Grenzschutz funktionierte und nicht dem Präsidenten Erdogan überlassen werden musste. Und noch etwas: Die Aussage "Jemand kennt seine Grenzen nicht" ist aus gutem Grund kein Kompliment, sondern ein zeitloser Tadel.

6. "Einzelstaaten wären zerstritten und alleingelassen"

Alleingelassen werden die Bevölkerungen des Erdteils durch Politiker, die zur Problemlösung unfähig sind. Mit der zusätzlichen Polit-Ebene der EU wird das Hin- und Herschieben von Verantwortung, wozu die Politik aller Ebenen ohnehin neigt, nochmals leichter gemacht. Und was die Einheit unseres Kontinents angeht: Das amtliche EU-Brüssel leistet erbittert Widerstand gegen ein Europa in seinen geografischen Grenzen, also vom Atlantik bis zum Ural. Das wurde 2014 durch die ultimative Forderung an die Ukraine unübersehbar, die wirtschaftlichen Beziehungen zum europäischen Russland selbst da einzufrieren, wo dadurch gewachsene Sprach- und Kulturräume getrennt werden.

Das Ziel dieser Entweder-oder Politik der EU war, Russland um jeden Preis aus Europa herauszudrängen. Diese neue Spaltung des Kontinents durch die EU haben ausgerechnet drei Vorgänger der heutigen Bundeskanzlerin – Schröder, Kohl, Schmidt – in öffentlichen Erklärungen kritisiert.

Im Euro-System verstehen sich die Mitgliedstaaten auch nicht besser, sondern müssen zusehen, wie sich eigentlich vermeidbare Konflikte verschärfen, ohne selbst eingreifen zu können: Hatten es die individuellen Währungen in Europa von der Deutschen Mark bis zur griechischen Drachme den einzelnen Staaten noch ermöglicht, durch Auf- oder Abwertung auf unterschiedliche ökonomische Notwendigkeiten zu reagieren, ist dies in der Zwangsjacke des Euro-Einheitsgeldes unmöglich geworden.

7. "Wir hätten holprige Straßen und lahmes Internet"

Beim Internet kommt die EU nach Meinung von Fachleuten weder ihrer Koordinierungsaufgabe noch dem Datenschutz im Verhältnis zu den USA in ausreichendem Umfang nach. Die angeblich von der EU neu gebauten "110.000 Kilometer Straßen" wurden und werden nicht von der EU, sondern im Wesentlichen durch Mautgebühren auch von ausländischen Benutzern dieser Straßen bezahlt.

Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Fernstraßenbau angeht, bilaterale Hilfen wirkungsvoller als der Umweg über die Brüssler-EU-Kasse: weil in kürzeren Verwaltungs- und Vergabe-Kanälen weniger Geld kleben bleibt als in langen.

Es gäbe noch einen achten Grund für den europäischen Bund – die Freiheit der Bürger und ihre Wahrung. Davon ist bei den EU-Apologeten gar nichts mehr zu lesen. Das ist verständlich: "Die Freiheit der Bürger gilt seit Langem als zugedeckt durch bürokratische Brüsseler Regelungswut", so der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio.

Diese EU-Kritik ist kein deutsches Phänomen, und mit einem Austritt liebäugeln nicht nur die Briten. Inzwischen fordern, so das britische Meinungsforschungsinstitut Ipsos Mori, 58 Prozent der Italiener, 55 Prozent der Franzosen und sogar 43 Prozent der Schweden ebenfalls eine Volksabstimmung über die Zukunft ihres Landes in der EU. Es wird höchste Zeit, dass wir uns die Motive, die angeblich immer noch für die EU in ihrer heutigen Form sprechen, genauer anschauen.

Der Autor ist Rechtsanwalt, Publizist und ehemaliger Politiker der CSU. Am 31. März 2015 trat [Gauweiler](#) von seinem Amt als stellvertretender CSU-Vorsitzender zurück. Auch sein Mandat als Bundestagsabgeordneter legte er wegen innerparteilicher Differenzen in der Euro-Rettungspolitik nieder.

145,129

[OPINION](#)

• [COMMENTARY](#)

France's Long Battle for a Longer Work Week

A reform of a job-killing labor regulation is more big muddle than Big Bang.



[ENLARGE](#)

A rail strike has disrupted France's train traffic in Paris for the sixth consecutive day as negotiations were due to take place between unions and management of the national railway company SNCF on June 6. PHOTO: © MAXPPP/ZUMA PRESS

By **JOHN VINOCCUR**

June 6, 2016 3:39 p.m. ET

[3 COMMENTS](#)

In 1981, President François Mitterrand brought real-time socialist economics, its nationalizations and immense ambitions, to France. Three years later, Jacques Delors, his former finance minister who was about to become president of the European Commission, assessed the situation this way: “The wind is not with us, either in terms of ideas, or if you’re just looking at the raw facts. Intellectually, we’re at the bottom of the curve. We’ve got to discover a new frontier.”

It took a while. Jump to 1999. France again had a Socialist government, although now in uneasy “cohabitation” with a Gaullist president. The party’s political alchemists introduced the 35-hour workweek as a brilliant, and obviously politically correct, economic device sufficiently grand to greet the new millennium.

It was a French self-indulgence that has lasted to this day. Debate over its future has now led France to strikes by the hard-left General Confederation of Labor, or CGT, which is fearing a loss of leverage. The result is the violence, flames and sense of upheaval often overintensely depicted by television news clips.

But from the start the rest of the world, with German Social Democrats and British Labour officials at the forefront, saw the reduction from 39 working hours as foolish gesticulation and a sign that French governments, both left and right, wanted nothing seriously to do with structural reform of the country’s noncompetitive labor market.

Increasingly, France appeared small, rigid and overwhelmingly self-involved. For many of its partners, the maintenance of the 35-hour week led both to their loss of admiration for France’s usually clever defense of its interests and to a new vision of the country’s decline as an irreplaceable player in Europe.

The current Socialist government decided to take notice this year, with 10.5% unemployment and presidential elections in 2017. How could it continue to disregard the causes of employers’ reluctance to hire? President François Hollande and Prime Minister Manuel Valls proposed legislation that would allow the length of the workweek to be negotiated individually at the company level.

The move represented a partial coming to terms with reality. But medal of valor stuff, at the Big Bang level, it wasn’t. Messrs. Hollande and Valls insisted earlier this year that the reform make explicit the “legal” workweek in France remains 35 hours.

Can France now say to its doubters that the country is willing to renounce its leftist doctrinal totem in exchange for epochal change? Not honestly.

Rather, Messrs. Hollande and Valls have tactically sustained the self-indulgent conviction of French 35-hour exceptionalism and likely raised the question for European lawyers of whether the “legal” 35-hour national workweek (referred to as such by the Socialists) could in practice supersede the local agreements of the still theoretical labor law.

The Socialists’ delicacy on the 35 hours can be easily explained. After nearly 16 years on the statute books, many of the French consider the system as an acquired privilege involving a never-to-be-relinquished advantage of more freedom from work.

Researchers have found that French businessmen themselves often don’t make an immediate link between French economic weakness and the 35 hours. This is because their firms have received compensation for costs related to the 35-hour week’s provisions. According to one report, they “don’t necessarily connect heightened tax rates to the increased public expenditure that has been triggered.”

As a result, the French right has seen more risk than potential gain in challenging the 35 hours. President Nicolas Sarkozy promised in 2006 to “rupture” the French social model and its anticompetitive 35-hour symbolism, but abandoned the issue to project himself as a “protector” of French habit. He lost his bid for re-election against Mr. Hollande in 2012.

Coming after Mr. Sarkozy’s junking of his proposal for an affirmative-action program for France’s Muslim immigrants, this put France’s two big political groupings, the Socialists and the Gaullists, at a kind of lukewarm equality in terms of ambition on the country’s most pressing concerns of unemployment and integration.

Now Mr. Valls has cast himself as France’s leading fighter for reform and an eventual left-wing presidential hopeful, opposing doctrinaire Socialists. He would make a vigorous candidate. On real change, he says, “I don’t want to go on the list of everyone who has backed off and lost time for France. I want to show, in the face of the right, that we’re defending a social model and renovating it.”

But Mr. Valls has tested the depth of the water in the reform pool. The prime minister has never offered a detailed renunciation of the French Socialist dross-to-gold economic alchemy that has brought the country misery. Instead, what Mr. Valls has shown, in agreeing to keep the 35-hour workweek on the books, are his concerns that he might one day be accused of having put it to death and France’s limits for change.

145,132

Grèves contre la loi Travail dans une France en crise : l'égoïsme syndical

Par [Eloïse Lenesley](#)

Publié le 07/06/2016 à 11:43



FIGAROVOX/TRIBUNE - À la veille dde l'Euro de football, dans un contexte lié aux risques d'attentats, Eloïse Lenesley remet en cause l'action et la légitimité des syndicats mobilisés contre la loi Travail.

PUBLICITÉ

Eloïse Lenesley est journaliste.

Sale temps pour la France, prise en étau entre les grèves et les intempéries, à quelques jour du coup d'envoi de l'Euro 2016 sur fond d'État d'urgence. «Nous ne sommes pas responsables des inondations, nous resterons en grève», lance, impassible, un membre du bureau fédéral de SUD-rail. Arrogance et tyrannie d'un mouvement qui ne sait plus où il va, aveuglé par des intérêts purement corporatistes, insoucieux des conséquences de ses actes sur le reste du pays. Au premier trimestre, le taux de fréquentation touristique à Paris a accusé une chute notable: -56% de Japonais, -35% de Russes, -24% d'Italiens et -14% de Chinois. Même les palaces ne sont pas épargnés. Au Plaza Athénée, le taux de remplissage attendu pour juin, qui devait culminer à 90 voire 95%, plafonnera à 55 ou 60%, pour un chiffre d'affaires mensuel de 5 ou 6 millions d'euros au lieu de 10. Une «catastrophe», selon le directeur général François Delahaye: «Je n'ai jamais vu ça», commente-t-il sur BFM Business, déplorant au passage la «très mauvaise» image que les voitures brûlées et autres artifices insurrectionnels propagent à l'étranger. Le prestigieux hôtel a les moyens de voir venir et de préserver ses effectifs en attendant des jours meilleurs. Mais ce n'est pas le cas de toutes les enseignes. Le Medef et la CGPME ont écrit à Bercy pour solliciter le rééchelonnement des échéances fiscales de mai et juin, le soutien aux entreprises les plus touchées via un fonds de garantie pour renforcer leur trésorerie, et la réactivation de la Cellule de continuité économique, destinée à gérer les périodes de crise. Celle-ci a été convoquée mardi par Emmanuel Macron, conscient des difficultés que rencontrent les PME-TPE fragilisées par des semaines de blocages et de pénuries d'essence. Combien d'entre elles devront licencier ou déposer le bilan? De quoi chahuter sérieusement une conjoncture déjà instable.

À la veille d'une compétition sportive à l'impact planétaire, dans un contexte particulier lié aux risques d'attentats, on peut se demander quel épais brouillard intellectuel opacifie le discernement et le sens du devoir de ces militants insubmersibles.

Une perspective qui ne semble guère émouvoir des syndicats qui carburent à l'intimidation et au bras de fer permanent. Tandis que les cheminots débrayent depuis une semaine pour protester contre l'organisation de leur temps de travail, plusieurs lignes franciliennes de la RATP sont perturbées soit par les grèves (RER B et tramway ligne 4) soit par la crue de la Seine (RER C). les centres de traitement des déchets d'Ivry et Saint-Ouen, ainsi que quatre garages de bennes, sont de nouveau bloqués pour au moins une semaine. Idem à Saint-Étienne, Marseille, ou en Ariège. Le secteur de l'énergie se livrera à une nouvelle journée d'action jeudi. Les pilotes d'Air France seront en grève du 11 au 14 juin, pour dénoncer la modification des règles de rémunération, qui leur infligerait une baisse de salaire de 2%. Rappelons qu'un commandant de bord de la compagnie tricolore

gagne en moyenne 17 400 euros par mois pour 60 à 80 heures de vol. «C'est une espèce de ras-le-bol», explique un représentant du SPAF sur RMC. Et les Français, ils n'en ont pas ras le bol, de galérer entre les stations-service à sec, les rues inondées, les transports en commun qui tournent au ralenti, les barrages filtrants, les coupures d'électricité, les manifs, les violences «en marge», le chômage, la précarité, les menaces d'attentat, l'insécurité, et bientôt les amoncellements d'ordures ménagères? Ne sont-ils pas en droit d'être un tout petit peu saturés de la paralysie semée par une CGT qui représente à tout casser (c'est le cas de le dire) 2,7% des salariés? «À elle seule, la CGT a plus d'adhérents que l'ensemble des partis politiques en France», objecte crânement Philippe Martinez. Peut-être, mais nos dirigeants sont élus au suffrage universel, ils ne saccagent pas le territoire et au pire, on pourra s'en débarrasser dans un an, contrairement à la CGT qui sévit depuis plus d'un siècle et nous empoisonnera la vie encore longtemps, n'en doutons pas.

À la veille d'une compétition sportive à l'impact planétaire, dans un contexte particulier lié aux risques d'attentats, on peut se demander quel épais brouillard intellectuel opacifie le discernement et le sens du devoir de ces militants insubmersibles. Après eux, le Déluge, pourrait-on ironiser, si celui-ci ne s'était pas réellement abattu sur l'Hexagone. Mais, à l'inverse de la Seine, la hargne syndicale, elle, n'a pas décrû, résolue à essorer une loi Travail devenue presque insignifiante au fil des rebidouillages. On atteint des tsunamis de ridicule, d'inconscience, de nocivité, alors que des citoyens se retrouvent plongés dans des situations critiques et que les ravages des précipitations torrentielles sont évalués à un milliard d'euros. François Hollande et Manuel Valls ont beau exhorter les grévistes à mettre fin à leur action, Météo France a beau maintenir certains départements en vigilance orange, l'Essonne a beau monter dangereusement, 54% des Français ont beau désapprouver la poursuite du mouvement, rien ne saurait faire fléchir la détermination cégétiste. De son côté, Emmanuel Macron dans son joli costume a été accueilli par une averse d'œufs, de projectiles divers et de huées lors d'une visite à Montreuil. Il faut dire qu'il cherche les noises, notre ministre de l'Économie, à ramener ses guêtres dans une municipalité communiste pour dévoiler un timbre célébrant le 80e anniversaire... du Front populaire. Un peu comme si Denis Baupin se mettait en tête d'aller animer un colloque sur le féminisme et s'étonnait d'être lynché par une horde de mégères vocifératrices.

À force d'avoir trop voulu pactiser avec l'extrême gauche, les partenaires sociaux, les lobbies, les communautarismes, les étudiants, la Hollande clientéliste s'est discréditée sur toute la longueur. Le président et son gouvernement ne sont plus respectés, ils doivent faire face à des revendications toujours plus disproportionnées d'une minorité pour laquelle gueuler est devenu un fonds de commerce, pendant que la majorité silencieuse prend son mal en patience. La vitrine qu'arbore la France aux yeux du monde est pitoyable: ingouvernable, en proie à une indescriptible pagaille qui saborde l'esprit d'initiative, pétrifiée par des égoïsmes déconnectés de la vraie vie, elle prend l'eau de toutes parts, et pas seulement à cause de la pluie.

145,134

Union européenne : les Français de plus en plus eurosceptiques

LE MONDE | 08.06.2016 à 00h17 • Mis à jour le 08.06.2016 à 00h22 | Par Elise Koutounyan

Réagir Ajouter

En France, l'eurosepticisme fait de plus en plus recette. Selon [une étude du Pew Research Center](#) parue mardi 7 juin, **seuls 38 % des Français ont un avis positif sur l'Union européenne (UE), plaçant la France en deuxième position des pays les plus eurosceptiques derrière la Grèce.**

A deux semaines du référendum britannique sur la sortie de l'Union européenne, le centre de recherche américain s'est intéressé au sentiment antieuropéen dans dix pays de l'Union : France, Allemagne, Royaume-Uni, Grèce, Hongrie, Italie, Pays-Bas, Pologne, Espagne et Suède. Parmi eux, la **Pologne et la Hongrie rassemblent le plus d'avis favorables à l'UE, respectivement 72 % et 61 %.**

Alors qu'une courte majorité (51 %) d'opinion favorable à l'UE ressort des dix pays interrogés, la France se démarque par une percée de l'eurosepticisme. En un an, le taux de confiance envers l'Union a baissé de 17 points et depuis 2004, le nombre de Français la soutenant a été divisé par deux, passant de 69 % à 38 %.

Une majorité contre une sortie de la Grande-Bretagne

Autre constat inattendu : **32 % des Français considèrent que le « Brexit » est une « bonne chose » pour l'UE. C'est deux fois plus qu'en Allemagne (16 %) et en Grèce (14 %).** En moyenne, les Européens restent conscients des dangers du « Brexit » (70 % considèrent une sortie du Royaume-Uni comme « mauvaise » pour l'Union des vingt-huit.

Paradoxalement, ce rejet français ne décourage pas la volonté d'approfondissement des relations avec l'Union européenne. Ainsi, 34 % des Français considèrent que *« les gouvernements nationaux devraient transférer plus de pouvoirs à l'UE »*. C'est le plus fort taux de soutien à un renforcement de l'intégration européenne. En comparaison, 9 % des Polonais et 24 % des Néerlandais sont favorables à une Union plus approfondie.

Toutefois les partisans d'un repli national restent les plus nombreux : 39 % en France et 42 % en moyenne dans les dix pays sondés. Au Royaume-Uni et en Grèce, deux tiers des personnes interrogées souhaitent le retour de certains pouvoirs de l'UE aux gouvernements nationaux.

Une fracture générationnelle

Parmi les raisons de ce désaveu figurent avant tout la crise des réfugiés et l'économie. Deux tiers des Français interrogés critiquent la politique européenne sur ces sujets. Chez les Grecs, le taux d'insatisfaction monte à plus de 90 %.

Partout en Europe, les personnes âgées de 50 ans et plus sont les moteurs de l'eurosepticisme. Mais c'est en France que la fracture générationnelle est la plus nette : 56 % des 18-34 ans sont favorables à l'UE – autant qu'au Royaume-Uni – contre seulement un tiers des plus de 50 ans. En Pologne, 79 % des jeunes et 65 % des 50 ans et plus plébiscitent l'UE.

Les clivages politiques divisent aussi pro et antieuropéens. Au Royaume-Uni, la gauche est pro-UE à 69 % contre 38 % de la droite. En Espagne, l'eurosepticisme est de gauche : 32 % des partisans de Podemos soutiennent l'UE contre 59 % de la droite. Mais en France, l'écart est plus faible : la moitié des socialistes (PS) sont favorables à l'UE alors que 39 % des sympathisants des Républicains (LR) sont eurosceptiques. Plus surprenant, trois sympathisants du Front national (FN) sur dix sont pro-européens.

C'est l'un des principaux enseignements de l'étude du Pew Research Center : l'idéologie des partis eurosceptiques n'influence pas forcément ses adhérents. Ainsi, en Italie, 58 % des proches du Mouvement 5 Etoiles et deux tiers des partisans du PiS polonais ont un avis positif sur l'Europe.

